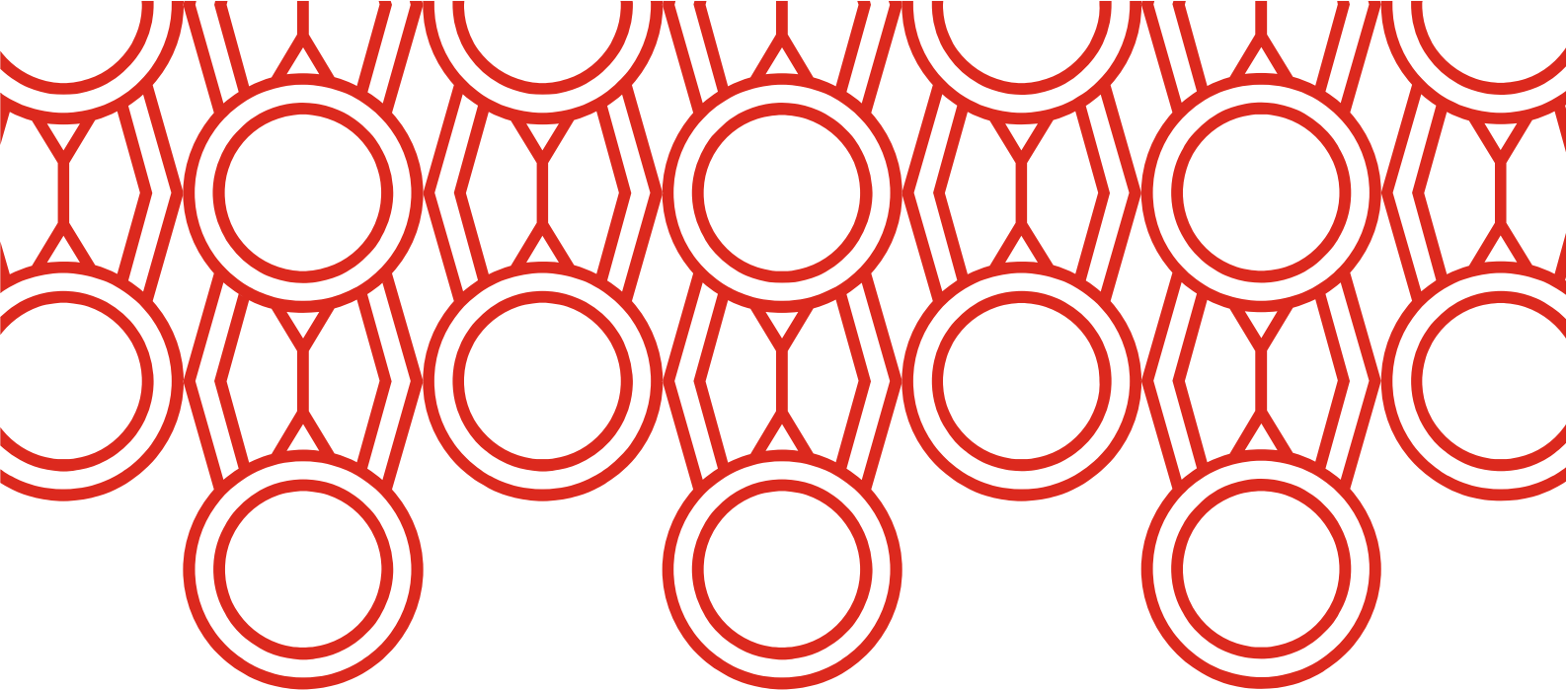




Geschäftsbericht des Regierungsrats 2025

Genehmigt durch den Kantonsrat am 21. Mai 2026



Kanton
Obwalden

Inhaltsverzeichnis

1.	Landammann und Regierungsrat an den Kantonsrat	4
2.	Regierungsrat	6
2.1	Einleitung	7
2.2	Zur Lage des Kantons am Ende des Jahres 2025	7
2.3	Ziele des Regierungsrats für das Jahr 2025	14
2.4	Strategische Kennzahlen 2025	19
2.5	Verzeichnis der Mitgliedschaften 2025 von Regierungsmitgliedern	48
2.6	Vernehmlassungen an den Bund	50
2.7	Beschwerdeentscheide des Regierungsrats	56
3.	Kantonsrat	57
3.1	Kantonsratssitzungen und -geschäfte im Amtsjahr 2024/2025	59
3.2	Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen	60
4.	Staatskanzlei und Departemente	66
4.1	Staatskanzlei	67
14	Staatskanzlei	68
16	Rechtsdienst	71
17	Staatsarchiv	75
18	Finanzkontrolle	79
4.2	Finanzdepartement	81
20	Departementssekretariat	83
22	Personalamt	86
24	Finanzverwaltung	89
28	Steuerverwaltung	94
4.3	Sicherheits- und Sozialdepartement	99
30	Departementssekretariat	102
31	Amt für Justiz	105
32	Kantonspolizei	112
35	Sozialamt	118
36	Staatsanwaltschaft	126
38	Gesundheitsamt	128
4.4	Volkswirtschaftsdepartement	134
40	Departementssekretariat	136
41	Volkswirtschaftsamt	140
42	Amt für Arbeit	152
43	Amt für Landwirtschaft und Umwelt	168

4.5	Bildungs- und Kulturdepartement	178
50	Departementssekretariat	180
53	Amt für Volks- und Mittelschulen	183
54	Amt für Berufsbildung	189
55	Amt für Kultur und Sport	194
4.6	Bau- und Raumentwicklungsdepartement	198
60	Departementssekretariat	203
61	Tiefbauamt	206
62	Amt für Wald und Landschaft	215
63	Amt für Raumentwicklung und Energie	225
64	Hochbauamt	235
5.	Kantonsratsbeschluss	242
6.	Anhang	244
6.1	Organigramm Gesamtverwaltung	245
6.2	Organigramme Departemente und Ämter	246



1. Landammann und Regierungsrat an den Kantonsrat

Wir alle brauchen Energie, wenn wir aufstehen, erst recht, wenn wir zur Arbeit marschieren, uns mit dem Velo fortbewegen oder mit dem öV oder dem Privatfahrzeug auf den Weg machen. Einige erinnern sich noch, dass ein Landammann Vorgänger von mir die Stabübergabe der Schweizer Sprinterinnen-Staffel als Motto wählte, dann kam die Seilschaft, bei der viel Schweiss für die Gipfelerstürmung gebraucht wird oder dann die Hirntätigkeit für das korrekte Abnehmen beim Fadenspiel. Bei all diesen Tätigkeiten braucht es Energie, in der unterschiedlichsten Form, für die unterschiedlichsten Tätigkeiten.

Energie wird mich und uns während meinem Landammannjahr begleiten, in welcher Form und für welche Aufgaben und Tätigkeiten auch immer, das sei dahingestellt und wird sich dann zeigen. Da wir alle mit gutem Beispiel vorangehen sollten, habe ich ihnen ein Präsent vorbereitet, das ihnen in der Nacht oder gar einem Blackout bei der Wegsuche helfen soll. Und für die nötige Energiequelle können Sie gleich selbst sorgen: es ist eine Taschenlampe mit Dynamo.

Daniel Wyler an der Eröffnungssitzung vom 27. Juni 2025, Auszug aus der Ansprache nach seiner Wahl zum Landammann

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen Rechenschaft über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit im Jahr 2025 ab. Mit dem Bericht zum Amtsjahr geben wir Ihnen einen vertieften Einblick in die Umsetzung der kurz-, mittel- und langfristigen Schwerpunkte und Massnahmen, die sich nach der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2025 bis 2030 der Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 sowie der Langfriststrategie 2032+ richten.

Das Jahr 2025 war geprägt von Dynamik und Tatkraft. Mit vereinten Kräften und voller Energie haben die Mitarbeitenden der Verwaltung zentrale Projekte und Vorhaben vorangebracht. Die Totalrevision des Publikationsgesetzes legt die Grundlage für das elektronische Amtsblatt – ein bedeutender Schritt in Richtung Digitalisierung. Das neue Planungs- und Baugesetz hilft Bauwilligen schneller an ihr Ziel zu bringen und die Verfahren künftig digital abzuwickeln. Auch das Polizeigesetz wurde umfassend überarbeitet, um den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Mit der Zustimmung des Stimmvolks zu drei wichtigen kantonalen Vorlagen – dem Spitalgesetz, dem Nachtrag zum EG KVG und dem Bildungsgesetz – kann in der Verwaltung nun mit Elan die Umsetzung gestartet werden.

Mit Engagement, Herzblut, Fachwissen und viel Energie werden die Mitarbeitenden auch die kommenden Projekte und Herausforderungen anpacken. Immer mit dem Ziel, ein Optimum für Land und Leute zu erzielen.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, den Geschäftsbericht sowie die Staatsrechnung 2025 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2026

Im Namen des Regierungsrats
Landammann: Daniel Wyler

2. Regierungsrat



2.1 Einleitung

Aus den strategischen Basisdokumenten Langfriststrategie 2032+ und Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 wird jährlich die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) abgeleitet. Die darin enthaltenen Ziele und Schwerpunkte des Regierungsrats, der Departemente und der Ämter bilden im Wesentlichen die Grundlage für den vorliegenden Bericht des Regierungsrats zum Geschäftsjahr 2025.

Der Langfriststrategie 2032+ liegt folgende Vision zugrunde:

Wir sind Obwalden – stets im Mittelpunkt

OW – WO Menschen sich wohl, sicher und zu Hause fühlen.

OW – WO Wirtschaft, Forschung und Bildung einen attraktiven Standort finden.

OW – WO Mut, Selbstvertrauen und Engagement gelebt werden.

OW – WO das Herz der Schweiz pulsiert.

Die Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 basiert auf der Langfriststrategie 2032+. Die Obwaldner Bevölkerung steht sowohl bei der Amtsdauerplanung als auch bei der Langfriststrategie 2032+ im Zentrum. Die Handlungsfelder und Ziele der Langfriststrategie 2032+ sowie die Schwerpunktbereiche und Massnahmen der Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 sind so ausgerichtet, dass die hohe Lebensqualität und die Standortattraktivität des Kantons Obwalden weiterentwickelt werden. Eine grosse Herausforderung bleibt das sich stark und rasch wandelnde Umfeld, das von Politik und Verwaltung eine hohe Reaktionsfähigkeit verlangt. Die erfolgreiche Bewältigung der vergangenen Legislatur zeigt, dass die Behörden in der Lage sind, die Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung zu meistern.

2.2 Zur Lage des Kantons am Ende des Jahres 2025

Der Regierungsrat nimmt an dieser Stelle eine Beurteilung darüber vor, wie sich der Kanton am Ende des Jahres 2025 darstellt. Die Beurteilung erfolgt dabei in erster Linie mit Blick ins «Innere» des Kantons, aber – wo sinnvoll – auch in Bezug auf das zentral-, gesamtschweizerische und internationale Umfeld.

Allgemein: Rahmenbedingung und politisches Klima

Internationale Lage im Jahr 2025

Das Jahr 2025 präsentierte sich nach wie vor als eine Welt im Umbruch, in der Chancen und Herausforderungen eng miteinander verwoben sind. Die grossen globalen Akteure – allen voran die USA, China und Europa – versuchen, ihre Interessen in einer Zeit wachsender technischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Konkurrenz auszubalancieren. Dabei geht es längst nicht mehr nur um klassische Machtpolitik, sondern um die Frage, wer bei Schlüsseltechnologien wie künstlicher Intelligenz, grüner Energie oder moderner Infrastruktur den Ton angibt.

Der Krieg in der Ukraine blieb auch 2025 ein zentraler Kriegs- und Krisenherd: Die Kämpfe dauern an, und das Risiko weiterer Eskalationen beschäftigt das internationale System stark. Auch im Nahen Osten – insbesondere im Gazastreifen – sowie in Regionen wie Sudan und Teilen Syriens verschärfte sich die humanitäre Krise: Konflikte forderten auch 2025 viele zivile Opfer, begleitet von Vertreibungen und massiven Zerstörungen.

Gleichzeitig belasteten regionale Konflikte weiterhin die internationale Stabilität. In Teilen Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas bleiben Waffenstillstände fragil, und die humanitären Folgen verstärken globale Migrationsbewegungen. Konflikte sind global zahlreicher und mit steigender Gewalt verbunden. Zwischenstaatliche Kriege gewannen im Vergleich zu innerstaatlichen Konflikten wieder an Bedeutung. Die Folgen für Zivilbevölkerung und Infrastruktur sind dramatisch. Es leiden insbesondere Kinder, vertriebene Familien und vulnerable Gruppen unter Krieg, Armut, Vertreibung und unsicheren Perspektiven.

Dennoch wuchs weltweit auch das Bewusstsein, dass die grossen Herausforderungen nur gemeinsam zu bewältigen sind. Klimawandel, Pandemievorsorge und Cyber-Sicherheit kennen keine Grenzen. Dort, wo Staaten kooperieren und Gemeinsamkeiten mehr wiegen als Unterschiede – sei es in multilateralen Initiativen oder regionalen Bündnissen –, zeigte sich, dass Fortschritt möglich ist.

Wirtschaftliches Klima

Die globale Konjunktur war im ersten Halbjahr 2025 unerwartet robust. Wirtschaftlich war 2025 ein Jahr der vorsichtigen Zuversicht. Zwar haben Inflation, Lieferkettenprobleme und geopolitische Rivalitäten Spuren hinterlassen, doch Innovationen im Energie- und Gesundheitssektor sorgten für neue Impulse. Besonders sichtbar wurde der Trend zur «Resilienz». Länder und Unternehmen wollen unabhängiger werden – bei Rohstoffen, Produktion und Datentechnologien.

2025 prägten auch handelspolitische Turbulenzen das weltwirtschaftliche Bild. Im Hinblick auf die Zölle stockten viele Unternehmen ihre US-Lager vor Inkrafttreten der Zölle nochmals deutlich auf, was Produktion und Exporte vorübergehend beflügelte. Auch in der Schweiz sorgten starke Vorzieheffekte, vor allem in der Pharmaindustrie, sowie ein dynamischer Dienstleistungssektor zeitweise für eine Konjunkturbelebung. Abseits der Pharma blieb die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe aber rückläufig. Die US-Zölle belasten seit ihrer Einführung viele exportorientierte Schweizer Branchen und mindern ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem US-Markt.

Wirtschaftliche Lage im Kanton Obwalden

Die Obwaldner Industrie spürte 2025 die Folgen der US-Zollpolitik über verschiedene Kanäle. Einige Unternehmen waren direkt von Zöllen auf Exportgüter betroffen, andere litten unter der rückläufigen Nachfrage und erhöhter Unsicherheit, insbesondere als Zulieferer exportorientierter Betriebe. Zudem reagierten auch Unternehmen in Obwalden frühzeitig auf die Zölle und zogen Exporte vor.

Positiv ist, dass pharmazeutische Produkte trotz Ankündigungen 2025 von den US-Zöllen nicht betroffen waren, wodurch wichtige Geschäftsfelder für Obwaldner Unternehmen stabil blieben. Trotz einer hohen Exportquote nach Deutschland und einer schwachen Industriekonjunktur (30 Prozent) sowie der zollbelasteten Exporte in die USA (18 Prozent, vor allem Maschinen, Apparate und Elektronik) zeigte sich 2025 keine Abschwächung der Ausfuhren.

In der Obwaldner Investitionsgüterindustrie sank zwar die Wertschöpfung, allerdings moderater als im Zentralschweizer Durchschnitt.

Finanzielle Lage des Kantons Obwalden

Trotz positivem Abschluss widerspiegelt das Budget 2026 die 2025 und in den Vorjahren herrschende angespannte Finanzlage. Der Überschuss war nur dank der Auflösung von Schwankungsreserven und dem einmaligen Aufwertungsgewinn aus der Auslagerung der Spitalimmobilien möglich. Der Regierungsrat verabschiedete bereits im August 2024 erste Massnahmen zur Reduktion des strukturellen Defizits zur Umsetzung. Zusätzlich beauftragte er im Juni 2025 die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden weitere Massnahmen und Vorschläge zu erarbeiten, um die Kantonsfinanzen längerfristig wieder ausgeglichen zu gestalten.

Wichtige Geschäfte

Staatsrechnung und Budget

Die Staatsrechnung 2024 des Kantons Obwalden schloss mit einem leichten Überschuss von knapp 0,5 Millionen Franken ab. Das operative Ergebnis in der Erfolgsrechnung wies einen Aufwandüberschuss von 0,3 Millionen Franken auf. Hinzu kamen eine zusätzliche Abschreibung in der Höhe von 2,8 Millionen Franken des Hochwasserschutzprojekts Sarneraatal sowie eine Auflösung der finanzpolitischen Reserven in der Höhe von 3,5 Millionen Franken. Die finanzpolitischen Reserven wiesen damit per Ende Jahr einen Saldo von 71,7 Millionen Franken auf.

Der Regierungsrat beantragte Ende 2025 dem Kantonsrat das Budget für das Jahr 2026 mit einem Ertragsüberschuss von rund 2,3 Millionen Franken. Es mussten Reserven in der Höhe von 1,1 Millionen Franken budgetiert werden. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf 30,3 Millionen Franken.

Der Leistungsdruck und die Arbeitsbelastung in der Verwaltung waren 2025 nach wie vor in vielen Bereichen hoch. Im Budget 2026 wurden deshalb für die gesamte Verwaltung 6,6 neue unbefristete und 4,4 befristete Stellen eingestellt.

Digitalstrategie / Digitalisierung

Der Regierungsrat nahm 2025 die Umsetzung der Digitalstrategie 2025–2028 an die Hand: Die Kantone Obwalden und Nidwalden werden gemeinsam mit den Gemeinden ein eGov-Portal einführen. Mit den Arbeiten für das Portal wurden 2025 die Grundlagen geschaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen digitale Verwaltungsdienstleistungen in Zukunft über einen zentralen Zugang nutzen können.

Die Kosten für die Erstellung des eGov-Portals werden gemäss der Informatikvereinbarung auf die beteiligten Gremien aufgeteilt. Die Parlamente der beiden Kantone Obwalden und Nidwalden verabschiedeten die entsprechenden Verpflichtungskredite. Im Zeitraum der nächsten fünf Jahre ist von jährlich total 987 000 Franken für Investitionen und Betriebskosten auszugehen. Der Kanton Obwalden und seine Einwohnergemeinden tragen 460 500 Franken, die restlichen 526 500 Franken werden vom Kanton Nidwalden und seinen Gemeinden übernommen.

Sanierung und Erweiterung Psychiatrie Sarnen

Die Bauarbeiten an der Psychiatrie Sarnen konnten 2025 abgeschlossen werden. Das Projekt lag trotz Teuerung und geringem Zeitverzug im Kosten- und Terminrahmen. Am 8. November 2025 luden das Bau- und Raumentwicklungsdepartement und die Luzerner Psychiatrie AG (lups) zum Tag der offenen Tür ein. Die nachhaltig sanierte und erweiterte Psychiatrie wurde gleichentags offiziell an die lups als Mieterin übergeben.

Spitalgesetz

Am 30. November 2026 stimmte die Obwaldner Stimmbevölkerung mit einem Ja-Anteil von 90 Prozent dem Spitalgesetz zu (Behördenreferendum). Der Regierungsrat schlug eine Verbundlösung vor, weil das Kantonsspital zu klein ist, um die zukünftigen Anforderungen selbst zu bewältigen und es besonders stark vom Kostendruck im Gesundheitswesen betroffen ist. Zur Sicherung des Spitalstandorts Sarnen sieht das Spitalgesetz eine Verbundlösung mit der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) vor. Voraussetzung dazu ist die Umwandlung des Kantonsspitals in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft (Spital Obwalden AG). Das Spitalgesetz beinhaltet die Grundlagen für eine solche Umwandlung, welche per 2026 vorgesehen ist.

Im Rahmen der geplanten Verbundlösung wird die LUKS Gruppe – nach einer Übergangsphase von maximal drei Jahren – 60 Prozent der Aktien der Spital Obwalden AG übernehmen, während der Kanton Obwalden mit 40 Prozent daran beteiligt sein wird. Das Spitalgesetz sieht zudem die Gründung einer zweiten Aktiengesellschaft vor, die die Spitalimmobilien verwaltet. Die Spital Obwalden Immobilien AG bleibt zu 100 Prozent im Eigentum des Kantons. Der Kanton Obwalden und die LUKS Gruppe regeln ihre Zusammenarbeit innerhalb des Verbunds in einem Aktienkaufvertrag/Aktionärsbindungsvertrag (AKV/ABV). Ein Rahmenvertrag regelt die Zusammenarbeit bis zur definitiven Umsetzung des Verbunds. Die Verträge wurden durch alle Projektpartner (Kanton Obwalden, Kantonsspital, LUKS Gruppe) unterzeichnet und durch die schon heute bei der LUKS Gruppe involvierten Kantone Luzern und Nidwalden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die notwendige politische Steuerung und Mitsprache sind mit der angepassten Rechtsform weiterhin gewährleistet. Der Regierungsrat bestimmt mit dem Leistungsauftrag das Angebot am Standort Sarnen, wobei das Spitalgesetz die notwendige Flexibilität bietet, um das zukünftige stationäre Angebot am Standort Sarnen innerhalb des Verbunds abzustimmen. Der Kantonsrat entscheidet nach wie vor über die Beiträge an die Spital Obwalden AG zur Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Individuelle Prämienverbilligung (IPV)

Der Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, eine Vorlage zur individuellen Prämienverbilligung (IPV), stiess am 30. November 2025 (Referendumsvorlage) beim Volk auf 75 Prozent Zustimmung. Mit dem Nachtrag werden Verbesserungen im Bereich der IPV möglich. Indem die Zuständigkeit für die Festlegung des Selbstbehalts vom Kantonsrat auf den Regierungsrat übertragen wird, kann die Auszahlung um bis zu drei Monate beschleunigt werden. Neu wird für den Selbstbehalt eine Bandbreite von 9 bis 12 Prozent eingeführt. Eine Evaluation nach vier Jahren wird aufzeigen, wie sich die Gesetzesänderung ausgewirkt hat.

Zudem wird mit der Vorlage auf die fixe Budgetvorgabe für die IPV verzichtet. Dies mit dem Ziel, das Kantonsbudget für die IPV den tatsächlichen Ausgaben anzunähern und somit die Budgetklarheit zu erhöhen. Die Vorlage hat keine Veränderung der effektiven Kantonsbeiträge zur Folge. Für die Auszahlung der IPV ist auch künftig nicht der budgetierte Betrag, sondern die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen massgebend. Der Vollzug für die IPV ist per 15. Oktober 2025 vom Volkswirtschaftsdepartement an die Ausgleichskasse Obwalden übertragen worden.

Bildungsgesetz

An der Volksabstimmung vom 30. November 2025 nahm die Obwaldner Stimmbevölkerung das Bildungsgesetz mit 57 Prozent an (Referendumsvorlage). Mit dem überarbeiteten Gesetz passte der Kanton Obwalden das Bildungsgesetz der heutigen Schulrealität an und zeigt den Schulen Entwicklungsperspektiven auf. Zentrale Neuerungen sind die Stärkung der Grundkompetenzen durch die frühe Sprachförderung von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen, die Verbesserung der schulergänzenden Tagesstrukturen durch Kantonsbeiträge sowie die grössere Gestaltungsmöglichkeit der Einwohnergemeinden bei der Einführung von Basisstufen.

Totalrevision Publikationsgesetz – elektronisches Amtsblatt

Der Regierungsrat verabschiedete im Juni 2025 den Entwurf eines totalrevidierten Gesetzes über das Amtsblatt und die Gesetzessammlungen (Publikationsgesetz) zuhanden des Kantonsrats. Anlässlich seiner Sitzung vom 23. Oktober 2025 erliess der Kantonsrat das neue Gesetz. Mit dieser Revision wurde die rechtliche Grundlage für die Einführung eines elektronischen Amtsblatts geschaffen. Damit liegt für alle Bürgerinnen und Bürger ein kostenloses, leicht zugängliches, jederzeit verfügbares und personalisierbares Informationsangebot über die öffentlichen Bekanntmachungen des Kantons, der Gemeinden und weiterer Körperschaften vor. Ab Januar 2026 wird das Amtsblatt nur noch in elektronischer Form herausgegeben.

Planungs- und Baugesetz

Der Regierungsrat verabschiedete im Mai 2025 das neue Planungs- und Baugesetz (PBG) zuhanden des Kantonsrats. Der Kantonsrat beschloss am 4. Dezember 2025 den Erlass mit 52 zu 2 Stimmen. Im Bereich der Bauplanung helfen im PBG vorgesehene Verfahrensvereinfachungen, Bauwillige schneller an ihr Ziel zu bringen. Zudem schafft es die gesetzliche Grundlage, um Baubewilligungs- und Planungsverfahren künftig digital abzuwickeln. Das Planungs- und Baugesetz tritt nach Ablauf der Referendumsfrist, frühestens per 1. März 2026 in Kraft.

Totalrevision Polizeigesetz

Das Polizeigesetz wurde totalrevidiert und in Vernehmlassung gegeben. Mit der Revision des Polizeigesetzes soll die Basis für einen verbesserten Datenaustausch zwischen der Kantonspolizei Obwalden sowie weiteren Kantonen und dem Bund geschaffen werden, was für die Bekämpfung von mobilen und digitalen Delikten von grosser Bedeutung ist. Weiter sollen die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb der geplanten Zentralschweizer Einsatzleitzentrale und für die Einführung eines Bedrohungsmanagements im Kanton geschaffen werden. Letzteres dient dazu, die Vorzeichen für schwere Gewalttaten frühzeitig zu erkennen und diese zu verhindern.

Wahlen und Abstimmungen

Ersatzwahl eines Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2024 bis 2028

Für die Ersatzwahl eines Mitglieds des Obergerichts standen am 28. September 2025 zwei Kandidierende zur Wahl: Monika Läubli, 1984, Rechtsanwältin, Sarnen, FDP.Die Liberalen Obwalden und Heinz Krummenacher, 1954, Dr. phil. I Politologie, Alpnach Dorf, Grünliberale Partei Obwalden. Als Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2024 bis 2028 wurde Monika Läubli, 1984, Rechtsanwältin, Sarnen, FDP.Die Liberalen Obwalden gewählt.

Abstimmungen

Im Jahr 2025 hatten die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausserdem die Gelegenheit über eidgenössische Vorlagen und drei kantonale Vorlage abzustimmen:

Kantonale Vorlagen

Am 30. November 2025 stimmte die Obwaldner Stimmbevölkerung über drei kantonale Vorlagen ab: das Spitalgesetz, den Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz und den Nachtrag zum Bildungsgesetz. Der Kantonsrat hat mit einem Behördenreferendum beschlossen, das Spitalgesetz der Volksabstimmung zu unterbreiten. Die anderen beiden Vorlagen, nämlich der Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, bei dem es um die individuelle Prämienverbilligung ging, und der Nachtrag zum Bildungsgesetz kamen zur Abstimmung, weil Volksreferenden ergriffen wurden.

Eidgenössische Vorlagen

Die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten am 9. Februar 2025 die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» mit 82,98 Prozent ab.

An der Volksabstimmung vom 28. September 2025 nahm Obwalden den Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften mit 68,22 Prozent an.

Im Gegensatz zur Schweizer Stimmbevölkerung, die das E-ID-Gesetz knapp annahm, lehnte Obwalden das E-ID-Gesetz mit 57,42 Prozent ab.

Die beiden Volksinitiativen «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» und «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» lehnte die Stimmbevölkerung in Obwalden am 30. November 2025 klar mit 87 bzw. mit 89 Prozent der Stimmen ab.

Politikbereiche: Ereignisse, Entscheide, Meilensteine

Als Ergänzung zum obenstehenden allgemeinen Rückblick des Regierungsrats sind im Folgenden – geordnet nach Handlungsfeldern der Langfriststrategie 2032+ – stichwortartig Ereignisse, Entscheide und Meilensteine aufgeführt, die dem Regierungsrat als für den Kanton von Bedeutung und somit in seinem Bericht als erwähnenswert erscheinen:

Handlungsfeld 1: Wir sorgen für Sicherheit und Stabilität

- *Steuern:* Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat, das Kantonsreferendum gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung zu ergreifen. Dieses hätte einen beträchtlichen Mehraufwand und finanzielle Einbussen für den Kanton zur Folge. Der Kantonsrat stimmte dem Kantonsreferendum mit 33 zu 17 Stimmen zu.
- *Finanzausgleich:* Der Regierungsrat legte die Finanzausgleichsbeiträge für das Jahr 2024 auf stabilem Niveau fest. Der Kanton steuerte 4,8 Millionen Franken bei, die ressourcenstarken Einwohnergemeinden Sarnen und Engelberg zusammen 7,1 Millionen Franken. Insgesamt flossen somit 11,9 Millionen Franken an die anderen Einwohnergemeinden, rund 0,2 Millionen Franken mehr als im Vorjahr.
- *Staatspersonal:* Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat, die Überbrückungsrente für Kantonsangestellte (inkl. Lehrpersonen) aufzuheben. Dieser Vorschlag stiess in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung. Mit der Aufhebung der Überbrückungsrente spart der Kanton jährlich rund 145 000 Franken. Die Beratung im Kantonsrat findet im Jahr 2026 statt.
- *Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (EG AHVG):* Der Regierungsrat eröffnete die Vernehmlassung zur Totalrevision des EG AHVG. Als wichtigste Änderungen sollen eine Sozialversicherungsanstalt eingeführt und eine Verwaltungskommission geschaffen werden.
- *Familienergänzende Kinderbetreuung:* Der Regierungsrat erliess neue Ausführungsbestimmungen über die Beiträge in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Dadurch können künftig mehr Haushalte vom Sozialtarif profitieren. Der Kanton und die Einwohnergemeinden investieren dafür zusätzlich rund 0,6 Millionen Franken, wobei der Anteil des Kantons 40 Prozent und jener der Einwohnergemeinden 60 Prozent ausmacht.
- *Gesundheitsstrategie:* Der Regierungsrat erteilte dem Sicherheits- und Sozialdepartement den Projektauftrag zur Erarbeitung einer kantonalen Gesundheitsstrategie. Um den Herausforderungen im Gesundheitswesen entgegenzuwirken, bestehen für verschiedene Teilbereiche bereits Strategien, Analysen und Massnahmen, jedoch fehlt eine ganzheitliche und umfassende Strategie. Mit Vertretern aller

Leistungserbringer im Gesundheitswesen und mit den Einwohnergemeinden wurden Workshops zu fünf Themenfelder durchgeführt.

- *Kantonsärztlicher Dienst:* Die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri schlossen eine Verwaltungsvereinbarung ab, um ihren kantonsärztlichen Dienst zusammenzulegen. Die Stelle wurde dem Kanton Nidwalden angegliedert. Der kantonsärztliche Dienst konnte mit Dr. med. Daniel Chavez und Dr. med. Gwendolyn Graf besetzt werden.
- *Ambulanter Notfalldienst:* Der Regierungsrat schloss mit OW-cura und dem Gemeindearzt von Engelberg Vereinbarungen ab, welche die Einführung einer Inkonvenienzentschädigung für Ärztinnen und Ärzte vorsieht, die im Rahmen des ambulanten Notfalldiensts einen sogenannten Hintergrunddienst leisten. Diese durch den Kantonsrat geforderte Massnahme stärkt die ambulante Notfallversorgung.
- *Leistungsvereinbarung Tal Museum Engelberg:* Auf Antrag der Stiftung Josef Amstutz-Langenstein, welche das Tal Museum in Engelberg trägt, erhöhte der Regierungsrat den jährlichen Betriebsbeitrag von bisher 25 000 auf 40 000 Franken.
- *Unterstützung für die Edition von historischen Rechtsquellen aus Obwalden:* Das auf sechs Jahre angelegte Projekt «Die Rechtsquellen von Obwalden» wurde mit einem Beitrag von 250 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds unterstützt.

Handlungsfeld 2: Wir entwickeln uns und bilden uns mit Weitsicht

- *Wirtschaftsstandort Obwalden:* Kanton und Einwohnergemeinden führten mit einem dreijährigen Pilotversuch ein Gebietsmanagement ein, um das Gewerbe gezielt zu unterstützen. Eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, Investoren und Arealentwickler bündelt Anfragen zur Standortentwicklung und sorgt für eine koordinierte und professionelle Bearbeitung.
- *Förderung Grundkompetenzen Erwachsener:* Als niederschwelliges Angebot wurde im Rahmen der Förderung Grundkompetenzen Erwachsener die Lernlounge KlarO an der Kernserstrasse 2 in Sarnen eingerichtet.
- *Zufahrt Areal Werkhof Sarnen:* Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat einen Objektkredit von 5,7 Millionen Frank für die Erschliessung des Areals Werkhof. Die Erschliessung ist ein erster Schritt für die zukünftige Realisierung eines Neubaus des Verkehrssicherheitszentrums Obwalden/Nidwalden (VSZ) am Standort Sarnen.
- *Entwicklung Areal Foribach Sarnen:* Für die Durchführung des Projektwettbewerbs beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Objektkredit über 845 000 Franken. Die Immobilienstrategie sieht den Zusammenschluss des Sicherheits- und Sozialdepartements, des Bau- und Raumentwicklungsdepartements, des Staatsarchivs sowie des Archivs der Kantonsbibliothek auf dem Areal Foribach in Sarnen vor.
- *Förderung für Obwaldner Institut für Justizforschung:* Der Kanton Obwalden stellt dem Institut für Justizforschung per 1. Januar 2026 bis 2030 maximal je 100 000 Franken pro Jahr aus dem kantonalen Swisslos-Fonds für projektorientierte Förderung bereit. Seit 2022 betreiben der Verein Justizforschung Obwalden und die Universität Luzern gemeinsam das Obwaldner Institut für Justizforschung in Sarnen. Nach Abschluss der vierjährigen Aufbauphase wird das Institut in die Universität Luzern überführt.
- *Umsetzung der Motion «Optimierung der kantonalen Denkmalpflege»:* Der Regierungsrat verabschiedete einen Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung in die Vernehmlassung. Mit dem Nachtrag wird das bewährte Obwaldner System beibehalten, zugleich aber das Verfahren der vorsorglichen Unterschutzstellung präziser geregelt.
- *Sanierung und neue Infrastruktur für das Museum Obwalden:* Der Regierungsrat sprach für dringende Sanierungsmassnahmen am Museum Obwalden einen Objektkredit von 755 000 Franken. Für die neue Dauerausstellung stellte er aus dem Swisslos-Fonds 190 000 Franken zur Verfügung.

Handlungsfeld 3: Wir vernetzen uns

- *EU-Vertragspaket:* Der Regierungsrat beurteilte das Vertragspaket Schweiz-EU trotz kritischer Punkte positiv und forderte eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr. Stabile Beziehungen zur EU sind im Interesse des Kantons Obwalden. Der Regierungsrat setzt deshalb auf die Fortführung des bilateralen Wegs, der sich zudem bewährt hat.
- *A8 Vollanschluss Alpnach Süd:* Der Regierungsrat bewilligte die kantonalen Teilprojekte für den A8 Vollanschluss Alpnach Süd. Für die Umsetzung sprach er drei Objektkredite von insgesamt 3,63 Millionen Franken. Die Bauarbeiten beginnen Anfang 2026 auf der Hofmättelstrasse, mit Verkehrssicherheitsmassnahmen und dem Kreisel Industrie. Die Inbetriebnahme des Vollanschlusses ist für 2028 geplant.

- *A8 Halbanschluss Kägiswil, Sarnen:* Der Regierungsrat des Kantons Obwalden beantragte dem Kantonsrat einen Planungskredit von 387 000 Franken für eine Planungsstudie zum «A8 Halbanschluss Kägiswil». Der kantonale Richtplan sieht in der Kernmatt in Sarnen einen Halbanschluss an die A8 vor. Damit das Projekt realisiert werden kann, muss der künftige Nutzen die Kosten überwiegen. Die Studie soll diese Frage klären.
- *Abklärungen für einen gemeinsamen Standort für das Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/Nidwalden (VSZ):* Eine gemeinsame, interkantonale Arbeitsgruppe prüfte, ob ein gemeinsamer Standort für ein Verkehrssicherheitszentrum, insbesondere die Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur für Fahrzeugprüfungen, im Kanton Obwalden eine sinnvolle Zukunftsvariante wäre. Die Regierung des Kantons Nidwalden entschied jedoch, das Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) weiterhin am Standort Stans zu betreiben und dort zu erneuern. Der Kanton Obwalden hätte einen gemeinsamen Standort für das VSZ in Sarnen begrüsst.
- *FIS-Skisprung-Weltcup in Engelberg:* Der Regierungsrat sprach einen einmaligen Unterstützungsbeitrag von 100 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds, um den Skisprung-Weltcup in Engelberg weiterzuentwickeln und neu auszurichten. Der Skisprung-Sport der Frauen soll etabliert werden. Das FIS-Weltcup-Skispringen stärkt den Tourismus in Engelberg und generiert wirtschaftliche Impulse für Hotellerie und Gastronomie. Eine zeitgemässe und erfolgreiche Weiterentwicklung des Skisprung-Weltcups liegt im Interesse einer möglichen Kandidatur Engelbergs als Austragungsort für Wettbewerbe der olympischen und paralympischen Winterspiele 2038.
- *Archivieren im Verbund mit den Einwohnergemeinden:* Der Kanton schloss mit den Einwohnergemeinden eine Vereinbarung ab, mit dem Ziel in der Archivierung verstärkt zusammenzuarbeiten. Der Kanton stellt die Infrastruktur für die elektronische Archivierung und sein Know-how zur Verfügung, die Einwohnergemeinden finanzieren eine Fachperson Gemeindearchiv. Die enge Zusammenarbeit fördert die Professionalisierung der Archivierung kommunaler Unterlagen und vereinfacht die Archivprozesse angesichts der immer stärker verzahnten Informationssysteme.

Handlungsfeld 4: Wir gestalten den Wandel

- *Energieförderprogramm 2025:* Der Regierungsrat verabschiedete das Energieförderprogramm 2025 zur Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudebereich. Neben dem Ersatz von Heizungen und energetischen Sanierungen werden auch Ladestationen für Elektrofahrzeuge und winteroptimierte Photovoltaikanlagen gefördert. Für das Programm stehen rund 2,46 Millionen Franken zur Verfügung.
- *Einsatz künstlicher Intelligenz in der Verwaltung:* In einem Grundsatzpapier legte der Regierungsrat für die Mitarbeitenden den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung fest. Als zentrale KI-Anwendung wurde Microsoft Copilot festgelegt. In einer Schulung wurde den Mitarbeitenden die grundlegenden Funktionen vermittelt und aufgezeigt, wie künstliche Intelligenz verantwortungsbewusst und praxisnah in den Alltag integriert werden kann.

Schlussbemerkung

Die Zusammenarbeit von Kantonsrat und Regierungsrat in Form eines konstruktiv-kritischen Dialogs ist nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Kantons und das Vertrauen der Obwaldnerinnen und Obwaldner in Politik und Behörden.

2.3 Ziele des Regierungsrats für das Jahr 2025

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
1	Eine neue, breiter abgestützte Standortstrategie ist erarbeitet.	1	1.2.	1.2.1

Stand der Zielerreichung

Teilweise erreicht:

In einem ersten Schritt wurde die Vision als Grundlage für die Standortstrategie verabschiedet. Im 2026 erfolgt die Erarbeitung von Zielen und Massnahmen.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
2	Die Standortförderungsmassnahmen hinsichtlich der OECD-Mindestbesteuerung sind in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsdepartement erarbeitet.	1	1.2	1.2.1

Stand der Zielerreichung

Nicht erreicht:

Aufgrund der Entwicklungen im internationalen Bereich bezüglich OECD-Mindestbesteuerung wurden die Arbeiten in diesem Bereich sistiert und werden erst bei Bedarf fortgeführt.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
3	Im Projekt Versorgungsstrategie im Akutbereich sind die Grundlagen für den Spitalverbund (Aktionärbindungsvertrag, Aktienkaufvertrag und Statuten Spital Obwalden AG) erarbeitet und das Spitalgesetz ist in Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.	1	1.3	1.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Das Spitalgesetz ist seit dem 1. Januar 2026 in Kraft und die Verträge für den Spitalverbund sind unterzeichnet.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
4	Die Grundlagen für die übergeordnete kantonale Gesundheitsstrategie sind unter Einbezug der Gemeinden erarbeitet.	1	1.3	1.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Die Grundlagen wurden unter Einbezug der Einwohnergemeinden und der Leistungserbringenden erarbeitet.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
5	Der Vollzug der Individuellen Prämienverbilligungen (IPV) wird auf die Ausgleichskasse IV-Stelle Obwalden übertragen (samt gesetzliche sowie prozessualen Anpassungen).	1	1.3	1.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Der Vollzug der IPV wurde per 15. Oktober 2025 an die Ausgleichskasse IV-Stelle Obwalden übertragen und die entsprechenden Gesetzesanpassungen per 18. Dezember 2025 in Kraft gesetzt.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
6	Die Mitwirkung zum Richtplan Mountainbike ist abgeschlossen und zuhänden des Kantonsrats verabschiedet.	3	1.3	3.1.1

Stand der Zielerreichung

Teilweise erreicht:

Die Unterlagen zur Mitwirkung sind erarbeitet. Der Start der Mitwirkung verzögert sich aufgrund weiterer Abstimmungen zu den einzelnen Mountainbikestrecken mit übergeordnetem Recht.

Ziel Nr.	Ziele 2025	Handlungsfeld	Strategisches Ziel	SPB-Nr.
7	Die zentrale eGovernment-Plattform des Kantons und der Gemeinden ist gemäss Projektplanung in Bearbeitung.	4	4.3	4.3.1

Stand der Zielerreichung

Erreicht:

Der Kantonsrat bewilligte am 23. Mai 2025 einen Verpflichtungskredit für das eGovernment-Portal Basisdienstleistungen für die Jahre 2025 bis 2029.



Zahlen und Fakten

aus dem Berichtsjahr 2025
aus allen Departementen

37%

der Führungskräfte der
Kantonsverwaltung sind Frauen.

321,5ha Schutzwald gepflegt
14 237m² gerodet, davon
12 746m² temporär und
1491m² definitiv

4731

Laufmeter Strasse erneuert

117

Laufmeter Papier
an Neuzugängen im Staatsarchiv

55

Die Kantonsratsmitglieder sind
2024/2025 im Durchschnitt 5 ½ Jahre im Amt.

Das Hauswartteam reinigt
wöchentlich eine Fläche, die

4,7

Fussballfeldern entspricht.

5483

Obwaldner Kinder und Jugendliche besuchen
die Volksschule oder die Sekundarstufe II.



72

ausgestellte Bildungsgutscheine
à 500 Franken stärken die Grund-
kompetenzen Erwachsener im
Lesen, Schreiben, Rechnen und
am Computer.

275

Personen zum Thema Jugend,
Sucht und Opferhilfe betreut

1948

Laufmeter Veloverkehrsinfrastruktur erstellt oder erneuert

Arbeitslosenquote:

1,1%

zweittiefster Wert der Schweiz

161

Kulturgesuche mit

672 000

Franken

aus dem Swisslosfonds unterstützt

7809

Ausweise im Passbüro ausgestellt,

3298

Pässe und

4511

Identitätskarten

4390

Handelsregistereinträge

192 Gesuche in der
Energiefachstelle bearbeitet

16

mehr als 2024

7005t

Belag verbaut

9565 m

EDV-Kabel im sanierten Psychiatriegebäude verbaut

6600

Spitalrechnungen geprüft.

7,8 Mio.

Franken gingen vom Kanton Obwalden
an den nationalen Finanzausgleich NFA,

6,6 Mio.

Franken erhielt der Kanton Obwalden aus dem
geografisch-topografischen Lastenausgleich des NFA.

1778 Straftaten registriert,
94 mehr als 2024



2.4 Strategische Kennzahlen 2025

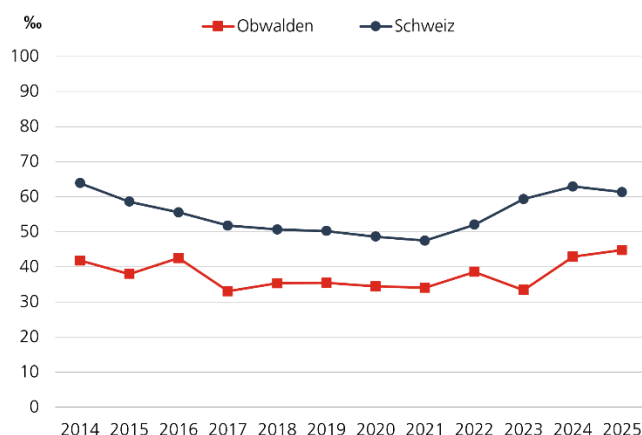
Basierend auf der Langfriststrategie 2032+ wurden die bisherigen strategischen Kennzahlen im Jahr 2023 überprüft und neu definiert. Die Neudefinition erfolgte durch die Departemente mit Begleitung des Volkswirtschaftsamts. Insgesamt wurden 59 Kennzahlen definiert, die entweder bereits in den Vorjahren im Rahmen der Langfriststrategie 2022+ eingeführt wurden oder neu sind. Sie decken die strategischen Handlungsfelder 1 bis 4 und Ziele 1.1 bis 4.2 der Langfriststrategie 2032+ ab. Für das Ziel 4.3 „Der Kanton Obwalden nutzt die Chancen und meistert die Herausforderungen der digitalen Transformation“ (Handlungsfeld 4) sind zurzeit noch keine statistischen Kennzahlen für den Kanton verfügbar.

Handlungsfeld 1: Wir sorgen für Sicherheit und Stabilität

Ziel 1.1: Im Kanton Obwalden ist die Bevölkerung sicher und vor Umweltgefahren geschützt. Die Infrastruktur, der Datenverkehr und die Mobilität sind zeitgemäss.

Z 1.1: Anzahl Straftaten nach Strafgesetzbuch pro 1 000 Einwohner

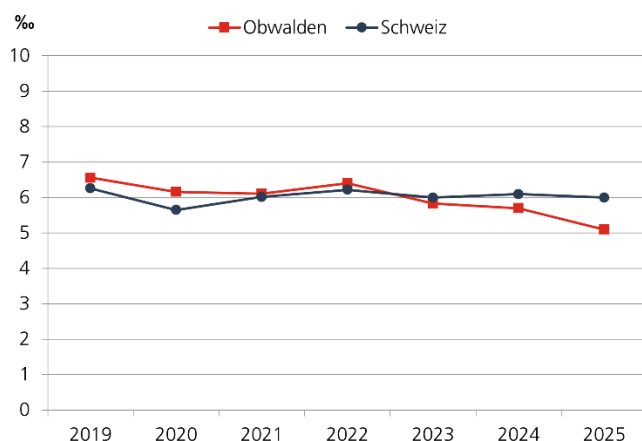
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	34,5	34,1	38,6	33,4	42,9	44,8
Schweiz	48,6	47,5	52,0	59,3	62,9	61,3



Kommentar: Die Straftaten nach Strafgesetzbuch stiegen im Kanton Obwalden 2025 erneut an (+6 Prozent). Es wurden 1 778 Straftaten bearbeitet. Damit wurde der hohe Wert des vorletzten Jahrs nochmals übertroffen. Der Anstieg spiegelt sich entsprechend in der Anzahl Straftaten pro 1 000 Einwohner. Diese liegt mit 44,8 unter dem schweizerischen Wert. National sind die Straftaten im Gegensatz zur Entwicklung in Obwalden leicht gesunken (-2 Prozent). Gesunken ist für das letzte Jahr die Quote der aufgeklärten Delikte. Diese liegt bei 44,2 Prozent und damit unter dem Wert von 54 Prozent für das Jahr 2024, jedoch immer noch über dem Schweizer Durchschnitt.

Z 1.1: Anzahl Verkehrsunfälle pro 1 000 Einwohner

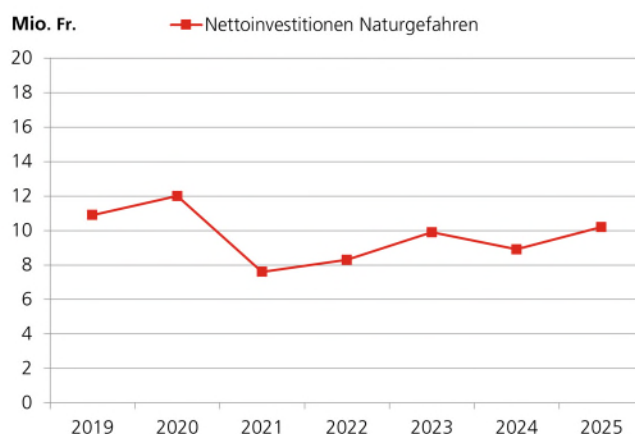
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	6,2	6,1	6,4	5,8	5,7	5,1
Schweiz	5,7	6,0	6,2	6,0	6,1	6,0



Kommentar: Das Unfallgeschehen auf dem Obwaldner Strassennetz war 2025 (198) leicht tiefer als in den Vorjahren (2024: 224). Die zunehmenden Verkehrsbelastungen verlangsamten den Verkehrsfluss und können punktuell zu Konflikten führen. Bezogen auf die Einwohnerzahl lag das Unfallgeschehen unter dem Durchschnitt der Schweiz. Verglichen mit den Unfallzahlen pro Strassenkilometer wies Obwalden gesamtschweizerisch eines der sichersten Strassennetze aus. Die Hauptursachen für die Verkehrsunfälle waren im Kanton Obwalden Ablenkung, nicht angepasste Geschwindigkeit und die Fahrfähigkeit der Fahrzeuglenkenden.

Z 1.1: Nettoinvestitionen im Bereich Naturgefahren (in Millionen Franken)

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	12,0	7,6	8,3	9,9	8,9	10,2

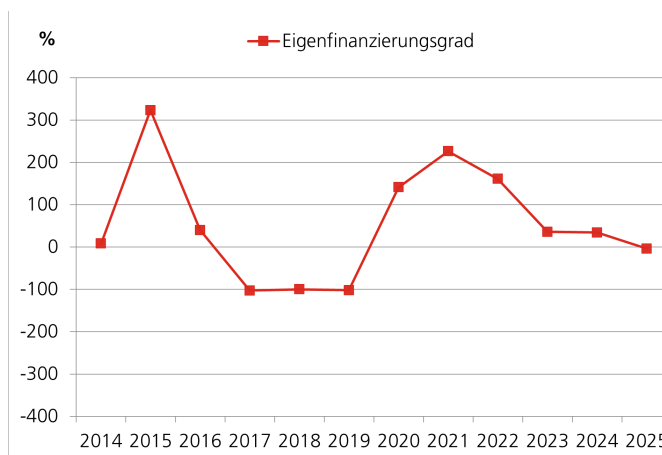


Kommentar: Die Nettoinvestitionen im Bereich Naturgefahren beliefen sich im Berichtsjahr auf 10,19 Millionen Franken und lagen somit im Vergleich zum Vorjahr etwas höher. Berücksichtigt wurden die Nettoinvestitionen für den Bereich Schutzwald, die Schutzbauten Wald und Wasser nach Grundangebot, die Einzelprojekte sowie die Projekte Hochwassersicherheit Sarneraatal.

Ziel 1.2: Der Kanton ist finanziell stabil und der finanzielle Haushalt erweitert.

Z 1.2: Eigenfinanzierungsgrad getätigter Investitionen

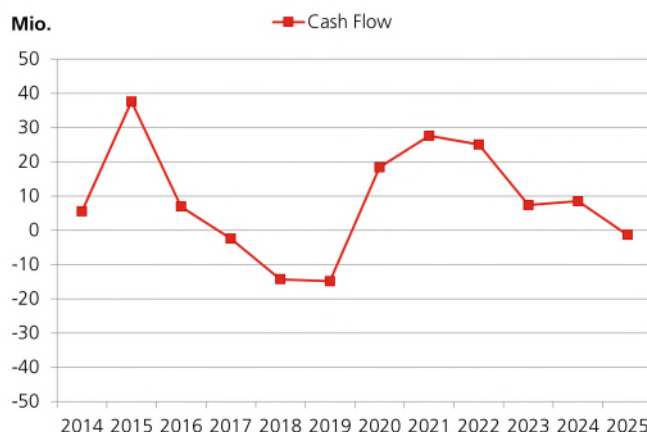
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	141%	226%	161%	36%	34%	-3.67%



Kommentar: Der Cash Flow zeigt den Geldzufluss/ -abfluss innerhalb des Geschäftsjahrs. Aufgrund des Rückgangs des Cash Flow sowie der gegenüber dem Vorjahr höheren Nettoinvestitionen von 36,9 Millionen Franken (Vorjahr 24,9 Millionen Franken) ist der Eigenfinanzierungsgrad gesunken.

Z 1.2: Cash Flow (in Millionen Franken)

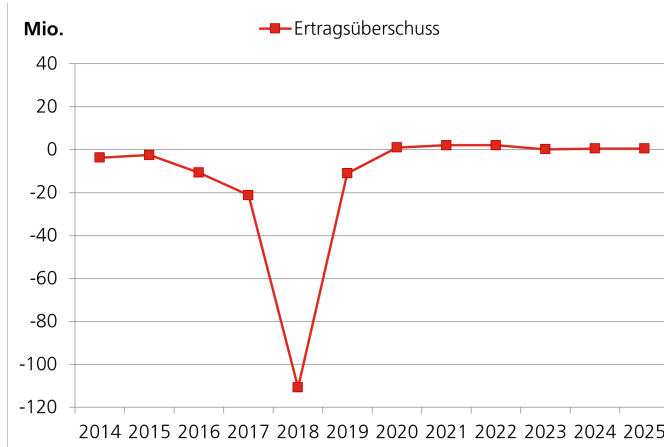
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	18,4	27,6	25,0	7,4	8,5	-1,36



Kommentar: Die Jahresrechnung schliesst zwar positiv ab, dies aber nur aufgrund der Auflösung von Schwankungsreserven in der Höhe von 13,5 Millionen Franken (Vorjahr 3,5 Millionen Franken). Daraus resultiert eine Verschlechterung des Cash Flow.

Z 1.2: Ertragsüberschuss laufende Rechnung (in Millionen Franken)

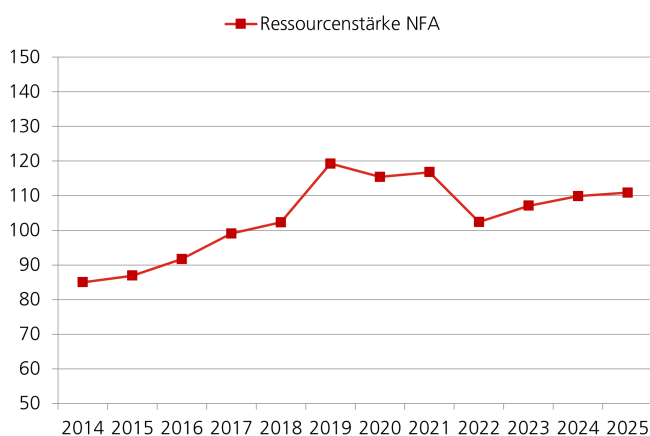
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	1,0	2,1	2,1	0,2	0,5	0,5



Kommentar: Der Ertragsüberschuss fiel im Vergleich zum Vorjahr gleich aus, jedoch wurden im Jahr 2025 13,5 Millionen Franken Schwankungsreserven aufgelöst (Vorjahr 3,5 Millionen Franken).

Z 1.2: Entwicklung Ressourcenstärke NFA (Index)

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	115,4	116,8	102,4	107,1	109,9	110,9

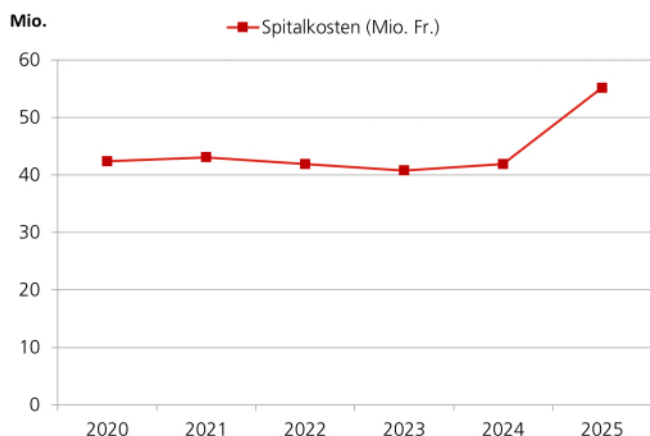


Kommentar: Die Ressourcenstärke ist starken Schwankungen unterworfen. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie wieder leicht gestiegen.

Ziel 1.3: Im Kanton Obwalden hat die Gesundheitsprävention einen hohen Stellenwert. Die Bevölkerung hat Zugang zu einer qualitativ zeitgemässen Gesundheitsversorgung.

Z 1.3: Entwicklung Spitalkosten Obwalden (in Millionen Franken)

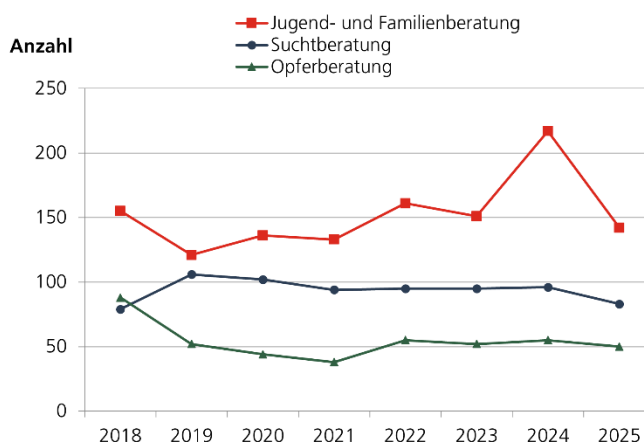
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	42,4	43,1	41,9	40,8	41,9	55,2



Kommentar: Die Spitalkosten im letzten Jahr sind stark gestiegen. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen ist der GWL-Beitrag (Gemeinwirtschaftliche Leistungen) an das KSOW um rund 3.5 Mio. Franken gestiegen. Ein weiterer Teil kann dadurch erklärt werden, dass im letzten Jahr der Fakturierungsrückstand bei den Spitälern grösser war als zuvor (d.h. 2024er-Rechnungen, die erst im Jahr 2025 bezahlt wurden) und sich dieser nun wieder verbessert hat. Somit sind im 2025 mehr Rechnungen verbucht als im Vorjahr. Ein zusätzlicher Grund sind die Tarifierhöhungen, welche auch Rückabwicklungen über mehrere Jahre beinhalten, welche im Jahr 2025 verbucht wurden. Hinzu kommt eine Mengenausweitung, d.h. mehr Behandlungen.

Z 1.3: Anzahl Klienten Beratung und Betreuung Sozialamt Kanton Obwalden

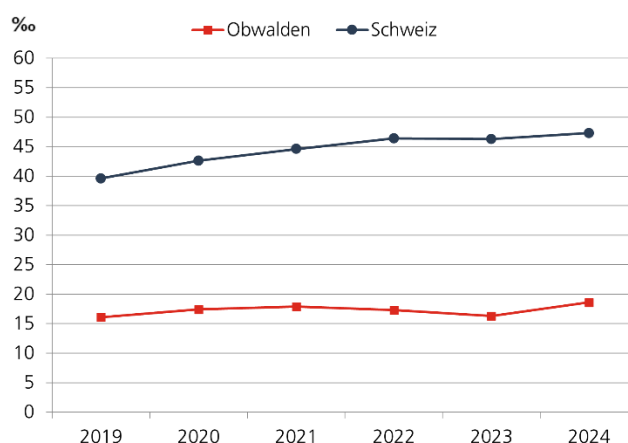
Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Jugend- und Familienberatung	136	133	161	151	217	142
Suchtberatung	102	94	95	95	96	83
Opferberatung	44	38	55	52	55	50



Kommentar: Die Anzahl der Klientinnen und Klienten in den Beratungsbereichen Jugend, Sucht und Opferberatung bewegt sich im Jahr 2025 grossmehrheitlich im jährlichen Durchschnitt. Im Bereich der Erziehungsberatung kam es im Jahr 2024 zu einem Ausreisser nach oben. Mit dem aktuellen Rückgang bewegten sich die Werte 2025 wieder auf dem Niveau der vergangenen Jahre. Die Jugendberatungen sind weiterhin stark geprägt von Themen der psychischen Gesundheit sowie von Belastungen im Zusammenhang mit Ausbildung und beruflicher Orientierung.

Z 1.3: Ambulante Pflegequote pro 1 000 Einwohner

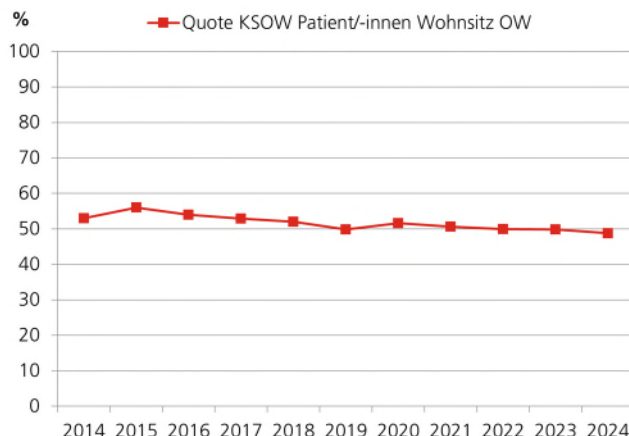
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	17,4	17,9	17,3	16,3	18,6	-
Schweiz	42,6	44,6	46,4	46,3	47,3	-



Kommentar: Die ambulante Pflegequote, d. h. die Anzahl der Krankenpflege-Leistungsverordnungen (KLV)-Klientinnen und Klienten je 1 000 Einwohner ist im Kanton Obwalden gegenüber dem Vorjahr angestiegen, aber im nationalen Vergleich weiterhin stark unterdurchschnittlich. Grundsätzlich ist in ländlich geprägten Kantonen eine tiefe Pflegequote zu beobachten. Es ist davon auszugehen, dass im Gegensatz zum urbanen Raum tragfähige Familienstrukturen, pflegende Angehörige und die Nachbarschaftshilfe einen höheren Stellenwert haben und sich so positiv auswirken.

Z 1.3: Quote der im Kantonsspital Obwalden behandelten Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	51,6%	50,6%	49,9%	49,8%	48,8%	-

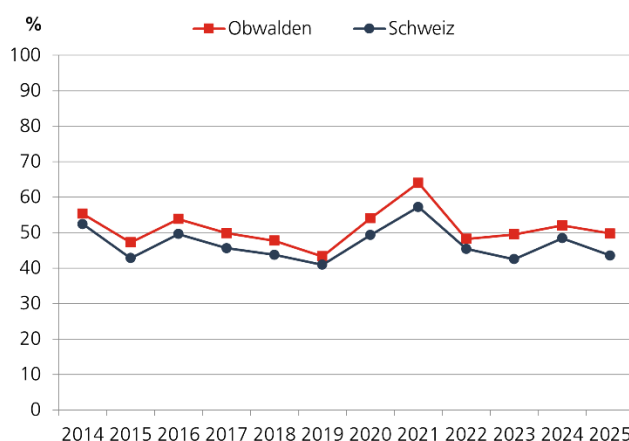


Kommentar: Der Anteil der im Kantonsspital Obwalden behandelten Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden ging gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt zurück. Auch im Zeitverlauf ist tendenziell eine Reduktion des Eigenversorgungsgrads festzustellen. Die ausserkantonalen Hospitalisationen umfassen sowohl Behandlungen aus medizinischen Gründen als auch jene aus freier Wahl der Patientinnen und Patienten.

Ziel 1.4: Im Kanton Obwalden sind alle Bevölkerungsgruppen sozial integriert und nehmen aktiv am kulturellen und politischen Leben teil.

Z 1.4: Stimmbeteiligung im Vergleich zur Schweiz

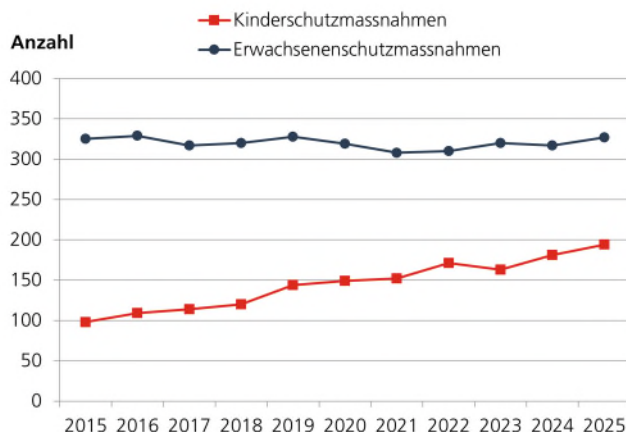
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	54,0%	64,0%	48,2%	49,5%	52,0%	49,7%
Schweiz	49,3%	57,2%	45,4%	42,5%	48,4%	43,5%



Kommentar: Im Kanton Obwalden werden kantonale Volksabstimmungen nach Möglichkeit an eidgenössischen Abstimmungsterminen durchgeführt. Weil die Stimmbeteiligung bei kantonalen Volksabstimmungen in der Regel vergleichsweise hoch ist, führt eine gleichzeitige Durchführung kantonalen und eidgenössischer Abstimmungen regelmässig auch zu einer höheren Stimmbeteiligung bei den eidgenössischen Volksabstimmungen.

Z 1.4: Entwicklung der Anzahl Schutzmassnahmen für Erwachsene und für Kinder/Jugendliche

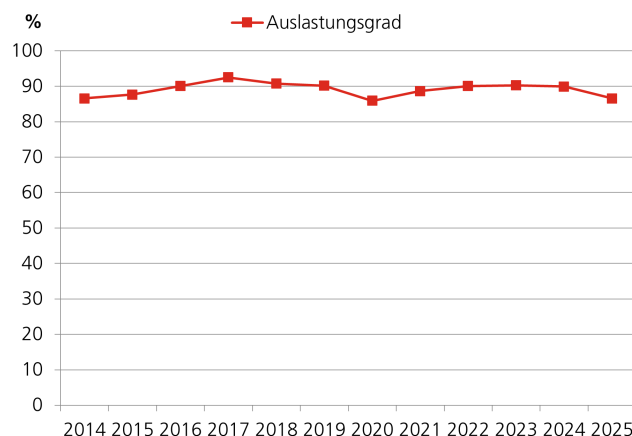
Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kinder und Jugendliche	149	152	171	163	181	194
Erwachsene	319	308	310	320	317	327



Kommentar: Die Gesamtzahl der Personen mit Schutzmassnahmen ist von 498 im Jahr 2024 auf 521 im Jahr 2025 gestiegen (+4,6 Prozent). Dieser Zuwachs von insgesamt 23 Personen verteilt sich auf 13 zusätzliche Personen im Kinderschutz (+7,2 Prozent) und 10 weitere Personen im Erwachsenenschutz (+3,2 Prozent).

Z 1.4: Auslastungsgrad von Angeboten für Menschen mit Behinderung der Bereiche Wohnen, Beschäftigung und Arbeit

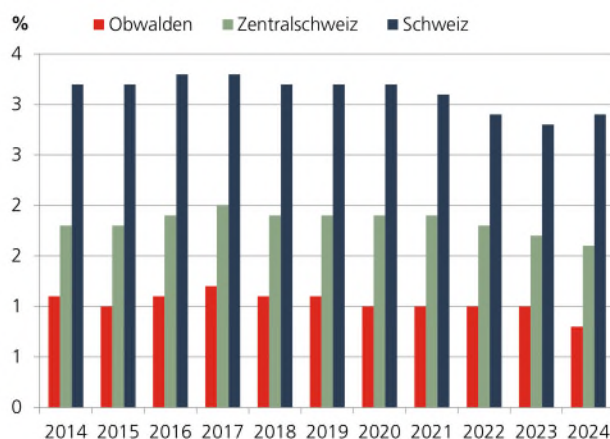
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	85,9%	88,7%	90,1%	90,3%	90,0%	86,6%



Kommentar: Der Auslastungsgrad der Angebote sank im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich im Bereich Werkstätte für psychisch behinderte Personen aufgrund der Umstellung auf kleinere Pensen der Klientinnen und Klienten. In den einzelnen Bereichen bestand im Jahr 2025 folgende Auslastung: Wohnen: 90,3 Prozent, Werkstätten mehrfach behinderte Personen: 92,3 Prozent, Beschäftigung: 89,4 Prozent, Werkstätte psychisch behinderte Personen: 74,0 Prozent.

Z 1.4: Sozialhilfequote (seit 2024 neu anstatt wirtschaftlicher Sozialhilfe pro Einwohner in Franken)

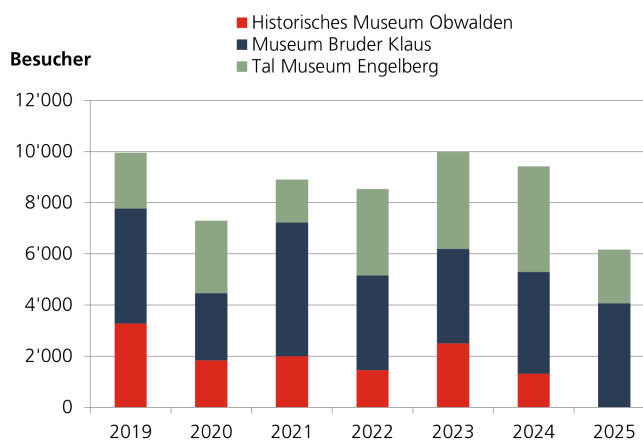
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	0,8%	-
Zentralschweiz	1,9%	1,9%	1,8%	1,7%	1,6%	-
Schweiz	3,2%	3,1%	2,9%	2,8%	2,9%	-



Kommentar: 2024 wurden 309 Obwaldnerinnen und Obwaldner mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt, 61 Personen weniger als im Vorjahr. Die Sozialhilfequote, welche die Sozialhilfebeziehenden ins Verhältnis zur Kantonsbevölkerung setzt, sank auf 0,8 Prozent, nachdem sie vier Jahre in Folge bei 1,0 Prozent verblieben war. Damit weist Obwalden wie in den vergangenen Jahren die niedrigste Quote aller Zentralschweizer Kantone aus. Das Bundesamt für Statistik publiziert die Zahlen für 2025 ab Mitte Dezember 2026.

Z 1.4: Besucherzahlen in den drei grossen Obwaldner Museen

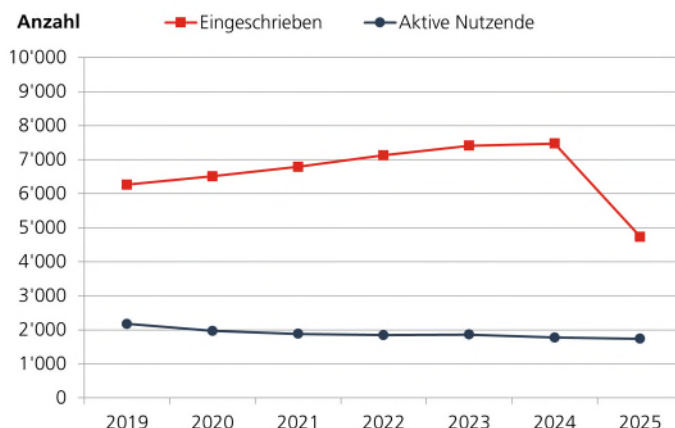
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Historisches Museum	1 839	2 004	1 455	2 497	1 320	0
Museum Bruder Klaus	2 619	5 219	3 700	3 696	3 972	4 069
Tal Museum Engelberg	2 833	1 687	3 380	3 788	4 128	2 092



Kommentar: Das Museum Obwalden war wegen Umbaus geschlossen. Das Museum Bruder Klaus konnte die Eintritte leicht auf über 4 000 steigern. Im Tal Museum Engelberg gingen die Eintritte zurück, da im Vorjahr eine aussergewöhnlich grosse Ausstellung durchgeführt worden war.

Z 1.4: Anzahl eingeschriebener Nutzerinnen und Nutzer der Kantonsbibliothek

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingeschrieben	6 514	6 788	7 129	7 412	7 473	4 736
Aktiv Nutzende	1 967	1 881	1 846	1 861	1 773	1 738



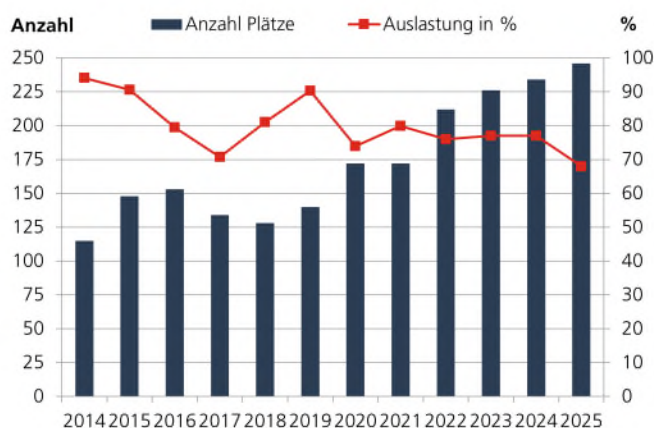
Kommentar: Die Anzahl aktiver Nutzerinnen und Nutzer nahm im Vergleich zum Vorjahr ganz leicht ab. Nutzende, die fünf Jahre inaktiv bleiben, müssen aufgrund der Datenschutzgesetzgebung gelöscht werden. Dies wurde im laufenden Jahr umgesetzt, weshalb die Anzahl eingeschriebener Nutzer erheblich sank.

Handlungsfeld 2: Wir entwickeln und bilden uns mit Weitsicht

Ziel 2.1: Der Kanton Obwalden bietet allen Generationen und insbesondere Familien attraktive Wohn-, Bildungs-, Arbeits- und Freizeitangebote

Z 2.1: Anzahl Plätze und Auslastung in Kindertagesstätten sowie Tagesfamilien

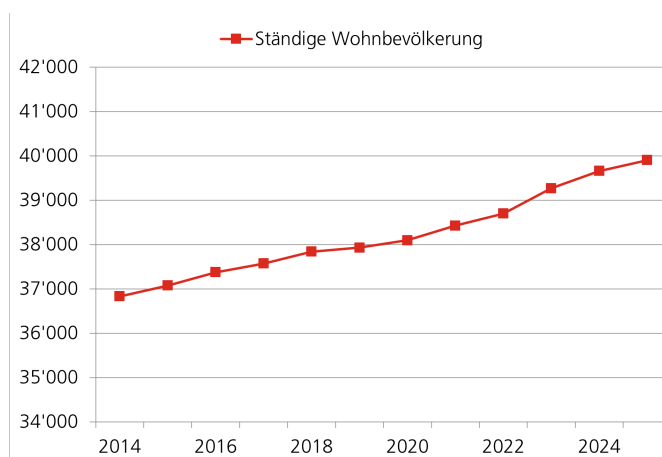
Indikator	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Anzahl Plätze	172	172	212	226	234	246
Auslastung in Prozent	74%	80%	76%	77%	77%	68%*



*** Kommentar:** Im Juni 2025 eröffnete eine neue Kindertagesstätte mit zwölf zusätzlichen Plätzen. Unter anderem aufgrund dieser Platzvergrößerung sank der Auslastungsgrad im Jahr 2025.

Z 2.1: Bevölkerungsentwicklung

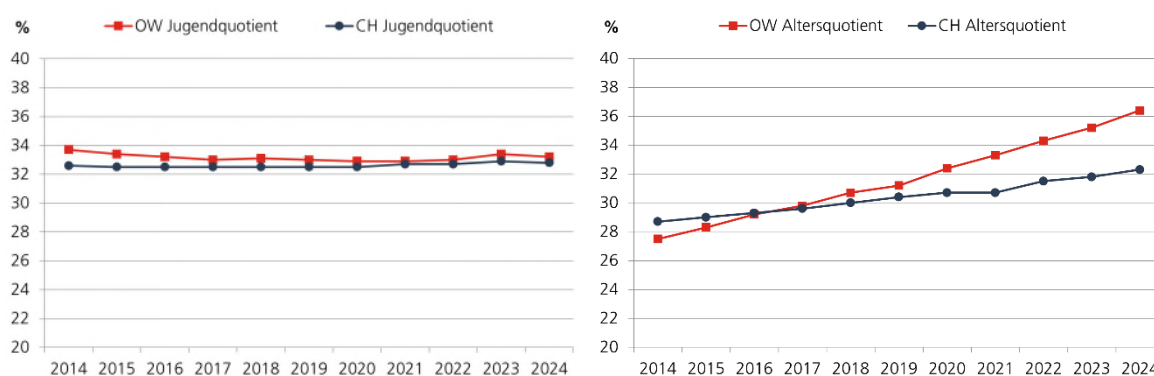
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025p
Kanton Obwalden	38 096	38 426	38 700	39 272	39 662	39 907



Kommentar: Die provisorische Bevölkerungsstatistik basiert auf den Angaben der Einwohnerkontrollen der Gemeinden, mit Stichtag 31. Dezember 2025 (ständige Wohnbevölkerung). Im Vergleich zum Vorjahr wurde eine leichte Zunahme der Bevölkerung registriert.

Z 2.1: Jugendquotient und Altersquotient

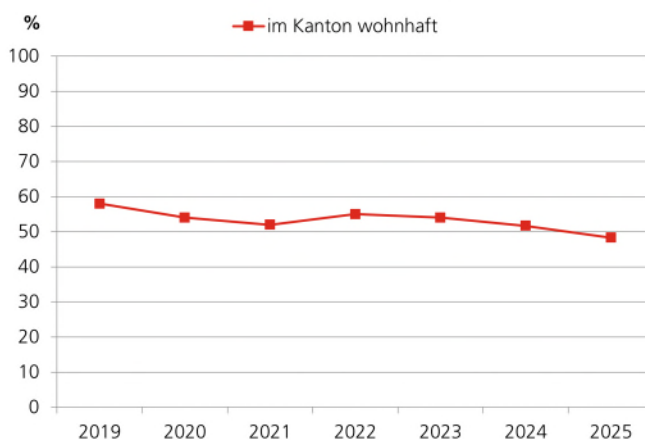
Indikator	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Jugendquotient Kanton OW	32,9%	32,9%	33,0%	33,4%	33,2%	-
Jugendquotient Schweiz	32,5%	32,7%	32,7%	32,9%	32,8%	-
Altersquotient Kanton OW	32,4%	33,3%	34,3%	35,2%	36,4%	-
Altersquotient Schweiz	30,7%	30,7%	31,5%	31,8%	32,3%	-



Kommentar: Der Altersquotient (65+-Jährige) ist im Kanton Obwalden wie in den letzten Jahren stärker angestiegen als in der Schweiz und liegt seit 2021 über dem Jugendquotienten. Der Jugendquotient (Personen im Alter von weniger als 20 Jahren pro 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) liegt leicht über dem Wert der Schweiz. Die Daten 2025 werden vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Sommer 2026 publiziert.

Z 2.1: Im Kanton wohnhafte Kaderleute der zehn grössten Unternehmen

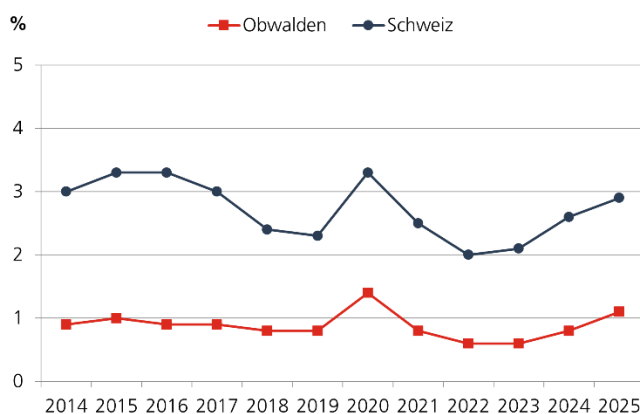
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	54%	52%	55%	54%	52%	48%



Kommentar: Der Anteil an im Kanton wohnhaften Kaderleuten der zehn grössten Unternehmen im Kanton Obwalden nahm im Vergleich zu den Vorjahren leicht ab.

Z 2.1: Arbeitslosenquote im November

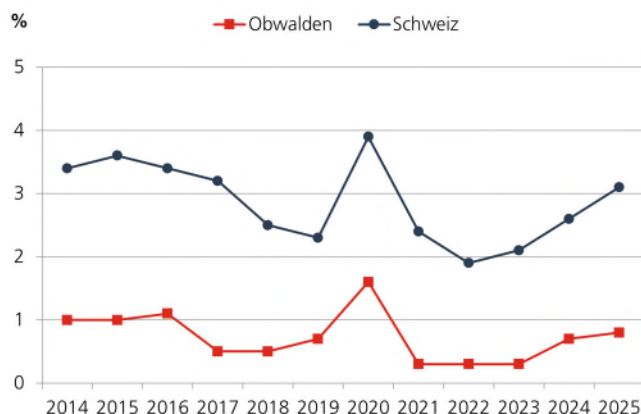
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	1,4%	0,8%	0,6%	0,6%	0,8%	1,1%
Schweiz	3,3%	2,5%	2,0%	2,1%	2,6%	2,9%



Kommentar: Ende November 2025 waren 233 (Vorjahr 179) arbeitslose Personen im Kanton Obwalden gemeldet. Wie bereits im Vorjahr wies der Kanton Obwalden schweizweit die zweittiefste jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf. Die Statistik zeigt, dass die Arbeitslosigkeit im Kanton Obwalden mehr oder weniger parallel zur Arbeitslosigkeit in der gesamten Schweiz verläuft.

Z 2.1: Jugendarbeitslosigkeit 15- bis 24-Jährige im November

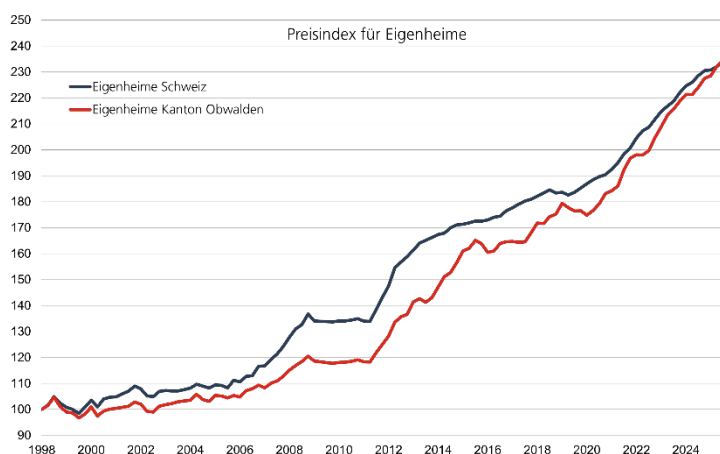
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	1,6%	0,3%	0,3%	0,3%	0,7%	0,8%
Schweiz	3,9%	2,4%	1,9%	2,1%	2,6%	3,1%



Kommentar: Die Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Obwalden liegt nach wie vor deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Per 30. November 2025 waren 19 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Entwicklung verläuft hier nicht parallel zu derjenigen der Schweiz.

Z 2.1: Preisentwicklung Eigenheimindex (Jahr 1998 = 100)

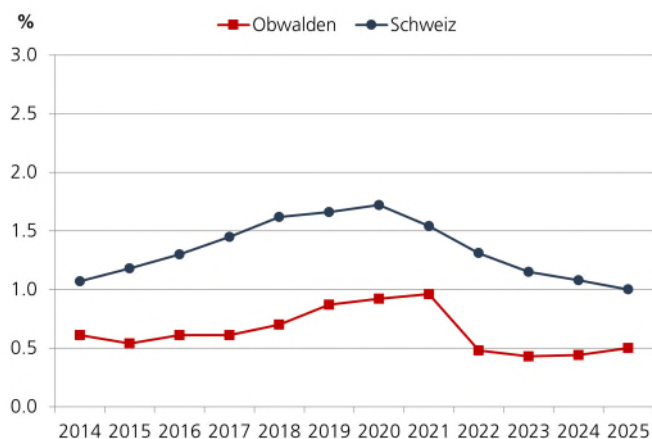
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	183,1	196,7	204,7	218,8	227,5	238,4
Schweiz	190,4	200,8	211,7	222,1	230,5	236,4



Kommentar: Die Obwaldner Eigenheimpreise sind laut den aktuellen Markttransaktionen im Herbst 2025 erneut gestiegen. Haupttreiber der starken Preisentwicklung in Obwalden bleibt die anhaltende Baulandknappheit und die daraus resultierende Angebotsverknappung. Die Grafik ist dem Bericht der Obwaldner Kantonalbank (OKB.Eigenheimindex) entnommen.

Z 2.1: Leerwohnungsziffer

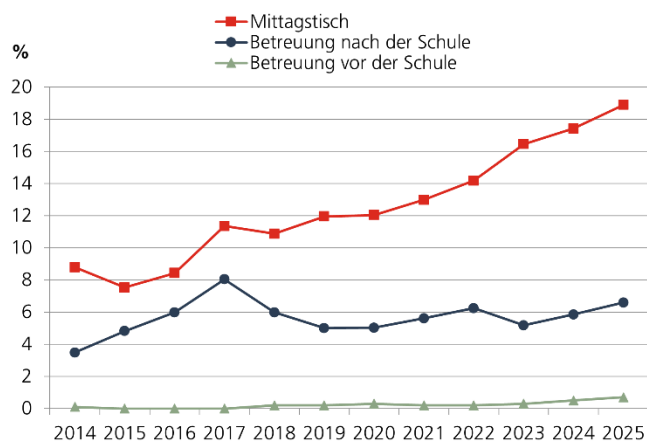
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	0,92%	0,96%	0,48%	0,43%	0,44%	0,50%
Schweiz	1,72%	1,54%	1,31%	1,15%	1,08%	1,00%



Kommentar: Im Kanton Obwalden wurden mit Stichtag 1. Juni 2025 114 leerstehende Wohnungen bei einem Wohnungsbestand von 22 959 gezählt. Schweizweit weisen nur die Kantone Zug, Zürich und Genf eine tiefere Leerwohnungsziffer als der Kanton Obwalden auf.

Z 2.1: Nutzung schulergänzender Tagesstrukturen

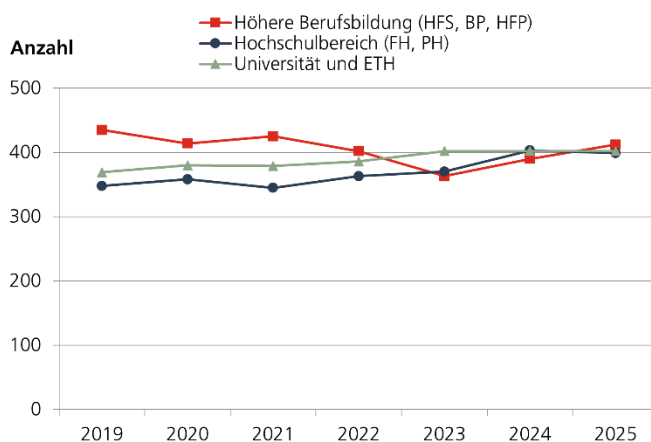
Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Mittagstisch	12,0%	13,0%	14,2%	16,5%	17,4%	18,9%
Betreuung nach der Schule	5,0%	5,6%	6,2%	5,2%	5,9%	6,6%
Betreuung vor der Schule	0,3%	0,2%	0,2%	0,3%	0,5%	0,7%



Kommentar: Die Nutzung der schulergänzenden Tagesstrukturen stieg im Vergleich zu den Vorjahren kontinuierlich an, insbesondere die Nutzung des Mittagstisches.

Z 2.1: Entwicklung Anzahl Studierende auf Tertiärstufe

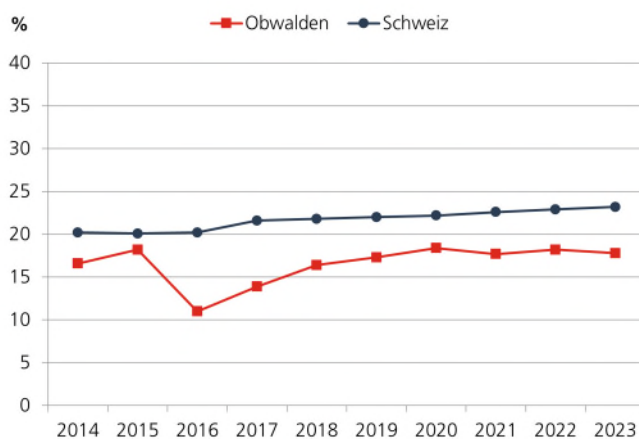
Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Höhere Berufsbildung	414	425	402	363	390	412
Hochschulbereich (FH, PH)	358	345	363	370	403	399
Universität und ETH	380	379	386	402	402	402



Kommentar: Die Zahlen 2020 bis 2024 haben sich gegenüber den damals ausgewiesenen Kennzahlen leicht verändert, da im Geschäftsbericht 2025 neu genauere Datenquellen verwendet werden.

Z 2.1: Gymnasiale Maturitätsquote

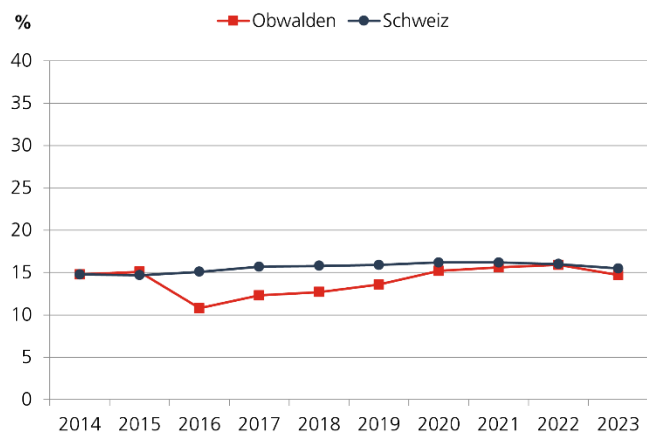
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	18,4%	17,7%	18,2%	17,8%	-	-
Schweiz	22,2%	22,6%	22,9%	23,2%	-	-



Kommentar: Die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) stammen aus dem Jahr 2023. Die gymnasiale Maturitätsquote Obwaldens sank auf 17,8 Prozent. Sie unterliegt aufgrund der verhältnismässig kleinen Zahl Schüler bzw. Schülerinnen starken Schwankungen. Über mehrere Jahre hinweg betrachtet bewegte sie sich stets unterhalb des schweizerischen Durchschnitts.

Z 2.1: Berufsmaturitätsquote

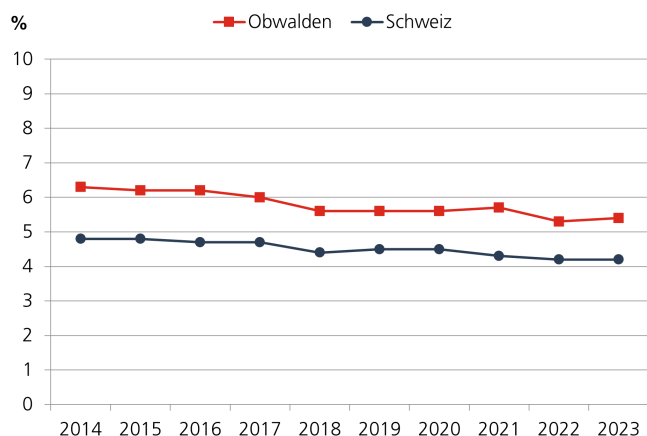
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	15,2%	15,6%	15,9%	14,7%	-	-
Schweiz	16,2%	16,2%	16,0%	15,5%	-	-



Kommentar: Die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) stammen aus dem Jahr 2023. Die Berufsmaturitätsquote sank auf 14,7 Prozent. Sie unterliegt aufgrund der verhältnismässig kleinen Zahl Lernender starken Schwankungen. In den vergangenen Jahren entsprach die Obwaldner Quote genau dem schweizerischen Durchschnitt.

Z 2.1: Lehrstellen in Unternehmen

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	5,6%	5,7%	5,3%	5,4%	-	-
Schweiz	4,5%	4,3%	4,2%	4,2%	-	-

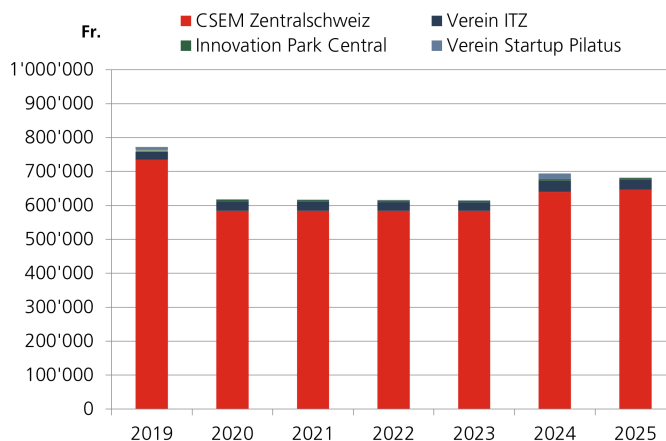


Kommentar: Die Statistik zeigt den Anteil Lernender am Total der Vollzeitäquivalente in Unternehmen. Die aktuellen Daten des BFS stammen aus dem Jahr 2023. Die Unternehmen im Kanton Obwalden beschäftigten mit einem Wert von 5,4 Prozent im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich viele Lernende.

Ziel 2.2: Der Kanton Obwalden ist Standort für innovative Forschungs-, Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Unternehmen.

Z 2.2: Kantonale Beiträge an Organisationen der Innovationsförderung (in Franken)

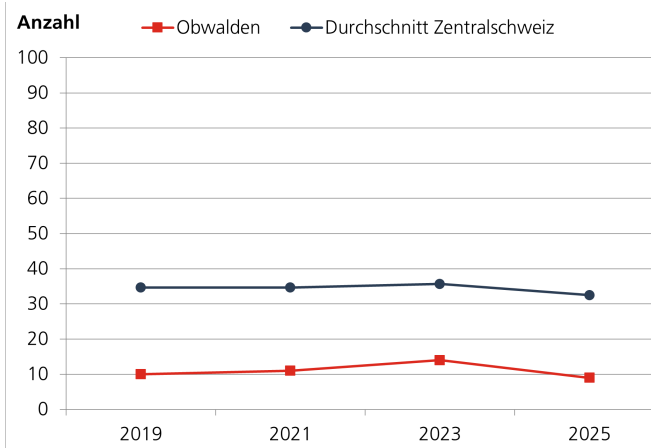
Organisation	2020	2021	2022	2023	2024	2025
CSEM Zentralschweiz	584 000	584 000	584 000	584 000	640 000	645 500
Verein ITZ	28 106	27 106	26 106	25 106	32 900	30 400
Innovation Park Central	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000
Verein Startup Pilatus	500	500	500	500	16 409	500



Kommentar: Der Kanton Obwalden unterstützt Organisationen, welche die Innovationsfähigkeit der regionalen KMU fördern. Die Zentralschweizer Kantone haben mit dem Forschungs- und Entwicklungszentrum CSEM in Alpnach und dem Verein ITZ in Horw Leistungsvereinbarungen für die Periode 2024 bis 2027 abgeschlossen. Die Finanzierung des Switzerland Innovation Parks Central in Rotkreuz und des Vereins Startup Pilatus in Sarnen erfolgte über jährliche Mitgliederbeiträge. Zusätzlich finanzierte der Kanton Obwalden im Jahr 2025 ein Projekt des Vereins ITZ mit NRP-Mitteln und ein Projekt des Forschungs- und Entwicklungszentrum CSEM über die ordentliche Wirtschaftsförderung mit.

Z 2.2: UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator – Indikator Innovation (Punkteskala 0 bis 100)

Gebiet	2019	2021	2023	2025
Kanton Obwalden	10	11	14	9
Durchschnitt Zentralschweiz	35	35	36	33

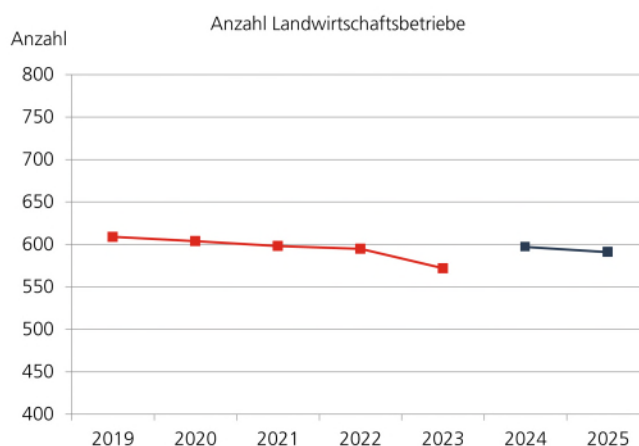


Kommentar: Der kantonale Wettbewerbsindikator der UBS erscheint alle zwei Jahre. Die Skala "Innovation" der Studie misst folgende Indikatoren: Vorhandene Branchencluster, Anzahl Patentanmeldungen, Höhe der Venture-Capital Investitionen, Anteil der in Forschung und Entwicklung tätigen Personen, Zahl erfolgreicher Start-Ups, Unternehmensgründungen und in diesen Unternehmen geschaffenen Stellen. Der Wert im Jahr 2025 ist zwar tiefer als in den Erhebungen zuvor. Jedoch verbesserte sich der Kanton Obwalden interkantonal von Rang 22 im Jahr 2023 auf Rang 21 im Jahr 2025. In der Zentralschweiz wies lediglich der Kanton Uri einen tieferen Wert (0 Punkte) auf. Der Kanton Zug liegt an der Spitze mit 100 Punkten, gefolgt von den Kantonen Schwyz (37 Punkte), Nidwalden (36 Punkte) und Luzern (13 Punkte).

Ziel 2.3: Der Kanton Obwalden entwickelt seine Siedlungs-, Umwelt- und Landschaftsflächen nachhaltig.

Z 2.3: Anzahl Landwirtschaftsbetriebe

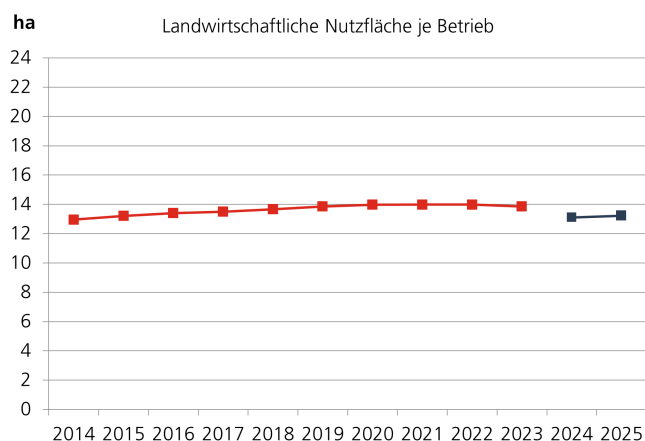
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	604	598	595	572	597	591



Kommentar: Der Rückgang der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe ist eine Folge des Strukturwandels, vorwiegend ausgelöst durch vermehrte wirtschaftliche Herausforderungen. Bemerkung: Ab 2024 kommen leicht veränderte Parameter zur Anwendung.

Z 2.3: Landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb (in Hektaren)

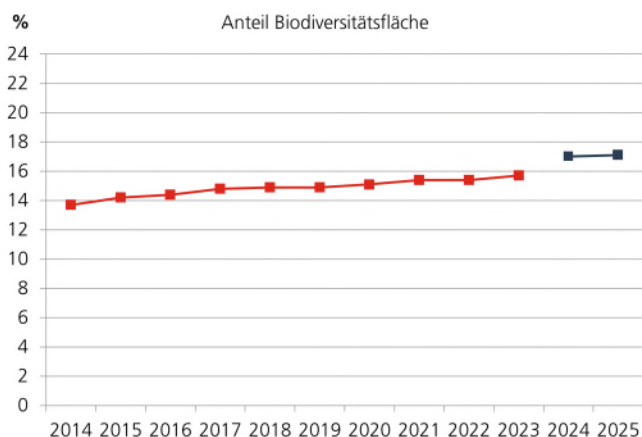
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	13,96 ha	13,98 ha	13,98 ha	13,85 ha	13,11 ha	13,22 ha



Kommentar: Aufgrund weniger Landwirtschaftsbetriebe ist die landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb im Jahr 2025 leicht angestiegen. Bemerkung: Ab 2024 kommen leicht veränderte Parameter zur Anwendung.

Z 2.3: Anteil Biodiversitätsförderflächen an landwirtschaftlicher Nutzfläche

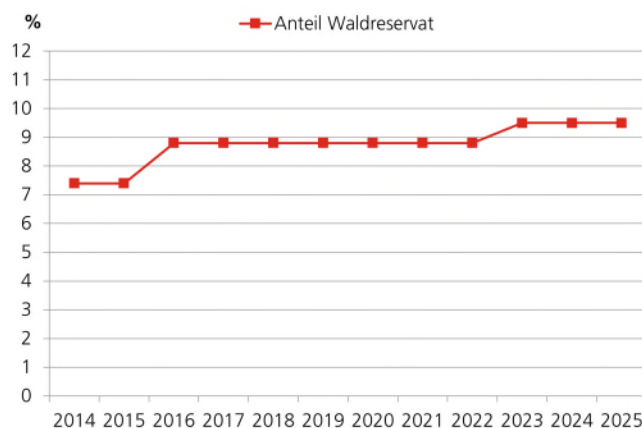
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	15,1%	15,4%	15,4%	15,7%	17,0%	17,1%



Kommentar: Eine höhere Beteiligung der Landwirtschaftsbetriebe an den Massnahmen zur Biodiversitätsförderung hatte insgesamt einen leichten Anstieg der Biodiversitätsförderflächen zur Folge. Bemerkung: Ab 2024 kommen leicht veränderte Parameter zur Anwendung.

Z 2.3: Anteil Waldreservat an Gesamtfläche

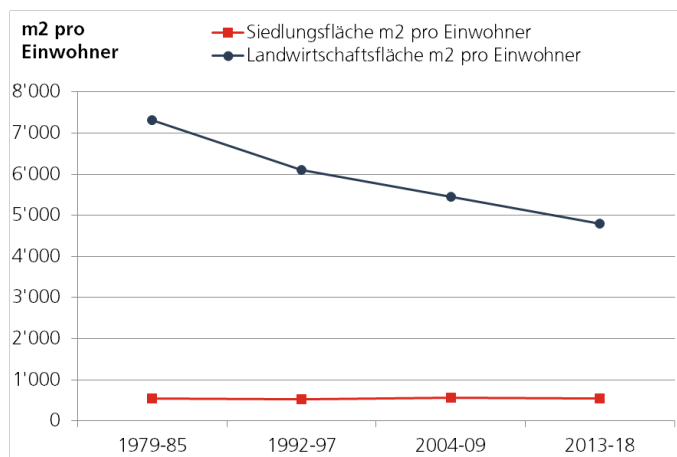
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	8,8%	8,8%	8,8%	9,5%	9,5%	9,5%



Kommentar: Der Anteil Waldreservate an der Gesamtwaldfläche lag bei 9,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich keine Veränderung. Der bis zum Jahr 2030 angestrebte Zielwert von 10 Prozent ist in Reichweite.

Z 2.3: Entwicklung Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen in Quadratmeter pro Einwohner

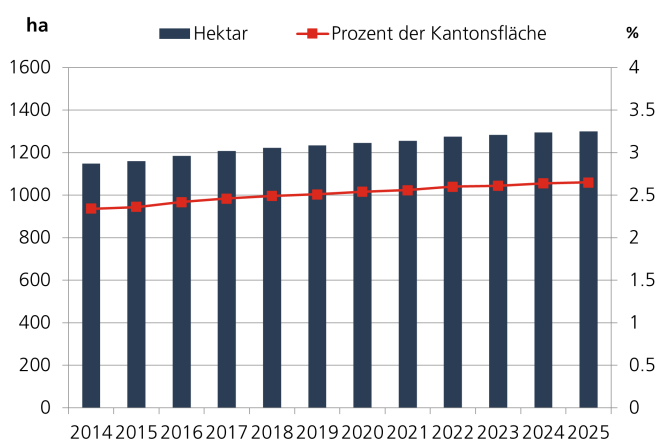
Bereich	1979-1985	1992-1997	2004-2009	2013-2018	2020-2025
Siedlungsfläche	539,3	534,3	554,1	537,4	-
Landwirtschaftsfläche	7 307,9	6 098,8	5 442,0	4 796,1	-



Kommentar: Die Siedlungsfläche pro Einwohner sank zwischen den Perioden 2004-2009 und 2013-2018 leicht von 539,3 Quadratmetern auf 537,4 Quadratmeter. Die Landwirtschaftsfläche pro Einwohner ist wegen des Bevölkerungswachstums zurückgegangen. Die Daten für die Jahre 2020-2025 liegen noch nicht vor.

Z 2.3: Entwicklung Anteil befestigte Flächen

Indikator	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Hektar (ha)	1 245 ha	1 255 ha	1 275 ha	1 283 ha	1 295	1 299
Prozent der Kantonsfläche	2,54%	2,56%	2,60%	2,61%	2,64%	2,65%



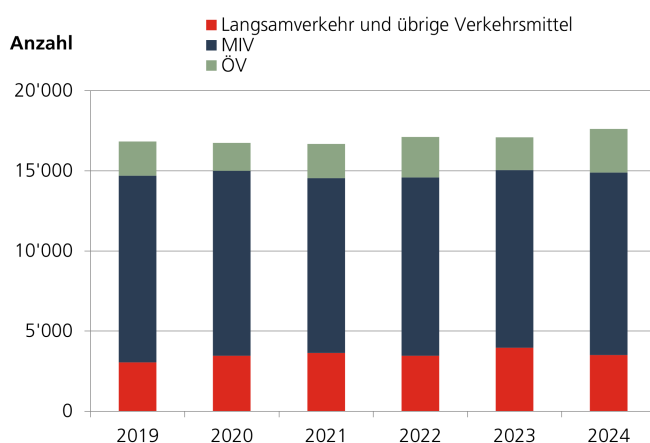
Kommentar: Im Kanton Obwalden waren Ende 2025 Flächen im Umfang von 1 299 Hektaren bzw. 1 819 Fussballfeldern versiegelt. Dies entspricht 2,65 Prozent des Kantonsgebiets und einer Zunahme von rund 12 Prozent innerhalb von 10 Jahren. Im Jahr 2025 wurden Flächen im Umfang von 5,5 Fussballfeldern versiegelt (2024: 17 Fussballfelder).

Handlungsfeld 3: Wir vernetzen uns

Ziel 3.1: Der Kanton Obwalden ist gut und zuverlässig im Nah- und Fernverkehr vernetzt. Er setzt auf umweltfreundliche und innovative Mobilitätsformen.

Z 3.1: Anzahl Arbeitspendelnde der Wohnbevölkerung (ab 15 Jahren) nach Hauptverkehrsmittel

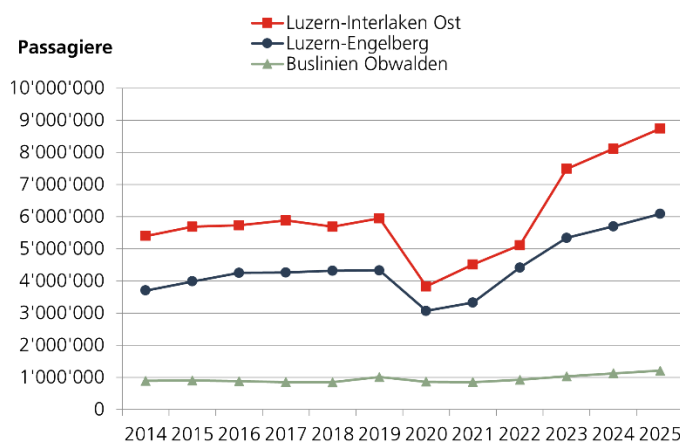
Hauptverkehrsmittel	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Langsamverkehr	3 455	3 636	3 472	3 955	3 503	-
Motorisierter Individualverkehr	11 542	10 903	11 121	11 103	11 388	-
Öffentlicher Verkehr	1 744	2 138	2 521	2 031	2 729	-



Kommentar: Insgesamt pendelten im Jahr 2024 17 697 (+ 572 Personen im Vergleich zum Vorjahr) erwerbstätige Personen der Obwaldner Wohnbevölkerung (Alter ab 15 Jahre) zu ihrer Arbeitsstätte.

Z 3.1: Nachfrageentwicklung Passagiere im öffentlichen Verkehr

Verbindung	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Luzern-Interlaken Ost	3 830 180	4 514 325	5 116 566	7 492 139	8 118 638	8 742 000
Luzern-Engelberg	3 070 906	3 332 294	4 421 409	5 341 584	5 703 003	6 090 000
Buslinien Obwalden	867 494	855 452	925 033	1 037 671	1 127 367	1 210 712

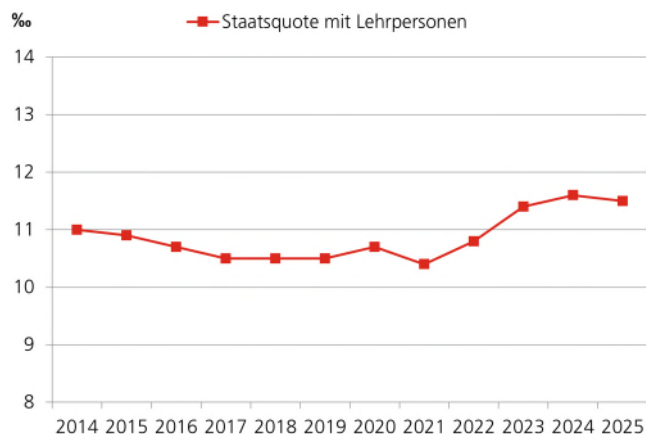


Kommentar: Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr stieg in allen Bereichen auf neue Rekordwerte. (Werte seit 02.02.2026 aktuell)

Ziel 3.2: Der Kanton Obwalden ist wettbewerbsfähig und steht in engem Austausch mit der Wirtschaft und dem Tourismus

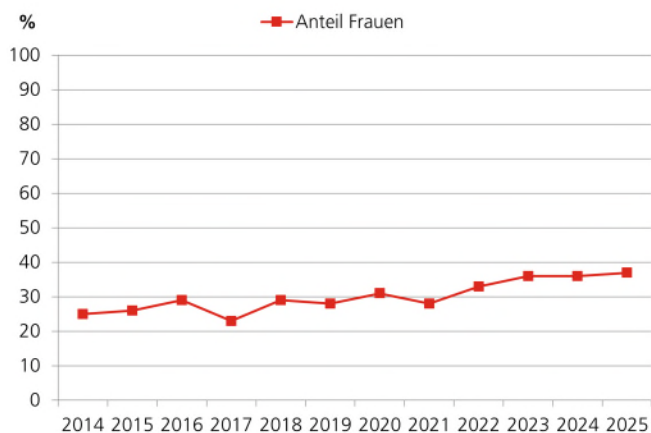
Z 3.2: Anzahl Vollzeitstellen Kanton Obwalden pro 1 000 Einwohner (mit Lehrpersonen)

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	10,7	10,4	10,8	11,4	11,6	11,5



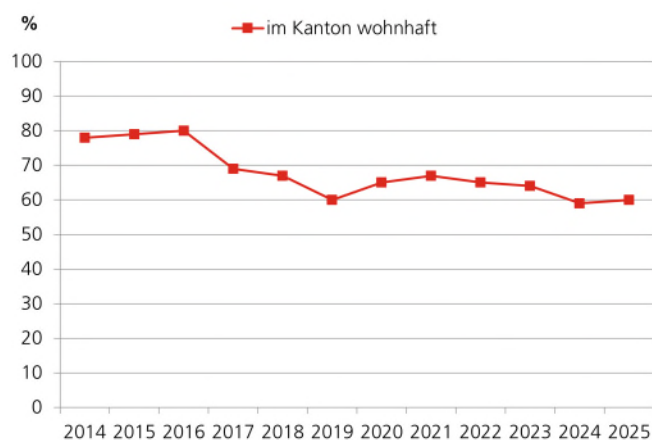
Z 3.2: Anteil Frauen in Kaderpositionen der kantonalen Verwaltung

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	31%	28%	33%	36%	36%	37%



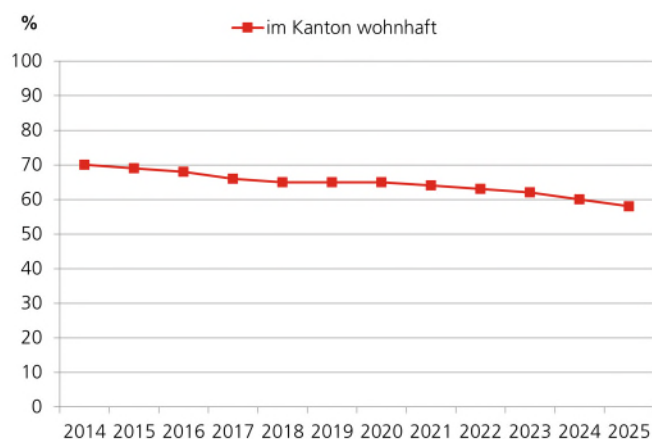
Z 3.2: Im Kanton wohnhafte Kaderleute der kantonalen Verwaltung

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	65%	67%	65%	64%	59%	60%



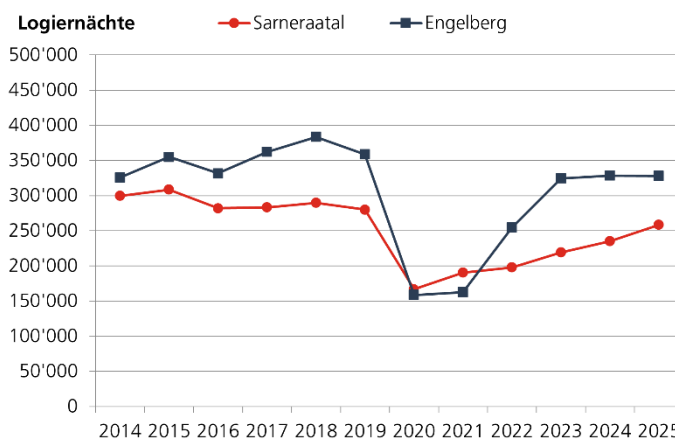
Z 3.2: Im Kanton wohnhafte Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung

Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	65%	64%	63%	62%	60%	58%



Z 3.2: Logiernächteentwicklung Hotels

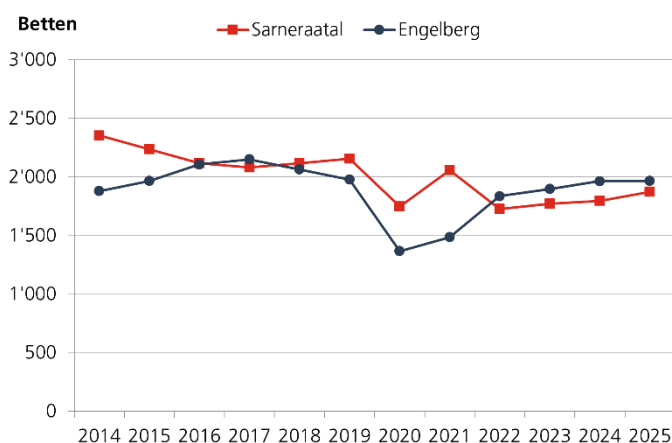
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Sarneraatal	166 773	190 289	197 681	219 194	235 093	258 408
Engelberg	158 528	162 531	254 663	324 371	328 506	328 002



Kommentar: Die Zahl der Logiernächte stieg im Sarneraatal um 9,9 Prozent und blieb in Engelberg auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr.

Z 3.2: Entwicklung der Anzahl angebotener Hotelbetten

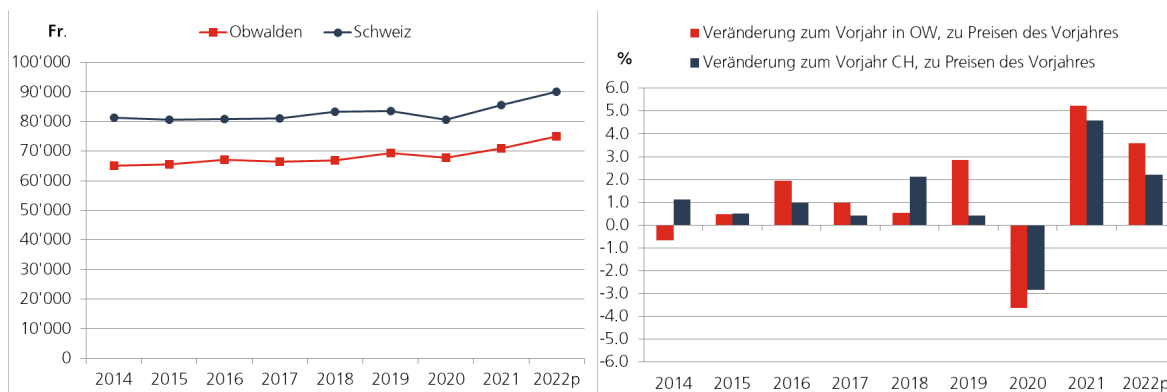
Gebiet	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Sarneraatal	2 157	1 750	2 059	1 727	1 773	1 797	1 873
Engelberg	1 978	1 368	1 487	1 837	1 898	1 965	1 967



Kommentar: Die Anzahl Betten der geöffneten Betriebe erhöhte sich zwischen 2024 und 2025 leicht.

Z 3.2: Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf

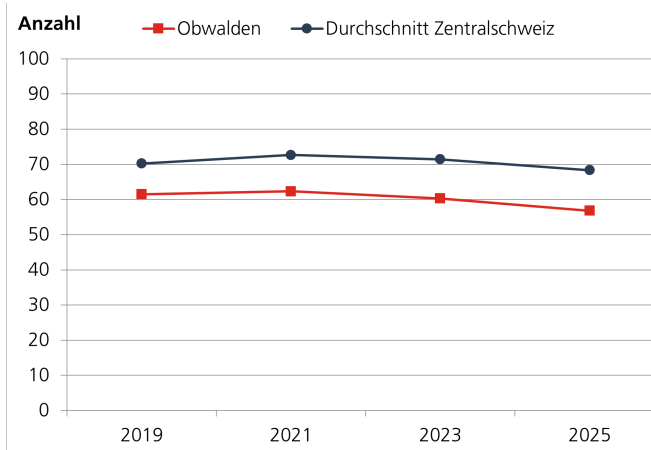
Indikator	2019	2020	2021	2022p	2023	2024
Kanton Obwalden in Fr.	69 422	67 843	70 974	74 902	-	-
Schweiz in Fr.	83 598	80 644	85 595	90 131	-	-
Veränderung zum Vorjahr, OW	2,9%	-3,6%	5,2%	3,6%	-	-
Veränderung zum Vorjahr, CH	0,4%	-2,9%	4,6%	2,2%	-	-



Kommentar: Aufgrund einer methodischen Revision veröffentlichte das BFS 2025 keine neue Statistik zum Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Kantonen. Die neuen Zahlen werden voraussichtlich im Oktober 2026 publiziert.

Z 3.2: UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator (Punkteskala 0 bis 100)

Gebiet	2019	2021	2023	2025
Kanton Obwalden	61,5	62,3	60,3	56,8
Durchschnitt Zentralschweiz	70,2	72,7	71,4	68,3

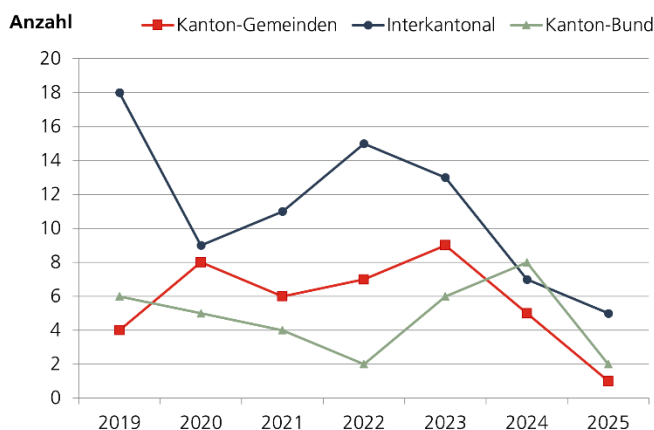


Kommentar: Der "UBS Kantonaler Wettbewerbsindikator" erscheint alle zwei Jahre. Er gibt Aufschluss über das langfristige relative Wachstumspotenzial der Kantone. Der Kanton Obwalden befand sich 2025 auf Platz 16 und gewann im Vergleich zu 2023 einen Platz. Insgesamt wird die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Obwalden von der UBS als "moderat" bewertet. In der Zentralschweiz hatte nur der Kanton Uri einen tieferen Wert (46,8 Punkte). Der Kanton Zug liegt an der Spitze mit 100 Punkten. Der Kanton Luzern erreicht 72,4 Punkte, der Kanton Schwyz 71,2 Punkte und der Kanton Nidwalden 62,7 Punkte.

Ziel 3.3: Der Kanton Obwalden ist ein verlässlicher Partner und intensiviert die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund.

Z 3.3: Anzahl auf Regierungsebene beschlossener Zusammenarbeitsprojekte

Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton-Gemeinden	8	6	7	9	5	1
Interkantonal	9	11	15	13	7	5
Kanton-Bund	5	4	2	6	8	2



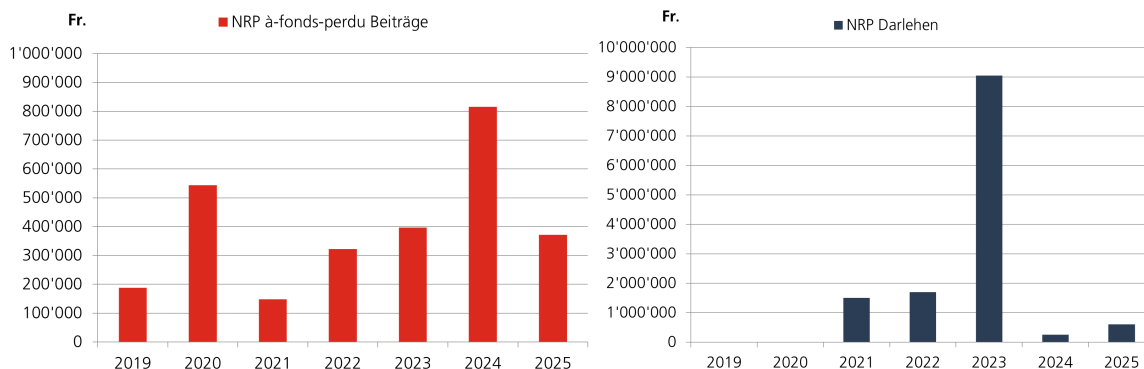
Kommentar: Im 2025 wurden insgesamt 14 Vereinbarungen abgeschlossen. Acht davon betrafen Vereinbarungen mit anderen Staatsebenen (siehe Grafik). Die übrigen sechs Vereinbarungen Zusammenarbeitsprojekte zwischen Kanton und Vereinen, welche insbesondere den Gesundheits- und Sozialbereich betrafen.

Handlungsfeld 4: Wir gestalten den Wandel

Ziel 4.1: Der Kanton Obwalden unterstützt zukunftsgerichtete Initiativen und schafft Wertschöpfungsnetzwerke zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft.

Z 4.1: Anzahl NRP-Projekte und Zusicherung von Unterstützungsbeiträgen (in Franken)

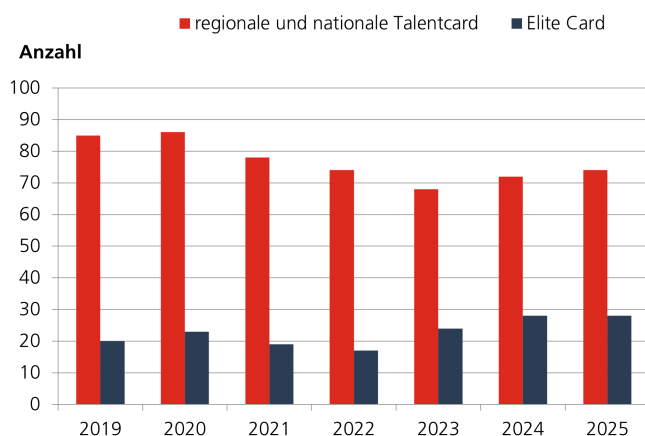
Unterstützungsart	2020	2021	2022	2023	2024	2025
NRP à-fonds-perdu Beiträge	543 500	147 500	321 705	396 250	815 000	371 040
NRP zinslose Darlehen	-	1 500 000	1 700 000	9 050 000	250 000	600 000



Kommentar: Im zweiten Jahr des NRP-Umsetzungsprogramms 2024 bis 2027 wurden insgesamt sieben innovative Projekte unterstützt, darunter ein Darlehensprojekt. Die Unterstützung der Neuen Regionalpolitik NRP wird je zur Hälfte aus Mitteln des Bundes und des Kantons finanziert. Bei einzelnen Projekten beteiligt sich zusätzlich die Standortgemeinde mit 20 Prozent des Kantonsbeitrags. Die Beiträge an die Regionalentwicklungsverbände (REV) Sarneraatal und Nidwalden&Engelberg sind in der vorliegenden Kennzahl nicht enthalten.

Z 4.1: Anzahl Leistungssportlerinnen und Leistungssportler mit regionaler und nationaler Talentcard sowie Elite Card von Swissolympic (neu anstatt Anzahl Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in Ausbildung)

Bereich	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Regionale und nationale Talentcard	86	78	74	68	72	74
Elite Card	23	19	17	24	28	28

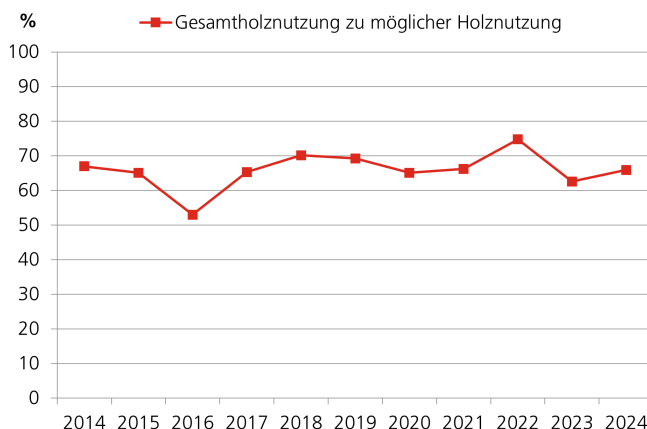


Kommentar: Obwohl Swiss Olympic die Anzahl Talentcards insgesamt erhöhte, bewegt sich die Anzahl der Obwaldner Leistungssportlerinnen und -sportler mit der entsprechenden Karte auf dem Niveau des Vorjahrs. Gleichzeitig stagniert die Anzahl der Leistungssportlerinnen und -sportler im Bereich der Elite Karten (Elite, Bronze, Silber, Gold), jedoch auf dem höchsten Niveau seit der Erfassung im Rahmen der vorliegenden Statistik.

Ziel 4.2: Der Kanton Obwalden wird zum Netto-Null-Kanton.

Z 4.2: Verhältnis Gesamtholznutzung zu möglicher Holznutzung

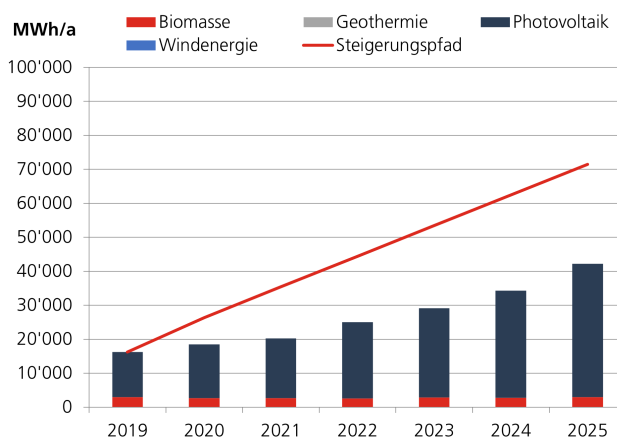
Gebiet	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Kanton Obwalden	65,1%	66,2%	74,8%	62,6%	65,9	-



Kommentar: Die Daten für das Berichtsjahr liegen noch nicht vor. Die Holzernte 2024 war weiterhin von der Befallssituation mit dem Buchdrucker, einem Forstschädling, geprägt. Die Holzpreise stagnierten 2024. Die Holznutzung 2024 entspricht genau einem durchschnittlichen Jahr der letzten Dekade.

Z 4.2: Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (in MWh/a)

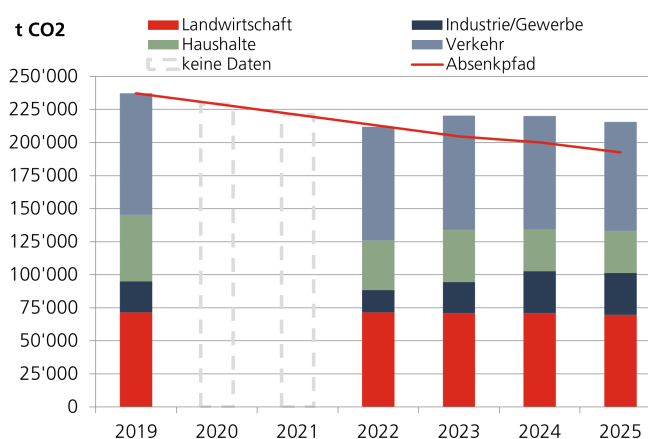
Quelle	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Biomasse	2 655	2 679	2 602	2 843	2 810	3 013
Geothermie	0	0	0	0	0	0
Photovoltaik	15 828	17 583	22 429	26 248	31 456	39 196
Windenergie	0	0	0	0	0	0



Kommentar: Seit 2019 fand im Kanton Obwalden ein Zubau von erneuerbarer Stromproduktion um rund 26 000 MWh/a statt. Um das Ziel einer Verzehnfachung bis 2035 zu erreichen, müsste die Stromproduktion jährlich um rund 9 000 MWh/a gesteigert werden.

Z 4.2: Treibhausgasemissionen im Kantonsgebiet (Tonnen CO₂)

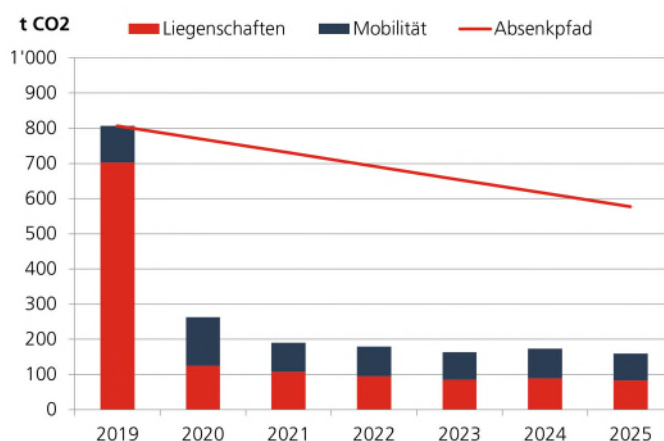
Quelle	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Landwirtschaft	-	-	71 500	71 045	71 022	69 653
Industrie und Gewerbe	-	-	16 847	23 560	31 609	31 744
Haushalte	-	-	37 748	39 266	31 609	31 744
Verkehr	-	-	85 730	86 453	85 823	82 321



Kommentar: Die Treibhausgasemissionen für das Kantonsgebiet Obwalden sanken gegenüber dem Ausgangsjahr 2019. Im Jahr 2025 lagen die Emissionen rund 12 Prozent über dem Zielwert gemäss Absenkpfad des Energie- und Klimakonzepts 2035. Die Zahlen zu den Treibhausgasemissionen 2020 und 2021 sind nicht vorhanden und entsprechend in der Grafik nicht abgebildet.

Z 4.2: Treibhausgasemissionen kantonale Verwaltung (Tonnen CO₂)

Quelle	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Liegenschaften	125	108	95	85	89	83
Mobilität	138	82	84	79	84	76



Kommentar: Durch den Anschluss kantonaler Gebäude an den Holzwärmeverbund Sarnen sanken die Treibhausgasemissionen der Verwaltung bereits 2020 auf den Zielwert von 2033 gemäss Absenkpfad des Energie- und Klimakonzepts 2035.

2.5 Verzeichnis der Mitgliedschaften 2025 von Regierungsmitgliedern

Gemäss Art. 44 Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes (StVG; GDB 130.1) dürfen die Mitglieder des Regierungsrats den Verwaltungsorganen wirtschaftlicher oder gemeinnütziger Unternehmungen und Organisationen nur angehören, wenn es im Interesse des Kantons nötig ist.

Der Regierungsrat informiert hiermit über diese Tätigkeiten (Stand 31. Dezember 2025):

Regierungsratsmitglied	Organisation	Funktion
Amstad Christoph	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	Mitglied Konkordatsrat
	Interkantonale Schifffahrtskommission für den Vierwaldstättersee	Mitglied
Hess Josef	Schweizerische Sportmittelschule AG	Mitglied Verwaltungsrat
	GIS Daten AG	Mitglied Verwaltungsrat
	Stiftung Schweizerische Sportmittelschule	Mitglied Stiftungsrat
	Interkantonale Försterschule (Stiftung)	Mitglied Stiftungsrat und Mitglied Stiftungsausschuss
	Verein «Energierregion Obwalden»	Präsident Vorstand
	Tarifverbund Luzern, Obwalden und Nidwalden	Mitglied Leitorgan
	Espace Suisse (Verband für Raumplanung)	Mitglied
	Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK)	ständiger Vertreter
	Gotthard-Komitee	Mitglied des Leitenden Ausschusses
Kaufmann-Hurschler Cornelia	Kraftwerk Sarneraa AG	Mitglied Verwaltungsrat
	Obermatt Kraftwerke AG	Präsidentin Verwaltungsrat
	Laboratorium der Urkantone (LdU)	Mitglied Aufsichtskommission
	Schweizer Salinen AG	Mitglied Konkordatsrat
	Personalversicherungskasse Obwalden (PVO)	Delegierte Arbeitgeber
	Swisslos – Interkantonale Landeslotterie	Mitglied Genossenschaft
Schäli Christian	Innerschweizer Kulturstiftung	Mitglied Stiftungsrat
	Stiftung SwissSkills	Präsident Stiftungsrat
	Stiftung «Geschichte Kloster Muri AG»	Mitglied Stiftungsrat
	Stiftung «Meinrad Burch-Korrodi und Hedwig Maria Burch-Wyser»	Präsident Stiftungsrat

Regierungsratsmitglied	Organisation	Funktion
	Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)	Mitglied
	Hochschule Luzern (Fachhochschule Zentralschweiz FHZ)	Mitglied Konkordatsrat
	Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern)	Mitglied PH Rat
	Personalversicherungskasse Obwalden (PVO)	Mitglied Vorstand und Delegierter Arbeitgeber
Wyler Daniel	zb Zentralbahn AG	Mitglied Verwaltungsrat
	ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Mitglied Stiftungsrat
	Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)	Mitglied Konkordatsrat
	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	ständiger Vertreter
	Interkantonales Organ Technische Handelshemmnisse	Mitglied
	Arbeitslosenkasse Obwalden und Nidwalden	Mitglied Aufsichtskommission
	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)	Mitglied Aufsichtskommission
	Fischereikommission für den Vierwaldstättersee	Mitglied Aufsichtskommission
	Aufsichtskommission Vierwaldstättersee (Gewässerschutz)	Mitglied Aufsichtskommission
	Verein Startup Pilatus	Mitglied Vorstand
	tüftelPark Pilatus	Mitglied Vorstand
	Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)	ständiger Vertreter im Ausschuss

2.6 Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat hat zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.5165	15.01.2025	SSD	Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes
RRB Nr. 254	04.02.2025	SSD	Änderung der Zivilschutzverordnung (Schutzbauten)
RRB Nr. 272	18.02.2025	VD	20.451 Parlamentarische Initiative: Armut ist kein Verbrechen
OWSTK.5250	20.02.2025	SSD	24.065 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung), Änderung
OWSTK.5208	24.02.2025	VD	Änderung der Arbeitslosenversicherungsverordnung und der Verordnung über die Verwaltungskostenentschädigung der Arbeitslosenkassen
OWSTK.5255	11.03.2025	SSD	Elektronische Kommunikation in der Justiz: Vereinbarung justitia.swiss
OWSTK.5229	12.03.2025	VD	Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz: Sonderbestimmungen für die Live-in-Betreuung (Art. 17a-17e ArGV 2)
OWSTK.5254	12.03.2025	VD	Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie und Verordnung über die Änderung einer Bestimmung des Landesversorgungsgesetzes
OWSTK.5238	12.03.2025	BRD	Beschleunigung beim Aus- und Umbau der Stromnetze (Änderung der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen)
OWSTK.5247	12.03.2025	BRD	Änderung der Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange
OWSTK.5303	13.03.2025	BRD	Sachplan Militär (SPM), Programmteil; Anpassung betreffend Helikopterlandestellen und die militärische Mitbenützung ziviler Infrastrukturen
OWSTK.5237	14.03.2025	SSD	Teilrevision des Bundesgerichtsgesetzes
OWSTK.5253	14.03.2025	SSD	Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Bezug von Mitteln und Gegenständen im EWR)
OWSTK.5246	19.03.2025	VD	Verordnungspaket Umwelt Herbst 2025
OWSTK.5252	20.03.2025	SSD	Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Sicherstellung des Prinzips der einmaligen Erhebung der Daten)

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
RRB Nr. 306	25.03.2025	BRD	Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»
OWSTK.5261	27.03.2025	SSD	20.504 n Pa. Iv. Flach. Folter als eigener Straftatbestand im Schweizer Strafrecht
OWSTK.5251	31.03.2025	VD	Inkrafttreten der Änderung vom 29. September 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Prämienvverbilligung). Totalrevision der Verordnung über den Bundesbeitrag zur Prämienvverbilligung in der Krankenversicherung
OWSTK.5301	01.04.2025	FD	OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen
RRB Nr. 324	07.04.2025	SSD	Bundesgesetz über das Verbot des öffentlichen Verwendens von nationalsozialistischen Symbolen
G 2025-0062	10.04.2025	STK	22.415 n Pa. IV. (Fluri) Wasserfallen Christian. Faire Teilnahme der SRG am audiovisuellen Produktionsmarkt
OWSTK.5311	11.04.2025	VD	Totalrevision der EDI-Verordnungen über Fachbewilligungen im Bereich Chemikalien
OWSTK.5291	15.04.2025	VD	Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2025
OWSTK.5387	28.04.2025	VD	Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) - Anhang Biozidprodukte
RRB Nr. 343	29.04.2025	FD	Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027
OWSTK.5324	30.04.2025	FD	Schweizer Salinen AG, Pratteln; Reformpaket II
OWSTK.5297	30.04.2025	SSD	Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (Kosten- und Qualitätsziele)
OWSTK.5228	30.04.2025	SSD	KKJPD: Interkantonale Vereinbarung zum elektronischen Datenaustausch im Justizvollzug
OWSTK.5300	01.05.2025	SSD	Teilrevisionen zweier Ausführungserlasse zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (VÜPF; VD-ÜPF)
OWSTK.5315	14.05.2025	SSD	SGK-N zum Vorentwurf im Rahmen der parlamentarischen Initiative 20.490 n Pa. Iv. Hurni, pharmazeutische Industrie und Medizin, mehr Transparenz
OWSTK.5352	27.05.2025	FD	Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
			Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1
OWSTK.5338	02.06.2025	SSD	Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S und Zulassungserleichterungen für in der Schweiz ausgebildete Drittstaatsangehörige: Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, des Asylgesetzes, der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit sowie der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer
RRB Nr. 383	03.06.2025	VD	Bundesgesetz über die Förderung des Ausbaus von Breitbandinfrastrukturen (Breitbandfördergesetz; BBFG)
RRB Nr. 390	10.06.2025	VD	Vernehmlassung zur Änderung des Geoinformationsgesetzes – Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen
RRB Nr. 391	10.06.2025	VD	Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Pflanzen aus neuen Züchtungstechnologien (Züchtungstechnologienengesetz; NZTG)
OWSTK.5459	11.06.2025	SSD	Änderung des Tierseuchengesetzes
OWSTK.5463	12.06.2025	BRD	Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene (SIS): Bereinigung nach Art. 20 RPV
OWSTK.5402	30.06.2025	BRD	Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Januar 2026
OWSTK.5417	07.07.2025	VD	Genehmigung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt und Nr. 191 zur Änderung von Normen infolge Anerkennung eines sicheren und gesunden Arbeitsumfelds als grundlegendes Prinzip
OWSTK.5408	08.07.2025	VD	Revision der Postverordnung (VPG)
OWSTK.5419	06.08.2025	SSD	Totalrevision der Patentverordnung
OWSTK.5418	07.08.2025	FD	Änderung der Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV); Ergänzung der Bestimmungen zum GloBE Information Report (GIR)
OWSTK.5511	14.08.2025	SSD	Konsultation zur Weiterführung des Schutzstatus S, zur Umsetzung der Motionen Friedli, Würth und Paganini sowie zur Verlängerung des Programms S

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
RRB Nr. 28	19.08.2025	VD	Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Pflanzen aus neuen Züchtungstechnologien (Züchtungstechnologengesetz; NZTG)
RRB Nr. 29	19.08.2025	VD	Parlamentarische Initiative: Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss strafrechtlich verfolgt werden
OWSTK.5461	20.08.2025	VD	Verordnungsänderungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1717 zur Revision des Schengener Grenzkodex (Schengen-Weiterentwicklung) sowie aufgrund einer Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes
OWSTK.5427	21.08.2025	SSD	Verordnung über die individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf der Verpackung von Humanarzneimitteln
OWSTK.5452	01.09.2025	VD	Teilrevision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Aufsichtsverordnung (AVO)
OWSTK.5445	03.09.2025	SSD	Änderung der Verkehrsregelnverordnung bezüglich Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot, Bewilligungen für Ausnahmetransporte und motorsportliche Veranstaltungen
OWSTK.5451	03.09.2025	SSD	Vorentwurf zur Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) (Schutz von Daten juristischer Personen durch Bundesorgane)
OWSTK.5468	03.09.2025	VD	Bundesbeschluss über die Genehmigung der Änderung des Niederlassungsabkommens zwischen der Schweiz und Iran
OWSTK.5489	08.09.2025	VD	Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme des EU-Migrations- und Asylpakts
RRB Nr. 77	16.09.2025	FD	Änderung der Eigenmittelverordnung (Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität und dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission)
RRB Nr. 78	16.09.2025	VD	Änderung des Kartellgesetzes (Reform Wettbewerbsbehörden)
RRB Nr. 79	16.09.2025	BRD	Vernehmlassung zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes (Umsetzung Motion 23.3498)
RRB Nr. 96	22.09.2025	BKD	Bundesgesetz über die Förderung von Landesausstellungen (LaFG)
G 2025-0470	23.09.2025	STK	Verordnungsentwurf zum E-ID-Gesetz

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.5492	03.10.2025	VD	Revision der Lärmschutz-Verordnung
OWSTK.5491	08.10.2025	SSD	Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit»
OWSTK.5494	08.10.2025	SSD	Änderung der Verordnungen zum Transplantationsgesetz
OWSTK.5495	08.10.2025	SSD	Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste
OWSTK.5508	08.10.2025	SSD	21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern
OWSTK.5505	09.10.2025	SSD	Verordnung über die intensive Frühintervention bei Autismus-Spektrum-Störungen (IFIIV)
OWSTK.5493	10.10.2025	VD	Änderung des Umweltschutzgesetzes: Massnahmen zur Bekämpfung von invasiven gebietsfremden Organismen
OWSTK.5510	13.10.2025	VD	Verordnungspaket Umwelt Frühling 2026
OWSTK.5536	13.10.2025	VD	Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft (NAV Hauswirtschaft)
RRB Nr. 111	14.10.2025	SSD	Indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes) zur Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)»
OWSTK.5535	17.10.2025	FD	Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten
RRB Nr. 115	21.10.2025	VD	Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung des Beziehungen Schweiz-EU»
RRB Nr. 116	21.10.2025	VD	Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer
OWSTK.5488	27.10.2025	SSD	Erlass der Verordnung über das Informationssystem Strassenverkehrskontrolle (ISKV)
RRB Nr. 133	04.11.2025	VD	Standesinitiative «Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten» (23.325)
RRB Nr. 146	11.11.2025	VD	Genehmigung des Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Wiederaufbauprozess der Ukraine

2025

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
OWSTK.5552	19.11.2025	VD	Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage
RRB Nr. 163	25.11.2025	SSD	Regulierung des Cannabismarktes für einen besseren Jugend- und Konsumentenschutz; Bundesgesetz über die Cannabisprodukte
RRB Nr. 184	02.12.2025	SSD	Umsetzung der Motion 21.4516 Schilliger «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern»
RRB Nr. 185	02.12.2025	VD	Telekommunikation: Parlamentarische Initiative 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten»
RRB Nr. 186	02.12.2025	VD	Entwurf für ein Bundesgesetz über die Gasversorgung (GasVG)
OWSTK.5575	03.12.2025	SSD	Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung seltener Krankheiten
OWSTK.5661	03.12.2025	SSD	Vorentwurf und erläuternder Bericht im Rahmen der parlamentarischen Initiative Hurni «Keine überhöhten Entschädigungen für die leitenden Organe von Krankenkassen zulasten der Versicherten» (21.453)
RRB Nr. 212	09.12.2025	FD	Änderung des Bankengesetzes und der Eigenmittelverordnung (Eigenmittelunterlegung ausländischer Beteiligungen im Stammhaus von systemrelevanten Banken)
OWSTK.5589	11.12.2025	BRD	Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2026
OWSTK.5597	12.12.2025	SSD	Änderung des Zivilgesetzbuches (Eintragung der elterlichen Sorge in die Einwohnerregister)
OWSTK.5615	12.12.2025	SSD	Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen / Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge
RRB Nr. 234	16.12.2025	VD	Vorentwurf zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen
RRB Nr. 235	16.12.2025	VD	Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»
OWSTK.5593	18.12.2025	VD	Totalrevision der Maschinenverordnung

2.7 Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2024/2025 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr	
	2023/2024	2024/2025
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht		1
Grundrechte/Politische Rechte		1
Volksabstimmungen/Wahlen		
Staatspersonal		
Einwohner- und Bezirksgemeinden	1	1
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften		1
Aufsichtsbeschwerde gegen öffentlich- rechtliche Anstalt		2
Erbrecht		
Vormundschaft/Beistandschaft (KESB)		
Sachenrecht, Grundbuch		
Strafvollzug		
Volksschule		
Mittelschule		1
Berufsbildung		
Steuern		
Jagd		
Richtplanung/Nutzungsplanung, Ortsplanung		
Baurecht	5	16
Strassen und Wege	1	
Wasserbau		
Forstwirtschaft		
Strassenverkehr		1
Umweltschutz		
Gewässerschutz/Naturschutz		
Spitäler, Kranken- und Betagtenpflege		
Total	7	24

3. Kantonsrat



Zusammensetzung in der Amtsdauer 2022 bis 2026 nach Fraktionen

Die Mitte/GLP	21 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	13 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	11 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder
fraktionslos	4 Mitglieder

Mit der Wahl zum Ratspräsidenten durfte ich im vergangenen Amtsjahr grosses Vertrauen erfahren. Dafür danke ich herzlich. Dieses Ehrenamt war mir Verpflichtung und Ansporn zugleich – gerade in einem Kanton wie Obwalden, der seine Aufgaben mit begrenzten Mitteln verantwortungsvoll und vorausschauend wahrnehmen muss.

Das Amtsjahr war geprägt von herausfordernden Rahmenbedingungen. Die geopolitische Lage mit bewaffneten Konflikten und humanitärem Leid führt uns eindrücklich vor Augen, wie wertvoll Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Frieden sind. Dass wir diese Werte in Obwalden leben dürfen, erfüllt mich mit Dankbarkeit und Demut.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage an Bedeutung, wofür wir einstehen: für einen respektvollen Umgang, für klare Werte, für einen sorgfältigen Einsatz unserer Ressourcen und für eine nachhaltige Weiterentwicklung unseres Kantons. Es gilt, Bewährtes zu bewahren und zugleich die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten – im Interesse der heutigen und kommenden Generationen.

Der Obwaldner Ratsbetrieb zeichnet sich durch Disziplin, gegenseitigen Respekt und die Fähigkeit aus, unterschiedliche Meinungen konstruktiv zusammenzuführen. Unterschiedliche Standpunkte gehören zur politischen Arbeit. Der gemeinsam gefundene Konsens ist dabei unsere Stärke. Diese Haltung prägte auch das vergangene Amtsjahr.

Legislative und Exekutive verfolgen ein gemeinsames Ziel: das Wohl von Land und Leuten. Diesem Auftrag sind wir durch Eid und Gelübde verpflichtet. Die kommenden Aufgaben bleiben anspruchsvoll, doch mit Dialogbereitschaft, Sachlichkeit und überparteilicher Zusammenarbeit lassen sich tragfähige Lösungen erarbeiten. Lassen Sie uns Herausforderungen entschlossen anpacken, Bestehendes kritisch hinterfragen und moderne, praxistaugliche Lösungen entwickeln. So bleibt die Politik im Kanton Obwalden wirkungsvoll, glaubwürdig und zukunftsgerichtet.

Kantonsratspräsident Hubert Schumacher, Sarnen

3.1 Kantonsratssitzungen und -geschäfte im Amtsjahr 2024/2025

Im Amtsjahr 2024/2025 wurden an 6 Plenarsitzungen (Vorjahr 7), wovon zwei zweitägige Sitzungen, insgesamt 73 Geschäfte (Vorjahr 67) behandelt, und zwar Wahlen 21 (14), Gesetzgebung 12 (10), Verwaltungsgeschäfte 25 (27) sowie Parlamentarische Vorstösse 15 (16). Der Vergleich zu den Vorjahren sieht folgendermassen aus:

Geschäfte	2022/2023	2023/2024	2024/2025
Vereidigungen / Wahlen	24	14	21
Gesetzgebung	9	10	12
Verwaltungsgeschäfte	26	27	25
Parlamentarische Vorstösse	18	16	15
Insgesamt	77	67	73

Geschäfte der Ratsleitung

Die Ratsleitung behandelte ihre Geschäfte im Kalenderjahr 2025 an sieben ordentlichen Sitzungen. Zu den ständigen Geschäften gehörte die Festlegung des Sitzungsplans und der Geschäftslisten für die einzelnen Sitzungstage sowie die Wahl der vorberatenden Kommissionen.

Empfänge und Anlässe

Am 23. Januar 2025 empfing die Ratsleitung des Kantons Obwalden das Ratsbüro des Kantonsrats Solothurn. Nach dem Besuch der Ratsverhandlungen und einem gemeinsamen Mittagessen für den Gedankenaustausch bekamen die Gäste auf einem Rundgang im Flüeli einen lehrreichen Einblick in die Wirkungsstätte von Niklaus von Flüe und Dorothee Wyss.

Der Einladung zum Treffen der Schweizer Kantonsrats-, Grossrats- und Landratspräsidenten in Aarau am 14. März 2025 folgten aus Obwalden Ratspräsident Andreas Gasser, Vizepräsident Hubert Schumacher und zweiter Stimmenzähler Ambros Albert. Thematisch drehte sich der Anlass um die finanzpolitischen Herausforderungen im Verhältnis Bund – Kantone.

Am 21. März 2025 wurde traditionell das bereits 19. Treffen ehemaliger Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten durchgeführt. Die Teilnehmenden trafen sich in Lungern, in der Heimatgemeinde des amtierenden Kantonsratspräsidenten, zur Besichtigung von Brünig Indoor und Gasser Felstechnik AG.

„Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen“ war die Fragestellung der diesjährigen Frühjahrestagung der Interkantonalen Legislativkonferenz (ILK) als Dachverband der Kantonsparlamente am 4. April 2025 in Bern. Kantonsrat Roland Kurz nutzte die Informations- und Vernetzungsplattform.

Am 17. April 2025 lud die Ratsleitung das Büro des Landrats des Kantons Nidwalden zur Zusammenkunft ein. Nach Besichtigung der technischen Erneuerungen mit Mikrofon- und Abstimmungsanlage im Obwaldner Kantonsratssaal fand ein Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen statt.

Der jährliche Ausflug der Kantonsbehörden fand am Samstag, 24. Mai 2025 statt. Kantonsratspräsident Andreas Gasser lud die Teilnehmenden nach Lungern ein. „KI – kreativ iisereins“, so zeigten sich die Topakustik AG, die Neue Holzbau AG und die Sutter AG den Teilnehmenden, bevor alle zusammen auf dem Turren den Abend ausklingen liessen.

Der Gegenbesuch der Ratsleitung beim Büro des Kantonsrats Solothurn folgte am 25. Juni 2025 in der Stadt Solothurn. Es gab einen spannenden Einblick in die Ratsdebatte, eine Rathausführung, eine Stadtführung und schliesslich ein Besuch bei der Kantonsschule Solothurn, eine der grössten Mittelschulen der Schweiz.

Rund 250 Parlamentsmitglieder, Fachleute und Medienschaffende trafen sich am 7. und 8. November 2025 im Zürcher Kongresshaus zum ersten Tag der Schweizer Parlamente. Den Austausch zwischen den Parlamenten aller Staatsebenen erlebten auch die Obwaldner Kantonsräte Trudy Abächerli, Roland Kurz

sowie Ratspräsident Hubert Schumacher. Letzterer fungierte auch als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion zum Schweizer Parlamentarismus.

3.2 Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat kann die Abschreibung beantragen, wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll,
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

Übersicht eingereichte parlamentarische Vorstösse im Kantonsrat

Amtsjahr	2022/2023		2023/2024		2024/2025	
	Neu eingereicht	Hängig Ende 2023	Neu eingereicht	Hängig Ende 2024	Neu eingereicht	Hängig Ende 2025
Motionen	8	5	8	9	9	4
Postulate	–	3	–	4	1	6
Interpellationen	7	1	6	1	11	5
Anfragen	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	15		14		21	

Im Amtsjahr 2024/2025 behandelte der Kantonsrat insgesamt sieben Motionen. Zwei Motionen wurden angenommen, vier Motionen wurden abgelehnt und eine Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und angenommen. Postulate wurden im Amtsjahr 2024/2025 keine behandelt.

Hängige Motionen (inkl. angenommene Motionen im 2. Halbjahr 2025)

Stand angenommene, Ende 2025 noch hängige Motionen:

Motion betreffend Konkretisierung und Umsetzung der Spitalstrategie am KSOW (52.22.03) von den Kantonsratsmitgliedern Marcel Jöri, Alpnach; Ivo Herzog, Alpnach; Roland Kurz, Sachseln; Max Rötheli, Sarnen und Helen Keiser-Fürer, Sarnen sowie Mitunterzeichnenden.

Mit der Annahme des Spitalgesetzes durch das Stimmvolk am 30. November 2025 ist die Motion **abzuschreiben**.

Motion betreffend Änderung von Kapitel D6 (Zivilluftfahrt) des kantonalen Richtplans (52.24.01) von Kantonsrätin Trudi Abächerli, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Die in der Motion geforderte Anpassung des SIL-Objektblattes Flugplatz Kägiswil ist veranlasst und bereits im Gang. Im Jahr 2025 fanden dazu zwei Koordinationsgespräche mit allen beteiligten und involvierten Stellen statt. Eine Anpassung des Richtplans ist nicht erforderlich. Parallel dazu laufen Gespräche mit armasuisse über die Nutzung des Flugplatzareals als Standort der Schweizerischen Rettungsflugwacht sowie einer einheimischen Transporthelikopterfirma. Bestandteil dieser Gespräche ist auch die Rekultivierung eines Teils der Pistenflächen.

Motion betreffend Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur spitalexternen Pflege im Kanton Obwalden (52.24.05) von Kantonsrat Adrian Haueter, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Nach Erstellung der umfassenden Gesundheitsstrategie erfolgen die Anpassungen des Gesundheitsgesetzes.

Motion betreffend Optimierung der Denkmalpflege (52.24.07) von Kantonsrat Frank Kurer, Engelberg, sowie Mitunterzeichnenden.

Die Motion betreffend Optimierung der Denkmalpflege ist in Bearbeitung und wird bei der Überarbeitung der Schutzpläne Alpnach und Giswil berücksichtigt. Der Regierungsrat hat am 25. November 2025 den Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung in die Vernehmlassung gegeben, welcher weitere Teile der Motion umsetzen soll.

Motion betreffend gesetzeskonforme Ausweisung der Geschäftsfelder im Geschäftsbericht des Elektrizitätswerks Obwalden (52.25.06) von Kantonsrat Patrick Matter, Alpnach, sowie Mitunterzeichnenden.

Der Regierungsrat beabsichtigt, das Anliegen der Motionäre 2026 im Rahmen einer Präzisierung in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Elektrizitätswerk Obwalden (GDB 663.111) umzusetzen. Künftig sollen dem Regierungsrat sowie der vorberatenden Kommission der Einzelabschluss des Elektrizitätswerk Obwalden (EWO), die detaillierte Überleitung zur konsolidierten Jahresrechnung, die Betriebsergebnisse pro Geschäftsfeld sowie das Reporting zur Eigentümerstrategie zur Verfügung gestellt werden.

Hängige Postulate (inkl. angenommene Postulate im 2. Halbjahr 2025)

Stand angenommene, Ende 2025 noch hängige Postulate:

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend Anpassung der kantonalen Entschädigungsansätze für landwirtschaftliches Kulturland bei Enteignungen (52.21.13) von Kantonsrat Daniel Blättler, Kerns, und Mitunterzeichnenden.

Aufgrund der personellen Vakanzen im Amt für Justiz ist das Postulat noch in Bearbeitung.

Postulat betreffend Für eine starke Obwaldner Justiz – Aufsicht über Anwälte und Urkundspersonen (53.21.01) von Kantonsrat Mike Bacher, Engelberg, und Mitunterzeichnenden, aufrechterhalten von Kantonsrat Robert Brunner, Engelberg

Das Amt für Justiz führt als Pilotprojekt das Aktuariat und Sekretariat der Anwalts-, Notariats- und Steuerrekurskommission. Für die Anwalts- und die Notariatskommission wurde das Pilotprojekt verlängert und bezüglich Steuerrekurskommission abgeschlossen. Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich (52.22.02) von Kantonsrat Dominik Imfeld, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Die Obwaldner Energiestädte haben ihre Zusammenarbeit seit 2023 in einem eigenständigen Verein organisiert. Mitglieder sind alle Einwohnergemeinden, der Kanton Obwalden sowie das EWO. Die Öffnung des Vereins wurde weiter vorangetrieben und mit der Wahl von Stefan von Rotz in den Vorstand als Vertreter des Gewerbes zusätzlich gestärkt.

Aus der Arbeitsgruppe zur Öffnung des Vereins ist das Energieforum Obwalden hervorgegangen. Die Vorbereitungen dazu erfolgten 2025; der Anlass findet am 30. und 31. Januar 2026 statt.

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend bezahlbarer Wohnraum (52.24.03) von Kantonsrätin Helen Keiser-Fürrer, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Im Berichtsjahr fanden zwei runde Tische mit den Einwohnergemeinden statt. Das Volkswirtschaftsamt erarbeitete zudem einen Leitfaden mit möglichen Massnahmen. Dieser ist zusammen mit dem Hinweis auf weitere Hilfsmittel unter dem Stichwort „bezahlbarer Wohnraum“ auf der Webseite des Kantons aufgeschaltet. Der Bericht des Regierungsrats zum Postulat wird dem Kantonsrat im ersten Quartal 2026 zur Verabschiedung unterbreitet (vgl. auch Berichterstattung Volkswirtschaftsdepartement, 4102 zur Wohnbau- und Eigentumsförderung).

Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) betreffend Praxisänderung im Fach Französisch (52.25.03) von Kantonsrätin Veronika Wagner, Kerns, und Mitunterzeichnenden.

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Postulat betreffend Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation „Schutz & Rettung Unterwalden“ (53.25.02) von Kantonsrat Marius Kuchler, Kerns, und Mitunterzeichnenden.

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden im Amtsjahr 2017/2018, 2021/2022, 2022/2023, 2024/2025 sowie 2025/2026 parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt, deren Bearbeitung noch offen ist:

Im Kantonsrat	6. Dezember 2017	Bericht	Bericht zur Bedeutung des angepassten Richtplans für das Wanderwegnetz und zu den Auswirkungen für die von Wanderwegen betroffenen Grundeigentümer
Anmerkung	<i>Fazit und Antrag (Seite 9): Der erste Satz im zweiten Abschnitt IV. Fazit und Antrag wird ergänzt durch: „(...) haben keine unmittelbaren rechtlichen Auswirkungen für die Grundeigentümer (...)“.</i> 26		
Stand Behandlung	Die Ergänzung wird bei der nächsten Revision des Wanderwegrichtplans umgesetzt.		

Im Kantonsrat	27. Januar 2022	Bericht	Gesamtverkehrskonzept
Anmerkung	<i>Seite 9 (Kapitel 4) [Seite 68 im Gesamtverkehrskonzept]:</i> <i>Für den Abschnitt Sarnen-Kägiswil ist eine Linienführung rechtseitig der Sarner Aa zu priorisieren.</i>		
Stand Behandlung	Das Tiefbauamt erarbeitete in den Jahren 2024/25 eine Machbarkeitsstudie mit dem Ziel, die Linienführung für die Veloalltagsroute(n) zwischen Alpnach und Sarnen festzulegen. Dabei wurde auch eine Linienführung rechtsseitig der Sarneraa geprüft. In Gesprächen mit Kulturlandvertretern und den betroffenen Korporationen wurden verschiedene Lösungsansätze hinsichtlich Linienführung, Dimensionierung und Kulturlandverbrauch diskutiert sowie beurteilt. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Hauptroute für den Alltagsverkehr entlang der Brünigstrasse geführt werden soll, da sie für den Veloverkehr den direktesten, schnellsten und sichersten Weg zwischen den Quellen und Zielen von Alpnach nach Sarnen beziehungsweise Sachseln bietet. Die Linienführung rechtsseitig der Sarneraa entspricht der Freizeitroute Sarnen–Wichelsee–Alpnach. Denkbar ist, diese Linienführung im Bereich des Industriegebiets als zusätzliche, untergeordnete Route (Nebenroute) für den Alltagsverkehr zu nutzen. Sie erschliesst dabei in erster Linie das Industriegebiet von Sarnen her. Als durchgehende Verbindung zwischen Sarnen und Alpnach ist sie aufgrund der längeren Strecke, zweier Bahnübergänge sowie zusätzlicher Gefahrenstellen bei sechs Strassenkreuzungen für den Alltagsverkehr nicht geeignet.		

Im Kantonsrat	2. Dezember 2022	Bericht	Energie- und Klimakonzept 2035
Anmerkung	<i>Seite 72 (13.5 Stossrichtungen):</i> <i>Mit der Förderung von Pilot- und Demonstrationsprojekten im Kanton kann die Praxistauglichkeit von zukunftsweisenden Technologien geprüft und allenfalls Firmen, welche solche Systeme herstellen, angesiedelt werden. Es ist eine Massnahme im geeigneten Handlungsfeld aufzunehmen.</i>		

Stand Behandlung	Eine entsprechende Massnahme wird zusammen mit der Umsetzung der Massnahmen I1 „Technologieneutrale alternative Energie für die Industrie fördern“ und I2 „Innovation zur Entwicklung klimapositiver Produkte und Prozesse fördern“ in Angriff genommen.		
Anmerkung	Seite 73 (Versorgung mit erneuerbarer Elektrizität und Steigerung der lokalen Produktion von erneuerbarer Energie): Eine zusätzliche Massnahme ist in diesem Bereich aufzunehmen. Neukonzessionierungen und Konzessionserneuerungen von Kraftwerken sind prioritär zu behandeln. Spätestens auf 2030 müssen beim Kanton Obwalden zusätzliche Personalressourcen aufgebaut sein, damit die Konzessionsprojekte fristgerecht bearbeitet werden können.		
Stand Behandlung	Die Grundlagen für eine Konzessionsstrategie wurden 2025 abgeschlossen. Die Konzessionsstrategie soll 2026 vom Regierungsrat verabschiedet und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Die Konzessionsstrategie unterstützt die Beschleunigung von Konzessionsentscheiden.		
Im Kantonsrat	6. Dezember 2024	Bericht	IAFP 2025 bis 2030
Anmerkung	Die Fachstelle Denkmalpflege und Archäologie bearbeitet Baugesuche zeitgerecht, effizient und pragmatisch. Sie priorisiert die denkmalschützerischen Aufgaben. Damit stellt sie sicher, dass die vorhandenen Ressourcen für alle Aufgabenbereiche ausreichen.		
Stand Behandlung	Das Bildungs- und Kulturdepartement prüft die Prozesse in der Denkmalpflege auf ihre Effizienz und die pragmatische Umsetzung im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben.		
Im Kantonsrat	22. Mai 2025	Bericht	Amtsbericht über die Rechtspflege 2024
Anmerkung	Seite 20 F. Steuerrekurskommission: Die Steuerrekurskommission und das Obergericht als Aufsicht werden unmissverständlich beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Ende 2025 der Bestand von nicht erledigten Fällen die Anzahl von 10 nicht überschreitet. Dabei sind zunächst die älteren Fälle an die Hand zu nehmen.		
Stand Behandlung	Vgl. Ausführungen dazu im Amtsbericht über die Rechtspflege 2025		
Im Kantonsrat	5. Dezember 2025	Bericht	Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2026 bis 2031
Anmerkung	FD Seite 56; Gesunde Finanzen (Massnahmen-Nr. 1.2.1): Diesbezüglich ist auch der Kanton selbst gefordert – über die Generierung von zusätzlichen Einnahmen, die Reduktion von Ausgaben und die Streichung von Aufgaben.		
Stand Behandlung	Den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten ist ein Dauerauftrag, den der Regierungsrat laufend wahrnimmt. Im Juni 2025 hat der Regierungsrat einen Projektauftrag verabschiedet, um gemeinsam mit den Einwohnergemeinden Lösungsansätze zu erarbeiten, um das für die nächsten Jahre erwartete Defizit zu beseitigen.		

	Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen der Einwohnergemeinden und dem Kanton, hat im September 2025 die Arbeit aufgenommen.
Anmerkung	<i>BRD Seite 56; Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich: Erste Massnahmen zur Stärkung der Ökologischen Infrastruktur sind abgeschlossen. (Massnahmen-Nr. 1.1.1): Die Massnahme ist als Jahresziel 2026 zu streichen.</i>
Stand Behandlung	Das entsprechende Teilziel der Massnahmen-Nr. 1.1.1 wurde gemäss Beschluss des Kantonsrats aus der IAFP Seite 134 gestrichen.



4. Staatskanzlei und Departemente

4.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2024	2025
Kanzleistab	3.0	3.0
Kanzleisekretariat	3.95	3.95
Rechtsdienst	3.0 ¹	3.0 ¹
Staatsarchiv	3.3	3.3
Finanzkontrolle	2.5	2.5
Ratssekretariat Kantonsrat	0.8	0.8
Insgesamt	16.55	16.55

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Rechtsdienst: zusätzlich 0.5 Vollzeitstellen juristischer Mitarbeiter für Beschwerden befristet bis 30. April 2026.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Digitalisierung

4.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Gesetzesvorlage (Totalrevision Publikationsgesetz) für die Einführung des elektronischen Amtsblatts ist zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.	erreicht
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Erarbeitung der Amtsdauerplanung 2026 bis 2030 ist aufgegleist.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2025	Stand der Umsetzung
Totalrevision Publikationsgesetz	Vom Kantonsrat an der Sitzung vom 23. Oktober 2025 verabschiedet; Inkrafttreten am 1. Januar 2026

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie ist Ansprechstelle für Medienfragen und erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

Der Staatskanzlei sind das Ratssekretariat des Kantonsrats, die Finanzkontrolle sowie die Datenschutzbeauftragte administrativ zugeordnet.

Totalrevision Publikationsgesetz – Einführung elektronisches Amtsblatt

Der Kantonsrat stimmte an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2025 dem Gesetz über das Amtsblatt und die Gesetzessammlungen zu. Damit liegt die rechtliche Grundlage für die Einführung des elektronischen Amtsblatts ab dem 1. Januar 2026 vor. Mit der Einführung des elektronischen Amtsblatts wird die Digitalisierungsstrategie des Kantons Obwalden konsequent weitergeführt und es werden Kosten gesenkt. Der Zugang zu amtlichen Informationen wird für alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos sowie einfacher.

1400/20 Kanzleistab und Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung Amtsdauerplanung 2026 bis 2030	Ausgeführte Aktivitäten: – Evaluation der Amtsdauerplanung 2022 bis 2026 – Festlegung der Schwerpunktbereiche für die neue Amtsdauerplanung – Erarbeitung und Festlegung von Massnahmen Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Prozessentwicklung und Umsetzung Digitalisierung Amtsblatt samt Totalrevision Publikationsgesetz	Ausgeführte Aktivitäten: – technische Konfiguration Amtsblattportal – Begleitung publizierende Stellen mitsamt Schulung und Leitfaden – Vorbereitung Kommunikation und Begleitung Anwenderinnen und Anwender mitsamt Leitfaden – Durchführung und Begleitung Gesetzgebungsprozess Kommentar: Die Gesetzesvorlage ist verabschiedet und der Arbeitsfortschritt für die Einführung ab Januar 2026 entspricht der Planung.

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von sechs (Vorjahr: sieben) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2024/2025, an welchen 73 Geschäfte (Vorjahr: 67) behandelt worden sind und betreute die Geschäfte der Ratsleitung (siehe Geschäftsbericht Kantonsrat).

Die genehmigten Kantonsratsprotokolle samt Abstimmungsprotokolle sowie die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar (www.ow.ch).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2024/2025 an 38 (Vorjahr: 38) Sitzungen 428 (Vorjahr: 449) Geschäfte, davon unter anderem 25 (Vorjahr: 23) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 23 (Vorjahr: 21) all-gemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 10 (Vor-jahr: 14) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 24 (Vorjahr: 7) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Regierungsratsprotokoll	2023/2024	2024/2025
Anzahl Geschäftsnummern	449	428

Beglaubigungen

Für die Staaten, die dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung vom 5. Oktober 1961 beigetreten sind, gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigun-gen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine Apostille, worin die Staatskanzlei die Zu-ständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer Apos-tille versehen:

	2024	2025
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	126	200
Apostillen	505	722
Insgesamt	631	922

1422/23 Amtsblatt und Passbüro

1422 Amtsblatt

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage	Amtlicher Teil	Nichtamtlicher Teil	Private Anzeigen
	Exemplare	Seitenzahl	Seitenzahl	Anzahl
2024	4454	1786	188	84
2025	4372	1916	176	60

1423 Passbüro

Die Statistik weist folgende Ausweisbezüge aus:

Jahr	Identitätskarte 2003 und 2023	Pass 2010 und 2022	Total ausgestellte Ausweise
2024	4 574	3 312	7 886
2025	4 511	3 298	7 809

16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und die Führung der Gesetzesdatenbank.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen	Ausgeführte Aktivitäten: – zeitgerechte Durchführung der Volksabstimmungen Kommentar: Details s. Berichtstext unter Wahlen und Abstimmungen
Umsetzung von E-Voting gemäss den Vorgaben des Bundes und der kantonalen politischen Behörden	Ausgeführte Aktivitäten: – Sistierung des Projekts Kommentar: Details s. Berichtstext unter E-Voting.
Durchführung der Gesamterneuerungswahlen für den Kantonsrat und den Regierungsrat (Amtsdauer 2026 bis 2030)	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorbereitungsarbeiten Kommentar: Details s. Berichtstext unter Wahlen und Abstimmungen

Rechtsberatung (Rechtspflege, Rechtsetzung, allgemeine Rechtsberatung)

In der Berichtsperiode fielen 172 Geschäfte an (Vorjahr 167 Geschäfte), wobei sich bei der Rechtsberatung der Departemente vielfach komplexere juristische Fragen stellten. Gegenüber dem Vorjahr konnten dank der befristeten Anstellung eines juristischen Mitarbeiters mehr Beschwerden bearbeitet werden. Dies erlaubte es, dass sich der Leiter des Rechtsdienstes und sein Stellvertreter im gebotenen Mass auf die Mitwirkung bei den laufenden, teilweise grossen Gesetzgebungsprojekten fokussieren konnten (namentlich Totalrevision Baugesetzgebung [neues Planungs- und Baugesetz], Teilrevision Bildungsgesetzgebung, Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz sowie Nachtrag zur Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz [Prämienverbilligung], Spitalgesetz [Verbundlösung], Totalrevision Polizeigesetz, Totalrevision Publikationsgesetz [digitales Amtsblatt]).

Die Geschäfte verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	2024	2025
Rechtsmittelentscheide einschliesslich Stellungnahmen an höhere Instanzen	34	49
Erlasse, Vereinbarungen	23	10
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	1	7
Allgemeine Rechtsberatung	100	97
Politische Vernehmlassungen	2	3
Prozesse	1	1
Rechtsgültigkeit und Inkrafttreten	6	5
Total	167	172

Wahlen und Abstimmungen

Ersatzwahl eines Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2024 bis 2028

Am 27. Januar 2025 reichte Brigitte Scheuber, Engelberg (FDP.Die Liberalen Obwalden), ihren Rücktritt als Laienrichterin des Obergerichts (Abteilung Verwaltungsgericht) ein. Brigitte Scheuber hatte ihr Amt im Herbst 2022 angetreten. Der Kantonsrat genehmigte den vorzeitigen Rücktritt am 20. März 2025 per sofort. Als Termin für die Ersatzwahl wurde der 28. September 2025 festgelegt.

Innert der gesetzten Frist gingen bei der Staatskanzlei zwei Wahlvorschläge ein: Monika Läubli, 1984, Rechtsanwältin, Sarnen (FDP.Die Liberalen Obwalden), und Heinz Krummenacher, 1954, Dr. phil. I Politologe, Alpnach Dorf (Grünliberale Partei Obwalden). Die Wahl vom 28. September 2025 ergab folgendes Ergebnis:

Gemeinde	Stimm- berechtigte	Wahlzettel				Monika Läubli FDP.Die Liberalen Obwalden	Heinz Krummenacher Grünliberale Partei Obwalden
		Einge- langte	Leere	Ungül- tige	In Betracht fallende		
Sarnen	7391	3725	134	69	3522	2835	687
Kerns	4620	2134	66	39	2029	1747	282
Sachseln	3769	1846	72	36	1738	1398	340
Alpnach	4366	2261	80	40	2141	1720	421
Giswil	2789	1289	54	34	1201	1048	153
Lungern	1537	765	42	12	711	588	123
Engelberg	2604	1332	62	20	1250	1051	199
Total	27076	13352	510	250	12592	10387	2205
Gewählt						Ja	Nein

Monika Läubli wurde somit im ersten Wahlgang als neues Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2024 bis 2028 gewählt.

Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats und des Regierungsrats für die Amtsdauer 2026 bis 2030

Alle vier Jahre werden im Kanton Obwalden Parlament (Kantonsrat) und Regierung (Regierungsrat) neu gewählt. Als Wahltermin wurde der 8. März 2026 bestimmt. Die Vorbereitungsarbeiten für die Gesamterneuerungswahlen wurden bereits im ersten Halbjahr 2025 aufgenommen. Am 9. Dezember 2025 erliess der Regierungsrat die Ausführungsbestimmungen über die Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats und des Regierungsrats für die Amtsdauer 2026 bis 2030. Gegen die

Ausführungsbestimmungen über die Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats erhob die SP Obwalden Beschwerde beim Bundesgericht mit der Begründung, das geltende Wahlsystem für den Kantonsrat verstosse gegen die Bundesverfassung. Der Entscheid des Bundesgerichts wird im Laufe des Jahres 2026 erwartet.

Abstimmungen

In der Berichtsperiode wurden folgende Volksabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt:

Eidgenössische Volksabstimmungen		JA	NEIN	Stimmbeteiligung in %
9. Feb. 2025	Volksinitiative vom 21. Februar 2023 „Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)“	1 952 (17,02%)	9 519 (82,98%)	42,04
28. Sept. 2025	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftsteuern auf Zweitliegenschaften	10 028 (68,22%)	4 671 (31,78%)	54,46
	Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)	6 286 (42,58%)	8 477 (57,42%)	54,56
30. Nov. 2025	Volksinitiative vom 26. Oktober 2023 „Für eine engagierte Schweiz (Service citizen-Initiative)“	1 868 (13,06%)	12 439 (86,94%)	52,43
	Volksinitiative vom 8. Februar 2024 „Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)“	1 594 (11,13%)	12 734 (88,87%)	52,49
Kantonale Volksabstimmung		JA	NEIN	Stimmbeteiligung in %
30. Nov. 2025	Spitalgesetz (SpitalG) vom 27. Juni 2025	12 723 (90,11%)	1 397 (9,89%)	53,19
	Nachtrag vom 22. Mai 2025 zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG)	10 263 (74,68%)	3 480 (25,32%)	52,52
	Nachtrag vom 22. Mai 2025 zum Bildungsgesetz (BiG)	7 899 (57,29%)	5 889 (42,71%)	52,57

Initiativen und Referenden

Keine Initiativbegehren

In der Berichtsperiode wurden keine Initiativbegehren eingereicht.

Zwei Referendumsbegehren

Am 26. Juni 2025 reichte die SP Obwalden (Erstunterzeichnerin: SP-Kantonalpräsidentin Suzanne Kristiansen-Aeschlimann, Sarnen) ein Referendum gegen den am 22. Mai 2025 vom Kantonsrat beschlossenen Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz ein. Einen Tag später, am 27. Juni 2025 reichte die SVP Obwalden (Erstunterzeichner: SVP-Kantonalpräsident Marcel Schelbert, Alpnach) ein Referendum gegen den am 22. Mai 2025 vom Kantonsrat beschlossenen Nachtrag zum Bildungsgesetz ein.

Gemäss Verfügung der Staatskanzlei vom 8. Juli 2025 kamen beide Referendumsbegehren zu Stande. Die kantonale Volksabstimmung fand am 30. November 2025 statt (s. oben).

Keine Volksmotion

In der Berichtsperiode wurden keine Volksmotionen eingereicht.

E-Voting

In der Berichtsperiode hat der Bundesrat die Grundbewilligungen der Kantone Basel-Stadt, St. Gallen, Graubünden und Thurgau für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen erneuert. Die vier Kantone können ihre E-Voting-Versuche weiterführen. Die Grundbewilligungen gelten für ein limitiertes Elektorat bis und mit der Abstimmung vom 6. Juni 2027. Die Kantone Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau haben die Versuche mit E-Voting im Juni 2023 wieder aufgenommen und E-Voting auch bei den Nationalratswahlen 2023 eingesetzt. Der Kanton Graubünden führt seit März 2024 wieder E-Voting-Versuche durch. Die Kantone Luzern, Neuenburg und Genf kündigten so- dann die Wiederaufnahme der Versuche an.

Bund und Kantone ziehen eine positive Bilanz über die bisherigen Einsätze. Die kontinuierlichen Überprüfungen und die laufende Weiterentwicklung des Systems und der Abläufe bewähren sich.

Der Kanton Obwalden beobachtet aktiv diese Entwicklungen, doch gilt es, die weiteren Erkenntnisse aus dem laufenden Versuchsbetrieb abzuwarten. Entsprechend blieb auf kantonaler Ebene das Zusammenarbeitsprojekt mit dem Kanton Uri zur versuchsweisen Einführung der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) für Auslandschweizer Stimmberechtigte weiterhin sistiert.

Obwaldner Gerichts- und Verwaltungsentscheide (OGVE)

Der vierte Band der Obwaldner Gerichts- und Verwaltungsentscheide (2020 und 2021) erschien Anfang 2025. Die Herausgabe des fünften Bandes (2022 und 2023) verzögert sich, da die vorhandenen Personalressourcen für andere, prioritäre Arbeiten, namentlich grössere Gesetzgebungsprojekte (s. Abschnitt Rechtsberatung) und die oben erwähnten Referendumsabstimmungen eingesetzt werden mussten.

Gesetzesdatenbank

Die seit 1. Januar 2000 bestehende elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält als systematische Rechtssammlung alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2025 ergaben sich folgende Änderungen:

	2024	2025
Aufnahme neuer Erlasse	14	3
Änderungen geltender Erlasse	15	40
Entfernung aufgehobener Erlasse	3	0

Ende Dezember 2025 enthielt die elektronische Gesetzesdatenbank 518 in Kraft stehende Erlasse und Vereinbarungen (Vorjahr 515). Ferner führt der Rechtsdienst das Verzeichnis der nicht publizierten Vereinbarungen.

17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionell und elektronisch erstellte archivische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände des Staatsarchivs den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Records Management: Bewirtschaftung von Fachapplikationen, Archivierung von Unterlagen aus dem Geschäftsverwaltungsprogramm	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung des LifeCycle Moduls im Geschäftsverwaltungsprogramm – Abschluss Zusammenarbeitsvertrag mit den Einwohnergemeinden Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Elektronische Archivierung: Ablieferungen aus digitalen Ablagen und Fachapplikationen	Ausgeführte Aktivitäten: – Übernahme von digitalen Regierungsratsakten, von Daten der kantonalen Datenplattform und von Unterlagen aus dem Records Management System Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Erschliessung, Erhaltung und Vermittlung des audiovisuellen Kulturguts im Staatsarchiv	Ausgeführte Aktivitäten: – Erweiterung der Fotosammlung, maschinelle Transkription von Tonaufnahmen der Landsgemeinde Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Digitalisierung von Archivbeständen als Sicherstellungsdokumentation und zur Konsultation	Ausgeführte Aktivitäten: – Abbau von Restanzen bei der Digitalisierung von Protokollbänden der Gerichte Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.
Unterbringung des Staatsarchivs im Areal Foribach, Mitwirkung im Nutzungsausschuss (in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement)	Ausgeführte Aktivitäten: – Mitwirkung im Nutzungsausschuss zur Entwicklung des Areals Foribach Kommentar: Der Arbeitsfortschritt entspricht der Planung.

Records Management und vorarchivische Beratung

Mit der Aussonderung von zirka 1 000 archiwürdigen Geschäftsdossiers mit rund 8 000 Dokumenten hat das Staatsarchiv erstmals Unterlagen aus dem Records Management System (RMS) ins digitale Langzeitarchiv ELAR überführt. Während die Aussonderungsmechanismen bereits im System angelegt waren, mussten die Daten für die Übertragung ins Archivsystem mit einer staatsarchiv-internen Schnittstelle konfektioniert werden. Zur Entlastung des Produktivsystems wurden zudem weitere zirka 12 000 Dokumente ausgesondert und gelöscht, nachdem die Aufbewahrungsfrist dieser als nicht archiwürdig taxierten Unterlagen abgelaufen war.

Nach der im letzten Jahr erfolgten Konfiguration des Lifecycle-Moduls im Geschäftsverwaltungsprogramm konnten nach Behebung diverser technischer Fehler erstmals auch Geschäftsdossiers des Regierungsrats ausgesondert und ins digitale Langzeitarchiv übernommen werden.

Die Transformation von der papiergebundenen zur elektronischen Aktenführung wirkt sich in allen Bereichen der Archivierung aus. Während das Staatsarchiv mit der Einführung des digitalen Langzeitarchivs die technischen Grundlagen geschaffen hat, ändern sukzessiv auch die Prozesse der Überlieferungs-bildung. Das Staatsarchiv skizzierte im Berichtsjahr Ziele und Massnahmen zur zukünftigen Überlieferungs-bildung im Bereich der Fachanwendungen. Es gilt nicht nur sicherzustellen, dass IT-Systeme über Schnittstellen in das Archivsystem verfügen, sondern dass die abliefernden Stellen Mechanismen zur Bewirtschaftung der in ihren Systemen gehaltenen Geschäftsinformation entwickeln. Das Staatsarchiv schliesslich muss seine internen Prozesse kontinuierlich auf das Übernehmen und Erschliessen von elektronischen Unterlagen ausrichten.

Einen grossen Schritt weitergekommen ist das Projekt „Archivieren im Verbund“. Der Regierungsrat und alle Einwohnergemeinden haben den erarbeiteten Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet. Damit kann die Archivierung der kommunalen Unterlagen dank der Fachstelle Gemeindearchiv ab dem nächsten Berichtsjahr professionalisiert werden.

Bestandsbildung, Erschliessung und digitale Langzeitarchivierung

Das Staatsarchiv übernahm im Berichtsjahr 26 Ablieferungen aus staatlicher und 14 Ablieferungen aus privater Provenienz. Die staatlichen Ablieferungen umfassten 87 Laufmeter und 143 Gigabyte Daten, die Ablieferungen aus privater Provenienz rund 32 Laufmeter. Die Papierablieferungen an das Staatsarchiv beliefen sich auf insgesamt rund 119 Laufmeter. Aus der Verwaltung gingen vom Amt für Wald und Landschaft sowie von der Denkmalpflege zwei umfangreiche Papierablieferungen ein.

Mit der Übernahme der digitalen Regierungsratsakten und von sechs Ablieferungen aus dem Records Management System ist ein wichtiger Schritt hin zur geordneten digitalen Überlieferungsbildung der kantonalen Unterlagen erfolgt. Erstmals wurden zudem Daten aus der kantonalen Datenplattform elektronisch archiviert.

Das Staatsarchiv übernahm und erschloss mehrere kleine Privatarhive. Das wichtigste Privatarhive bildete ein Nachlass des Komponisten und früheren Staatsarchivars August Wirz. Ebenfalls bedeutend ist das Archiv der Stiftung Juvenat im Melchtal.

Das Staatsarchiv hat im Berichtsjahr insgesamt 53 Laufmeter Papierunterlagen und 16,5 Gigabyte Daten erschlossen, in der Archivdatenbank verzeichnet und soweit möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bedeutende neu erschlossene Papierbestände sind Unterlagen aus dem Bereich Wasserbau und Naturgefahren sowie ausgewählte Strafuntersuchungsakten der Staatsanwaltschaft. Im Bereich der audio-visuellen Bestände konnten weitere Fotos zugänglich gemacht werden, so unter anderem Bildbestände der Kantonspolizei und der Obwaldner Zeitung. Im Sinne eines Versuchs wurden die vorhandenen Tonaufnahmen der Landsgemeinden automatisiert transkribiert, was teilweise erstaunlich gute Transkripte hervorbrachte.

Bei der Erschliessung der in den letzten Jahren übernommenen Gerichtsunterlagen des 20. Jahrhunderts und bei der Nacherschliessung von Gerichtsakten des 19. Jahrhunderts stellte das Staatsarchiv teils gravierende Überlieferungslücken fest, die vor allem durch undokumentierte oder nur summarisch dokumentierte Kassationen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Besonders problematisch ist eine Vernichtungsaktion von 1984, bei der fast alle Gerichts- und Strafuntersuchungsakten von 1868–1943 beseitigt wurden, was erhebliche Forschungslücken verursacht. Auch nach 1943 bleibt die Überlieferungsdecke bis zirka 1975 dünn. In den 1990er-Jahren wurden grosse Mengen von Unterlagen

der Strafverfolgungsbehörden entsorgt, wodurch insbesondere Fallakten vor 1990 kaum mehr überliefert sind. Um die festgestellten Lücken zu dokumentieren hat das Staatsarchiv einen internen Bericht zuhanden des zukünftigen Archivpersonals und der Forschung erstellt.

Die Fachbibliothek erfuhr einen Zuwachs von 169 Titeln. Die Amtsdruckschriftensammlung wurde planmässig nachgeführt. In elektronischer Form abgelieferte Amtsdruckschriften werden im digitalen Langzeitarchiv archiviert.

Raumsituation, Bestandserhalt und Kulturgüterschutz

In der Nacht auf den 30. Januar 2025 führte ein Defekt am Brunnen in der Eingangshalle des Verwaltungsgebäudes Hostett zu einer Überschwemmung im Foyer. In der Folge drang Wasser durch Ritzen in der Betondecke in das Hauptmagazin des Staatsarchivs und tropfte auf die Rollgestellanlage und auf freistehende Planschachteln. Eine Wasserlache dehnte sich unter die Holzregale und die Planschränke aus. Der Wassereinbruch beschädigte mehrere Archivalien, die dank Restaurierungsarbeiten inzwischen wieder benutzbar sind. Ein rasches Eingreifen verhinderte grössere Schäden. Diverse Verpackungsmaterialien mussten ersetzt und das Hauptmagazin während mehreren Wochen mit Bautrocknern ausgetrocknet werden. Der Vorfall verdeutlicht die problematische Raumsituation des Staatsarchivs. Ein Wassereinbruch stellt für ein Archiv eine der grössten Bedrohungen dar.

Die unbefriedigende Situation in Bezug auf den Kulturgüterschutz, die Zugänglichkeit und die Sicherheit der Aussenmagazine im Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) und im Hexenturm erfuhr im Berichtsjahr keine Verbesserung. In den Sommermonaten war die relative Luftfeuchtigkeit zeitweise über dem Grenzwert. Im Aussenmagazin BWZ konnte durch den Einbau neuer Holzregale Platzreserven geschaffen werden. Die langfristige Perspektive der Unterbringung des Staatsarchivs im Rahmen der Entwicklung des Areal Foribach wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt. Im Rahmen eines Wiederholungskurses des Zivilschutzes wurde die Notfallplanung überprüft und überarbeitet.

Als Massnahme zur langfristigen Sicherung zentraler Überlieferungen und dank dem Einsatz zusätzlicher finanzieller Mittel konnte das Staatsarchiv die Digitalisierung und Mikroverfilmung von Protokollbänden des Kantons- und Obergerichts verstärkt vorantreiben. Insgesamt 44 Bände im Umfang von rund 26 500 Seiten sind retrodigitalisiert und mikroverfilmt worden. Im Berichtsjahr wurde zudem ein Pilotprojekt zur Überführung und Sicherung dieser Retrodigitalisate ins digitale Langzeitarchiv umgesetzt. Diese Ablieferung umfasste 119 Gigabyte.

Benutzung

Das Staatsarchiv registrierte 230 Benutzungstage im Lesesaal, was einer leichten Zunahme entspricht. Die teils aufwändigen und oft mit Digitalisierungswünschen verbundenen schriftlichen Anfragen erreichten mit insgesamt 391 Anfragen einen neuen Rekord. Speziell erwähnenswert ist die Anfrage für das Forschungsprojekt „Sexueller Missbrauch im Umfeld der katholischen Kirche“ der Universität Zürich, bei der in Rücksprache mit der Verwaltung alle Einsichtsgesuche gewährt werden konnten. Ebenfalls erwähnenswert ist die Digitalisierung von mehreren Briefen der Gebrüder Grimm, die einem Pater im Benediktinerkollegium in Sarnen, korrespondierten. Die digitalisierten Briefe wurden online in der Datenbank grimmarchiv.de aufgeschaltet.

Das Staatsarchiv kommt dem zunehmenden Wunsch nach digitalem Zugriff auf Archivalien im Rahmen seiner Möglichkeiten nach und bietet mit Quickaccess, Zentralgut und Transkribus-Sites diverse plattformbasierte Zugriffe auf seine digitalisierten Bestände. Via Quickaccess wurde im Berichtsjahr rund 8 900 Mal auf das digitalisierte Amtsblatt von 1854–2020 zugegriffen. Die über 60 000 aufgerufenen Seiten bilden eine markante Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Auch die anderen via Quickaccess zugänglichen digitalisierten Bestände, wie etwa der Geschäftsbericht des Regierungsrats und das Landbuch, wurden rund 1 800 Mal abgefragt.

Mithilfe einer Software transkribierten Regierungsratsprotokolle von 1850–1900 gingen im Februar 2025 online. Die maschinelle Transkription der über 20 000 handschriftlichen Protokollseiten ermöglicht eine Volltextsuche in den vorher unerschlossenen Quellen.

Wie in den Vorjahren fanden insgesamt 24 Führungen mit rund 330 Personen statt, darunter auch zwei bis auf den letzten Platz ausgebuchte öffentliche Führungen im Hexenturm. Die Bestände des

Staatsarchivs waren mehrfach Grundlage für Maturaarbeiten, Masterarbeiten, Publikationen und Veranstaltungen.

Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit

In Zusammenarbeit mit dem Obwaldner Institut für Justizforschung lud das Staatsarchiv am 14. März zu einem Anlass mit dem Titel „Tatort Obwalden: Strafjustiz im 19. Jahrhundert“ ein. Am sehr gut besuchten Anlass wurden drei Einzelfälle aus den im letzten Jahr durch das Staatsarchiv nacherschlossenen Strafuntersuchungsakten aus dem 19. Jahrhundert präsentiert.

Am „Tag der offenen Baustelle“ des Hochwasserentlastungsstollens präsentierte das Staatsarchiv die geschichtlichen Hintergründe von Hochwasserereignissen und der Umleitung der Grossen Melchaa in den Sarnersee von 1880. In einem Film wurden Bilder der Obwaldner Hochwasserereignisse im 20. Jahrhundert gezeigt.

Zwei neue „Archivfenster“, eines mit dem Thema „Der Bau des Lungererseewerks in Fotografie und Film“ und eines zum Umgang mit Hochwassern in der Geschichte Obwaldens wurde auf der Webseite des Kantons veröffentlicht. Zudem erschien dazu ein Artikel in der Obwaldner Brattig. Das Archivfenster zu den Hochwassern entstand im Vorfeld der Erinnerung an das Hochwasser von 2005, das sich Ende August zum zwanzigsten Mal jährte. Anlässlich dieses Jahrtages rief das Staatsarchiv in Zusammenarbeit mit dem Museum Bruder Klaus in Sachseln die Obwaldner Bevölkerung dazu auf, Fotos zur Verfügung zu stellen. Durch den Aufruf kamen rund 2000 private Fotos zusammen. Eine Auswahl dieser Fotos präsentierte das Staatsarchiv im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Miär machid Platz“ in Sarnen und anschliessend online im Internet. Der gut besuchte Anlass auf der Poststrasse in Sarnen zeigte, dass das Hochwasser von 2005 die Menschen auch heute noch beschäftigt. Die gesammelten Fotos wurden in die Bestände des Staatsarchivs aufgenommen.

18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich unabhängige und selbstständige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung und Rechtspflege sowie den Regierungsrat, die Departemente und die Gerichtsverwaltung bei der Ausübung der Dienstaufsicht. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Im Auftrag des Regierungsrats überwacht die Finanzkontrolle die einheitliche Rechnungsführung der Einwohnergemeinden.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Prüfung der Staatsrechnung	Ausgeführte Aktivitäten: – Prüfung der Staatsrechnung 2024
	Kommentar: Der Prüfbericht und der umfassende Bericht liegen vor.
Durchführung von Revisionen gemäss Prüfprogramm	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der geplanten Revisionen (partieller Übertrag ins Folgejahr)
	Kommentar: Die entsprechenden Prüfberichte liegen vor.
Erstellen der Gemeindefinanzstatistik	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung der Finanzstatistik 2024 der Einwohnergemeinden des Kantons Obwalden
	Kommentar: Die Veröffentlichung der Gemeindefinanzstatistik 2024 ist erfolgt.
Führung des Sekretariats der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission	Ausgeführte Aktivitäten: – Betreuung von sieben Plenarsitzungen
	Kommentar: Die entsprechenden Protokolle liegen vor.

Prüfung der Staatsrechnung

Die Staatsrechnung 2024 wurde in den Monaten Januar 2025 bis April 2025 gemäss Art. 78, 84 und 85 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; GDB 610.1) geprüft. Nach der Beurteilung der Finanzkontrolle entspricht die Staatsrechnung für das am 31. Dezember 2024 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Vorschriften des Kantons Obwalden.

Finanzaufsichtsprüfungen und Prüfungen von Verpflichtungskreditabrechnungen

Die Berichte und Prüfnotizen über die Finanzaufsichtsprüfungen und die Prüfungen von Verpflichtungskreditabrechnungen liegen vor.

Prüfungen bei Organisationen und Unternehmungen

Die Prüfungen der Jahresrechnungen 2024 der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Informationsleistungszentrum Obwalden – Nidwalden (ILZ) sowie Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/Nidwalden (VSZ) wurden gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden durchgeführt. Die Revision der Jahresrechnung 2024 des Laboratoriums der Urkantone erfolgte zusammen mit den Finanzkontrollen Nidwalden und Uri.

Folgende Jahresrechnungen 2024 wurden zudem von der Finanzkontrolle geprüft: Arbeitsstiftung Obwalden, Stiftung Meinrad Burch-Korrodi und Hedwig Maria Burch-Wyser, Verein Justizforschung Obwalden, Bereichskonferenz Umwelt Zentralschweiz und Verein Volkskulturfest OBWALD (Jahresrechnung 2024/2025).

Aufsicht über den Nationalstrassenbau

Im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen leistete die Finanzkontrolle 85 Stunden (Vorjahr: 89 Stunden). Es erfolgten stichprobenweise Prüfungen von Zahlungsanweisungen, die Abstimmung der Baubuchhaltung mit der Finanzbuchhaltung sowie stichprobenweise Prüfungen im Bereich des Submissionswesens. Geprüft wurde zudem die Jahresabrechnung 2024 der Personal- und Verwaltungskosten für die Netzfertigstellung.

Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariats der GRPK mit Protokollführung der Sitzungen zuständig. Sie nimmt beratend an den Sitzungen teil und unterstützt die GRPK-Mitglieder in der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Im Jahr 2025 wurden sieben Plenarsitzungen der GRPK betreut (Vorjahr: neun Plenarsitzungen).

Erfa-Gruppe Finanzverwalter/innen

Im Jahr 2025 fanden zwei Sitzungen der Erfa-Gruppe Finanzverwalter/innen statt, in deren Rahmen verschiedene Themen und Fragen behandelt wurden. An den Sitzungen der Erfa-Gruppe nehmen jeweils die Finanzverwalterinnen und Finanzverwalter der Einwohnergemeinden sowie die leitenden Personen der kantonalen Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle teil.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Die Finanzkontrolle überwacht gemäss Art. 101 FHG im Auftrag des Regierungsrats die einheitliche Rechnungsführung der Einwohnergemeinden. Dabei wird die Einhaltung der Vorschriften gemäss Art. 21 bis 35 FHG, welche die Jahresrechnung, das Haushaltsgleichgewicht und die Schuldenbegrenzung sowie die Finanzkennzahlen betreffen, geprüft.

In den Ausführungsbestimmungen über die Finanzkennzahlen und die Finanzstatistik (GDB 610.112) sind die Limiten der Kennzahlen der ersten Priorität (Nettoverschuldungsquotient, Selbstfinanzierungsgrad über zehn Jahre, Zinsbelastungsanteil) für eine gesunde beziehungsweise eine genügende Entwicklung des Finanzhaushalts definiert. Die Einwohnergemeinden haben zudem die Bestimmungen zum Haushaltsgleichgewicht (Art. 33a FHG) sowie zur Schuldenbegrenzung (Art. 34a FHG) einzuhalten. Die entsprechenden Vorgaben wurden im Budget 2024 von allen Einwohnergemeinden eingehalten.

Die Erfolgsrechnungen der Einwohnergemeinden schlossen im Jahr 2024 gesamthaft mit einem Ertragsüberschuss von 5,3 Millionen Franken ab. Sechs von sieben Einwohnergemeinden erzielten ein positives Ergebnis. Alle sieben Einwohnergemeinden nahmen zusätzliche Abschreibungen vor oder bildeten Vorfinanzierungen oder finanzpolitische Reserven. Insgesamt wurde ein ausserordentlicher Aufwand von 10 Millionen Franken verbucht. Sarnen weist als einzige Einwohnergemeinde einen ausserordentlichen Ertrag aus. Die Budgets 2024 rechneten mit einem Ertragsüberschuss von gesamthaft 2,1 Millionen Franken. Die positive Entwicklung ist in erster Linie auf Mehrerträge im Fiskalbereich sowie auf tiefere Sach- und übrige Betriebsaufwände zurückzuführen.

4.2 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2024	2025
Departementssekretariat	1.7	2.7
Personalamt	3.3	3.3
Finanzverwaltung	9.1	9.1 ¹
Kantonale Steuerverwaltung	34.6	34.6 ²
Insgesamt	48.7	49.7

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Finanzverwaltung: zusätzlich 0.3 Vollzeitstellen für Sachbearbeitung Steuerbezug befristet bis 30. Juni 2028.

²Steuerverwaltung: zusätzlich 0.6 Stellen für IT-Systembetreuung nest befristet bis 31. Dezember 2025.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Gesunde Finanzen

1.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Eine neue, breiter abgestützte Standortstrategie ist in Erarbeitung.	erreicht
1.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Standortförderungsmassnahmen hinsichtlich der OECD-Mindestbesteuerung sind in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsdepartement erarbeitet.	nicht erreicht: Aufgrund der Entwicklungen im internationalen Bereich bezüglich OECD-Mindestbesteuerung wurden die Arbeiten in diesem Bereich sistiert und werden erst bei Bedarf fortgeführt.
1.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes ist zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet.	teilweise erreicht: Entwurf der Botschaft und Synopse wurde zusammen mit Vertretern der Einwohnergemeinden und des Kantons erstellt.

Wirtschaft, Bildung und Forschung

3.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Ausführungsbestimmungen über die Spesenentschädigungen und Zulagen im Staatsdienst werden überprüft und modernisiert.	teilweise erreicht: Die Überprüfung und Modernisierung der Ausführungsbestimmungen zu Spesen und Zulagen im Staatsdienst wurde gestartet. Aufgrund der im Rahmen der Analyse ermittelten Kosten und der aktuellen Finanzlage des Kantons Obwalden wird die Umsetzung jedoch verschoben.

Digitalisierung

4.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Konzept zur Verankerung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung ist erarbeitet.	nicht erreicht: Die Fachstelle Digitale Verwaltung konnte erst Mitte Oktober 2025 besetzt werden. Das Konzept konnte aufgrund der fehlenden Ressourcen nicht erstellt werden.
4.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die zentrale E-Government-Plattform des Kantons und der Gemeinden ist gemäss Projektplanung in Bearbeitung.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2025	Stand der Umsetzung
Nachtrag Steuergesetz	in Kraft: 1. Januar 2026
Erlass betreffend Standortförderungsmassnahmen (OECD-Mindeststeuer)	zurückgestellt: Aufgrund der Entwicklungen im internationalen Bereich bezüglich OECD-Mindestbesteuerung wurden die Arbeiten in diesem Bereich sistiert.
Nachtrag Finanzhaushaltsgesetz	in Arbeit: In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Einwohnergemeinden und des Kantons wurden die geplanten Änderungen im Finanzhaushaltsgesetz besprochen und ein Entwurf der Botschaft und Synopse erstellt.
Nachtrag Staatsverwaltungsgesetz (Aufhebung Überbrückungsrente)	in Arbeit: Der Regierungsrat hat das Gesetz am 9. Dezember 2025 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.
Spitalgesetz	in Kraft: 1. Januar 2026

20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsvorsteherin bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ferner ist das Departementssekretariat verantwortlich für das eGovernment in der kantonalen Verwaltung und zuständig im Sinne der Eigentümerversammlung für das Kantonsspital Obwalden.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung und Umsetzung Digitalstrategie 2025 bis 2028	Ausgeführte Aktivitäten: – Besetzung der Fachstelle digitale Verwaltung Mitte Oktober 2025 – Bewilligung jährlicher Verpflichtungskredit von Fr. 987 000.– durch den Kantonsrat am 23. Mai 2025 für das eGov-Portal Basisdienstleistungen für die Jahre 2025 – 2029 – Aufnahme der Arbeiten im Herbst durch die Projektgruppe eGov-Portal Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht
Umsetzung der Informatikvereinbarung und -strategie	Ausgeführte Aktivitäten: – neun Sitzungen der Informatikstrategiekommission (ISK) – Durchführung von Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen – laufende Schärfung der Arbeitsweise der ISK Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Finanzdepartement)

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	27	34
Übertrag vom Vorjahr	9	21
Neueingänge Geschäftsjahr	18	13
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	6	5

	2024	2025
– gutgeheissen	1	2
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	3	1
– nicht eingetreten		
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	2	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	21	29

Im Jahr 2025 sind 13 neue Beschwerden eingegangen. Aktuell sind sieben Beschwerden sistiert.

Schwerpunkte im Departementssekretariat

Kantonsspital

Das Finanzdepartement ist im Sinne der Eigentümervertretung für das Kantonsspital zuständig. Das Finanzdepartement führte im Jahr 2025 mit dem Kantonsspital die üblichen Quartalsgespräche durch, an welchen die aktuellen Kennzahlen und weitere aktuelle Themen diskutiert wurden. Auch wenn sich die finanzielle Situation des Kantonsspitals mittlerweile etwas stabilisiert hat, befinden sich die Kosten – und insbesondere die Unterdeckung – nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Der Kantonsrat genehmigte am 22. Mai 2025 den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung 2024 sowie am 4. Dezember 2025 den leistungsbezogenen Kredit für das Jahr 2026.

In Zusammenarbeit mit dem Sicherheits- und Sozialdepartement und unter Einbezug des Kantonsspitals wurden auch im Jahr 2025 die Arbeiten an der Versorgungsstrategie im Akutbereich und am Projekt „KLUG“ für die Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) weitergeführt, wobei insbesondere auch die Finanzverwaltung in das Projekt involviert war. Der Regierungsrat verabschiedete im Februar 2025 das Spitalgesetz zuhanden des Kantonsrats. Dieser stimmte der Vorlage an seiner Sitzung vom 27. Juni 2025 mit 51 zu 0 Stimmen und 2 Enthaltungen zu und beschloss, das Gesetz der Volksabstimmung zu unterbreiten (Behördenreferendum). An der Volksabstimmung vom 30. November 2025 wurde das Spitalgesetz mit 90,11 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Dies bedeutet, dass das Kantonsspital 2026 in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft umgewandelt werden und in einem zweiten Schritt 60 Prozent des Aktienkapitals an die LUKS Gruppe verkauft werden können. Ebenso werden die Spitalimmobilien in eine neu zu gründende Immobilien AG überführt, welche zu 100 Prozent im Besitz des Kantons bleiben wird. Die dazu notwendigen weiteren Arbeiten wurden im Dezember 2025 durch das Finanzdepartement begonnen.

Digitalstrategie

Kernstück der Digitalstrategie 2025 bis 2028 ist das eGovernment-Portal. Daran beteiligt sind ebenfalls der Kanton Nidwalden und sämtliche Gemeinden der beiden Kantone Obwalden und Nidwalden. Der Kantonsrat hat am 23. Mai 2025 für die Basisdienstleistungen für die Jahre 2025 bis 2029 einen jährlichen Verpflichtungskredit von Fr. 987 000.– bewilligt. Der Anteil des Kantons Obwalden beträgt Fr. 230 250.– pro Jahr. Nach der Bewilligung des Kredits hat die Projektgruppe umgehend mit der Umsetzung dieses Projekts begonnen.

Die Fachstelle Digitale Verwaltung konnte per Mitte Oktober 2025 besetzt werden. Damit ist das in diesem Fachbereich notwendige Knowhow im Finanzdepartement nun vorhanden.

Umsetzung der Informatikvereinbarung und -strategie

Die Informatikstrategiekommission (ISK) traf sich im Jahr 2025 zu neun Sitzungen. Daneben traf man sich im Rahmen der ISK ebenfalls zu Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass sich die ISK auch im Jahr 2025 noch immer im Aufbau befunden hat und Massnahmen getroffen wurden, um den Auftrag der ISK zu schärfen und die Prozesse zu kalibrieren.

Einführung eines einheitlichen Internen Kontrollsystems (IKS)

Im Jahr 2025 befand sich das IKS im laufenden Betrieb, d.h. die Einführung ist abgeschlossen und alle Departemente arbeiten aktiv damit. Der Regierungsrat nahm am 16. Juni 2025 vom Reporting 2024 zum IKS Kenntnis. Das Reporting wurde basierend auf einem Fragebogen erstellt, den die Amtsstellen auszufüllen hatten.

Insgesamt waren 299 Tasks fällig, davon wurden 200 (67 Prozent) rechtzeitig, 70 (23 Prozent) verspätet und 29 (10 Prozent) nicht erledigt. Der meistgenannte Grund für die nicht erledigten Tasks war der Wechsel von Mitarbeitenden (Vakanzen). Aus Sicht der IKS-Fachstelle wurden jedoch keine wesentlichen Risiken übersehen.

Aufgrund von Rückfragen und Anfragen aus den Organisationseinheiten durfte die IKS-Fachstelle feststellen, dass die Amtsleitungen die Bewirtschaftung des IKS im Swiss-IKS-Tool ernst nehmen, ihre Tasks mehrheitlich aktiv bewirtschaften, regelmässig hinterfragen und, wo sinnvoll, anpassen.

Microsoft Exchange Online

Der Regierungsrat nahm am 22. September 2025 von der Umstellung des E-Mails auf Microsoft Exchange Online Kenntnis. Microsoft Exchange Online ist eine cloudbasierte Lösung im Rahmen von Microsoft 365. Mit der Einführung sind technische und organisatorische Massnahmen notwendig. Künftig müssen alle E-Mails und deren Anhänge klassifiziert werden. Die rechtliche Grundlage dazu sowie ein Einführungs- und Schulungskonzept mussten innert kurzer Zeit erarbeitet werden. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Finanzdepartements, bestehend aus Vertretungen der Staatskanzlei und allen Departementen gebildet.

Am 9. Dezember 2025 wurde die Ergänzung zu den Informatikweisungen durch den Regierungsrat erlassen. Diese Ergänzung regelt die Klassifizierung der Dokumente. Es liegt nun für die kantonale Verwaltung ein griffiges und einfaches Klassifizierungssystem vor.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf eidgenössischer Ebene (Bund/Parlament)

Im Jahr 2025 konnten 14 (Vorjahr ebenfalls 14) eidgenössische Vernehmlassungen von höherer politischer Relevanz eingereicht werden.

22 Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Umsetzung der reformierten Bildungsverordnung 2023 für die berufliche Grundbildung Kauffrau/Kaufmann (Kaufleute 2022)	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung Bildungsverordnung 2023 in der Verwaltung Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht
Prüfung und Umsetzung von Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und Mitarbeiterzufriedenheit	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung verschiedener Social-Media-Kampagnen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht
Nachtrag Staatsverwaltungsgesetz (Aufhebung Überbrückungsrente)	Ausgeführte Aktivitäten: – Verabschiedung der Botschaft des Regierungsrats zum Nachtrag zuhanden des Kantonsrats Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht

Submission Unfallversicherung

Nach Ablauf der bisherigen sechsjährigen Vertragsperiode mit der AXA Versicherungen AG am 31. Dezember 2025 wurden die obligatorische Unfallversicherung (UVG) und die Unfallzusatzversicherung (UVG-Z) neu ausgeschrieben. Nach eingehender Prüfung aller Angebote wurde erneut die AXA als wirtschaftlich günstigste Lösung ausgewählt.

Kadergespräche

Am 11. und 17. September 2025 fanden die Kadergespräche mit über 100 Führungskräften der kantonalen Verwaltung statt. Die Gespräche wurden an insgesamt vier Halbtagen durchgeführt, wobei jede Führungskraft an einem Halbtag teilnahm. Unter der Leitung von Daniel Sigrüst, Organisationsberater, standen zentrale Führungsfragen der neuen Arbeitswelt sowie zeitgemässe Entscheidungsfindungsprozesse im Fokus. Ziel war es, die Führungskompetenzen der Kadermitarbeitenden gezielt weiterzuentwickeln und den bereichsübergreifenden Austausch zu fördern.

Lernende und Praktikanten: Die kantonale Verwaltung beschäftigte im Berichtsjahr insgesamt elf kaufmännische Lernende in den Branchen öffentliche Verwaltung, Dienstleistung und Administration sowie zwei Praktikanten im Rahmen der Arbeitswelterfahrung. Zusätzlich absolvierte eine Praktikantin des schulischen Brückenangebotes an einem Tag pro Woche ein Praktikum zur beruflichen Orientierung neben dem Besuch des 10. Schuljahres. Ein Lehrverhältnis in der kaufmännischen Grundbildung wurde im gegenseitigen Einvernehmen vorzeitig aufgelöst.

Erfolge und Auszeichnungen: Drei kaufmännische Lernende schlossen ihre Ausbildung erfolgreich ab, eine davon mit einer Ehrenmeldung (Note 5.6). Zudem wurde der kantonalen Verwaltung von Swiss Olympic bereits zum zweiten Mal in Folge das Label „Leistungssportfreundlicher Lehrbetrieb“ verliehen.

Ausbildungsjahr und Herausforderungen: Mit dem zweiten Jahr der Bildungsreform BiVo 2023 wurden erneut neue Ausbildungsinstrumente eingeführt. Die Lernenden arbeiteten vermehrt mit Blended-Learning-Formaten (integriertes Lernen) sowie mit Vor- und Nachbereitungsaufgaben zu den jeweiligen überbetrieblichen Kursen (üK). Um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden, wurden die Ausbilderinnen und Ausbilder im Rahmen einer internen Weiterbildung gezielt geschult.

Ausbildungsplatzbesetzung: Sämtliche kaufmännischen Ausbildungsplätze sowie die Praktikumsstellen Arbeitswelterfahrung waren besetzt. Die Rekrutierungssituation bleibt jedoch herausfordernd: Offene Lehr- und Praktikumsstellen mussten mehrfach ausgeschrieben werden, und die Besetzungsprozesse dauerten länger. Dank einer Berufswahlschnupperlehre konnte bereits ein Ausbildungsplatz als Fachfrau Betriebsunterhalt, Fachrichtung Hausdienst, für den Sommer 2026 erfolgreich besetzt werden.

Stellenbesetzung Kanton Obwalden

Der Fachkräftemangel wirkt sich 2025 weiterhin stark auf die Verwaltung aus. Viele offene Stellen konnten nicht zeitnah besetzt werden, da Bewerbungen oft fehlen oder die Qualifikation nicht ausreicht. Dies führt zu höherer Belastung des Personals und Verzögerungen in den Abläufen. Verstärkend wirken der demografische Wandel, steigende Aufgabenkomplexität, starker Wettbewerb um Talente sowie regionale Einschränkungen. Die Situation unterstreicht die Notwendigkeit, gezielt in Personalmarketing, Weiterbildung und attraktive Arbeitsbedingungen zu investieren.

Personalmarketing

Im Jahr 2025 wurden im Bereich Employer Branding und Personalmarketing zahlreiche Massnahmen erfolgreich umgesetzt und weiterentwickelt. Wie im Vorjahr wurden bezahlte und organische Posts für aktuelle Stellenausschreibungen auf LinkedIn und Meta erstellt, laufend überwacht und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit ausgewertet. Ergänzend dazu wurden neue Plakate und Postkarten gestaltet, die den Kanton Obwalden als attraktiven Arbeitgeber präsentieren und bei Messen sowie Veranstaltungen eingesetzt werden.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der multimedialen Vermittlung der Arbeitgebermarke: Vier Employer-Branding-Videos wurden produziert und über Social Media verbreitet. Zudem entstanden neue Mitarbeitenden-Statements und Fotoaufnahmen für gezielte Kampagnen. Für besonders herausfordernde Rekrutierungen wurden spezifische Videos erstellt, um die Sichtbarkeit dieser Stellen zu erhöhen.

Zur Qualitätsentwicklung und Professionalisierung wurde an der Hochschule Luzern ein Auftrag für eine Modularbeit eingereicht, die eine fundierte Evaluation unserer Stellenanzeigen zum Ziel hat. Gleichzeitig wurde die Broschüre zur Personalpolitik sowohl inhaltlich als auch gestalterisch aktualisiert.

Zur Stärkung der digitalen Arbeitgeberkommunikation wurde die Social-Media-Reihe „Obwalden PLUS“ lanciert, welche die Vorteile einer Tätigkeit beim Kanton Obwalden sichtbar macht und die Wiedererkennung der Arbeitgebermarke erhöht.

Statistische Angaben

	Anzahl Mitarbeitende	
	2024	2025
Personalbestand ohne Lernende/Praktikanten (insgesamt)	609	622
davon Lehrpersonen (Kantons- / Berufsschule und Integrationsschule Giswil)	142	141
davon Mitarbeitende am Gericht	16	18
Umgerechnet in Vollzeitstellen (inklusive Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der Kantonsschule und am Berufs- und Weiterbildungszentrum)	455	461

Von den insgesamt 622 Mitarbeitenden waren 346 Frauen, was einem Frauenanteil von 55,6 Prozent entspricht (Vorjahr: 55,0 Prozent). 58 Prozent der Mitarbeitenden (Vorjahr: 60 Prozent) wohnen im Kanton Obwalden. Für die Weiterbildung wurde im Jahr 2025 ein Betrag von durchschnittlich Fr. 945.– pro Mitarbeitende investiert (Vorjahr: Fr. 984.–).

Die Anzahl der Ein- und Austritte im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 stellt sich wie folgt dar:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2024	2025
Austritte	85	91
Eintritte	95	95

Die Gründe für das Ausscheiden von Mitarbeitenden im Jahr 2025 gliedern sich wie folgt:

- Kündigungen durch Mitarbeitende (49)
- ordentliche Pensionierungen (7)
- Beendigung von befristeten Anstellungen (29)
- Austritt im gegenseitigen Einvernehmen (4)
- Kündigung durch Arbeitgeber (2)

Im Jahr 2025 betrug die Bruttofluktuationsrate in der kantonalen Verwaltung (inklusive Lehrpersonen) 14,6 Prozent. Damit stieg sie gegenüber dem Vorjahr (13,9 Prozent) um 0,7 Prozentpunkte. Die Nettofluktuation (aufgrund von Kündigungen) erhöhte sich von 5,9 Prozent im Vorjahr auf 7,8 Prozent, was einem Anstieg um 1,9 Prozentpunkte entspricht.

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 1468 Bewerbungen bearbeitet (Vorjahr: 1036). Die durchschnittliche Anzahl Bewerbungen pro ausgeschriebene Stelle (15) stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um vier Bewerbungen.

24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet das Budget und die Finanzplanung, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (mit Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (mit Budgetierung der Steuererträge) samt dem Inkasso in Strafsachen, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u. a. eidgenössischer Finanzausgleich, eidgenössische Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleichs, sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz	Ausgeführte Aktivitäten: – Besprechung der geplanten Änderungen im Finanzhaushaltsgesetz in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Einwohnergemeinden und des Kantons – Erstellung Entwurf Botschaft und Synopse Kommentar: Ziel gemäss Planung grösstenteils erreicht. Vorlage ist noch nicht zur Vernehmlassung verabschiedet.
Vorbereitung und Umsetzung der Überführung des Kantonsspitals Obwalden in die Spital Obwalden AG sowie der Spitalimmobilien in die Spital Obwalden Immobilien AG für die Realisierung der Verbundlösung mit der Luzerner Kantonsspital AG (in Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Sozialdepartement)	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Botschaft Spitalgesetz zusammen mit Sicherheits- und Sozialdepartement sowie Rechtsdienst – Erarbeitung diverser Entscheidungs- und Kalkulationsunterlagen Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht

Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Die Finanzstärke der Kantone wird am Ressourcenpotenzial eines Kantons gemessen. Die Grundlage für das Jahr 2025 basiert dabei auf den Bemessungsjahren 2019, 2020 und 2021 und widerspiegelt somit die wirtschaftliche Situation der Kantone in diesen Jahren.

Gesamtschweizerisch reduzierte sich das Ressourcenpotenzial um rund zwei Prozent von Fr. 35 507.– auf Fr. 34 813.– je Einwohnerin bzw. Einwohner. Der Kanton Obwalden wies ein Ressourcenpotenzial von Fr. 38 368.– je Einwohnerin bzw. Einwohner aus (Vorjahr: Fr. 39 033.–). Damit sank das Potenzial um rund 1,7 Prozent und damit weniger stark als im gesamtschweizerischen Vergleich. Im Vorjahr sank es um 1,1 Prozent. Dieser Rückgang beim Kanton Obwalden sowie im gesamtschweizerischen Ressourcenpotenzial hängt – wie bereits im Vorjahr – mit der Umsetzung der STAF-Vorlage (Steuerreform und AHV-Finanzierung) zusammen. Im Rahmen dieser Umsetzung werden die Gewinne der juristischen Personen ab dem Bemessungsjahr 2020 nur noch zu rund einem Drittel in der Berechnung berücksichtigt.

Damit sinkt das Ressourcenpotenzial entsprechend. Die Auswirkungen dieses Transformationsprozesses werden auch noch im Finanzausgleich 2026 spürbar sein.

Grundlage für das Ressourcenpotenzial bildet die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG), welche sich aus mehreren Faktoren zusammensetzt, die in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich sind. Das Ressourcenpotenzial pro Kopf wies im Jahr 2024 im Vergleich zu den übrigen Zentralschweizer Kantonen folgende Werte auf:

(in Franken pro Einw.)	Einkommen der natürlichen Personen	Quellenbesteuerbare Einkommen	Vermögen	Gewinne der juristischen Personen	Steuerpartitionen	Total Ressourcenpotenzial je Einw.
Obwalden (Vorjahr)	26 057 (25 451)	1 061 (1 102)	6 510 (6 176)	4 993 (6 245)	-16 (58)	38 605 (39 033)
Uri (Vorjahr)	17 044 (16 687)	898 (907)	3 375 (3 214)	3 256 (4 243)	-10 (24)	24 563 (25 075)
Schwyz (Vorjahr)	41 380 (39 925)	1 039 (1 068)	13 476 (12 477)	8 394 (9 532)	-62 (-58)	64 226 (62 944)
Nidwalden (Vorjahr)	32 846 (31 943)	1 014 (1 061)	14 449 (13 668)	7 660 (10 060)	-324 (-102)	55 645 (56 630)
Zug (Vorjahr)	50 093 (47 206)	2 063 (1 976)	10 747 (9 845)	34 800 (36 237)	3 (-279)	97 707 (94 985)
Luzern (Vorjahr)	20 887 (20 454)	789 (807)	4 037 (3 836)	6 583 (7 813)	-103 (-136)	32 194 (32 775)
CH (Vorjahr)	23 178 (22 687)	1 588 (1 612)	3 944 (3 716)	6 098 (7 480)	5 (11)	34 813 (35 507)

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich

Tabelle: Zusammensetzung Ressourcenpotenzial 2025 (2024)

Seit 2020 beteiligen sich auch die Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich. Der Kanton und die Einwohnergemeinden teilen sich Zahlungen in den NFA im Verhältnis ihres Anteils an den Kantons- und Gemeindesteuern sowie des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Der Kantonsbeitrag im Jahr 2025 betrug Fr. 7 751 000.– (Vorjahr: Fr. 6 775 000.–), wobei die Einwohnergemeinden die nachfolgenden Anteile beigetragen haben.

Der Einwohnergemeindeanteil betrug 2025:

Einwohnergemeinde	Beitrag in Franken	Anteil in Prozent
Sarnen	1 571 874.70	38,59
Kerns	451 612.46	11,09
Sachseln	508 034.15	12,47
Alpnach	491 444.56	12,07

Einwohnergemeinde	Beitrag in Franken	Anteil in Prozent
Giswil	238 927.43	5,87
Lungern	180 360.52	4,43
Engelberg	630 604.29	15,48
Total Einwohnergemeinden	4 072 858.10	100,00 bzw. 52,55
Total Kanton	3 678 141.90	47,45
Total Beitrag NFA	7 751 000.00	

1) Rundungsdifferenzen möglich

Tabelle: Beiträge der Einwohnergemeinden am Ressourcenausgleich des Bundes (NFA)

Kantonaler Finanzausgleich

Seit dem 1. Mai 2017 ist das Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1) des Kantons Obwalden in Kraft. Es besteht aus den Elementen des Ressourcenausgleichs, des Lastenausgleichs Bildung und des Strukturausgleichs Wohnbevölkerung.

Der Ressourcenausgleich ist das Kernelement des Finanzausgleichs. Mit dem Ressourcenausgleich wird für die Einwohnergemeinden eine einheitliche Mindestausstattung an nicht zweckgebundenen Finanzmitteln angestrebt. Der Ressourcenausgleich mildert die Unterschiede zwischen den Einwohnergemeinden, die sich aufgrund unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft ergeben. Der Ressourcenausgleich wird vollständig von den Einwohnergemeinden getragen.

Mit dem Lastenausgleich Bildung wird die überdurchschnittliche Belastung aus der Führung der Volksschule gemildert. Entlastet werden die Einwohnergemeinden, deren Normaufwand für die Volksschule je Einwohnerin bzw. Einwohner den Durchschnitt aller Einwohnergemeinden übersteigt. Der Strukturausgleich trägt schlussendlich den gewachsenen und gelebten Gemeindestrukturen Rechnung. Der Kanton gewährt den Einwohnergemeinden, die aufgrund ihrer Wohnbevölkerung überdurchschnittlich belastet sind, einen finanziellen Ausgleich.

Die Zahlungen aus dem Finanzausgleichsgesetz betrugen 2025:

Beträge in 1 000 Franken

Einwohnergemeinde	Ressourcenausgleich		Lastenausgleich Bildung		Strukturausgleich Bevölkerung	
	2024 Fr. ¹⁾	2025 Fr. ¹⁾	2024 Fr. ¹⁾	2025 Fr. ¹⁾	2024 Fr. ¹⁾	2025 Fr. ¹⁾
Sarnen	-3 859	-4 151	-	-	-	-
Kerns	2 516	2 828	1 009	806	-	-
Sachsln	1 155	-426	-	-	147	155
Alpnach	-	565	511	641	-	-
Giswil	3 206	3 593	173	143	775	707
Lungern	261	161	-	12	1 650	1 514
Engelberg	-3 278	-2 570	-	-	572	527
Total	-	-	1 693	1 602	3 144	2 903

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich (negative Zahlen = Einzahlungen)

Tabelle: Kantonaler Finanzausgleich 2025/2024

Der Ressourcenausgleich bewegte sich mit rund 7,1 Millionen Franken im Umfang des Vorjahrs. Im Ressourcenausgleich 2025 wurden neu die Wasserzinsen sowie die Zweitwohnungsquote berücksichtigt. Nebst den Einwohnergemeinden Sarnen und Engelberg wurde Sachseln neu zur Gebergemeinde und beteiligte sich mit 0,4 Millionen Franken am Ressourcenausgleich. Aufgrund des leicht gestiegenen Ressourcenindex erhöhte sich der Beitrag der Einwohnergemeinde Sarnen von 3,9 Millionen auf 4,15 Millionen Franken. Der Beitrag der Einwohnergemeinde Engelberg hingegen verkleinerte sich von 3,3 Millionen Franken auf 2,6 Millionen Franken. Diese Reduzierung ist vor allem der neu berücksichtigten Ferienwohnungsquote geschuldet.

Der Kanton bestreitet sowohl den Lastenausgleich Bildung wie auch den Strukturausgleich Bevölkerung allein. Mit rund 1,6 Millionen Franken bewegte sich ersterer leicht unter dem Umfang des Vorjahrs (1,69 Millionen Franken) und der Strukturausgleich Bildung reduzierte sich von 3,1 Millionen Franken auf 2,9 Millionen Franken. Diese Reduzierungen hängen mit der per 1. Januar 2025 umgesetzten neuen Berechnungsmethode zusammen.

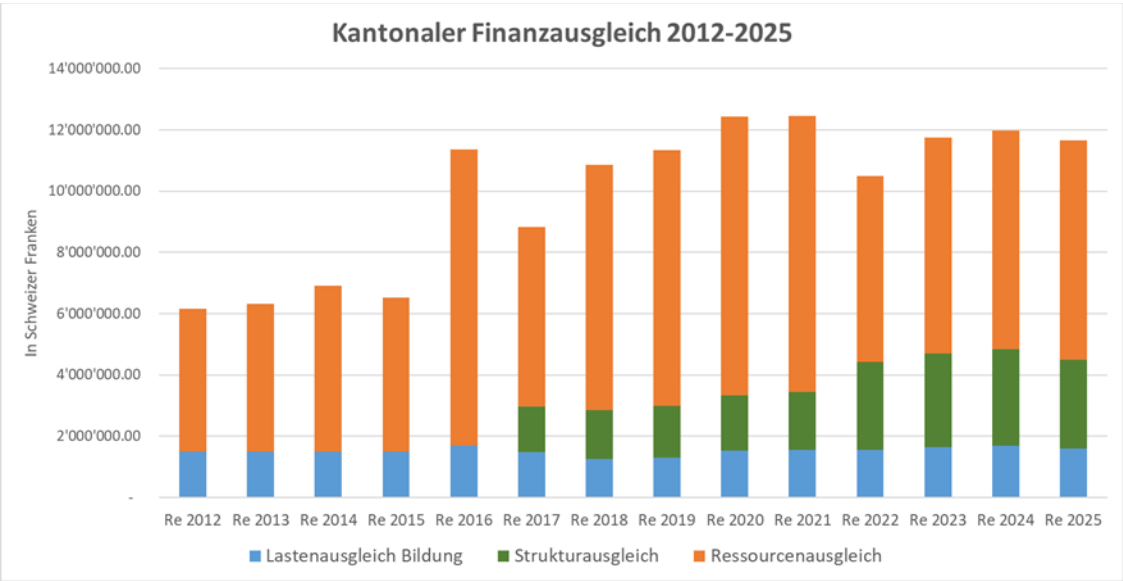


Tabelle: Kantonaler Finanzausgleich Rechnungen 2012 – 2025

Entwicklung der fakturierten Staats- und Gemeindesteuern

Die fakturierten Staats- und Gemeindesteuern entwickelten sich wie folgt:

	2023	2024	2025
Fakturierte Staats- und Gemeindesteuern in Fr.	287 859 767.40	297 873 533.60	301 168 234.10
Steuerausstände in Fr.	15 271 189.60	11 717 701.12	3 867 391.48

Im Jahr 2025 gingen für die Staats- und Gemeindesteuern 30 Erlassgesuche ein (Vorjahr: 36). 33 wurden erledigt (Vorjahr: 36). Insgesamt wurden 2025 für rund Fr. 43 700.– Erlasse gewährt (Vorjahr: Fr. 36 300.–). Die pendenten Erlassgesuche entwickelten sich wie folgt:

	Anzahl pendente Erlassgesuche per		davon vor Rekurskommission per 31. Dez. 2025
	31. Dez. 2024	31. Dez. 2025	
Sarnen	1		
Kerns			
Sachsln		1	
Alpnach	3		1
Giswil			
Lungern			
Engelberg			
Total Staats- und Gemeindesteuern	4	1	
Direkte Bundessteuer (dBSt)			
Total inkl. dBSt	4	1	1

28 Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von unselbstständig Erwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, selbstständig Erwerbenden und Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen sowie die Quellen-, Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer. Die Veranlagung der direkten Bundessteuer wird unter Aufsicht der Eidg. Steuerverwaltung durchgeführt. Weiter kontrolliert die Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein. Auch das Grundstücksschätzungswesen ist bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen usw. bei der Steuerverwaltung an.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Schlussbericht zur Steuerstrategie; Überführung in eine neue, breiter abgestützte Standortstrategie	Ausgeführte Aktivitäten: – Unter der Federführung der Staatskanzlei Erarbeitung der Vision – weiterführende Arbeiten in eine Standortstrategie laufen Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht
Wirkungsbericht zur Steuerstrategie für die Jahre 2023 und 2024	Ausgeführte Aktivitäten: – Beschluss des Kantonsrats im Rahmen der Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrats zur Schlussevaluation der Steuerstrategie nächster Wirkungsbericht erst im Jahr 2027 für die Jahre 2023 bis 2026 Kommentar: Ziel ist weggefallen
Anpassungen NEST-System (Debitoren und Quellensteuer) – Projekt nest.deq	Ausgeführte Aktivitäten: – planmässige Erstellung der notwendigen Projektarbeiten und Konzepte – erfolgreicher Abschluss der Testphasen 3 und 4 – Erstellung der Planung für die nächsten Projektphasen im Jahr 2026 Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht
Standortförderungsmassnahmen hinsichtlich der OECD-Mindestbesteuerung in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsdepartement	Ausgeführte Aktivitäten: – aktive Verfolgung und Prüfung der internationalen Entwicklungen für Obwalden – direkter Kontakt mit der Eidg. Steuerverwaltung und dem Staatssekretariat für Finanzfragen

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– aufgrund der sehr geringen Betroffenheit Ausarbeitung von konkreten Massnahmen nicht angezeigt
	Kommentar: Ziel wurde unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung erreicht
Nachtrag zum Steuergesetz per 1. Januar 2026	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Botschaft und Verabschiedung zuhänden des Kantonsrats – Zustimmung durch Kantonsrat an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2025 – In Kraft per 1. Januar 2026
	Kommentar: Ziel gemäss Planung erreicht

Projekte

Projekt OMTax

Für die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer wurde durch die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) ein einheitliches Anwendungstool (OMTax) entwickelt. Die Kantone waren in den verschiedenen Testphasen involviert. Zudem musste die Schnittstelle von OMTax zur Veranlagungssoftware NEST sichergestellt sein. OMTax wurde im Sommer 2025 erfolgreich eingeführt.

Projekt bvTAX

Ebenfalls durch die SSK wurde das neue Bewertungstool für nicht kotierte Aktien entwickelt. Auch hier waren diverse fachliche und technische Testphasen notwendig, so dass die Möglichkeiten, welche die neue Software bietet (Teilautomatisierte Bewertung), auch umfassend genutzt werden können. Die Applikation wurde im Frühling 2025 erfolgreich eingeführt.

Einführung eCH-Standard 0276 – eBilanz bei JP / Erweiterung CleverTax JP

Die SSK IT hat einen neuen eCH-Standard im Bereich eBilanz bei juristischen Personen entwickelt. Dieser eCH-Standard wird per Steuerperiode 2025 in den Kantonen Obwalden und Appenzell Ausserrhoden eingeführt. Ab der Steuerperiode 2026 gilt der neue Standard gesamtschweizerisch.

Die Einführung des neuen Standards hatte grosse Anpassungs- und Testarbeiten bei der Deklaration CleverTax JP sowie in der Veranlagungssoftware NEST zur Folge. Nach der Einführung können die Daten bei der Deklaration besser strukturiert eingereicht werden. Dies ermöglicht der Steuerverwaltung auch im Bereich der juristischen Personen den Automatisierungsgrad zu erhöhen.

Projekt Ausschreibung Deklarationslösung NP eTAX

Die Deklarationssoftware eTAX NP ist seit Februar 2018 (Steuerperiode 2017) im Einsatz. Seither hat sich im Bereich der Deklaration und auch bei den sich neuen bietenden technischen Möglichkeiten viel getan. Die Steuerverwaltung Obwalden und das Steueramt Nidwalden lancieren deshalb eine Ausschreibung für eine neue Deklarationssoftware, welche alle neuen technischen Möglichkeiten enthalten soll – dies mit dem Ziel den Kundennutzen stark zu verbessern (Ziel: vorausgefüllte Steuererklärung).

Projekt IPV – Wechsel vom Volkswirtschaftsdepartement zur Ausgleichskasse Obwalden

Per Mitte Oktober 2025 wechselte die Zuständigkeit und Verantwortung für den IPV- Prozess (Individuelle Prämienverbilligung) vom Volkswirtschaftsdepartement zur Ausgleichskasse Obwalden. Die damit verbundenen Anpassungen bei der Datenlieferung wurde durch die Steuerverwaltung im Projektteam eng begleitet und haben einen sehr grossen Testaufwand mit sich gebracht. Per Mitte Oktober 2025 konnte die ersten Daten erfolgreich an die Ausgleichskasse Obwalden übermittelt werden.

Steuererklärungen 2024

Für die Steuerperiode 2024 wurden insgesamt 27 332 (Vorjahr 27 591) Briefe mit den Zugangsdaten zur elektronischen Einreichung der Steuererklärung an natürliche Personen (NP) und 4 294 (Vorjahr 4 203) an juristische Personen (JP) zugestellt. Für die direkten Steuern (ohne Sondersteuern) waren es insgesamt 31 885 Briefe (gegenüber der Vorperiode sind das 65 zusätzliche Steuererklärungen).

Von den 21 088 eingegangenen Steuererklärungen der natürlichen Personen mit Wohnsitz im Kanton Obwalden (primär-Steuerpflichtige) reichten 97,7 Prozent (Vorjahr: 97,0 Prozent) die Steuererklärung in elektronischer Form ein. Von den 3 122 eingegangenen Steuererklärungen der juristischen Personen mit Sitz im Kanton Obwalden wurden 90,3 Prozent (Vorjahr: 90,4 Prozent) in elektronischer Form eingereicht.

Bis Ende 2025 wurden 25 388 (Vorjahr 25 628) Steuererklärungen der Steuerperiode 2024 vollelektronisch eingereicht. Davon entfielen 20 611 (Vorjahr 20 520) auf natürliche Personen primär, 1 860 (Vorjahr 2 244) auf natürliche Personen sekundär sowie 2 819 (Vorjahr 3 036) auf juristische Personen primär und 98 (Vorjahr 383) auf juristische Personen sekundär.

Steuererklärungen Steuerperiode 2024

	Zugestellt	Eingegangen	in %	Elektronisch	in %	Analog	in %
NP primär	23 078	21 088	91,4%	20 611	97,7%	477	2,3%
NP sekundär	4 254	3 795	89,2%	1 860	49,0%	1 935	51,0%
Total NP	27 332	24 883	91,0%	22 471	90,3%	2 412	9,7%
JP primär	3 876	3 122	80,5%	2 819	90,3%	303	9,7%
JP sekundär	418	367	87,8%	98	26,7%	269	73,3%
Total JP	4 294	3 489	81,3%	2 917	83,6%	572	16,4%

Veranlagungsstand

Am 31. Dezember 2025 waren folgende Veranlagungen pendent:

a. Natürliche Personen (Einkommens- und Vermögenssteuern):

Steuerperiode	2022	2023	2024
Pendente Veranlagung von Unselbstständig-, Selbstständig-Erwerbenden, Sekundärsteuerpflichtigen, Landwirten, Arbeitnehmer JP	181	2 452	13 885
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99,33 %	91,05 %	49,37 %
Zielvorgabe laufendes Jahr	95 % - 100 %	85 % - 95 %	45% - 50%

Der Veranlagungsstand konnte bei den natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr wiederum leichtverbessert werden. Vor allem in den Steuerperioden 2022 und älter konnte der Veranlagungsstand markant aufgearbeitet werden.

b. Juristische Personen (Gewinn- und Kapitalsteuern):

Steuerperiode	2022	2023	2024
Pendente Veranlagungen von Aktiengesellschaften, GmbH, Verei- nen, Genossenschaften, Stiftungen	49	629	2 868
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	98,86 %	85,22 %	33,24 %
Zielvorgabe	95 % - 100 %	85 % - 95 %	45 % - 50 %

Der Veranlagungsstand bei den juristischen Personen konnte für die aktuelle Steuerperiode 2024 nicht verbessert werden. Eine Aufarbeitung des Veranlagungsstandes fand ebenfalls in den Steuerperioden 2022 und älter statt.

Im Handelsregister des Kantons Obwalden waren per 31. Dezember 2025 insgesamt 4 390 Einträge registriert (Vorjahre 4 374) Verglichen mit dem 1. Januar 2025 ist dies eine Zunahme von 16 Einträgen.

c. Übrige Steuern (Anzahl pendente Fälle)

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025
Wertschriften / Verrechnungssteuern	6 933	6 004	6 719	6 635
Handänderungssteuern	412	495	523	612
Grundstückgewinnsteuern	499	598	616	746
Nachsteuer- / Bussenverfahren	56	59	42	36

Erledigte Veranlagungen

Im Jahr 2025 wurden folgende Veranlagungen erledigt:

Erledigte Veranlagungen	2022	2023	2024	2025
Einkommens- und Vermögenssteuer	25 419	26 580	31 664	27 864
Gewinn- und Kapitalsteuern	4 747	5 792	4 920	3 806
Wertschriften / Verrechnungssteuer	20 641	23 077	22 155	22 586
Handänderungssteuern	2 018	1 746	1 523	1 318
Grundstückgewinnsteuern	825	645	627	540
Nachsteuer- / Bussenverfahren	44	60	64	80

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2025 waren für alle Steuerarten insgesamt 34 Einsprachen pendent (Vorjahr: 33 Einsprachen), die vor dem 1. Oktober 2025 bei der Steuerverwaltung eingegangen sind. Die Gründe für die unerledigten Einsprachen lagen in den meisten Fällen darin, dass ein Gerichtsentscheid oder die Steueranlagung eines anderen Kantons abgewartet werden musste.

Pendente Fälle vor gerichtlichen Behörden

Pendente Fälle	31.12.24	neue Fälle	erledigt	31.12.25
vor Steuerrekurskommission	25	15	18	22
vor Verwaltungsgericht	0	4	0	4
vor Bundesgericht	0	0	0	0
Total	25	19	18	26

Grundstücksschätzungen nichtlandwirtschaftliche Grundstücke

Erledigte Schätzungen	2022	2023	2024	2025
Steuerschätzungen	752	472	433	1 067
Verkehrswertschätzungen	48	70	28	47
Total	800	542	461	1 114

* Seit dem 1. Mai 2018 werden die landwirtschaftlichen Schätzungen durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt durchgeführt.

Seit dem 1. Januar 2025 werden sämtliche nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke in Obwalden neu geschätzt. Mittels einer rollenden Schätzung wird pro Jahr eine Gemeinde neu geschätzt. Die gesetzlichen Grundlagen wurden von der Obwaldner Stimmbevölkerung am 24. November 2024 mit gut 56 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Im Jahr 2025 wurde die Einwohnergemeinde Sachseln neu geschätzt. Im Jahr 2026 wird die Einwohnergemeinde Lungern neu geschätzt.

4.3 Sicherheits- und Sozialdepartement

Das Sicherheits- und Sozialdepartement (SSD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2024	2025
Departementssekretariat (inkl. Chef kantonalen Führungsstab)	2.73	2.73
Amt für Justiz	10.30	10.7
Kantonspolizei	74.7	77.7 ¹
Sozialamt	22.15	22.15 ²
Staatsanwaltschaft	9.25	11.6 ³
Gesundheitsamt	3.35	4.85
Insgesamt	122.48	129.73

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Kantonspolizei: zusätzlich 3.0 Vollzeitstellen vom Bund finanziert für Aufgaben bezüglich dem Bundesasylzentrum Glaubenberg befristet bis 30. Juni 2028.

²Sozialamt: zusätzlich 17 Vollzeitstellen für die Betreuung und Unterbringung Ukraine Schutzsuchende vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 befristet und 5.5 Vollzeitstellen für das Kantonale Integrationsprogramm sowie das Kantonale Aktionsprogramm befristet bis 31. Dezember 2027.

³Staatsanwaltschaft: zusätzlich 0.4 Stellen Ersatz Praktikum befristet bis 31.08.2025.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Stärkung der öffentlichen Sicherheit

1.1.2	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Grundlagen für die Totalrevision des Polizeigesetzes (PolG) sind erarbeitet.	erreicht

Gesundheitsstrategie

1.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Grundlagen für die übergeordnete kantonale Gesundheitsstrategie sind unter Einbezug der Gemeinden erarbeitet.	erreicht
	Im Projekt Versorgungsstrategie im Akutbereich sind die Grundlagen für den Spitalverbund (Aktionärbindungsvertrag, Aktienkaufvertrag und Statuten Spital Obwalden AG) erarbeitet und das Spitalgesetz ist in Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.	erreicht

Sicherstellung der sozialen Sicherheit

1.4.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die kantonale Behindertenstrategie ist unter Einbezug der wesentlichen Akteure in Erarbeitung.	erreicht

Chancengerechtigkeit

2.1.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Im Bereich Familienergänzende Kinderbetreuung ist die Tarifgestaltung überprüft und allfällige Anpassungen sind in die Wege geleitet.	erreicht

Öffentliche Infrastruktur

2.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Projekt Entwicklung Areal Foribach wird aus Nutzersicht unterstützt.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2025	Stand der Umsetzung
Totalrevision Polizeigesetz	in Arbeit: Der Entwurf für das neue PolG ist bis Februar 2026 in der Vernehmlassung und wird anschliessend zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.
Nachtrag Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (Anpassung an Bundesrecht)	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird der Nachtrag der Verordnung nicht prioritär bearbeitet.
Nachtrag kantonale Ordnungsbussenverordnung (Umsetzung der totalrevidierten eidgenössischen Ordnungsbussengesetzgebung)	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird der Nachtrag der Verordnung nicht prioritär bearbeitet und auf 2028 ff. verschoben.
Nachtrag Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung (Ausführungsbestimmungen)	in Kraft: 1. Januar 2026
Totalrevision Gesetz über die Strassenverkehrssteuern	in Arbeit: Das Vorgehen für die Gesetzesanpassung wurde definiert. Aus Ressourcengründen wird mit den Arbeiten erst im Frühling 2026 gestartet.

Nachtrag Gesundheitsgesetz (Kostenteiler externe Gesundheitspflege und Anpassungen gemäss übergeordneter Gesundheitsstrategie)	in Arbeit: Die Anpassung des Gesundheitsgesetzes kann nach erfolgter Beratung der übergeordneten kantonalen Gesundheitsstrategie durch den Regierungsrat vorgenommen werden. Diese ist Mitte April 2026 vorgesehen.
Nachtrag Sozialhilfegesetzgebung (Neugestaltung der sozialen Rahmenbedingungen)	zurückgestellt: Aus Ressourcengründen wird die Revision auf 2028 ff. verschoben.
Nachtrag Gesetz über die Familienergänzende Kinderbetreuung (Ausführungsbestimmungen)	in Kraft: 1. Januar 2026

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Interkantonale Zusammenarbeit

Standortplanung für künftige Bundesasylzentren

Die Standortplanung für ein dauerhaftes Bundesasylzentrum in der Asylverfahrensregion Tessin und Zentralschweiz ist weiter fortgeschritten. Geplant sind zwei Standorte mit jeweils 170 Plätzen. Einer davon ist im Kanton Schwyz geplant, konkret auf dem bisherigen Campingplatz Buosigen in der Gemeinde Arth. Der zweite Standort ist im Kanton Luzern geplant. Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat eine Projektgruppe eingesetzt, die mit der Suche nach einem zweiten geeigneten Standort beauftragt ist.

Befristetes Bundesasylzentrum Glaubenberg

Da die Standortsuche für zwei dauerhafte Bundesasylzentren noch Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde der Betrieb des befristeten Bundesasylzentrums mit 340 Plätze auf dem Glaubenberg bis 30. Juni 2028 mit der Einwohnergemeinde Sarnen und dem Bund verlängert. Gleichzeitig wurde der Vertrag mit dem Kanton Luzern für den Vollzug der Wegweisungsentscheide bis zu diesem Datum verlängert.

Wie in den vergangenen Jahren wurde das Bundesasylzentrum Glaubenberg befristet von Dezember 2025 bis längstens März 2026 um 300 Plätze erweitert. Dies war notwendig, damit der Bund aufgrund des saisonal bedingten Anstiegs der Asylgesuchszahlen über ausreichend Unterbringungsplätze verfügen kann.

30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher nach dessen besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Der kantonale Führungsstab ist ein Stabsorgan des Regierungsrats zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen. Der Stab plant, koordiniert und kontrolliert die Vorbereitungen zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen, soweit sich diese nicht auf eine Gemeinde alleine beschränken.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Koordination der kantonalen Massnahmen für die Nutzung des Truppenlagers Glaubenberg als Bundeszentrum für Asylsuchende	Ausgeführte Aktivitäten: – laufende Koordination mit dem Bund und der Asylverfahrensregion – vertragliche befristete Erweiterung der Unterbringungskapazitäten (Dezember 2025 bis März 2026)
	Kommentar: Der Betrieb läuft planmässig.
Unterstützung des Projekts Entwicklung Areal Foribach aus Nutzersicht	Ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung bei der Variantenprüfung zum gemeinsamen Standort des Verkehrssicherheitszentrums – Überprüfung und Vertretung der Nutzerbedürfnisse bei der Erarbeitung der neuen Projektphase „Wettbewerb“ – Planung der Übergangsphase bis zum Bezug der neuen Räumlichkeiten auf dem Areal Foribach
	Kommentar: Aufgrund der Zentrumsüberbauung werden bereits Anfang 2027 gewisse Abteilungen des SSD eine Übergangslösung beziehen.
Einsetzung der neuen Stabsleitung im Kantonalen Führungsstab (KFS) und Anpassung der Prozesse so weit erforderlich, um die integrierte Übung IU25 mit positiver Beurteilung abzuschliessen	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der 48-Stunden-Übung IU25 (inkl. Nacht) zum Thema hybride Bedrohung in der Schweiz – Training der Stabsarbeitstechnik und Einsatzvorbereitung
	Kommentar: Die IU25 konnte im KFS erfolgreich durchgeführt werden, zeigte aber auch Defizite bei der Einsatzvorbereitung auf.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrssteuern (Anpassung der Bemessungsgrundlagen und des Bonus-Malus-Systems)	Ausgeführte Aktivitäten: – Definition des Vorgehens zur Gesetzesanpassung – Überarbeitung des ganzen Systems basierend auf den Erfahrungen weiterer Kantone Kommentar: Aus Ressourcengründen wird mit den vertieften Arbeiten erst im Frühling 2026 gestartet

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Sicherheits- und Sozialdepartement)

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	17	22
Übertrag vom Vorjahr	13	11
Neueingänge Geschäftsjahr	4	11
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	5	4
– gutgeheissen	1	
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen		3
– nicht eingetreten	4	1
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	1	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	11	17

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Sicherheits- und Sozialdepartements

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	1	5
Übertrag vom Vorjahr		
Neueingänge Geschäftsjahr	1	5

Erledigt durch Entscheid des Departements:	1	1
– gutgeheissen		
– Teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen		
– nicht eingetreten	1	1
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	0	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	4

Vernehmlassungen

Neben den durch den Regierungsrat eingereichten Stellungnahmen hat das Departement die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen an die zuständigen Bundesstellen einzureichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen von geringer politischer Relevanz oder um sogenannte technische Geschäfte. Im Berichtsjahr übermittelte das Sicherheits- und Sozialdepartement 41 solcher Stellungnahmen an den Bund sowie 14 an interkantonale Konferenzen oder andere Institutionen.

Unterstützung der Ämter und weitere Aufgaben

Das Departementssekretariat unterstützte im Berichtsjahr die Amtsstellen bei der Vorbereitung zahlreicher Geschäfte zuhanden des Regierungsrats. Es handelte sich insbesondere um Nachträge zu Ausführungsbestimmungen, den Abschluss von Leistungsvereinbarungen und die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen. Als Koordinationsstelle hat das Departementssekretariat im Projekt „Versorgungsstrategie im Akutbereich“ das Gesundheitsamt und das Finanzdepartement bei der Erarbeitung der Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) unterstützt. Im Weiteren hat das Departementssekretariat stark bei Personalthemen aller Ämter mitgewirkt und Geschäfte des Amtes für Justiz übernommen, welches von März bis Dezember 2025 über eine Vakanz bei den juristischen Mitarbeitenden verfügte.

3010 Kantonaler Führungsstab

Einsätze

Im Jahr 2025 hatte der Kantonale Führungsstab keine Einsätze zu bewältigen.

Ausbildung

Im November nahm der Stab an der schweizweiten Integrierten Übung IU25 teil, welche zwei Tage (inkl. Nacht) dauerte. Im Fokus dieser Stabsübung stand die Zusammenarbeit innerhalb des Bundes, mit den Kantonen sowie grossen Städten zum Thema „Hybride Bedrohungen gegen die Schweiz“. Tage vorher traf sich der Kernstab zu einem Vorbereitungshalbtag im Hinblick auf die IU25.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Stabsmitglieder mit grossen fachlichen und persönlichen Kompetenzen einbringen, was die Stärke dieses Stabs ausmacht. Bezüglich Stabsarbeitstechnik und insbesondere in den Einsatzvorbereitungen der Dienstgruppen bestehen Defizite, welche mit den kurzen jährlichen Vorbereitungs- und Ausbildungssequenzen nicht aufgefangen werden können. Eine feste Fachstelle KFS wäre zu prüfen.

Die Gemeindeführungsorgane von Sarnen und Sachseln machten vom Angebot Gebrauch, ihre Stabsarbeitstechnik mit Unterstützung der Stabsleitung KFS an je einem Abend zu vertiefen.

31 Amt für Justiz

Das Amt für Justiz ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gesetzgebung im Zivil-, Straf- und teilweise im Verwaltungsrecht (inkl. Prozessrechte), Wahl- und Abstimmungsrecht, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht und Anwaltsrecht, Begnadigungen, Opferhilfe (Genugtuung und Entschädigung), Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, Schlichtungswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Umsetzung der Totalrevision des Eidgenössischen Ordnungsbussengesetzes	Ausgeführte Aktivitäten: – keine Kommentar: Aus Ressourcengründen wurde das Projekt priorisiert und zurückgestellt.
Durchführung Pilotprojekt Zusammenführung Kommissionen im Amt für Justiz	Ausgeführte Aktivitäten: – Erstellung Postulatsbericht und Durchführung des internen Mitberichtsverfahrens – teilweise Verlängerung des Pilotprojekts Kommentar: Der Postulatsbericht wird im Jahr 2026 aufgrund der Rückmeldungen des internen Mitberichtsverfahrens überarbeitet.

3100 Amtsleitung

Ordentliche Einbürgerungen

Im Jahr 2025 wurde die Informationsveranstaltung, die für einbürgerungswillige Personen im ordentlichen Verfahren obligatorisch ist, zweimal durchgeführt. Es nahmen insgesamt 85 Personen teil. Die Veranstaltung bezweckt zum einen die verbesserte Mitwirkung der einbürgerungswilligen Personen im Verfahren, zum anderen eine bewusstere Vorbereitung auf die Einbürgerung.

Für Gesuche um ordentliche Einbürgerung ist die kantonale Einbürgerungskommission zuständig. Das Amt für Justiz amtiert als Sekretariat der Einbürgerungskommission und tätigt somit unter anderem die Abklärungen im Zusammenhang mit den Gesuchen (vgl. dazu die Ausführungen zur Einbürgerungskommission).

Erleichterte Einbürgerungen

Über die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Personen entscheidet abschliessend der Bund. Hier steht die Einbürgerung eines ausländischen Ehepartners einer Schweizerin beziehungsweise eines Schweizers im Vordergrund. Das Amt für Justiz wirkte an 49 Gesuchen um erleichterte Einbürgerung mit (Vorjahr 42). Davon wurde in 41 Gesuchen das Bürgerrecht des Kantons Obwalden erteilt und bei acht Gesuchen handelte es sich um die Erteilung eines ausserkantonalen Bürgerrechts an Personen mit derzeitigem Wohnsitz in Obwalden (5 Gesuche) bzw. mit ehemaligem Wohnsitz in Obwalden (3 Gesuche).

Aufsicht über die Gemeinden

Die Aufsicht des Regierungsrats über die Gemeinden wird (ohne Finanzaufsicht) vom Amt für Justiz ausgeübt und über das Beschwerdewesen und die Erlassgenehmigung wahrgenommen. Die Aufsicht im Einwohnerkontrollwesen und das Nachführen der kommunalen Erlasssammlung konnten lediglich in beschränktem Umfang wahrgenommen werden. Dies aufgrund von Ausfällen und längeren Vakanzen bei den Mitarbeitenden, was auch zu längeren Bearbeitungszeiten führte. Weiter hat auch der langjährige Amtsleiter nach über 20 Jahren den Kanton verlassen. Die Nachfolgerin konnte zeitnah gewählt werden und die offenen Stellen Anfang 2026 besetzen. Der durch die Vakanzen angefallene Pendenzenlast muss nun neben der Einführung der neuen Mitarbeitenden abgearbeitet werden.

Folgende Beschwerdefälle waren zu bearbeiten:

	2024	2025
Übertrag vom Vorjahr	12	10
Eingänge	3	9
Erledigungen	5	4
Übertrag auf das folgende Jahr	10	15

Zwei der hängigen Fälle stammen aus dem Jahr 2021, zwei Fälle aus dem Jahr 2022, fünf Fälle aus dem Jahr 2023 und einer aus dem Jahr 2024. Von den erledigten Fällen stammt einer aus dem Jahr 2022 und drei aus dem Jahr 2025, letztere waren dringlich zu bearbeiten.

Zudem wurde zu 12 (Vorjahr 14) kommunalen Erlassentwürfen ein Vorprüfungsbericht erstellt. 16 (Vorjahr 17) Entscheide wurden für die Genehmigung durch den Regierungsrat vorbereitet.

Namensänderungen

Im Berichtsjahr wurden 16 Gesuche um Namensänderung erledigt (Vorjahr: 8), neun Gesuche sind 2025 eingegangen. Von den erledigten Gesuchen stammte eins aus dem Jahr 2019, eins aus dem Jahr 2021, zwei aus dem Jahr 2022, drei aus dem Jahr 2023, acht aus dem Jahr 2024 sowie eins aus dem Jahr 2025. Neun Gesuche (Vorjahr: 17) wurden auf das Folgejahr übertragen. Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Erledigung des Gesuchs beträgt durchschnittlich zwei Jahre. Bei einem Gesuch für die Änderung des Vornamens variiert die durchschnittliche Bearbeitungsdauer je nach Fall zwischen mehreren Monaten bis zu zwei Jahren.

Opferhilfe (Entschädigung und Genugtuung)

Im Berichtsjahr wurden zwei Fälle im Bereich der Opferhilfe entschieden (Vorjahr: 3), wobei auf beide Gesuche nicht eingetreten wurde. Zehn Gesuche wurden auf das folgende Jahr übertragen, wovon sämtliche Gesuche sistiert sind. Nach dem eidgenössischen Opferhilfegesetz sehen die Kantone ein einfaches und rasches Verfahren im Opferhilfebereich vor.

Aktuariat und Sekretariat der Kommissionen und Schlichtungsbehörde

Die Anwalts-, die Notariats- und die Steuerrekurskommission hatten bisher je ein eigenes Sekretariat und Aktuariat. Bereits im Frühjahr 2021 wurde im Rahmen des Projekts „Professionalisierung der Kommissionen“ begonnen, den organisatorischen Handlungsbedarf im Bereich der Kommissionen abzuklären, um die Strukturen, Abläufe und Grundlagen der Kommissionen im Amt für Justiz den heutigen und zukünftigen Anforderungen anzupassen. Im Sommer 2022 wurden die Sekretariate und Aktuarate der Anwalts-, der Notariats- und der Steuerrekurskommission zentralisiert und in die Amtsleitung des Amtes für Justiz integriert; dies im Rahmen eines Pilotprojekts, welches bis 2025 dauerte. Im Rahmen eines Zwischenberichts zeigte sich, dass sich die Zusammenführung bezüglich der Anwaltskommission und der Notariatskommission bewährte, jedoch nicht bezüglich der Steuerrekurskommission. Für die Notariatskommission und die Anwaltskommission wird das Pilotprojekt weitergeführt. Bezogen auf die Steuerrekurskommission ist das Pilotprojekt abgeschlossen und das juristische Sekretariat separat besetzt.

Das Sekretariat der Schlichtungsbehörde konnte nur durch eine befristete Umnutzung von internen Stellen in der Höhe von 30 Stellenprozenten weiter betrieben werden.

Enteignung

Ein im Jahr 2024 eingegangenes Gesuch um Erteilung des Enteignungsrechts ist zwecks Bestrebungen einer Lösungsfindung ohne Enteignungsverfahren im Berichtsjahr sistiert worden. Die geplante Erarbeitung einer Praxishilfe zum kantonalen Enteignungsgesetz musste aus Ressourcengründen erneut zurückgestellt werden.

3101 Sekretariat Steuerrekurskommission

Die kantonale Steuerrekurskommission ist die von der Steuerbehörde unabhängige, richterliche Rekursbehörde. Sie unterliegt als erstinstanzliches Gericht der Aufsicht des Obergerichts und der Rechtspflegekommission. Das Verhältnis zur Staatsverwaltung beschränkt sich grundsätzlich auf organisatorische Belange, namentlich auf die Wahl und Entschädigung des Kommissionssekretariats sowie auf den Finanzbereich. Das Sekretariat der Steuerrekurskommission besteht aus zwei Personen mit je fünf Stellenprozenten. Die Steuerrekurskommission übt auch Aufgaben im Bereich des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgaben aus. Im Übrigen kann für die Tätigkeit der Steuerrekurskommission auf den Amtsbericht über die Rechtspflege verwiesen werden.

3102 Anwaltskommission

Die Anwaltskommission ist die Aufsichts- und Disziplinarbehörde über die Anwältinnen und Anwälte. Sie nimmt die Anwaltsprüfung ab und erteilt das Anwaltspatent. Ferner entscheidet sie über die Befreiung vom Berufsgeheimnis.

Das aktuelle Anwaltsregister und die EU/EFTA-Liste sind im Internet aufgeschaltet unter www.ow.ch (Suche: Anwaltsregister). Ende 2025 waren 30 Anwältinnen und Anwälte im Anwaltsregister des Kantons Obwalden und vier Anwältinnen und Anwälte in der EU/EFTA-Liste eingetragen.

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Anwaltsregister / EU/EFTA-Liste					
– Eintragung Anwaltsregister					
– Eintragung EU/EFTA-Liste					
– Löschung		3	3	3	0
Anwaltspraktikum					
Praktikumszulassung					
Disziplinaraufsicht	5	3	8	5	3
Zwischenentscheide					
Endentscheide	5	3	8	5	3
Entbindung vom Berufsgeheimnis	1		1	1	0
Sonstiges	1	1	2	2	0

Anwaltsprüfungen

Die beiden Repetenten vom Herbst 2024 haben anfangs 2025 jeweils die mündlichen Prüfungen bestanden.

	Neu	Wiederholung	Total	Bestanden
Anwaltsprüfung				
Kandidaten Frühling 2025	4		4	1
Kandidaten Herbst 2025		3	3	0

Im Berichtsjahr ist das Verwaltungsgericht auf eine im Jahr 2025 eingereichte Beschwerde gegen einen Entscheid der Anwaltskommission nicht eingetreten. Der Entscheid wurde an das Bundesgericht weitergezogen und ist noch hängig.

3103 Notariatskommission

Die Notariatskommission ist die Aufsichts- und Disziplinarbehörde über die kantonalen Urkundspersonen. Sie nimmt die kantonale Eignungsprüfung ab und erteilt bzw. entzieht die Beurkundungsbefugnis. Ferner entscheidet die Notariatskommission über die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht.

Das aktuelle Verzeichnis der Urkundspersonen ist im Internet aufgeschaltet unter www.ow.ch (Suche: Urkundspersonen). Ende 2025 waren 26 Urkundspersonen befugt, auf dem Gebiet des Kantons Obwalden öffentliche Beurkundungen vorzunehmen.

Folgende Fälle waren zu bearbeiten:

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Beurkundungsbefugnis					
– Erteilung	1		1	1	0
– Erlöschen	1	1	2	2	0
– Wiederteilung					
Disziplinaraufsicht	4		4	2	2
Entbindung Verschwiegenheitspflicht					
Sonstiges	1	1	2	2	0

Notariatsprüfungen

Mangels genügender Anmeldungen fand keine Prüfungssession im Herbst 2025 statt.

Im Berichtsjahr ist das Verwaltungsgericht auf eine im Jahr 2025 eingereichte Beschwerde gegen einen Entscheid der Notariatskommission nicht eingetreten. Der Entscheid wurde an das Bundesgericht weitergezogen und ist noch hängig. Auch die im Jahr 2022 eingereichte Aufsichtsbeschwerde gegen die Notariatskommission ist noch hängig.

3104 Einbürgerungskommission

Die Einbürgerungskommission ist auf kantonaler Ebene zuständig für Entscheide im Zusammenhang mit dem Bürgerrecht. Im Berichtsjahr fanden zwei Kommissionssitzungen statt. Aus Gründen der Priorisierung der Aufgaben wurde keine weiteren Kommissionssitzungen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde daher insgesamt an 40 Personen in 25 Gesuchen (Vorjahr: 26 Personen in 17 Gesuchen) die Zusicherung des Bürgerrechts erteilt.

Folgende Fälle waren zu bearbeiten (Anzahl Personen):

	Alte	Neue	Total	Erledigt	Pendent
Ordentlicher Erwerb durch ausländische Personen					
– Kantonale Einbürgerung	37	34	71	29	42*
– Nichtigerklärung	0	0	0	0	0

Personen mit CH-Bürgerrecht					
– Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht	0	3	3	0	3
– Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht	1	2	3	3	0

* Von den pendenten Gesuchen wurde an 28 Personen die Zusicherung des kantonalen Bürgerrechts erteilt (Bearbeitung bei Bund pendent).

311 Abteilung Betreuung und Konkurs

3110 Betreuung

Im Berichtsjahr stellt sich die Statistik wie folgt dar:

	2022	2023	2024	2025
Zahlungsbefehle	5 216	6 111	6 547	6 422
Konkursandrohungen	105	121	135	583
Pfändungsvollzüge	2 830	3 190	3 624	2 825
Verwertungen	2 021	2 228	2 571	1 880

Bei den Verwertungen handelt es sich um Lohn- bzw. Verdienstpfindungen, Ertragspfändungen, Sach- und Grundstückverwertungen. Es mussten zwei Arreste (Vorjahr: 7) vollzogen werden. Begehren um Retention wurden eines gestellt (Vorjahr: 0). Im Eigentumsvorbehaltsregister mussten acht Eintragungen (Vorjahr: 8) vorgenommen werden. Aufgrund einer Gesetzesänderung per 1. Januar 2025 müssen neu die öffentlich-rechtlichen Forderungen verschärft eingefordert werden. Das hat dazu geführt, dass sich die Pfändungsvollzüge reduziert, aber dafür die Konkursandrohungen stark erhöht haben.

3111 Konkurs

Im Berichtsjahr stellt sich die Statistik wie folgt dar:

	2022	2023	2024	2025
Konkurse	8	13	20	43
Konkursamtliche Erbschaftsliquidationen ZGB 573	11	18	18	19
Liquidationen OR 731b	19	20	19	20
Total	38	51	57	82
Abgeschlossene Verfahren	47	51	49	45
Wirtschaftlicher Gesamtverlust (Fr.)	19 193 521.–	2 807 406.–	11 652 072.–	8'924'177.–

Neben den aufgeführten Verfahren bearbeitete die Dienststelle Konkurs acht Rechtshilfeersuchen (Vorjahr: 4). Eine amtliche Liquidation wurde angeordnet (Vorjahr: 0). Es mussten vier öffentliche Inventare erstellt werden (Vorjahr: 5). Aufgrund der obengenannten Gesetzesänderung hat sich auch die Anzahl Konkurse deutlich erhöht.

313 Schlichtungsbehörde

Im Berichtsjahr konnte die kantonale Schlichtungsbehörde durch ihre Arbeit zahlreiche Gerichtsverfahren vermeiden. Mit Ausnahme der Fälle im Mietrecht und im Gleichstellungsrecht, in welchem die Schlichtungsbehörde paritätisch zusammengesetzt ist, erledigte der Präsident die anfallenden Geschäfte alleine. Neben dem gestiegenen Aufwand für die Bearbeitung der Fälle hat sich gezeigt, dass die Koordination

der Termine mit allen Parteien zunehmend aufwändiger wird, was sich auf die Verfahrensdauer und somit auch auf die Anzahl der möglichen Erledigungen auswirkt.

Im Bereich Mietrecht lässt sich die Zunahme der Fälle zum einen mit den Veränderungen des Referenzzinssatzes von 1,75 Prozent im Dezember 2023 auf 1,25 Prozent im September 2025 sowie der tiefen Leerwohnungsziffer von 0,44 Prozent erklären. Damit sind Mieterinnen und Mieter zunehmend auf eine Erstreckung des Mietverhältnisses nach Erhalt einer Kündigung angewiesen. Die genannten Faktoren führten auch zu einer wesentlichen Zunahme von telefonischen Auskünften, denn gemäss Art. 201 Abs. 2 der Zivilprozessordnung (ZPO; SR 272) ist die Schlichtungsbehörde im Mietrecht auch Rechtsberatungsstelle.

Allgemeiner Bereich

	2024	2025
Übertrag vom Vorjahr	84	101
Neueingänge Geschäftsjahr	104	126
Total eingegangene Fälle	188	227
Einigung	10	10
Urteilsvorschlag	4	4
Entscheid	0	1
Anderweitig erledigt (Abschreibungsverfügung)	31	39
Klagebewilligung	42	36
Total erledigte Fälle	87	90
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	101	137

Von den hängigen Fällen stammen vier Fälle aus dem Jahr 2022 sowie acht Fälle aus dem Jahr 2023 und 18 Fälle aus 2024. Die Fälle aus den Jahren 2022, 2023 und 2024 sind sistiert.

Bereich Miete und Pacht

	2024	2025
Übertrag vom Vorjahr	17	27
Neueingänge Geschäftsjahr	43	59
Total eingegangene Fälle	60	86
Einigung	12	9
Urteilsvorschlag	0	0
Entscheid	1	1
Anderweitig erledigt (Abschreibungsverfügung)	18	25
Klagebewilligung	2	8
Total erledigte Fälle	33	43
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	27	43

Von den hängigen Fällen stammt ein Fall aus dem Jahr 2023 und zwei Fälle aus dem Jahr 2024. Die Fälle aus den Jahren 2023 und 2024 sind sistiert.

Bereich Gleichstellungsgesetz / Betreuungsverhältnisse

Im Bereich Gleichstellungsgesetz waren keine Fälle zu verzeichnen. Aus Betreuungsverhältnissen gemäss Art. 13 der kantonalen Verordnung über die Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (GDB 410.13) waren ebenfalls keine Streitigkeiten zu beurteilen.

314 Zivilstandswesen

Die Aufsichtsbehörde konnte im Berichtsjahr vier Forschergesuche bearbeiten (Vorjahr: 0). Ein Gesuch aus dem Jahr 2023, zwei Gesuche aus dem Jahr 2024 und ein Gesuch aus dem Jahr 2025 konnten abgeschlossen werden. Ende 2025 waren zwei Gesuche aus dem Berichtsjahr hängig (Vorjahr: 3). Die aktuell benötigte Zeitdauer bis zur Erledigung der Gesuche beträgt über ein Jahr. Im Weiteren wurde über das Gesuch betreffend die Sommeröffnungszeiten des Zivilstandsamtes entschieden.

Das Zivilstandsinspektorat, welches durch die Aufsichtsbehörde des Kantons Luzern wahrgenommen wird, bearbeitete 146 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürgerinnen und Bürger.

Kantonale Kreisschreiben, rechtskräftige Verwaltungsentscheide oder Verfügungen erfolgten zum Zivilstandsdienst keine.

32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet der Bevölkerung Hilfe und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug stellt den Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die damit verbundene Bewährungshilfe und die soziale Betreuung sicher. Im Bereich Militär und Bevölkerungsschutz sind die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr für den Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei ausserordentlichen Lagen und Katastrophen sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts zuständig. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Schaffung eines kantonalen Bedrohungsmanagements	Ausgeführte Aktivitäten: – Operativer Betrieb des Bedrohungsmanagements Kommentar: Die rechtlichen Grundlagen folgen mit dem neuen PolG.
VISION 2025: Gemeinsame Polizei-Einsatzleitzentrale mit den Kantonen Luzern und Nidwalden; Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen und Umsetzung im Rahmen der Projektplanung	Ausgeführte Aktivitäten: – Projekt in Arbeit – Inbetriebnahme gem. Projektplan 2032/33 möglich (Neubau in Rothenburg erforderlich) Kommentar: Die Rahmen- und Achsenverträge werden erst 2028 vorliegen, weil die Grundlagenenerarbeitung aufwändiger als erwartet ist (Planung bisher 2026).
Schrittweise Anpassung der polizeilichen Ressourcen und Strukturen, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Anforderungen an die interkantonale Zusammenarbeit abzudecken	Ausgeführte Aktivitäten: – Besetzung offene Stellen primär mit Anwärtern – Intensivierung der Personalwerbung Kommentar: Die Wirkung neuer Stellen tritt nach rund 2,5 Jahren ein (Personalgewinnung und Ausbildung), die Fluktuation ist gestiegen.
Anpassung der Zivilschutzorganisation an aktuelle und kommende Anforderungen und Aufgaben	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorliegen des Fähigkeitsprofils des Zivilschutzes – Anpassung des Organigramms an die aktuell tiefen Bestände

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	Kommentar: Der Mannschaftsbestand und damit die Leistungsfähigkeit liegen nach Ablauf der Übergangsfrist bei 3/5 des Sollbestands.
Stärkung der polizeilichen Prävention als Gegenstrategie zu hohen Kriminalfallzahlen	Ausgeführte Aktivitäten: – keine Kommentar: Grund ist die unverändert hohe Auslastung mit den Strafverfahren resp. der hohe Pendenzenstand.
Erarbeitung Schutzraumstrategie für Schutzbauten im Kanton	Ausgeführte Aktivitäten: – Anpassung des Bestands der Schutzanlagen von zehn auf acht und Bestätigung vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz – technische Erneuerung der privaten Schutzräume – laufende Aufhebung der Schutzräume erster Generation ohne elektrifizierte Lüftungen sofern dies die Schutzplatzzuweisung im jeweiligen Beurteilungskreis zulässt. Kommentar: Die periodische Schutzraumkontrolle ist alle zehn Jahre vorzunehmen. In den letzten zehn Jahren wurden drei Einwohnergemeinden kontrolliert.

3205 Polizeikorps

Betrieb der Einsatzleitzentrale

Die Kantonspolizei betreibt mit der Einsatzleitzentrale (ELZ) die kantonale Alarm- und Notrufzentrale. Die Mitarbeitenden der ELZ bearbeiten rund um die Uhr eingehende Notrufe und Alarmer und koordinieren die erforderlichen Aufgebote von Polizeipatrouillen oder weiteren Einsatzkräften wie Feuerwehr und Rettungsdienst.

In der ELZ gehen die Notrufe 112, 117 und 118 ein. Rund 300 Brand-, Einbruch- oder Überfallalarmer werden von den jeweiligen Alarmanlagen bzw. privaten Alarmzentralen direkt elektronisch an die ELZ übermittelt. Jährlich verzeichnet die ELZ etwa 25 000 eingehende Anrufe, von denen rund 5 000 Notrufe sind. Im Rahmen des Notrufüberlaufs werden zudem rund 170 Notrufe aus den Kantonen Schwyz, Zug und Nidwalden entgegengenommen. Die Notrufe nahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Die ELZ selbst tätigt wiederum ungefähr 13 000 ausgehende Anrufe.

Die Disponentinnen und Disponenten der ELZ koordinieren jedes Jahr etwa 5 000 Einsätze. Sie führen den Einsatz, bis die Einsatzkräfte vor Ort eintreffen und übernehmen.

Entwicklung im Strassenverkehr

In den letzten zehn Jahren ist der Fahrzeugbestand in Obwalden auf über 34 000 angestiegen. Trotz laufender Zunahme von Fahrzeugen verschiedener Kategorien und mehr gefahrenen Kilometern stagnieren die Verkehrsunfallzahlen im Strassenverkehr auf rund 220 jährlich. Dies lässt den Schluss zu, dass die Verkehrssicherheit im Kanton objektiv steigt. Neue Mobilitätsformen wie die E-Mobilität, Trendfahrzeuge

in der Art von E-Trottinets, E-Scooter, usw. treten auf öffentlichen Verkehrsflächen immer mehr in Erscheinung. Diese Neuerungen und der Wandel der Gesellschaft mit zunehmend differenzierten Erwartungshaltungen an die verschiedenen Verkehrsträger erhöhen das Konfliktpotential unter den Verkehrsteilnehmenden. Der Bund sieht vor diese neuen Mobilitätsformen stärker zu regulieren.

Delikte der digitalen Kriminalität fordern die Kantonspolizei immer mehr

Delikte im digitalen Raum, sogenannte „Cyberdelikte“ sind stark angestiegen. Dieser landläufige Begriff setzt sich aus der eigentlichen „Cyberkriminalität“ – Straftaten, welche sich spezifisch gegen Computersysteme oder Datenverarbeitungsanlagen richten – und der sogenannten „digitalen Kriminalität“ – Straftaten, welche sich der digitalen Systeme nur als Medium bedienen – zusammen. Unter Cyberkriminalität sind bspw. das „Hacking“, „Datenbeschädigung“ usw. zu verstehen. Dagegen umfasst die „digitale Kriminalität“ vorwiegend Delikte mit einer Betrugs- und/oder Erpressungskomponente. Während die „digitale Kriminalität“ grundsätzlich alle Polizistinnen und Polizisten bearbeiten, werden für die Behandlung von Straftaten der „Cyberkriminalität“ Spezialistinnen und Spezialisten benötigt. Digitalen Daten auf den verschiedensten Geräten und Datenträgern kommt dabei eine immer grössere Bedeutung zu. Beispielsweise gehört die Datensuche und -sicherung ab gängigen Mobiltelefonen praktisch zum Tagesgeschäft der Polizei. Regelmässig müssen grosse Datenmengen nicht nur gesichert, sondern auch aufwändig ausgewertet werden.

Zusammen haben diese Straftaten im Kanton Obwalden in den letzten vier Jahren (2020–2024) um 133 Prozent zugenommen. Über die gesamte Schweiz macht die Zunahme sogar 144 Prozent aus. Dabei handelt es sich beim grössten Teil dieser Delikte um digitale Kriminalität. Basierend auf den Entwicklungen der letzten Jahre muss aus heutiger Sicht auch künftig von einem starken Anstieg dieser Kriminalität ausgegangen werden. Einerseits wird der digitale Raum und insbesondere der entsprechende „Marktplatz“ weiterhin immer wichtiger, andererseits werden Delikte im digitalen Raum durch die Nutzung von Künstlicher Intelligenz für die Täterschaft stark erleichtert. So sind beispielsweise betrügerische E-Mails oder Webseiten immer schwerer zu erkennen. Diese Entwicklungen fordern letztlich nicht nur die Polizei. Hinter jedem Delikt stehen stets auch Opfer, welche neben dem finanziellen oftmals auch einen grossen emotionalen Schaden erleiden. Entsprechend ist eine hohe Sensibilisierung der Bevölkerung, insbesondere Jugendlicher und älterer Menschen, zur Schadensminderung von entscheidender Bedeutung. Zur allgemeinen Warnung der Bevölkerung und bezüglich aktueller Phänomene setzt die Kantonspolizei primär auf Produkte der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP). Ein Phänomen das stark zugenommen hat ist der Online-Anlagebetrug. In Zeiten allgemein unsicherer Wirtschafts- und Börsenlage ist es schwierig geworden, erworbenes Vermögen zu sichern, geschweige denn zu vermehren. Viele Anleger/innen suchen deshalb verstärkt nach stabilen (z. B. Gold, Immobilien) und neuartigen Anlageformen, die auch in Krisenzeiten hohe Rendite versprechen (z. B. Kryptowährungen). Diese Situation wird gerne von Kriminellen ausgenutzt, die sich als progressive Finanzdienstleister ausgeben und verunsicherte Kleinanleger zu Investitionen verleiten, bei denen sie nichts gewinnen, aber alles verlieren können. Insgesamt verloren die Opfer in Obwalden im Berichtsjahr fast 400'000.- Schweizer Franken. Pro 10'000 Einwohner verzeichnet kein anderer Kanton so viele Betroffene wie der Kanton Obwalden mit 15 Fällen.

3250 Zivilschutz

Bestandesrückgang

Seit dem 1. Januar 2021 gilt in der Schweiz für den Zivilschutz eine Schutzdienstpflicht von 14 Schutzdienstjahren. Die Kantone konnten in der Folge von einer Übergangsfrist von fünf Jahren Gebrauch machen, so auch der Kanton Obwalden. Mit deren Auslaufen Ende 2025 mussten rund 200 Zivilschutzangehörige aus der Dienstpflicht entlassen werden, was zu einem Effektivbestand der Zivilschutzorganisation Obwalden (ZSO OW) von noch rund 270 Angehörigen führte (Sollbestand 483). Dies beeinflusst unmittelbar die Leistungsfähigkeit und die Durchhaltefähigkeit der ZSO OW. Aus der Rekrutierung wurden dem Kanton 2025 nur neun angehende Zivilschützer zugewiesen.

Auf nationaler Ebene zeigt sich ein ähnliches Problem, wobei nicht alle Kantone gleichermassen betroffen sind. Bei einem kumulierten Sollbestand über alle Kantone von 72 000 Zivilschutzangehörigen betrug der Ist-Bestand am 1. Januar 2025 lediglich 57 000 Zivilschutzangehörige. Die jährlichen Rekrutierungszahlen für den Zivilschutz bleiben zudem rückläufig, da die Armee in Folge vieler Abgänge an den

Zivildienst offensiver rekrutiert. Mit der Einbindung der Zivildienstleistenden in die Zivilschutzorganisationen wird vom Bund versucht die Lücken teilweise zu schliessen. Auch die Förderung der Attraktivität für Frauen, welche freiwillig Zivilschutz leisten können, ist durch den Bund in Vorbereitung.

3251 und 3252 Schadenwehr und Feuerwehrrasse

Schutzziele und Risikobeurteilung

In Umsetzung der Feuerwehrrassekonzeption 2030 erarbeitete das Feuerwehrrasseinspektorat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Feuerwehrrassekommandos über den ganzen Kanton eine Rasterkarte auf dem Geoinformationssystem GIS mit den entsprechenden, örtlichen Risikobeurteilungen. Bezogen auf die vorgegebenen Schutzziele mit einer Interventionszeit der Feuerwehrrasse von 15 Minuten in Gebieten mit geringen bis mittleren Risiken und zehn Minuten bei mittleren bis hohen Risiken können nun die Einsatzvorbereitungen gezielt weiter optimiert werden. Die Risikobeurteilung selbst gilt es nun laufend zu aktualisieren.

3255 Militär (Kreiskommando)

Orientierungsveranstaltung

Die jährliche *Orientierungsveranstaltung* des Kantons für junge Erwachsene fand im Mai wiederum an fünf Tagen im bisherigen Rahmen in Alpnach, Truppenunterkunft Chilcherli statt. Zusätzlich wurden an zwei Abenden je ein Abendinformationsanlass ausschliesslich für Frauen angeboten. Das Kreiskommando konnte dabei insgesamt elf Frauen über ihre Möglichkeiten informieren. Von diesen elf Frauen haben sich bereits drei entschlossen, die militärische Laufbahn einzuschlagen und werden demnächst die Rekrutenschule absolvieren.

Entlassung aus der Militärdienstpflicht

Am 24. November 2025 fand im Zentrum für Bevölkerungsschutz in Oberdorf (Kanton Nidwalden) die Abrüstung der Armeeangehörigen aus den Kantonen Obwalden und Nidwalden statt. Die Rückgabe der Ausrüstung führte das Armeelogistikcenter Othmarsingen vor Ort durch.

Das Kreiskommando durfte dabei am Vormittag 72 Armeeangehörige aus der Militärdienstpflicht entlassen und zehn Durchdiener abrüsten. Insgesamt 23 Armeeangehörige machten den Eigentumsanspruch auf die persönliche Waffe geltend.

3270 Straf- und Massnahmenvollzug

Im Verlaufe des Jahres 2025 wurden 272 Fälle (Vorjahr: 245) erledigt, 456 Fälle (Vorjahr: 407) sind im nächsten Jahr weiter in Bearbeitung. Die Übersicht zeigt auf, in welche Straforten und Massnahmen sich die Vollzugsfälle des Jahres 2025 aufgliederten.

	Fälle per Ende 2024	Eingänge 2025	Erledigt 2025	Fälle per Ende 2025
Strafen/Massnahmen (exkl. Ersatzfreiheitsstrafen)	13	7	5	15
davon Falleingänge mit Bedarf Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS), Risikoabklärung (RA)				
Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug	0	4	0	4
Bewährungsdienst	2	2	0	4
davon Falleingänge mit Bedarf ROS, RA				
Gemeinnützige Arbeit	9	10	17	2
Ersatzfreiheitsstrafen (EFS)	383	296	250	429

	Fälle per Ende 2024	Eingänge 2025	Erledigt 2025	Fälle per Ende 2025
Electronic Monitoring (EM)	0	1	1	0
Ersatzmassnahmen	0	1	0	1
Strafen der Militärjustiz	0	0	0	0
Total	407	321	273	455

Im Jahre 2025 haben/hat:

- 25 Personen insgesamt 463 Vollzugstage in ausserkantonalen Gefängnissen/Strafanstalten verbüsst (Vorjahr: 18 Personen / 870 Vollzugstage).
- 1 Person insgesamt 80 Vollzugstage Electronic Monitoring verbüsst (Vorjahr: 1 Person / 50 Vollzugstage).
- 17 Personen insgesamt 129 Vollzugstage im Gefängnis Sarnen verbüsst (Vorjahr: 15 Personen / 65 Vollzugstage).
- 2 Personen insgesamt 671 Tage in einer Massnahmeninstitution verbracht (Vorjahr: 2 Personen / 589 Vollzugstage).
- 11 Personen insgesamt 440 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet (Vorjahr: 9 Personen / 372 Stunden).

3271 Bewährungsdienst

Der Bewährungsdienst gewährleistet die von Staatsanwaltschaft, Gericht oder Straf- und Massnahmenvollzug angeordnete Bewährungshilfe nach Art. 93 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0). Er initiiert und überwacht die angeordneten ambulanten Massnahmen und Weisungen. Mit der Bewährungshilfe sollen die betreuten Personen vor Rückfälligkeit bewahrt und sozial integriert werden. Überdies muss für die Dauer des Strafverfahrens und des Strafvollzugs eine soziale Betreuung nach Art. 96 StGB sichergestellt werden, die freiwillig in Anspruch genommen werden kann.

	Fälle per Ende 2024	Eingänge 2025	Erledigt 2025	Fälle per Ende 2025
Bewährungshilfe	2	2	0	4
Soziale Betreuung	0	0	0	0
Total	2	2	0	4

3272 Gefängnis Sarnen

	Personen 2024	Personen 2025	Tage 2024	Tage 2025
Untersuchungshaft	54	40	1 181	918
Strafvollzug	26	32	140	197
Polizeiliche Anhaltung und Festnahme	25	28	39	47
Ausländerrechtliche Haft	8	11	26	32
Total	113	111	1 386	1 194

Im Rahmen der platzbedingten Möglichkeiten werden im Gefängnis Sarnen auch Personen von ausser-kantonalen Einweisungsbehörden inhaftiert.

35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe. Gegenüber den Einwohnergemeinden ist das Sozialamt Aufsichts- und Beschwerdeinstanz im Bereich der Sozialhilfe. Es führt eine eigene Beratungsstelle für die Opferhilfe und ist zuständig für das Heimwesen. Das Sozialamt hat für die Behinderten- und Betagtenberatung Leistungsvereinbarungen mit spezialisierten Institutionen abgeschlossen. Die Abteilung Soziale Dienste Asyl (SDA) ist für die Koordination, Unterbringung, Betreuung, Sprachkurse und berufliche Integration für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge zuständig. Die im Sozialamt integrierte Fachstelle Gesellschaftsfragen (FGF) ist zuständig für die Gesundheits-, Kinder-, Jugend- und Familienförderung sowie Integration. Die integrierten Beratungsstellen sind in den Bereichen Jugend-, Familie-, Sucht- und Opferberatung zuständig.

Zum Sozialamt gehört die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die als unabhängige kantonale Fachbehörde für gesetzliche Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich für Personen mit Wohnsitz im Kanton zuständig ist. Zudem ist die KESB in den Bereichen Adoption, Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Handlungsfähigkeitszeugnis, Regelung bewegungseinschränkender Massnahmen, fürsorgerische Unterbringung und bei medizinischen Behandlungen ohne Zustimmung zuständig.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Umsetzung kantonaues Integrationsprogramms (KIP 3): Ausbau im Bereich Sprachförderung und Kinder im Vorschulalter	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung des Projekts „Copilot“ (Begleitung Übergang in Schule) – vermehrte Unterstützung Sprachkurse bis Niveau B2 – Öffnung der Sprachkurse SDA für Klientinnen und Klienten des Ausländerbereichs – Vorbereitung des Projekts Kita Integration mit Start 2026 Kommentar: Die Angebote der Frühen Kindheit und Sprachförderung konnten durch die neuen Fachperson Frühe Kindheit/Integration breiter bekannt gemacht werden. Die Vernetzung mit den Spielgruppen und Kitas zeigte sich als besonders wertvoll.
Optimierung Vereinbarung von Familie und Beruf: Verbesserung der Qualität, Wahlmöglichkeiten des Betreuungsmodells und des Betreuungsortes, Kita plus sowie Prüfung Erhöhung Betreuungsbeiträge (Gesetzesrevision)	Ausgeführte Aktivitäten: – Totalrevision Ausführungsbestimmungen – Auftrag für die Gesetzesrevision in Vorbereitung Kommentar: In erster Priorität wurden die Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung überprüft und angepasst. In der Folge wird die gesetzliche Grundlage optimiert.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Strategie „Frühe Kindheit“: - Prüfung, Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen in den Handlungsfeldern „Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure“ und „Früherkennung von belasteten Familien“ - Umsetzung Angebot für Eltern von 0-2 Jährigen; Prüfung Handlungsbedarf beim Übertritt vom Vorschulalter in den Kindergarten	Ausgeführte Aktivitäten: – Teilnahme an kommunalen Vernetzungstreffen Frühe Kindheit – Etablierung der aufsuchenden Familienarbeit (Kinder 0-5) durch die Mütter- und Väterberatung – Programm GUSTAF – interaktives Schema Kindeswohl für Fachpersonen in Erarbeitung. – Start Projekt Copilot: Begleitung Übertritt Vorschulalter/Kindergarten Kommentar: Aus Ressourcengründen wurden die Schwerpunkte im Bereich Vernetzung und Kindeswohl gesetzt.
Neuausrichtung Behindertenwesen (Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen in Obwalden [WAMB])	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung der Grundlagen zur Strategie für eine inklusive Gesellschaft – Einbringen von Fach- und Erfahrungswissen von Menschen mit Behinderungen, Angehörige, Anbietende von Fachleistungen und staatliche Stellen in einem partizipativen Verfahren Kommentar: Die Strategie definiert die Ausrichtung der Behindertenpolitik der nächsten Jahre.
Start des Pilotprojekts im Rahmen Umsetzung Optimierung Behindertenwesen Kanton Obwalden individuelle Begleitung Bewohnende Stiftung Rütimattli für eigenständiges Wohnen	Ausgeführte Aktivitäten: – erfolgreicher Start des Pilotprojekts „Wohnen zu Hause – ambulante Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen“ Kommentar: Das neue Angebot erhöht die Selbstbestimmung im Bereich Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Obwalden.
Nachtrag zur Verordnung über Leistungsangebote im Bereich der Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (Kostenteiler Wohn- und Tagesstrukturen)	Ausgeführte Aktivitäten: – Wurde zurückgestellt Kommentar: Aufgrund einer übergeordneten Herangehensweise bezüglich des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden zurückgestellt.

3500 Amtsleitung

Die familienergänzende Kinderbetreuung wird gestärkt

Die familienergänzende Kinderbetreuung und insbesondere deren Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren unter anderem aufgrund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen

gewandelt. Die Analyse zeigte, dass die Strukturen der Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen durch die gesetzlich niedrigen Normkosten gefährdet sind und dass der Kreis der anspruchsberechtigten Familien eher klein ist. Der Mittelstand wird zu wenig berücksichtigt, was die Attraktivität des Kantons Obwalden als Wirtschafts- und Lebensraum schmälern kann.

Mit der Anpassung der Ausführungsbestimmungen über die Beiträge in der familienergänzenden Kinderbetreuung per 1. Januar 2026 misst der Kanton der familienergänzenden Kinderbetreuung für Kinder im Vorschulalter mehr Gewicht bei und verbessert die finanzielle Tragbarkeit der externen Kinderbetreuung für Familien. Dadurch können künftig mehr Haushalte vom Sozialtarif profitieren. Auch bisher begünstigte Familien werden stärker von den Betreuungskosten entlastet. Der Strukturerhalt der Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen ist gewährleistet. Der Kanton und die Gemeinden investieren dafür zusätzlich rund 0,6 Millionen Franken, wobei der Anteil des Kantons 40 Prozent und jener der Gemeinden 60 Prozent ausmacht. Damit wird ein wichtiger Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel geleistet und neben der Förderung von Familien auch eine Chancengleichheit für beide Geschlechter geschaffen.

Investitionen in die familienergänzende Kinderbetreuung zahlen sich langfristig mehrfach aus. Sie führen zu höheren Steuereinnahmen, tieferen Sozialhilfekosten und einer besseren Nutzung des Arbeitskräftepotentials.

Gemeinsames Engagement für eine inklusive Gesellschaft

Gute Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Obwalden nützen allen. Deshalb erarbeitet der Kanton Obwalden eine Strategie und bekennt sich zur konsequenten Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Dieses Strategiepapier für eine inklusive Gesellschaft soll die Grundlage für das weitere Vorgehen in Obwalden sein. Für die künftige Ausrichtung der Obwaldner Politik im Bereich Menschen mit Behinderungen soll eine handlungsleitende Strategie entstehen, die klare Schwerpunkte und Zuständigkeiten festlegt.

An zwei Workshops im Februar und Mai 2025 haben jeweils über 50 Personen engagiert an der Ausgestaltung der Strategie für eine inklusive Gesellschaft mitgearbeitet. Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung und soziale Teilhabe erhalten. Dazu wurde angeregt diskutiert, unter anderem zu Themen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Zugänglichkeit, selbstbestimmte Lebensgestaltung und Gesundheit. Es wurde deutlich, dass alle Lebensbereiche für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechte eine bedeutende Rolle spielen. Um die Umsetzung der Behindertenrechte in Obwalden voranzubringen, braucht es dazu eine umfassende und zukunftsgerichtete Politik, die von verschiedensten Stellen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene mitgetragen wird. Die Workshopteilnehmenden brachten ihr Wissen und ihre Erfahrungen ein und haben zu den verschiedenen Themenfeldern Prioritäten gesetzt, Zuständigkeiten besprochen und an konkreten Massnahmen gearbeitet. Die Ergebnisse aus den beiden Mitwirkungsworkshops wurden in Zusammenarbeit mit einer Steuergruppe zu einer ausformulierten Strategie verarbeitet.

3510 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Zunahme der Massnahmen

Im Kanton standen im Jahr 2025 insgesamt 194 Kinder (Vorjahr: 181) und 327 Erwachsene (Vorjahr: 317) unter einer Massnahme der KESB. Es gingen 143 Gefährdungsmeldungen (Vorjahr: 142) zur Prüfung von Massnahmen für Kinder und Erwachsene ein. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von rund sieben Prozent im Kinderschutz sowie gut drei Prozent im Erwachsenenschutz. Die Zahl der Gefährdungsmeldungen blieb mit 143 Meldungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine deutliche Abnahme bei den bei der KESB hinterlegten Vorsorgeaufträgen zu verzeichnen. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 45 Vorsorgeaufträge (Vorjahr: 88) hinterlegt. Im Jahr 2025 konnten 606 Verfahren (Vorjahr: 559) abgeschlossen werden, was einer Zunahme von rund acht Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Per 31. Dezember 2025 waren 132 Verfahren (Vorjahr: 139) offen.

Insgesamt zeigt die Entwicklung der Fallzahlen, dass die KESB auch im Jahr 2025 einen wichtigen Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung der Bevölkerung des Kantons Obwalden leisten konnte.

	Offen per 31.12.2024	2025 eröffnet	2025 erledigt	Offen per 31.12.2025
Prüfung Errichtung einer Massnahme	62	143	148	57
Prüfung Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung	2	10	12	0
Anträge um Entbindung von den Rechenschaftspflichten nach Art. 420 ZGB	0	1	1	0
Prüfung Aufhebung einer Massnahme	7	28	29	6
Verfahren innerhalb laufender Massnahme	24	115	111	28
Übernahme/Übertragung einer Massnahme	9	20	21	8
Elterliche Sorge, Persönlicher Verkehr, Unterhalt, Vaterschaft und dergleichen	24	103	106	21
Hinterlegung Vorsorgeauftrag	0	45	45	0
Erstellung von Handlungsfähigkeitszeugnis	0	66	66	0
Diverse Verfahren	11	68	67	12
Total	139	599	606	132

Aufsichtsbesuch

Im Jahr 2025 wurde die KESB im Rahmen des Aufsichtsbesuchs durch das kantonale Sozialamt überprüft. Dabei wurden insbesondere die Organisation, die Verfahrensabläufe sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben überprüft. Der Aufsichtsbesuch bestätigte, dass die KESB ihre Aufgaben strukturiert, effizient und rechtskonform wahrnimmt.

Personelle Ressourcen

Angesichts der anhaltend hohen Fallzahlen sowie der zunehmenden Komplexität und Internationalität der Verfahren bewilligte der Kantonsrat im Rahmen des Budgets 2026 eine Aufstockung der personellen Ressourcen im Rechtsdienst der KESB um 50 Stellenprozente. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um die gesetzlichen Aufgaben der KESB auch künftig fachlich fundiert, effizient und termingerecht sowie im Interesse der Bevölkerung des Kantons Obwalden wahrnehmen zu können.

3520 Fachstelle Gesellschaftsfragen

Integration von zugewanderten Personen (EU/EFTA- und Drittstaaten)

Das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) wurde im Jahr 2025 erfolgreich weiterentwickelt. Durch die Projektförderung wurden sieben verschiedene Projekte unterstützt, darunter die Ausstellung „Frieden“ im Museum Bruder Klaus und fremdsprachige Rundgänge für Jugendliche aus Obwalden an der Zentralschweizer Bildungsmesse (ZEBI) in Luzern. Das Beherrschen der Landessprache ist ein zentraler Faktor für eine gelingende Integration: Die Beteiligung an den subventionierten Sprachkursen ist im Laufe des Jahres stark gestiegen. Bis November 2025 konnten bereits über 274 Kursteilnahmen subventioniert werden, was einem deutlichen Anstieg gegenüber den rund 230 Teilnahmen im Vorjahr 2024 entspricht.

Kantonales Aktionsprogramm Gesundheitsförderung (KAP) 2022–2025

Unter dem Namen „Obwaldä isch zwäg“ wurde das KAP auch 2025 erfolgreich weitergeführt. Bewährte Angebote zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen blieben bestehen, neue Projekte kamen hinzu. Im Rahmen der Zentralschweizer Kooperation mit den Kantonen Nidwalden, Uri, Schwyz und Luzern informierte Obwalden bereits zum fünften Mal an der Zentralschweizer Bildungsmesse (ZEBI) über psychische Gesundheit und Stressbewältigung – ein Öffentlichkeitsanlass mit grosser Resonanz. Erstmals fand 2025 zudem ein Zentralschweizer Fachsymposium zur Suizidprävention statt. Es vernetzte Fachpersonen aus Bildung, Gesundheit und Sozialwesen und förderte den Austausch zu wirksamen Präventionsstrategien. Die nationale Aktion „Wie geht’s dir?“, bei welcher die psychische Gesundheit im Zentrum steht, wurde in allen sieben Einwohnergemeinden erneut umgesetzt und stärkte die Sensibilisierung für mentale Gesundheit.

Kinder- und Jugendförderung und Jugendschutz

Zur Stärkung des Jugendschutzes wurden 2025 in allen Einwohnergemeinden erneut Alkohol- und Tabaktestkäufe durchgeführt. In 27 Prozent der insgesamt 92 Testkäufe wurde verbotenerweise Bier oder Wein (unter 16 Jahren), Spirituosen oder Tabakwaren (unter 18 Jahren) verkauft. Auch wenn die Verstossquote damit leicht unter dem Vorjahreswert von 33 Prozent liegt, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Damit die Zahl der Verstösse sinkt, finden in Engelberg und in Sarnen Jugendschutzschulungen statt. Sie sollen Verkaufspersonal sensibilisieren und praxisnah vermitteln, wie Jugendschutz im Alltag zuverlässig umgesetzt werden kann.

Parallel dazu laufen in der Kinder- und Jugendförderung die Planungsarbeiten für die kommenden Jahre. Das Jugend- und Kulturzentrum Obwalden ist, nach einem gelungenen Umbau durch das Hochbauamt, im September mit einem vielseitigen, lebendigen Herbstprogramm wieder gestartet.

Umsetzung der Strategie Frühe Kindheit

Das Projekt GUSTAF – guter Start ins Familienleben – wurde wieder aufgenommen. Im Rahmen des Projekts wird eine interaktive Entscheidungshilfe Kindeswohl entwickelt. Dieses Instrument unterstützt Fachpersonen in vielseitiger Hinsicht, indem es ermöglicht Belastungen und Ressourcen in Familien frühzeitig zu erkennen und bei Bedarf geeignete Unterstützungsangebote einzuleiten. Zudem befähigt das Instrument Fachpersonen bei akuten Kindeswohlgefährdungen angemessen zu handeln. Die Implementierung der Entscheidungshilfe ist für das Jahr 2026 geplant. Das kommende kantonale Netzwerktreffen Frühe Kindheit 2026 wird sich ebenfalls dem Thema Kindeswohl widmen.

Beratung Jugend, Familie und Sucht, Opferberatung

Die Anzahl der Klientinnen und Klienten in den Beratungsbereichen Jugend, Sucht und Opferberatung bewegt sich im Jahr 2025 grossmehrheitlich im langjährigen Durchschnitt. Im Bereich der Erziehungsberatung kam es im Jahr 2024 zu einem Ausreisser nach oben. Mit dem aktuellen Rückgang bewegten sich die Werte 2025 wieder auf dem Niveau der vergangenen Jahre. Die Jugendberatungen sind weiterhin stark geprägt von Themen der psychischen Gesundheit sowie von Belastungen im Zusammenhang mit Ausbildung und beruflicher Orientierung.

Jugend-Familienberatung	Anzahl Klientinnen und Klienten		
	2023	2024	2025
Jugendberatung	48	62	50
Scheidung / Trennung	62	64	62
Erziehungsberatung	30	80	30
Total	140	206	142

Suchtberatung

Anzahl Klientinnen und Klienten

	2023	2024	2025
Alkohol	38	40	34
Tabak			
Essstörungen			
Spielsucht	1		1
Cannabis	4	3	3
Kokain	5	7	4
Andere illegale Drogen	2	2	2
Substitution	45	44	39
Total	95	96	83

Opferberatung	Anzahl Klientinnen und Klienten		
	2023	2024	2025
Häusliche Gewalt	20	20	20
Sexuelle Nötigung Vergewaltigung	20	18	18
Körperverletzung	8	12	8
Raub			
Menschenhandel			
Fürsorgerische Unterbringung vor 1981			
Andere Straftaten StGB		4	
Verkehrsunfall	4	4	4
Total	52	58	50

3530 Soziale Dienste Asyl (SDA)

Im Kanton wurden per 31. Dezember 2025 folgende Personen des Asylbereichs registriert:

	2022	2023	2024	2025
Wohnhaft in SDA-Unterkünften	43	61	89	115
Wohnhaft in selbst gemieteten Unterkünften	91	92	93	71
Total	134	153	182	186

Im Asylbereich war die Erwerbstätigkeit folgendermassen verteilt:

Personen mit Erwerbstätigkeit	2022	2023	2024	2025
Erwerbstätige	24	30	32	34
Ohne Arbeitsrecht (inkl. Kinder)	73	69	77	85
Erwerbsfähige ohne Arbeit	37	54	73	67
Total	134	153	182	186

Die Verteilung nach Aufenthaltsstatus sah am 31. Dezember 2025 folgendermassen aus:

Asylsuchende (N)	8
Vorläufig Aufgenommene (F)	65
Flüchtlinge (B)/(F)	113
Total	186

Per Ende 2025 waren gegenüber dem Vorjahr vier Personen mehr in der Zuständigkeit des Kantons, was nur einer leichten Zunahme entspricht. Die Akquirierung von Wohnraum gestaltet sich aufgrund des ausgetrockneten Wohnungsmarkts als schwierig. Die wichtigsten Herkunftsländer waren auch im Jahr 2025 Afghanistan und die Türkei.

	IST Personen	SOLL (optimale Verteilung)	Differenz Personen
Alpnach	18	31	-13
Engelberg	1	21	-20
Giswil	29	16	13
Lungern	15	10	5
Kerns	34	31	3
Sachsln	18	25	-7
Sarnen	71	52	19
Total	186	186	0

3531 Soziale Dienste Asyl Schutzstatus S (Schutzbedürftige aus der Ukraine)

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind folgende Anzahl Schutzbedürftige mit Schutzstatus S aus der Ukraine im Kanton registriert (jeweils per Ende Jahr):

	2023	2024	2025
Wohnhaft in Gastfamilien / Wohnungen	126	141	129
Wohnhaft in der KU Hotel Krone Giswil	105	89	109
Total	231	230	238

Arbeitsmarktintegration

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen mit zunehmendem Sprachniveau und das Modell von Job Coaches bewährt sich. Die Ressourcen aller arbeitsmarktfähigen Personen werden systematisch erfasst, Bewerbungsdossiers erstellt und Kontakte zu Arbeitgebenden vermittelt. Der Kanton weist im Vergleich zu anderen Kantonen eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsquote auf. 53,9 Prozent bei den Vorläufig Aufgenommenen (CH: 44,9 Prozent), sowie 45,4 Prozent bei den anerkannten Flüchtlingen (CH: 40,1 Prozent). Bei den Personen mit Schutzstatus S sind es 60 Prozent, was schweizweit die zweithöchste Erwerbsquote darstellt (CH: 35,8 Prozent).

36 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft eröffnet und führt die Strafuntersuchung gegen Erwachsene und Jugendliche bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann sie beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Gegenüber der Polizei ist die Staatsanwaltschaft weisungsbefugt und es steht ihr das Aufsichtsrecht zu. Im Rahmen der Strafuntersuchung ordnet die Staatsanwaltschaft Zwangsmassnahmen an bzw. beantragt solche beim Zwangsmassnahmengericht. Die Staatsanwaltschaft nimmt sämtliche einzelrichterlichen Befugnisse in Strafsachen (Strafbefehl bzw. Einstellung, Nichtanhandnahme, Sistierung sowie Wiederaufnahme des Verfahrens) wahr, sie erhebt Anklage und vertritt diese vor allen Gerichtsinstanzen. Einstellungsverfügungen, Sistierungsverfügungen, Nichtanhandnahmeverfügungen sowie Strafbefehle betreffend Verbrechen und Vergehen bedürfen der Genehmigung der Oberstaatsanwältin oder des Oberstaatsanwalts. Im Weiteren obliegen der Staatsanwaltschaft die Erledigung nationaler und internationaler Rechtshilfebegehren, das Leisten von Pikettdienst sowie die Pflichten der kantonalen Strafregisterbehörde. Zur Staatsanwaltschaft gehört die Jugendanwaltschaft. Sie führt die Strafuntersuchung gegen Jugendliche, die zwischen dem 10. und dem 18. Altersjahr eine Straftat begangen haben. Zusätzlich obliegt ihr der Vollzug sämtlicher Jugendstrafen und jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen, die für Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton angeordnet worden sind.

Zudem arbeiten in der Staatsanwaltschaft die a. o. Staatsanwältin und der a. o. Staatsanwalt für Wirtschaftsdelikte, die gemeinsam mit den Kantonen Nidwalden und Uri beschäftigt werden.

3600 Staatsanwaltschaft

	2024 Anzahl Beschuldigte	2025 Anzahl Beschuldigte
Übertrag Vorjahr	880	862
Eingang	3 331	3 517
Erledigt	3 349	3 511
Übertrag auf Folgejahr	862	868

Im Jahr 2025 nahmen die Falleingänge im Vergleich zum Vorjahr wiederum zu. Die Falleingänge stiegen gegenüber dem Vorjahr von 3 331 auf 3 517. Ein Anstieg der Fälle ist schwergewichtig bei den gerichtlichen Verboten sowie den Strafbefehlen nach erfolglosem Ordnungsbussenverfahren zu verzeichnen. Einen Anstieg konnte auch bei den Körperverletzungsdelikten, bei häuslicher Gewalt, Drohungen und Betrugsfällen verzeichnet werden. Die Anzahl erledigte Fälle konnte auf 3 511 gesteigert werden (Vorjahr: 3 349)

Wirtschaftsdelikte

Zahlen nach Fallkomplexen / nach Verfahren

	2024	2025
Übertrag Vorjahr	3	4
Eingang	1	3
Erledigt	0	0
Übertrag auf Folgejahr	4	7

Im Berichtsjahr wurde durch die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte ein Arbeitsaufwand im Umfang von 14,55 Prozent für den Kanton (Vorjahr: 13,40 Prozent) erbracht. Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte wird gemeinsam durch die Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri in Stans geführt

3620 Jugendanwaltschaft

	2024	2025
Übertrag Vorjahr	16	18
Eingang	132	111
Erledigt	130	109
Übertrag auf Folgejahr	18	20

Bei der Jugendanwaltschaft gingen im Jahr 2025 111 Fälle ein (Vorjahr: 132). Erledigt werden konnten 109 Fälle (Vorjahr: 130). Die Fallzahlen sind dadurch leicht gesunken, jedoch handelt es sich um komplexe Fälle, was sich auch auf die Anzahl erledigter Fälle auswirkt.

38 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt zudem für die Gesundheitserziehung der Bevölkerung und stellt die Vollzugsarbeiten des Laboratoriums der Urkantone bezüglich der Bereiche Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik sicher.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Erarbeitung und Umsetzung übergeordnete kantonale Gesundheitsstrategie	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung von Workshops mit betroffenen Leistungserbringenden und mit den Einwohnergemeinden – Erarbeitung der kantonalen Gesundheitsstrategie zusammen mit der Projektgruppe Kommentar: Die übergeordnete kantonale Gesundheitsstrategie wird dem Kantonsrat im Herbst 2026 zur Kenntnisnahme unterbreitet.
Erarbeitung und Umsetzung Versorgungstrategie im Akutbereich (Spitalverbund)	Ausgeführte Aktivitäten: – Spitalgesetz seit dem 1. Januar 2026 in Kraft – Unterzeichnung der Grundlagen für den Spitalverbund (insbesondere Aktionärbindungsvertrag, Aktienkaufvertrag) Kommentar: Die Arbeiten für die Verselbständigung des Kantonsspitals als Aktiengesellschaft und für die Übernahme der Aktienmehrheit durch die LUKS-Gruppe sind durch das Finanzdepartement in Vorbereitung.
Umsetzung Pflegeinitiative (1. Teil, Ausbildungsoffensive)	Ausgeführte Aktivitäten: – Auszahlung der Beiträge an die Betriebe – laufende Gesuchsbearbeitung der Studierenden Pflege HF und anschliessende Auszahlung der Unterstützungsbeiträge – Reporting 2024 und Gesucheingabe 2026 an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Kommentar: Die Umsetzung der Pflegeinitiative 1. Teil ist auf Kurs.

Personelles

Auf Beschluss des Regierungsrates ist der Schulgesundheitsdienst per 1. Januar 2025 vom Amt für Volks- und Mittelschulen zurück in das Gesundheitsamt integriert worden. Ausschlaggebend waren Synergien mit Themen rund um die Volksgesundheit, wie bspw. das Impfwesen oder der Pandemieplan, die von der zuständigen Fachperson bearbeitet werden. Per 30. Juni 2025 wurde eine langjährige Mitarbeiterin pensioniert, die zuletzt als Programmleiterin KAP ältere Menschen und für spezialisierte Alters-themen eingesetzt wurde. Ihre Nachfolge konnte nahtlos sichergestellt werden. Ebenfalls per Mitte Jahr hatte der Kantonsarzt gekündigt. Als Nachfolgelösung wurde der gemeinsamen kantonsärztlichen Dienst Uri / Nidwalden / Obwalden (KAD UNO) geschaffen.

Gemeinsamer Kantonsärztlicher Dienst Uri/Nidwalden/Obwalden (KAD UNO)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr einer Verwaltungsvereinbarung der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden betreffend die Zusammenarbeit im kantonsärztlichen Bereich (KAD UNO) zugestimmt. Ab Mitte 2025 konnten die Stelleninserate für die Rekrutierung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte publiziert und die Stellen im Umfang von 100 Prozent durch zwei Arztpersonen erfolgreich besetzt werden. Die operative Umsetzung von KAD UNO wurde per 1. Januar 2026 festgelegt.

Kantonsapothekerin

Im Jahr 2025 wurden neun Betriebsinspektionen in unterschiedlichen Betrieben durchgeführt (Arzt, Zahnarzt, Altersheim und Kosmetikstudio). Bei dieser Aufsichtstätigkeit wurde das Qualitätssicherungssystem, die Hygiene sowie der Umgang mit Medizinprodukten kontrolliert. Speziell wurde in diesem Jahr die Einhaltung der Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG) in Kosmetikstudios beurteilt.

Versorgungsstrategie im Akutbereich

In Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement wurden im Berichtsjahr die Arbeiten an der Versorgungsstrategie im Akutbereich und am Projekt „KLUG“ für die Verbundlösung zwischen dem Kantonsspital und der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS Gruppe) weitergeführt. Die Grundlagen für den Spitalverbund (insbesondere Aktionärsbindungsvertrag, Aktienkaufvertrag) liegen vor und sind von allen Parteien unterzeichnet. In der Volksabstimmung vom 30. November 2025 nahm die Obwaldner Bevölkerung das Spitalgesetz mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 90 Prozent an. Die Grundlagen für die Ver selbstständigung des Kantonsspitals als Aktiengesellschaft und für die Übernahme der Aktienmehrheit durch die LUKS-Gruppe sind gegeben.

Gesundheitsstrategie

Im Januar 2025 hat der Regierungsrat das SSD beauftragt, eine umfassende Gesundheitsstrategie zu erarbeiten. Mit dieser Strategie ist sicherzustellen, dass die Obwaldner Bevölkerung auch in Zukunft auf eine qualitativ gute und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung zählen und möglichst gesund, selbstständig und beschwerdefrei leben kann. Die Gesundheitsstrategie dient als Orientierung für den Kanton, die Einwohnergemeinden und die Leistungserbringenden und gibt den Rahmen für die Definition, Erarbeitung und Umsetzung künftiger Massnahmen vor.

Die Gesundheitsstrategie wurde partizipativ mit Leistungserbringenden und Einwohnergemeinden erarbeitet. Im zweiten und dritten Quartal des Berichtsjahres wurden fünf Workshops mit insgesamt 32 Personen aus Organisationen und Institutionen im Gesundheitsbereich durchgeführt. Zusätzlich fand ein Workshop mit der Interkommunalen Gesundheitskommission (IKGK) der Einwohnergemeinden statt. Zusammen mit der Projektgruppe, welche aus je einer Vertretung der Leistungserbringenden, der Einwohnergemeinden und des Kantons zusammengesetzt ist, wurden die aus den Workshops zusammengetragenen Inputs gebündelt und in eine Strategie überführt.

Die erarbeitete Strategie konnte noch vor Weihnachten den Leistungserbringenden und Einwohnergemeinden zur schriftlichen Anhörung vorgelegt werden. Die Anhörung dauert bis am 1. März 2026.

Spitalmitfinanzierung

Der Kanton Obwalden ist gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) verpflichtet, sich finanziell an der Vergütung von stationären Leistungen in Listenspitälern zu beteiligen.

Diese Verpflichtung trägt dazu bei, die Versorgung für die Kantonsbevölkerung sicherzustellen und die Prämien tief zu halten. Der kantonale Finanzierungsanteil bei stationären Spitalrechnungen für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons beträgt gemäss den kantonalen Ausführungsbestimmungen (GDB 851.311) 55 Prozent des Rechnungsbetrags.

Im Jahr 2025 wurden durch das Gesundheitsamt rund 6 600 (Vorjahr: 7 000) stationäre Rechnungen aus Spitälern, Rehakliniken und Psychiatrien geprüft und freigegeben. Die Überprüfung der Spitalrechnungen erfolgt in einem ersten Schritt automatisiert mit einem Prüfalgorithmus, der in einem spezialisierten Software-System hinterlegt ist. In einem zweiten Schritt müssen die vom System beanstandeten Rechnungen manuell weiterbearbeitet werden. Beanstandungsgründe sind beispielsweise falsche Tarife, kein Wohnsitz im Kanton Obwalden oder wenn stationär statt ambulant behandelt und abgerechnet wird.

Tarifwesen

Art. 46 KVG schreibt vor, dass Tarifverträge der Genehmigung der zuständigen Kantonsregierung bedürfen. Bei Fehlen eines Tarifvertrages kann der Regierungsrat gemäss Art. 47 KVG nach Anhören der Beteiligten den Tarif festsetzen (Abs. 1) oder den bestehenden Vertrag um ein Jahr verlängern (Abs. 3). Genehmigungs- und Festsetzungsverfahren sind mit einem nicht unerheblichen Zeitaufwand verbunden, weil der Preisüberwacher anzuhören ist und dessen Empfehlung den Tarifpartnern zur Stellungnahme vorzulegen ist. Um die Abrechnung und damit einhergehend die Liquidität sicherzustellen, kann der Regierungsrat als vorsorgliche Massnahme provisorische Tarife anordnen. Diese gelten, bis sie durch einen rechtskräftig genehmigten oder festgesetzten Tarif abgelöst werden. Im Berichtsjahr sind dem Regierungsrat insgesamt 16 Anträge zur Tariffestsetzung, Tarifgenehmigung, Tarifverlängerung oder für die Anordnung eines provisorischen Tarifs eingereicht worden. Diese verteilen sich je hälftig auf den stationären und auf den ambulanten Bereich.

Bewilligungswesen Gesundheitsberufe und -betriebe

Im Jahr 2025 wurden durch das Gesundheitsamt insgesamt 117 Berufsausübungsbewilligungen (Vorjahr: 83) und 17 Betriebsbewilligungen (Vorjahr: 13) im Gesundheitsbereich erteilt. Zum Bewilligungswesen gehören auch die obligatorischen Krankenpflegeversicherungs-Zulassungen (OKP-Zulassungen), die seit dem Jahr 2022 im Zuständigkeitsbereich der Kantone liegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl dieser Gesuche von 31 auf 60 fast verdoppelt. Dies hauptsächlich aufgrund der Gesuche von Spitexorganisationen mit pflegenden Angehörigen. Die folgende Grafik zeigt für den Zeitraum 2020 bis 2025 einen deutlichen Zuwachs der bearbeiteten Bewilligungen und OKP-Zulassungen:

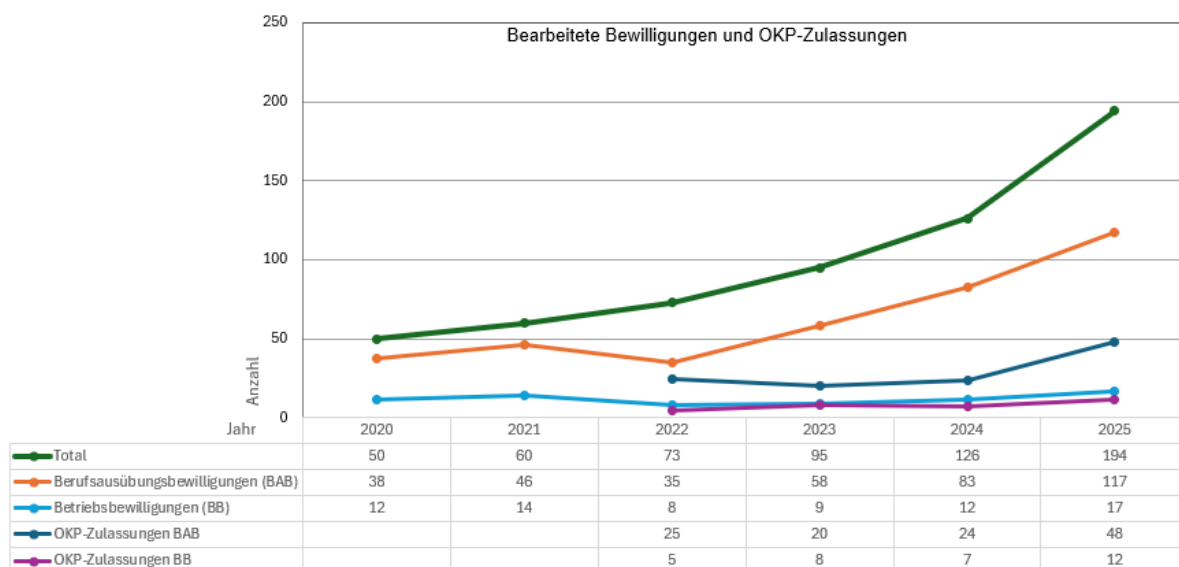


Abbildung 1: Bearbeitete Bewilligungen und OKP-Zulassungen 2020-2025

Umsetzung Pflegeinitiative

Die Umsetzung des per 1. Juli 2024 in Kraft getretenen Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verlief im Jahr 2025 ohne Zwischenfälle. Bei der ersten

Etappe der Pflegeinitiative handelt es sich um eine Ausbildungsinitiative, um den steigenden Bedarf an Pflegefachkräften zu decken. Betriebe im Bereich der Pflege, Studierende der Pflege Höhere Fachschule (HF) und Fachhochschule (FH) sowie die höhere Fachschule XUND erhalten finanzielle Beiträge von Bund und Kanton.

Im Berichtsjahr hat der Kanton 18 Studierenden der Pflege HF oder FH Unterstützungsbeiträge ausbezahlt. Für die Ausbildungsleistungen der Betriebe konnten fünf Institutionen berücksichtigt werden: Das Kantonsspital, in der Psychiatrie Sarnen, drei Pflegeheime und die Spitex Obwalden. Zusätzlich zur Ausschüttung von Unterstützungs- und Ausbildungsbeiträgen werden die Betriebe im Bereich der Pflege verpflichtet, eine angemessene Anzahl von Pflegefachpersonen auf Stufe HF und FH auszubilden. Im Berichtsjahr wurden die beiden Spitäler, neun Spitex-Organisationen und der Ausbildungsverbund „grOWcare“ zur Ausbildung von insgesamt 46,2 Vollzeitstellen verpflichtet, jedoch können nicht alle Ausbildungsstellen geleistet werden. „grOWcare“ ist ein Zusammenschluss der Obwaldner Alters- und Pflegeheime im Bereich Bildung, der am 1. Januar 2025 entstanden ist.

Praxisassistenzen / ärztliche Weiterbildung

Mit dem Praxisassistentenprogramm beteiligt sich der Kanton mit bis zu 50 Prozent an den Lohnkosten von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten, die ihre Weiterbildung zum Facharzt/-ärztin Allgemeine Innere Medizin sowie Kinder- und Jugendmedizin in der Praxis einer vom SIWF anerkannten Lehrpraktikerin oder eines Lehrpraktikers absolvieren. Es handelt sich dabei um eine Massnahme der Nachwuchsförderung im Bereich der ambulanten ärztlichen Grundversorgung und soll Ärztinnen und Ärzte dazu befähigen und motivieren, nach Erlangung des Facharzt/-ärztinstitels einer Praxistätigkeit auf Kantonsgebiet nachzugehen. Der Kanton leistet so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Grundversorgung und zur Sicherung von Praxisnachfolgern.

Im Berichtsjahr wurde die maximale Mitfinanzierung von fünf Praxisassistentinnen und Praxisassistenten ausgeschöpft. Diese absolvierten ihre Weiterbildung verteilt auf vier anerkannten Lehrpraxen im Kanton. Insgesamt stehen auf Kantonsgebiet zehn Lehrpraxen zur Verfügung, die über die vom SIWF geforderten Qualifikationen zur Ausbildung von künftigen Hausärztinnen und Hausärzten oder Kinderärztinnen und Kinderärzten verfügen. Neben dem Praxisassistentenprogramm finanziert der Kanton die Weiterbildung zum Facharzt/-ärztinstitel im Kantonsspital, in der Psychiatrie Sarnen, und beteiligt sich mit gut einer halben Million Franken am nationalen Ausgleichsfonds der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) im Rahmen der Weiterbildungsfinanzierung der GDK.

Junges Ärztenetzwerk Obwalden (OWmed)

Mit OWmed werden Medizinstudierende aus dem Kanton Obwalden untereinander und mit praktizierenden Ärztinnen und Ärzten im Kanton sowie Leistungserbringern vernetzt. Ziel ist es, den angehenden Medizinalpersonen aufzuzeigen, dass im Kanton interessante Verdienst- und Karriereöglichkeiten bestehen und sie zu einer beruflichen Laufbahn im Kanton Obwalden zu motivieren. Es handelt sich dabei um eine von verschiedenen Massnahmen, um die ambulante ärztliche Versorgung auf Kantonsgebiet auch in Zukunft sicherzustellen.

Das erste Netzwerktreffen von OWmed hat am 23. Mai 2025 im Kantonsspital stattgefunden. Insgesamt nahmen sechs Medizinstudierende und vier Arztpersonen teil. Nach den Sommerferien wurden die neuen Medizinstudierenden per Brief angeschrieben und zum Netzwerk eingeladen. Fünf Studierende haben sich anschliessend für das Netzwerk angemeldet. Mittlerweile zählt das Netzwerk 13 Mitglieder. Vor Weihnachten wurde das erste Mailing an die Netzwerkmitglieder und unterstützenden Arztpersonen verschickt. Mit dem Mailing wurde der Link zur neu erstellten Website versendet (Obwalden - OWmed - junges Ärztenetzwerk Obwalden). Das Mailing wird künftig einmal jährlich verschickt.

Hausarztpraxis am Kantonsspital

Die geplante Hausarztpraxis am Kantonsspital ist ein wesentlicher Baustein, um die hausärztliche Versorgung im Sarneraatal zu entlasten. Es ist davon auszugehen, dass sich Synergien zwischen dem Spitalbetrieb und der Hausarztpraxis ergeben, und dass die Rekrutierung von ärztlichem und nichtärztlichem Personal für das Kantonsspital als Betreiberin der Praxis einfacher ist, als wenn diese losgelöst von Spitalstrukturen geführt wird. In der Motion vom 20. März 2025 betreffend „Massnahmen gegen den Hausärztemangel und zur Sicherung der ambulanten Notfallversorgung im Kanton Obwalden“, die vom

Kantonsrat am 27. Juni 2025 einstimmig angenommen wurde, wird der Regierungsrat unter anderem beauftragt, die ambulante Notfallversorgung durch Auftrag an das Kantonsspital zu zentralisieren.

Anstelle der aktuell vorliegenden Machbarkeitsstudie mit einem Neubau für die Hausarztpraxis auf dem Spitalgelände (Aufstockung) wurde nach preisgünstigeren Alternativen innerhalb der bestehenden Räumlichkeiten gesucht. Im dritten Quartal des Berichtsjahres hat das Kantonsspital ein Konzept für die Übernahme der ambulanten Notfalldienste und für den Aufbau und Betrieb einer Hausarztpraxis eingereicht. Gestützt auf dieses Konzept wurde das Kantonsspital beauftragt, die Detailplanung bis Mitte März 2026 vorzulegen.

Kantonales Aktionsprogramm zur Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen

Die Umsetzung der nationalen Strategie zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (NCD-Strategie) erfolgt im Kanton durch das kantonale Aktionsprogramm (KAP) in den Bereichen Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit. Das Programm wird fachlich und finanziell durch Gesundheitsförderung Schweiz begleitet. Im Berichtsjahr wurde das erste KAP für die Lebensphase Alter nach vierjähriger erfolgreicher Umsetzung abgeschlossen. Parallel dazu lag ein zentraler Schwerpunkt auf der Detailplanung des neuen KAP für die Implementierungsphase 2026–2029.

Ein besonderer Fokus galt der Netzwerkarbeit zur Einbindung aller relevanten Akteurinnen und Akteure. Die Planung der neuen Programmphase wurde insgesamt 38 Personen der Begleitgruppe vorgestellt, die teilweise bereits im Planungsworkshop 2024 mitgewirkt hatten. Zur Stärkung der Programmmzusammenarbeit fanden mehrere Netzwerktreffen mit Einwohnergemeinden und Organisationen statt. Im Zentrum standen der Austausch über laufende Arbeiten sowie die Nutzung von Synergien für die kommende Programmphase. Neue Formate und Projekte wurden gemeinsam mit der Begleitgruppe geprüft. Zudem wurde der Kontakt zu neuen Partnern wie Bergbahnen, Industriebetrieben, Coiffeuren sowie Arztpraxen aufgenommen oder intensiviert; auch die Zusammenarbeit mit der Spitex wurde weiter ausgebaut.

Ein Höhepunkt des Berichtsjahres war die öffentliche Ausstellung „Altersbilder“, die vom 29. März bis 5. April 2025 im Spritzenhaus in Sarnen stattfand und auch medial Beachtung fand. Die Ausstellung thematisierte die Wahrnehmung des Alter(n)s und älterer Menschen in der Gesellschaft.

Die beiden Kantonalen Aktionsprogramme der Lebensphasen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und ältere Menschen werden unter dem Namen „Obwaldä isch zwäg“ zusammengefasst und sollen durch gezieltes Auftreten zu einem gesünderen und „zwägeren“ Obwalden beitragen. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung erfolgten im Berichtsjahr mehrere Auftritte im Rahmen von „Obwaldä isch zwäg“ (Pop-up, „Miär machid Platz“, Frühlingsfest Generationentreff).

Spezialisierte Altersthemen, insbesondere LV ALZ OW/NW und Anschluss Palliativ Luzern

Im Berichtsjahr wurde die Leistungsvereinbarung mit Alzheimer OW/NW angepasst. Hintergrund ist die demografische Entwicklung mit einer zunehmenden Zahl von Menschen mit einer Demenzerkrankung sowie der damit verbundene Anstieg von Beratungen und deren zunehmende Komplexität.

Die Umsetzung der Bundesstrategie Palliative Care wurde im Kanton Obwalden bereits ab 2013 aufgebaut. Eine externe Evaluation durch die Hochschule Luzern-Wirtschaft empfahl die Weiterführung von Sensibilisierung und Vernetzung sowie ein systematisches Monitoring, getragen durch eine koordinierende Trägerschaft. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen wurde im Geschäftsjahr eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Verein Palliativ Luzern vertieft geprüft und weiterverfolgt. In mehreren Gesprächen zeigte Palliativ Luzern Interesse an einer Kooperation und unterbreitete dem Kanton Obwalden eine Offerte mit verschiedenen Optionen. Diese wurde im Berichtsjahr konkretisiert und angepasst. Ab dem 1. Januar 2026 übernimmt Palliativ Luzern den Betrieb einer Geschäftsstelle als Informations- und Koordinationsdrehscheibe für Palliative Care im Kanton Obwalden sowie den Aufbau und die Weiterentwicklung eines kantonalen Palliative-Care-Netzwerks.

Vorsorgeuntersuchungen

Im Berichtsjahr wurde mit einer Auslegeordnung die Grundlage für die mögliche Einführung kantonaler Krebsvorsorgeprogramme geschaffen. Dabei wurden die beiden in der Schweiz etablierten Vorsorgeprogramme für Brust- und Darmkrebs vertieft geprüft und erste Priorisierungen diskutiert. Auf dieser Basis

wäre zunächst die Einführung eines systematischen Darmkrebsvorsorgeprogramms vorgesehen gewesen.

Aufgrund der eingereichten Motion der SP zur Einführung eines systematischen Brustkrebsvorsorgeprogramms, erfolgen die nächsten Schritte unter Berücksichtigung der politischen Diskussion.

Entlastung ärztlicher Notfalldienst / Inkonvenienzentschädigung Hintergrunddienst

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr den Vereinbarungen mit OW~cura und der Ärzteschaft Engelberg betreffend die Inkonvenienzentschädigung für den ambulanten Notfalldienst der praktizierenden Ärzte und Ärztinnen des Sarneraats und Engelbergs zugestimmt. Da die Ärzteschaft in Engelberg den lokalen Notfalldienst aus geografischen Gründen selbst organisiert, mussten zwei Vereinbarungen abgeschlossen werden. Die Entschädigung geht auf die Motion „Massnahmen gegen den Hausärztemangel und zur Sicherung der ambulanten Notfallversorgung im Kanton Obwalden“ zurück, die vom Kantonsrat in der Sitzung vom 27. Juni 2025 einstimmig angenommen wurde. Die Vereinbarung gilt ab 1. Januar 2026. Entschädigt wird die Vorhalteleistung einer Arztperson im Rahmen des Notfalldienstes an einen Ereignisort im Sarneraatal oder in Engelberg auszurücken. Die geleisteten Einsätze werden mit den Tarifpositionen von TARMED respektive ab 1. Januar 2026 TARDOC von den Sozialversicherern bezahlt.

Schulgesundheitsdienst

Seit dem 1. Januar 2025 ist der Schulgesundheitsdienst wieder dem Gesundheitsamt angegliedert. Im Berichtsjahr führte der Dienst Elternbefragungen im Kindergarten und in der 5. Klasse sowie eine Online-Befragung in der 8. Klasse durch. Die Befragungen behandelten zentrale Aspekte der körperlichen und psychischen Gesundheit sowie das Essverhalten der Kinder und Jugendlichen.

Die statistischen Auswertungen zu den Befragungen wurden vom Schulgesundheitsdienst erstellt. Erstmals wurden die Berichte allen Ärztinnen und Ärzten im Kanton zur Verfügung gestellt, um eine gezielte gesundheitliche Betreuung zu unterstützen. Die Ergebnisse der Befragung in der 8. Klasse haben zusätzlich alle Schulleitungen erhalten. Von diesen Berichten können die Schulen gezielt Massnahmen zur Gesundheitsförderung ableiten.

Darüber hinaus beteiligte sich der Schulgesundheitsdienst am Body-Mass-Index-Monitoring sowie am Impfmonitoring, um die Gesundheitsentwicklung langfristig zu beobachten und präventive Strategien zu fördern.

Schulgesundheitsfachperson (School Health Nurse)

Die Schulgesundheitsfachperson führte im Berichtsjahr umfassende Hörscreenings bei 378 Kindergartenkindern und 395 Schülerinnen und Schülern der 5. Klasse durch. Zudem fanden 21 Beratungsgespräche mit Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse (Kantonsschule Obwalden und Stiftschule Engelberg) statt.

Lehrpersonen und Eltern wurden bei gesundheitlichen Fragestellungen beratend unterstützt, wodurch eine gezielte Prävention und Förderung der Schülersgesundheit gewährleistet wurde. Die Visuskontrollen im Kindergarten konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Care Team Obwalden

Das Jahr 2025 war für das Care Team Obwalden insgesamt ruhig. Das Team wurde für acht Einsätze aufgerufen, bei denen die Betreuungszeit vor Ort im Durchschnitt drei Stunden betragen hat. Im Anschluss an jedes Ereignis erfolgte eine strukturierte Nachbetreuung. Gemäss dem Prozess wurde innerhalb der ersten Woche mit den Betroffenen telefonischen Kontakt aufgenommen, um offene Fragen zu klären. Im Rahmen der Qualitätssicherung hat die fachliche Leitung nach einem Monat erneut mit den Betroffenen Kontakt aufgenommen und bei Bedarf eine Triage eingeleitet.

4.4 Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2024	2025
Departementssekretariat	4.15	3.65
Volkswirtschaftsamt	14.10	14.50
Amt für Arbeit	6.60 ¹	7.30 ²
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	13.25 ³	13.25 ⁴
Insgesamt	38.10	38.70

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Amt für Arbeit: Zusätzlich 0.1 Vollzeitstellen für Abteilung Migration im Zusammenhang mit Ukraine, befristet bis 31. Dezember 2024.

²Amt für Arbeit: Zusätzlich 0.3 Vollzeitstellen für Abteilung Migration im Zusammenhang mit Ukraine, befristet bis 31. Dezember 2026.

³Amt für Landwirtschaft und Umwelt: Zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen Wissenschaftlicher Mitarbeiter Umwelt, befristet bis 30. September 2026, 0.4 Vollzeitstellen Sachbearbeiterin Umwelt, befristet bis 31. Juli 2024 und 0.2 Vollzeitstellen Sekretariat Umwelt, befristet bis 30. Juni 2028.

⁴Amt für Landwirtschaft und Umwelt: Zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen Wissenschaftlicher Mitarbeiter Umwelt, befristet bis 31. Dezember 2025, 0.4 Vollzeitstellen Landwirtschaftliche Grundstückschätzung, befristet bis 14. April 2027 und 0.2 Vollzeitstellen Sekretariat Umwelt, befristet bis 30. Juni 2028.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Gesundheitsstrategie

1.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Der Vollzug der Individuellen Prämienvverbilligungen (IPV) wird auf die Ausgleichskasse IV-Stelle Obwalden übertragen.	erreicht
	Die gesetzlichen und prozessualen Anpassungen aus dem Wirkungsbericht über die IPV sind umgesetzt.	erreicht

Raumentwicklung

2.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Landwirtschaftliche Verordnungspaket (Massnahmen 2025) ist in der Umsetzung.	erreicht
	Die Standorte mit Verdacht auf eine Belastung mit PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) werden ermittelt.	nicht erreicht: Das Vorhaben wurde auf 2026 verschoben.
	Die Vorgehensweise für die Umsetzung der Ausscheidung der Gewässerräume ausserhalb von Bauzonen ist bestimmt.	erreicht

Wirtschaft, Bildung und Forschung

3.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Aufgaben der OT AG sind mit ihr zusammen und wo sachgerecht, mit den Gemeinden bzw. mit den touristischen Leistungsträgern, überprüft und weiterentwickelt (Transformationsprozess 2024+).	erreicht
4.2.1	Nachhaltiges Ressourcenmanagement	
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	EKK 2035: Die Massnahmen Landwirtschaft LF 1-3 sind umgesetzt.	erreicht
	Ausführungsbestimmungen zum Geoinformationsgesetz (AB kGeolG; GDB 131.511) sind überprüft und die Anhänge 1 und 2 sind aktualisiert.	teilweise erreicht: Die Arbeiten starteten 2025 und werden 2026 beendet.
	Die Voraussetzungen für die Umsetzung des neuen Geodatenmodells der AV (DMAV) sind erarbeitet.	erreicht

Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2025	Stand der Umsetzung
Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz	in Kraft: 1. April 2026
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz	in Kraft: 18. Dezember 2025 / 1. Juni 2026
Revision zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	in Arbeit: Behandlung im Kantonsrat im Juni 2026.
Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	in Arbeit: Vernehmlassung und Verabschiedung im Kantonsrat 2026.
Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, Submissionsgesetz	in Arbeit: Vernehmlassung und Verabschiedung im Kantonsrat 2026.
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz samt Interkantonalen Vereinbarung für LAM-Stelle (Logistikstelle für arbeitsmarktliche Massnahmen)	in Arbeit: Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden.

40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeiten des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen innerhalb der Verwaltung wahr und ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Zusätzlich ist es die verwaltungsinterne Ansprechstelle für die Ausgleichskasse Obwalden und die IV-Stelle sowie für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses über einen Kredit für das Kantonsmarketing im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2021 bis 2025 mit der Standort Promotion in Obwalden (iOW). Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2026 bis 2030.	Ausgeführte Aktivitäten: – Auszahlung der bewilligten Beiträge – Kantonsratsbeschluss über einen Kredit für das Kantonsmarketing 2026 bis 2029 Kommentar: Die Leistungsvereinbarung 2026 bis 2029 wurde durch das Finanzdepartement erneuert.
Umsetzung Handlungsempfehlungen Wirkungsbericht zur Individuellen Prämienverbilligung (IPV); Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (KVG); Übertragung Vollzug IPV an die Ausgleichskasse	Ausgeführte Aktivitäten: – Verabschiedung der Gesetzesanpassungen – Intensive Testarbeiten für das neue Vollzugssystem – Übertragung Vollzug IPV an die Ausgleichskasse Obwalden per 15. Oktober 2025 Kommentar: Das Referendum verzögerte die Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz auf den 1. April 2026 Die Übertragung der IPV auf das neue Vollzugssystem erfolgte termin- und budgetgerecht.
Evaluierung und Umsetzung Konzept Grundbuchaufsicht im Kanton Obwalden	Ausgeführte Aktivitäten: – Anfragen an andere Kantone zur Übernahme von Aufgaben der Grundbuchaufsicht – Entwurf Aufsichtskonzept inkl. Risikoanalyse Kommentar: Nach einer Absage eines Kantons in der ersten Jahreshälfte konnten in der zweiten Jahreshälfte vielversprechende Gespräche mit einem anderen Kanton geführt werden.

Nachtrag zur Verordnung über das Verwaltungsgerichtsverfahren (Anpassung Gebühren Verfahren Sozialversicherungsrecht)	Ausgeführte Aktivitäten: – Keine
	Kommentar: Aufgrund fehlender personeller Ressourcen zurückgestellt.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Volkswirtschaftsdepartement)

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	3	13
Übertrag vom Vorjahr	1	3
Neueingänge Geschäftsjahr	2	10
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	0	2
– Gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		1
– abgewiesen		1
– nicht eingetreten		
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	0	6
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	3	5

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Volkswirtschaftsdepartements

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	6	6
Übertrag vom Vorjahr	1	2
Neueingänge Geschäftsjahr	5	4
Erledigt durch Entscheid des Departements:	2	3
– gutgeheissen		1
– teilweise gutgeheissen		1
– abgewiesen		
– nicht eingetreten	2	1

	2024	2025
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	2	3
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	2	0

Vernehmlassungen

Neben den Stellungnahmen, die durch den Regierungsrat erfolgen, reichen die Departemente Stellungnahmen direkt an die betreffenden Bundesstellen ein. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen mit geringer politischer Relevanz und um sogenannte technische Geschäfte. Das Volkswirtschaftsdepartement erarbeitete im Berichtsjahr 25 Stellungnahmen. Hinzu kamen neun Umfragen von Direktorenkonferenzen oder der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im Hinblick auf deren Stellungnahmen an den Bund.

4000 Departementsdienste

Einen Schwerpunkt bildete 2025 die Analyse des Vertragspakets der Schweiz mit der EU. Das Departementssekretariat bereitete dazu mehrere Stellungnahmen sowie die Beantwortung einer Interpellation vor. Ein weiterer Fokus bildete die Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, damit die vom Bund geforderte Modernisierung der Aufsicht im Bereich der AHV im Kanton Obwalden umgesetzt werden kann. Schliesslich verlangte die personelle, organisatorische und systemmässige Übertragung des Vollzugs der Prämienverbilligung an die Ausgleichskasse eine erhöhte Steuerungs- und Führungsaufmerksamkeit.

4002 Wirtschaftsförderung

Obwalden Dialog – verbindet Politik + Wirtschaft

Das Volkswirtschaftsdepartement nimmt die Organisation und Durchführung des „Obwalden Dialogs“ im Sinne der öffentlichen Wirtschaftsförderung im Auftrag des Regierungsrats wahr. Am 25. Juni 2025 fand die elfte Ausgabe des Netzwerkanlasses unter dem Titel „Handelsbeziehungen gestern – heute – morgen?“ statt. Das Podiumsgespräch unter Einbezug der 85 Gäste beleuchtete die Herausforderungen für Obwaldner Unternehmen angesichts der im April 2025 verhängten US-Zölle.

4013 Prämienverbilligung (IPV)

Überführung des IPV-Vollzugs zur Ausgleichskasse Obwalden

Nach einer intensiven Testphase und ausgiebigen Vorbereitungsarbeiten konnte der IPV-Vollzug per 15. Oktober 2025 erfolgreich der Ausgleichskasse Obwalden übertragen werden. Der Leiter der Fachstelle IPV sowie eine Mitarbeiterin wechselten mit ihren Pensen zur Ausgleichskasse. Die Neuprogrammierung des Vollzugssystems erfolgte termingerecht und innerhalb des vom Kantonsrat bewilligten Objektkredits.

Prämienverbilligung (IPV)

Für das Jahr 2025 wurden insgesamt 7 851 Anmelde- bzw. Antragsformulare versendet (Vorjahr 8 223). 6 709 Formulare wurden eingereicht, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von 286 Anträgen und einer Rücklaufquote von 85 Prozent (Vorjahr 85 Prozent) entspricht.

2025 wurden Prämienverbilligungen in der Höhe von Fr. 22 671 936.– ausbezahlt. Davon betrafen Fr. 21 159 371.– das Jahr 2025 und Fr. 1 512 535.– die Vorjahre. Aufgrund der noch nicht verfügbaren Anträge 2025 wurde ein Betrag von Fr. 2 800 000.– ins Jahr 2026 zurückgestellt.

Die IPV für 2025 hat somit mutmasslich Kosten in der Höhe von Fr. 23 959 371.– (Fr. 21 159 371.– zuzüglich Fr. 2 800 000.–). Gegenüber dem IPV-Budget 2025 (Fr. 27 371 413.–) resultierten somit Minderausgaben von Fr. 3 412 042.–. Grundlage für die Berechnung der Prämienverbilligung 2025 war in den meisten Fällen die definitive und rechtskräftige Steuerveranlagung 2023. Sofern ein Bezüger bzw. eine

Bezügerin der Prämienverbilligung 2024 seine/ihre Steuererklärung 2023 fristgerecht bis am 30. April 2024 einreichte, wurde seine/ihre Veranlagung durch die Steuerverwaltung bis spätestens am 31. Januar 2025 erledigt. Ausnahmen können sich bei komplexen steuerrechtlichen Fragen ergeben.

Per 15. Januar 2026 waren 698 eingereichte Anträge für das Anspruchsjahr 2025 pendent. Dies entspricht rund zehn Prozent der eingereichten Anträge. Bei gewissen Fällen muss auf die definitive und rechtskräftige Steuerveranlagung 2023 gewartet werden, bei anderen sind die Steuerfaktoren 2024 massgebend. Sobald der Anspruch ermittelt werden kann, erfolgt die Auszahlung an die Krankenversicherungen. Ein allfälliger Anspruch verfällt nicht.

Koordinationsstelle

Per 1. April 2025 wurde bei den Einwohnergemeinden und beim Kanton die neue Applikation der Ausgleichskasse Obwalden zur digitalen Bewirtschaftung von Betreibungen und Verlustscheinen im Zusammenhang mit ausstehenden Krankenversicherungsprämien eingeführt. Die Fachstelle IPV leistete im Rahmen der Projekteinführung sowie der digitalen Integration der Gemeindevertretungen einen erheblichen zusätzlichen Aufwand neben dem ordentlichen Tagesgeschäft.

Die das Jahr 2024 betreffenden Forderungen der Krankenversicherungen wurden im Jahr 2025 erstmals direkt durch die Ausgleichskasse Obwalden vergütet und den Einwohnergemeinden in Rechnung gestellt. Die entsprechenden Geldflüsse werden somit in der Buchhaltung der Ausgleichskasse verbucht und laufen nicht mehr über den Kanton.

41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt führt das Handelsregister und nimmt die übergeordneten Aufgaben der Stiftungsaufsicht wahr. Die Abteilung Grundbuch (mit der Aussenstelle Engelberg) ist für die Grundbuchführung zuständig. Die Abteilung Grundbuchbereinigung vollzieht die Bereinigung der dinglichen Rechte und erarbeitet damit die Grundlagen für die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs. Das Volkswirtschaftsamt ist zudem die Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller). Es koordiniert die Aufgaben der amtlichen Vermessung und des GIS Obwalden. Zudem setzt es die Neue Regionalpolitik (NRP) des Bundes um und ist für die regionale Wirtschaftspolitik, die Innovationsförderung sowie den Tourismus zuständig. Es ist Anlaufstelle für die Statistik, Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS) und die Fachstelle für das öffentliche Beschaffungswesen. Im Weiteren ist es für die Wohnbau- und Eigentumsförderung, die Registerharmonisierung und die wirtschaftliche Landesversorgung zuständig.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Nachfolgearbeiten der Covid-19-Krise (Härtefallprogramm: Controlling und Darlehensbewirtschaftung)	Ausgeführte Aktivitäten: – Kontrolle der gesetzlichen Auflagen, einzelfallweise Ergreifen von Sanktionen – Regelmässiges Reporting und Aktualisieren des Stands der vergebenen Darlehen/Solidarbürgschaften – Massnahmen im Inkassoverfahren – Regelmässiges Reporting an den Bund Kommentar: Die Aufgaben wurden fristgerecht wahrgenommen.
Umsetzung des neuen NRP-Umsetzungsprogramms 2024–2027	Ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung von sieben Projekten mit Mitteln der NRP im Jahr 2025; seit Beginn der Umsetzungsperiode 2024–2027 finanzielle Zusicherungen an insgesamt 22 Projekte – Vergabe von total Fr. 371 040.– à-fonds-perdu Beiträgen und Fr. 600 000.– Darlehen im Jahr 2025 Kommentar: Insgesamt sind 58 Prozent der für die NRP-Umsetzungsperiode 2024–2027 verfügbaren à-fonds-perdu Beiträge und sechs Prozent der NRP-Darlehen ausgeschöpft.
Weiterentwicklung Tourismus zusammen mit den touristischen Leistungspartnern und Gemeinden gestützt auf die Erkenntnisse der Massnahmen aus dem Wirkungsbericht zum Tourismusgesetz (Transformationsprozess 2024+)	Ausgeführte Aktivitäten: – Konsultation bei den Gemeinden – Runder Tisch mit den Gemeinden – Workshop mit Vertretern der Obwalden Tourismus AG

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Auftrag an den Verwaltungsrat der Obwalden Tourismus AG, die Strategie und weitere Handlungsfelder zu aktualisieren Kommentar: Der Regierungsrat erklärte die Prüfung der einzelnen Massnahmen bereits 2023 als erledigt. Seit 2024 steht die Weiterentwicklung im Tourismus im Fokus.
Umsetzung der Massnahmen der kantonalen Richtplanung 2019	Ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung einzelner touristischer Projekte mit Mitteln der NRP Kommentar: Die touristischen Intensivgebiete und insbesondere der sanfte Tourismus werden regelmässig mit NRP-Mitteln unterstützt.
Erarbeitung der kantonalen Rechtsgrundlagen für den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019) und Anpassung der kantonalen Erlasse inkl. Verabschiedung im Kantonsrat	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung des Gesetzesentwurfs und des erläuternden Berichts – Erarbeitung von Hilfsmaterialien (Synopsen) Kommentar: Die Verabschiedung im Kantonsrat ist für 2026 vorgesehen.
Überarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Geoinformationsgesetz (AB kGeolG; GDB 131.511) und Aktualisierung der Anhänge 1 und 2	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung der Grundlagen Kommentar: Die Arbeiten werden 2026 fortgeführt, in Abgleich mit den anstehenden Änderungen auf Ebene Bundesgesetz.
Erarbeitung der Voraussetzungen für die Umsetzung des neuen Geodatenmodells der AV (DMAV)	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausgangsanalyse und Umsetzungsplanung erstellt Kommentar: Die Pilotprojekte auf Bundesebene erfuhren Verzögerungen.

4100 Amtsleitung

Covid-19-Härtefallprogramm: Stand Verpflichtungskredit per Ende 2025

Der Zweck des Verpflichtungskredits wurde mit der Auszahlung der Härtefallhilfen erreicht. Der Regierungsrat genehmigte mit seinem Beschluss vom 21. Mai 2024 (Nr. 382) die Schlussabrechnung zum „Rahmenkredit 2021: Covid-19, Wirtschaftliche Massnahmen für Obwaldner Unternehmen zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie (Härtefallmassnahmen)“. Der Rahmenkredit von 24 Millionen Franken wurde bis auf 4,95 Millionen Franken ausgeschöpft.

Ein Teil der Covid-19-Finanzhilfen wurde als Bankdarlehen, abgesichert durch eine Solidarbürgschaft des Kantons, zugesprochen. Seit dem 1. Januar 2024 sind die Darlehen zu verzinsen (Zinssatz 2025: 1,5 Prozent). Die abgesicherten Covid-19-Darlehen haben eine Laufzeit von maximal zehn Jahren. Für die Kontrolle und Übersicht ist der Kanton verantwortlich. Über zwei Drittel der Darlehen sind zwischenzeitlich amortisiert. Aufgrund der Rückzahlungen reduziert sich das Total der im regulären Härtefallprogramm im Jahr 2021 zugesprochenen Beiträge von insgesamt Fr. 19 054 175.– (Anteil Bund und Kanton) laufend.

Das Volkswirtschaftsamt informiert zum Stand des Verpflichtungskredits und zu den realisierten Solidarbürgschaften seit 2024 bis zur vollständigen Amortisation sämtlicher Darlehen jeweils im Geschäftsbericht des Regierungsrats. Im Berichtsjahr wurden drei Solidarbürgschaften in Anspruch genommen. Die Forderungen werden jeweils im Konkursverfahren eingegeben. Aus einem Konkursverfahren im Jahr 2024 erfolgte eine Wiedereinbringung im Umfang von Fr. 15 000.–.

Stand Abrechnung Verpflichtungskredit per 31.12.2025 in Franken	Betrag in Franken
Kredit gemäss KRB vom 28. Januar 2021 bzw. 1. April 2021	24 000 000.–
Nicht ausgeschöpft	- 4 945 825.–
Total beanspruchte Mittel aus dem Kredit	19 054 175.–
Zurückbezahlte à-fonds-perdu-Beiträge	
2022–2024 zurückbezahlt: 130 700.– (Anteil Bund und Kanton) 2025 zurückbezahlt: 115 000.– (Anteil Bund und Kanton)	- 245 700.–
Nicht bezogene Darlehen	- 763 500.–
Amortisierte Darlehen (Anteil Bund und Gemeinden, inkl. realisierte Solidarbürgschaften)	
- bis 2024 amortisiert: 3 134 200.– 2025 amortisiert: 494 300.–	- 3 628 500.–
Darin enthalten 2025 realisierte Solidarbürgschaften: 212 000.– Wiedereinbringung aus Konkurs exkl. Betreuungskosten: 15 000.–	
Stand Verpflichtungskredit per 31. Dezember 2025	14 416 475.–
Stand Verpflichtungskredit Ende 2024	15 025 775.–
Stand Verpflichtungskredit Ende 2023	15 886 775.–

Covid-19-Härtefallprogramm: Kontrolle der Auflagen

Die Covid-19-Finanzhilfen waren zur Unterstützung der Betriebe und für deren langfristige Weiterführung gedacht. Das Bundesrecht sieht deshalb für jene Unternehmen, die Härtefallhilfen erhielten, ein Verbot der Dividenden- oder anderer Ausschüttung vor (sog. Einschränkung der Verwendung). Darunter fallen auch allfällige Gewinnverwendungen bei einer Liquidation des Betriebs. Anlässlich der Steuerveranlagung 2021 bis 2024/2025 werden alle Unternehmen, die Härtefallgelder erhielten, jeweils auf das Verwendungsverbot hin geprüft. Bei Auffälligkeiten klärt das Volkswirtschaftsamt den Sachverhalt ab. 2025 mussten zwei Unternehmen die erhaltenen Covid-19-Finanzhilfen in der Höhe von insgesamt Fr. 115 000.– infolge einer positiven Schlussbilanz bei Liquidation vollständig zurückzahlen.

Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland

Im Jahr 2025 wurden 13 Gesuche (Vorjahr zehn) bei der Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland eingereicht und erledigt. Die Kontingente wurden 2025 nicht ausgeschöpft. Deshalb konnten 19 Kontingente auf das Jahr 2026 übertragen werden.

Bewilligungsentscheide 2025

Einwohnergemeinde	Gesuche	Entscheid Bewilligungsbehörde
Sarnen	2	1 x Kauf Ferienwohnung 1 x Zustimmungsverfügung zur Löschung von Anmerkungen
Kerns	1	1 x Feststellungsverfügung
Lungern	1	1 x Kauf Ferienwohnung
Engelberg	9	4 x Kauf Ferienwohnungen 1 x Kauf Liegenschaft 1 x Erwerb aus Erbgang durch eine Stiftung 1 x Schenkung Ferienwohnung 1 x Feststellungsverfügung 1 x Feststellungsverfügung/Abschreibung infolge Rückzugs

Tourismus: Beschwerden Tourismusabgaben – keine Pendenzen

Im Berichtsjahr gingen neun Beschwerden ein, sechs davon an den Regierungsrat. Diese wurden zeitnah erledigt (vgl. dazu die Beschwerdestatistik bei Ziff. 40/Departementssekretariat).

Tourismus: Kontrolle der Leistungsvereinbarungen mit den Tourismusorganisationen

Die Leistungsvereinbarungen mit den Tourismusorganisationen sehen regelmässige Kontrollen und Gespräche vor. Die ordentliche Berichterstattung der Obwalden Tourismus AG (OT AG) gab zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. Die neue Homepage der OT AG stösst allgemein auf ein positives Echo.

Das Jahresgespräch mit der Engelberg-Titlis-Tourismus AG zeigte, dass die Vorgaben in der Leistungsvereinbarung 2024–2027 vollumfänglich erfüllt wurden. Zur Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG (LT AG): Die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus ist sinnvoll, aber auch herausfordernd. Die Marketingkampagnen unter der Federführung der LT AG sind zielführend. Hingegen ist die gemeinsame Produktentwicklung der LT AG zusammen mit den regionalen Tourismusorganisationen wegen der unterschiedlichen Interessen anspruchsvoll.

Tourismus: Ergebnis der Konsultation bei den Einwohnergemeinden

Eine Konsultation der Einwohnergemeinden vom November 2024 bis Januar 2025 ergab Folgendes:

- Die bisherige Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden soll beibehalten werden. Eine Verschiebung der Zuständigkeiten vom Kanton zurück zu den Einwohnergemeinden wird als nicht sinnvoll erachtet;
- eine einheitliche Haltung der Einwohnergemeinden ist nicht realistisch. Die touristische Ausgangslage und Bedürfnisse der Einwohnergemeinden im Sarneraatal sind zu unterschiedlich, um eine gemeinsame, konsolidierte Position zu erreichen;
- eine zentralisierte Lösung durch die OT AG gewährleistet eine koordinierte und einheitliche Umsetzung, die für den Erfolg des Tourismus im Sarneraatal essenziell ist;
- das Tourismusgesetz muss nicht angepasst werden.

Da es nicht zu einer Aufgabenverschiebung kommt, bleiben die im Tourismusgesetz definierten Zuständigkeiten so, wie sie sind. Es zeigt sich, dass die Tourismusstrategie, die Tourismusgesetzgebung und die Aufgabenteilung tragfähige Säulen für die Tourismusförderung im Kanton Obwalden bilden. Damit werden auch die Erkenntnisse der beiden Wirkungsberichte zum Tourismusgesetz von 2016 und 2021 (wiederum) bestätigt. Aus dem Überprüfungsprozess resultiert keine Revolution, sondern eine Adjustierung. Massgebend ist, sich auf das real- und finanzpolitisch Machbare zu konzentrieren.

Tourismus: Weiterentwicklung 2024+

Schwergewichtsthema in der neuen Leistungsvereinbarung 2024–2027 mit der OT AG ist deren Weiterentwicklung. Dazu findet eine Überprüfung der Aufgaben statt. Über die zentralen Erkenntnisse wird im Rahmen des Geschäftsberichts rapportiert.

2025 führte das Volkswirtschaftsdepartement einen Workshop mit Vertretern des Verwaltungsrats der OT AG und einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Einwohnergemeinden des Sarneraaltals durch. Der Austausch zum Thema Tourismus zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden wird von allen Parteien als wertvoll erachtet und wird beibehalten.

Der Fokus 2025 lag auf der Weiterentwicklung der OT AG, dies unter der Prämisse, dass die OT AG mit den vorhandenen Ressourcen das Beste herausholt und sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Der Kanton verfügt nicht über die finanziellen Mittel, um höhere Tourismusbeiträge auszurichten und kann auch keine Defizitgarantien abgeben. Die Erwartungen müssen damit realistisch bleiben. Aus dem Austausch mit dem Verwaltungsrat der OT AG und den Einwohnergemeinden resultierten keine neuen Strategieideen. Die OT AG beabsichtigt, ihr Tätigkeitsfeld in den Bereichen Event-, Projekt- und Produktmanagement zu erweitern, um ihren finanziellen Spielraum zu stärken. Das Vorhaben wird vom Volkswirtschaftsdepartement begleitet, damit eine Kontrolle der Kostenstellen sowie das Risikomanagement gewährleistet sind.

Der Weiterentwicklungsprozess wurde auch 2025 hauptsächlich vom Volkswirtschaftsdepartement vorangetrieben. Im Fokus stand die Klärung der Erwartungen des Kantons an die strategische Führung (Verwaltungsrat) der OT AG. In seiner Funktion als Aufsicht über die OT AG beauftragte das Volkswirtschaftsdepartement den Verwaltungsrat der OT AG, seine Strategie zu aktualisieren, die Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung der Geschäftsfelder zu schärfen sowie eine Nachfolgeplanung für den Verwaltungsrat zu erarbeiten. Die Resultate liegen 2026 vor.

4101 Regionalpolitik

Der Bestand der Investitionshilfe-Projekte nimmt weiter ab

Das Investitionshilfegesetz für das Berggebiet (IHG) wurde 2008 aufgehoben und durch das Bundesgesetz über Regionalpolitik (SR 901.0) ersetzt. Seitdem werden keine neuen IH-Darlehen mehr gesprochen und lediglich noch die laufenden kantonalen IH-Darlehenszinszahlungen übernommen. Die Zinszahlungen sind weiterhin rückläufig.

Jahr	2023	2024	2025
Anzahl laufende IH-Darlehensprojekte	6	4	4
Zinszahlungen (in Fr.)	2 123.80	1 373.75	623.10

Neue Regionalpolitik: Kantonales NRP-Umsetzungsprogramm 2024–2027

Die Programmziele, Handlungsfelder und Massnahmen (Projektideen) basieren auf den Vorgaben des Bundes, den Strategien des Kantons (Langfriststrategie 2032+, Richtplan usw.) und auf den Resultaten eines Workshops mit Teilnehmenden aus Wirtschaft, Politik, Tourismus und Bildung. Die drei zentralen Programmziele des NRP-Umsetzungsprogramms 2024–2027 sind:

1. Wertschöpfungssystem Tourismus: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Intensivgebiete Engelberg-Titlis, Melchsee-Frutt und Pilatus sowie des sanften Tourismus und des Kulturtourismus im ganzen Kantonsgebiet;
2. Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie: Innovationsförderung und Unterstützung von unternehmensübergreifenden Kooperationen von KMU. Sektorübergreifende Zusammenarbeitsformen sowie Start-ups sind weitere Themen;
3. Wertschöpfungssystem Bildung: Reduktion des Fachkräftemangels und Entwicklung des Bildungsstandorts Obwalden.

Insgesamt stehen für die NRP-Umsetzungsperiode 2024–2027 2,4 Millionen Franken à-fonds-perdu Beiträge und zwölf Millionen Franken für Darlehen zur Verfügung. Die NRP-Mittel werden je zur Hälfte von Bund und Kanton getragen. Bei standortgebundenen Projekten beteiligt sich zusätzlich die jeweilige Einwohnergemeinde.

NRP-Projekte 2025

2025 wurden folgende Projekte unterstützt:

Projektträger und Projektname	Programmziel	Zugesichert à-fonds-perdu (in Fr.)*	Zugesichert Darlehen (in Fr.)*
Korporation Giswil Sanierung/Umbau Lengegghütte Fluonalp	Wertschöpfungssystem Tourismus		600 000.–
Verein Genussfestival GNUSS Engelberg – das Feinschmecker Festival	Wertschöpfungssystem Tourismus	80 000.–	
Einwohnergemeinde Engelberg Wintersportstudie im Zusammenhang mit Olympia 2038 (Engelberg)	Wertschöpfungssystem Tourismus	40 000.–	
Standort Promotion in Obwalden Gebietsmanagement Arbeitszonen Obwalden	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie	120 000.–	
Verein Kids Bike Village Giswil Kids Bike Village Giswil	Wertschöpfungssystem Tourismus	60 000.–	
Verschiedene Organisationen Pilotprojekt Snow Farming mittels Mycel-Komposit	Wertschöpfungssystem Gewerbe und Industrie	45 000.–	
Engelberg Titlis Tourismus AG und Uri Tourismus AG **Kleinseilbahn Abenteuer der Ur-Schweiz	Wertschöpfungssystem Tourismus	26 040.–	
Total		371 040.–	600 000.–

* Die Beträge enthalten sowohl den Bundes- als auch den Kantonsanteil und ggf. denjenigen der Standortgemeinde.

** Interkantonales Projekt. Die in der Tabelle aufgeführten zugesicherten Mittel beinhalten bei interkantonalen Projekten nur den Anteil des Kantons Obwalden.

Wirtschaftsförderung: Kontrolle der Leistungsvereinbarung mit dem CSEM

Die CSEM Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA - Recherche et Développement (übersetzt Schweizerisches Zentrum für Elektronik und Mikrotechnik AG - Forschung und Entwicklung) ist ein international anerkanntes Schweizer Technologie-Innovationszentrum mit Hauptsitz in Neuchâtel. Als Zentralschweizer Standort mit rund 50 Mitarbeitenden entwickelt das CSEM Center Alpnach eigene Technologieplattformen und unterstützt gleichzeitig den Transfer von Technologien des gesamten CSEM zur Zentralschweizer Industrie. Die Zentralschweizer Kantone fördern das CSEM Center Alpnach von 2024 bis 2027 mit jährlich 2,08 Millionen Franken (Beitrag Kanton Obwalden: Fr. 640 000.– inkl. NRP/Regionale Innovationssysteme RIS). Die operative Umsetzung der Leistungsvereinbarung wird mit

einem jährlichen Audit unter dem Vorsitz des Kantons Obwalden überprüft. Das Auditergebnis war auch 2025 sehr erfreulich. Das CSEM Center Alpnach ist im CSEM-internen Quervergleich v.a. auf die Schweiz fokussiert, was aus Sicht Wirtschaft zielführend ist. Der Austausch zwischen der Wissenschaft, Entwicklung und Innovation mit der Industrie findet statt. Die hohe Umsetzungsorientierung des CSEM in die Praxis entspricht einem Bedürfnis der Industrie und die eingesetzten öffentlichen Gelder generieren einen nachhaltigen Gegenwert.

Ein Schwerpunktthema des Audits 2025 bildeten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Die rasante Entwicklung der Technologie stellt hohe Anforderungen an die Industrie, Wirtschaft und Innovation im Hinblick auf Schnelligkeit (Speed), Fachkräfte (Talents), Energie und Markt (global, technology race). Fraglich ist für das CSEM und die Industrie, wie darauf adäquat reagiert werden kann. Nebst einem Fokus auf eigene Stärken ist eine schnelle und agile Adaptionsfähigkeit nötig. Insbesondere China, aber auch die USA, haben ganz andere Ressourcen (kritische Masse) zur Verfügung, um im technologischen Wettbewerb zu bestehen und global Innovationsführer zu werden. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Rolle der Schweizer Industrie und KMU (Aspekt Innovationsleader oder Adjustierung auf die Stärke als Applikationsführer). Konsequenz ist, dass heute bei der strategischen Ausrichtung nicht mehr auf starre Mehrjahrespläne abgestellt werden kann. Es gilt, eine Balance zu finden zwischen Fokus auf die eigenen Stärken und Anpassungen im Vorgehen. Das CSEM hat diese Entwicklung erkannt und in seine strategische Ausrichtung aufgenommen.

Statistik: Wirtschaftsbarometer Obwalden

Der Wirtschaftsbarometer Obwalden ist eine Gemeinschaftspublikation des Kantons, der Obwaldner Kantonalbank, des Gewerbeverbands Obwalden und der Standort Promotion in Obwalden. Er beinhaltet jeweils eine Analyse der Konjunktur, Wertschöpfung und des Arbeitsmarkts. Die Ausgabe vom Juni 2025 porträtierte verschiedene Obwaldner Unternehmen, die entlang der Wertschöpfungskette Holz tätig sind. Die Ausgabe vom November 2025 setzte den Schwerpunkt auf das Thema Mobilität als Standortfaktor und zeigte verschiedene Aspekte der Verkehrsentwicklung im Kanton Obwalden auf.

4102 Wohnbau- und Eigentumsförderung

Im Jahr 2001 stellte der Bund die Wohnbauförderung nach dem Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) ein. Die zugesicherten Hilfen werden noch während 25 Jahren weitergeführt. Das Bundesprogramm läuft 2026 definitiv aus. Im Kanton Obwalden wurden im Jahr 2025 keine Wohnobjekte mehr gefördert.

	2023	2024	2025
Anzahl geförderte Wohnobjekte	1	1	0
WEG-Förderung (in Fr.)	7 596.–	3 798.–	0.–

Bezahlbarer Wohnraum

Der Wohnungsmarkt ist derzeit schweizweit angespannt und das Thema Wohnungsknappheit ist auf politischer Ebene und in den Medien sehr präsent. Kantonsrätin Helen Keiser-Fürer, Sarnen, CSP, reichte in der Februarsession 2024 eine Motion betreffend bezahlbaren Wohnraum ein. Der Kantonsrat wandelte diese an seiner Sitzung vom 28. Juni 2024 auf Antrag des Regierungsrats in ein Postulat um und überwies es mit 28 zu 21 Stimmen. Das Postulat beinhaltet den Auftrag, umgehend verschiedene Massnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu evaluieren, das aus dieser Analyse erworbene Wissen den Einwohnergemeinden zur Verfügung zu stellen und die Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich so rasch als möglich umzusetzen.

Für das Thema Wohnen sind v.a. die Einwohnergemeinden zuständig. Mit ihnen fanden 2025 zwei runde Tische statt. Das Volkswirtschaftsamt erarbeitete einen Leitfaden mit möglichen Massnahmen. Dieser ist zusammen mit dem Hinweis auf weitere Hilfsmittel unter dem Stichwort „bezahlbarer Wohnraum“ auf der Webseite des Kantons aufgeschaltet. Der Leitfaden ist als Dienstleistung gedacht und enthält keine verbindlichen Vorgaben für die Einwohnergemeinden. Der Bericht des Regierungsrats zum Postulat Keiser wird dem Kantonsrat im ersten Quartal 2026 zur Verabschiedung unterbreitet.

4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

Handelsregister

Die Anzahl der Rechtseinheiten im Handelsregister des Kantons ist mit 4 390 registrierten Einheiten gegenüber dem Vorjahr (4 374) moderat gewachsen (+ 16) und so hoch wie noch nie. Dabei bestätigt sich der anhaltende Trend der letzten Jahre: Es wurden wesentlich mehr Gesellschaften mit beschränkter Haftung (102) als Aktiengesellschaften (61) neu eingetragen. Das Handelsregister verfolgt weiterhin von Amtes wegen konsequent Gesellschaften mit mangelhafter Organisation und / oder fehlender Geschäftstätigkeit und löscht diese nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren aus dem Register.

Veränderung der Anzahl der bedeutendsten Gesellschaftsformen

	2023	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr
Aktiengesellschaften	1 976	1 965	1 934	- 1,6 %
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1 405	1 453	1 492	+ 2,7 %
Einzelunternehmen	619	624	630	+ 1,0 %
Übrige	327	332	334	+ 0,6 %
Total	4 327	4 374	4 390	+ 0,4 %

Stiftungsaufsicht: Anzahl der im Handelsregister eingetragenen Stiftungen

Von den 110 im Handelsregister eingetragenen Stiftungen (Vorjahr 109) standen Ende 2025 dreizehn unter der Aufsicht der Einwohnergemeinden sowie 35 unter eidgenössischer Aufsicht. 2025 wurden 41 Stiftungen von der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) beaufsichtigt. Dabei handelt es sich um 31 klassische Stiftungen, eine BVG registrierte Vorsorgeeinrichtung und neun überobligatorische Einrichtungen. Bei den übrigen 20 Stiftungen handelt es sich um kirchliche oder Familienstiftungen. Bei einer Stiftung ist das Gesuch um Übernahme der Aufsicht noch hängig.

4130 Grundbuch

Nebst den ordentlichen Grundbuchanmeldungen wurden in Sarnen 249 und in Engelberg 89 Anmeldungen aus der Grundbuchbereinigung im Grundbuch eingetragen.

Grundbuch, Sarnen

Bezeichnung	Einheit	2023	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr
Grundbuchgeschäfte	Anzahl	1 930	1 994	1 990	- 4
Abweisungen/Rückzüge	Anzahl	19	19	20	+ 1
Vorprüfungen	Anzahl	73	92	84	- 8
Grundbuchauszüge	Anzahl	2 016	1 775	1 821	+ 46
Handänderungssumme	Franken	464 114 685.–	458 530 588.–	422 366 576.–	- 36 164 012.–
Summe errichteter Grundpfandrechte	Franken	258 799 718.–	178 627 597.–	170 436 650.–	- 8 190 947.–
Gebührenertrag	Franken	1 201 918.–	1 171 564.–	1 360 321.–	+ 188 757.–

Aussenstelle Engelberg

Bezeichnung	Einheit	2023	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr
Grundbuchgeschäfte	Anzahl	566	673	625	- 48
Abweisungen/Rückzüge	Anzahl	5	3	1	- 2
Vorprüfungen	Anzahl	23	28	30	+ 2
Grundbuchauszüge	Anzahl	563	530	480	- 50
Handänderungssumme	Franken	142 316 747.–	137 638 391.–	149 160 067.–	+ 11 521 676.–
Summe errichteter Grundpfandrechte	Franken	70 070 126.–	71 702 920.–	73 737 167.–	+ 2 034 247.–
Gebührenertrag	Franken	321 206.–	383 301.–	355 882.–	- 27 419.–

4150 Grundbuchbereinigung

Grundbuchbereinigung in drei Einwohnergemeinden – Besonderheiten 2025

In der Einwohnergemeinde Alpnach konnte der Perimeter 02 abgeschlossen werden. Die Bereinigung im Perimeter 03 ist weit fortgeschritten. Der Abschluss verzögert sich jedoch, da das Projekt „Ausbau A8 Vollanschluss Alpnach Süd“ in der Umsetzungsphase ist und dadurch diverse Dienstbarkeiten noch nicht bereinigt werden können. 2025 erfolgte zudem der Start der Bereinigung des Perimeters 04.

In der Einwohnergemeinde Kerns wurde die Bereinigung des Perimeters 11 (land-, alp- und forstwirtschaftliches Gebiet) fortgesetzt. In diesem Teilgebiet gibt es sehr viele einseitig eingetragene oder nicht eintragungsfähige Wasser-, Wasserbezugs- und Quellenrechte. Die Bereinigung dieser Einträge, unter Einbezug der Grundeigentümerschaft, ist sehr anspruchsvoll und zeitaufwändig. Das Teilgebiet im Perimeter 12 konnte abgeschlossen werden. Mit dem Perimeter 13 wurde die Bereinigung des letzten Teilgebiets in der Einwohnergemeinde Kerns in Angriff genommen.

Der Perimeter 02 in der Einwohnergemeinde Engelberg konnte, mit Ausnahme eines Grundstücks, abgeschlossen werden. Die Bereinigung im Perimeter 03 wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. In diesem Teilgebiet mussten sehr viele Dienstbarkeiten bereinigt werden, welche in den 1960er Jahren noch vor der Einführung des Baugesetzes als Bauvorschriften oder als Näherbaurechte bzw. Grenzbaurechte gegenüber der Zelglistrasse und den benachbarten Grundstücken eingetragen worden waren.

Bereinigung / Anmeldungen

2025 konnten die Bereinigungsergebnisse von drei Perimetern beim Grundbuchamt angemeldet werden. Insgesamt wurden 719 Grundstücke bereinigt.

Einwohnergemeinde / Perimeter	angemeldet	ohne Anmeldung*	Total
Alpnach, Perimeter 02	100	181	281
Kerns, Perimeter 12	149	40	189
Engelberg, Perimeter 02	89	159	248
Angemeldete Grundstücke 2025	338	380	718
Kerns, Perimeter 12 gelöschtes Nutzungsrecht	1		1
Definitiv bereinigte Grundstücke 2025	339	380	719

* ohne Anmeldung = überprüft, aber keine Änderungen nötig

Kraftloserklärungsverfahren

Für 12 Schuldbriefe und 49 Altgülden wurde das Kraftloserklärungsverfahren gemäss Art. 32 und 33 der Bereinigungsverordnung (GDB 213.51) durchgeführt bzw. veranlasst.

Inspektion, Publikation und Inkraftsetzung des eidgenössischen Grundbuchs für Teilgebiete

Gestützt auf Art. 34 der Bereinigungsverordnung lässt der Regierungsrat die neu angelegten Hauptbücher und Hilfsregister durch eine ausgewiesene Fachstelle oder Fachperson überprüfen. Im Berichtsjahr wurde das Teilgebiet Perimeter 02 in der Einwohnergemeinde Engelberg, die Teilgebiete Perimeter 01 und 02 in der Einwohnergemeinde Alpnach sowie die Teilgebiete Perimeter 09 (Grundstücke Nr. 1313 und Nr. 1325 inkl. Hüttenrechte) und Perimeter 10 (mit Ausnahme von vier Grundstücken) in der Einwohnergemeinde Kerns inspiziert. Die öffentliche Auflage nach Art. 35 der Bereinigungsverordnung fand vom 21. August 2025 bis 22. September 2025 in Engelberg bzw. vom 28. August 2025 bis am 29. September 2025 in Sarnen statt. Mit Beschluss vom 13. Oktober 2025 setzte das Volkswirtschaftsdepartement das eidgenössische Grundbuch für die erwähnten Teilgebiete in Kraft (Art. 37 Abs. 1 Bereinigungsverordnung).

Einsprachen/Verfügungen

Im Berichtsjahr gingen keine Einsprachen ein. Im Perimeter 12, Grundbuch Kerns, musste ein Grundstück-Neubeschrieb verfügt werden.

4140 Vermessung LIS/GIS

Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung (AV) erfolgte unter der Leitung des Nachführungsgeometers termingerecht. Die Daten der AV sind dank des gut funktionierenden Meldewesens im Kanton auf einem guten Stand. Bei wichtigen Bauvorhaben wie Neubauten wird der bewilligte Zustand vorgängig bereits als „projektierte Baute“ erfasst. Die AV-Daten werden weiterhin nach dem Mehrgenerationenprinzip (mehrere Backups in verschiedenen zeitlichen Abstufungen) gesichert und dezentral aufbewahrt.

Operate zu dauernder Bodenverschiebung

In Gebieten mit dauernden Bodenverschiebungen muss die amtliche Vermessung den tatsächlichen Verhältnissen angepasst werden. Die Arbeiten in den Einwohnergemeinden Giswil und Lungern sind technisch abgeschlossen und müssen vom Kantonsgeometer noch genehmigt werden. In Giswil fand Ende 2025 eine Planaufgabe statt. Es gab keine Einsprachen. Die Arbeiten in der Einwohnergemeinde Kerns sind definitiv abgeschlossen und wurden vom Regierungsrat Ende 2025 genehmigt.

Operate zur periodischen Nachführung der Ebenen Bodenbedeckung und Einzelobjekte

Die Bestandteile der amtlichen Vermessung sind gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben nachzuführen. Wo kein Meldewesen organisiert werden kann, geschieht dies periodisch. Gemäss Richtlinie des Bundes gilt ein Nachführungszyklus von sechs Jahren.

- Einwohnergemeinde Sachseln: Die Arbeiten wurden abgeschlossen und vom Regierungsrat im August 2025 genehmigt;
- Einwohnergemeinde Giswil: Die Arbeiten wurden abgeschlossen und vom Regierungsrat Ende 2025 genehmigt;
- Einwohnergemeinde Kerns: Die Arbeiten wurden abgeschlossen und vom Regierungsrat Ende 2025 genehmigt;
- Einwohnergemeinde Engelberg: Die Arbeiten starteten Ende 2023. Wegen Verzögerungen infolge der aufwändigen Bearbeitung des Waldes dauern die Arbeiten noch bis 2026 an.

Operat Datenabgleich AV mit dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR)

Gemäss der revidierten Verordnung über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (VGWR; SR 431.841) müssen alle noch nicht im GWR geführten Gebäude ohne Wohnnutzung im GWR erfasst werden. Vorgängig zu diesem Schritt sind in der ersten Phase alle bereits im GWR und der AV erfassten

Gebäude abzugleichen und wenn nötig zu bereinigen. Diese Arbeiten sind schweizweit aufwändiger als geplant und dauerten 2025 noch an. Für die Erweiterung des GWR (Phase 2) wurde im Herbst 2025 ein neues Operat gestartet.

Operat Periodische Nachführung (PNF) der kantonalen Lagefixpunkte LFP2

Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für sämtliche Geobasisdaten müssen die LFP2 unterhalb von 2 000 m über Meer in einem Zyklus von sechs Jahren begangen, durch Messungen kontrolliert und in Stand gesetzt werden. Diese Arbeiten starteten 2024 und dauerten bis Ende 2025.

Operat Erneuerung LFP3-Höhen

Infolge von Setzungen gibt es zwischen den Fixpunkten der AV sowie den Fixpunkten der Landesvermessung und dem Seepegel Differenzen in der Höhe. Deutlich ersichtlich wurden sie im Sommer 2021 bei einem Bauprojekt an der Werft in Alpnach. Kontrollmessungen zeigten daraufhin Differenzen von rund 17 Zentimetern. Betroffen sind im Kanton Obwalden insbesondere folgende Gebiete:

- Im Städerried in Alpnach gibt es Abweichung zwischen AV-Höhen, den Höhenfixpunkten der Landesvermessung bzw. dem Seepegel;
- im Hanenried Sachsln/Giswil gibt es ebenfalls grössere Abweichungen infolge von Setzungen.

Die Arbeiten zur Neubestimmung der Höhen der Fixpunkte starteten 2025 im Gebiet Ried (Sachsln) und Grossteiler Talboden (Giswil).

Operat Entzerrung der amtlichen Vermessung in Giswil und Sachsln

Die amtliche Vermessung mit dem Bezugsrahmen LV95 bildet heute die Basis für die unkomplizierte Nutzung moderner Technologien der Satellitenvermessung (u.a. GNSS) mit hohen Genauigkeitsanforderungen. GNSS-Daten sind die von Global Navigation Satellite Systems (GNSS) wie GPS, GLONASS, Galileo und BeiDou ausgesendeten Signale, die von einem Empfänger aufgefangen und zur Bestimmung von Position, Geschwindigkeit und Zeit genutzt werden. Voraussetzung für deren Nutzung in der AV ist, dass die Vermessungswerke spannungsarm sind. Das ist nicht immer erfüllt. Daten der AV können lokal grössere oder kleinere Widersprüche in der geometrischen Qualität und Homogenität aufweisen. Solche Spannungen und lokalen Widersprüche entstanden hauptsächlich bei der Erstvermessung durch eingeschränkte Messmittel und Berechnungsmöglichkeiten. Sie sind insbesondere bei älteren Vermessungen vorhanden und sind systematische Verzerrungen (und nicht Ungenauigkeiten infolge von einzelnen Fehlern). Die lokalen Spannungen sind für die Aufgabenerfüllung der AV und darauf aufbauender Geodaten problematisch und führen bei den Georeferenzdaten zu hohen Kosten im Unterhalt. Um die technischen und wirtschaftlichen Vorteile der GNSS-Technologie nutzen zu können, müssen die Daten der AV von diesen lokalen Widersprüchen befreit werden. Die Arbeiten starteten im Herbst 2025 mit dem kombinierten Operat „Entzerrung der AV und Erneuerung der LFP3 Höhen“ in den Einwohnergemeinden Sachsln (Ried) und Giswil (Grossteiler Talboden).

Nomenklatur der Flurnamen in Sarnen, Alpnach und Lungern

Die Nomenklaturkommission bezeichnet die in die amtliche Vermessung aufzunehmenden geographischen Namen und legt deren Schreibweise fest. Dafür muss ein Abgleich mit den benannten Gebieten (Orts-, Flur- oder Geländenamen usw.) erfolgen. Die Bereinigung der Nomenklatur der Flurnamen in den Einwohnergemeinden Sarnen und Alpnach wurde 2025 abgeschlossen. Neu wurde mit der Bearbeitung in der Einwohnergemeinde Lungern begonnen.

Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)

2025 standen im Bereich des ÖREB-Katasters die technische Konsolidierung sowie die Effizienzsteigerung/Prozesse im Vordergrund. Durch die Stabilisierung der Auswerteprozesse konnte die Zuverlässigkeit bei komplexen Abfragen bzw. grossen Parzellen massiv erhöht werden. Zudem wurde als strategischer Schwerpunkt die digitale Vorprüfung in der Nutzungsplanung vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit der Pilotgemeinde Sarnen erarbeitete die GIS Daten AG erste Grundlagen für einen medienbruchfreien, webbasierten Prozess.

2025 wurden 14 Revisionen und sechs laufende Änderungen an kantonalen und kommunalen ÖREB-Themen verzeichnet und im Kataster nachgeführt, rund 8 100 Aufrufe der ÖREB-Anwendung getätigt, sowie 7 700 Auswertungen und 9 600 PDF-Auszüge generiert.

Geoinformation, GIS Daten AG

2025 gingen 705 Datenbestellungen ein, davon 245 gebührenpflichtig (2024: 460 Datenbestellungen ein, davon 216 gebührenpflichtig). Per Ende 2025 sind auf der schweizweiten Aggregationsinfrastruktur (geodienste.ch) insgesamt 56 Accounts für den Datendownload eingerichtet.

Folgende Vorhaben und Projekte bildeten 2025 einen Schwerpunkt:

- Abschluss der Desktop-GIS Migration: Per Ende Dezember 2025 wurde die Unterstützung für ESRI ArcMap bei den kantonalen Fachstellen eingestellt. Die Migration auf die Open-Source-Lösung „QGIS“ wurde mit dem Rollout der Version 3.40 sowie spezifischen Schulungsmodulen (Basic+ und Fortgeschritten) erfolgreich abgeschlossen;
- Evaluation und Start WebGIS-Ablösung: Für die öffentlichen Karten wird künftig auf die Lösung „Map+“ (Tydac) gesetzt, welche durch ein modernes, reduziertes Design überzeugt. Die ersten Umsetzungsarbeiten starteten im Juli 2025;
- Im Juni 2025 wurden die neuen WMS-Dienste (Web Map Services-Dienste) für alle frei öffentlich einsehbaren Geodaten des Kantons freigeschaltet, was den direkten Datenzugriff für Externe erheblich vereinfacht;
- Die Überführung der Datenmodelle von INTERLIS 1 nach INTERLIS 2 wurde weitgehend abgeschlossen;
- Aufgrund witterungsbedingter Verzögerungen bei swisstopo wurden als Übergangslösung sogenannte „Scratch Orthophotos“ integriert, um die Aktualität der Planungsgrundlagen zu gewährleisten. Zusätzlich wurden im Herbst auch die konsolidierten Orthophotos 2024/2025 integriert;
- Aufbau eines öffentlichen Modell-Repository.

GIS-Koordination

Unter Einbezug der Fachstellen der kantonalen Verwaltung und der GIS Daten AG wurden 2025 insgesamt 18 Stellungnahmen zu den amtlichen minimalen Datenmodellen (MGDM) für Geobasisdaten sowie zu Strategien, Konzepten, Leitbildern und Gesetzesvorhaben im Geoinformationsbereich erarbeitet und eingereicht. Daneben gab es zehn Modellanpassungen, die die GIS Daten AG in der Geodateninfrastruktur (inklusive ÖREB-Kataster) umsetzen konnte.

42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarkts und des öffentlichen Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden Nidwalden und der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, des Gesundheitsschutzes, der Arbeitshygiene und des Umgebungsschutzes beraten und überwacht. Bestehende Gebäude sowie Um- und Neubauten, Munitions-, Sprengmittel- und pyrotechnische Lager werden hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes überprüft. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens, der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes, des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit und des Bundesgesetzes über das Passivrauchen wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen, die selbstständige Kaminfegertätigkeit, das Bergführerwesen und weitere Risikoaktivitäten sowie für Kleinspiele gemäss Geldspielgesetz werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Es ist die Anlauf- und Koordinationsstelle für Beiträge aus dem Swisslos-Fonds und zuständig für Vergabungen im Bereich Katastrophen- und Entwicklungshilfe im Ausland.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

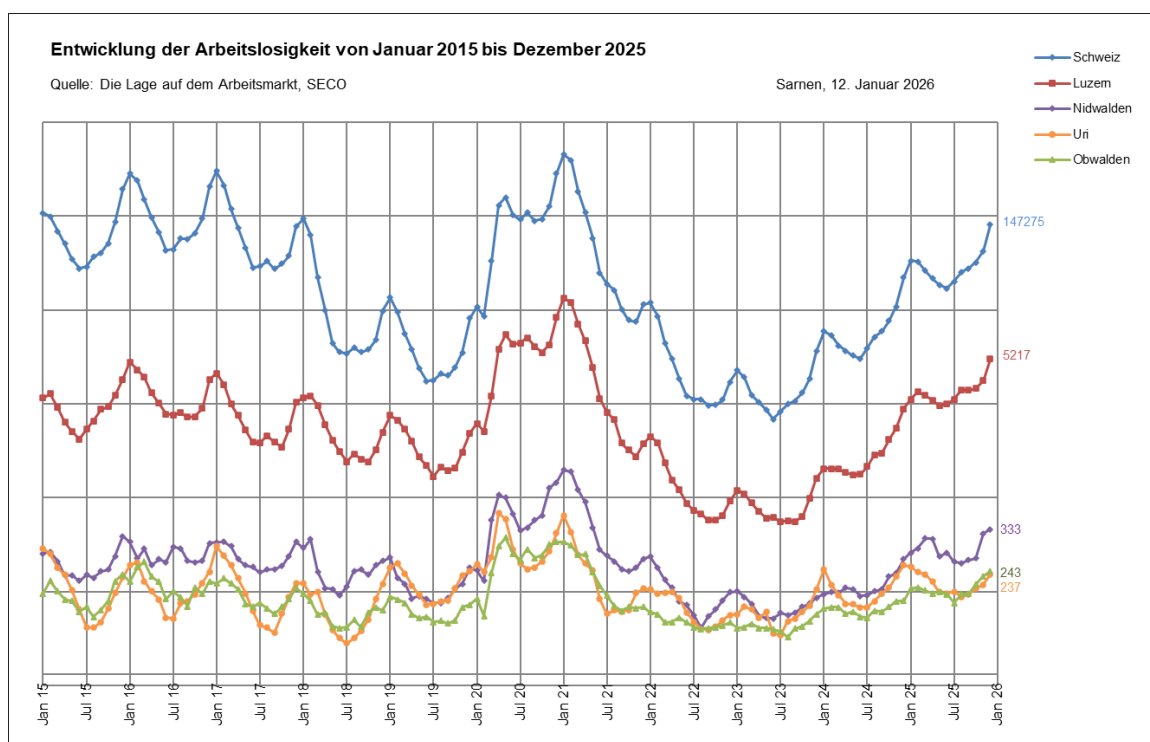
Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Kontinuierliche Erhöhung der Gebäudesicherheit im Kanton durch verstärkte Betriebskontrollen gemäss Art. 6 Feuerwehrgesetz (FewG; mind. zehn periodische Kontrollen pro Jahr)	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausführung der Betriebskontrollen Kommentar: Es wurden 25 periodische Brandschutzkontrollen durchgeführt.
Kontinuierliche Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmenden in Betrieben mit erhöhtem Risiko im Kanton durch verstärkte Betriebskontrollen gemäss Art. 41 Arbeitsgesetz (ArG; mind. fünf periodische Kontrollen pro Jahr)	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausführung der Betriebskontrollen Kommentar: Aufgrund erfolgter Priorisierungen konnten nur vier Kontrollen durchgeführt werden.
Umsetzung Brandschutzvorschriften BSV 2026	Ausgeführte Aktivitäten: – Laufende Evaluation der revisionsbedingten Änderungen und Auswirkungen auf den Kanton (Gesetzgebung, Organisation, Finanzen) – Weiterbildung betreffend neue Brandschutzvorschriften Kommentar: Die Revisionsbestrebungen wurden verfolgt.

4200 Amtsleitung

Arbeitslosenquote 2025: Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu

Der seit 2023 in der Schweiz wahrzunehmende Trend von leicht steigenden Arbeitslosenzahlen setzte sich auch im Jahr 2025 fort. Im Verlauf des Jahres erhöhte sich die Arbeitslosenquote sukzessive von 2,7 Prozent (Januar 2025) auf 3,0 Prozent (Dezember 2025). Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 2,8 Prozent, was einer Zunahme um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr (2,4 Prozent) entspricht. Damit erreichte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt ihren konjunkturneutralen Wert, der gestützt auf den Zeitraum 2010 bis 2020 auf 2,8 Prozent veranschlagt wurde.

Im Kanton stieg die Arbeitslosigkeit im letzten Quartal des Berichtsjahrs ebenfalls leicht an und erreichte Ende Dezember 1,1 Prozent (Vorjahr 0,8 Prozent). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich auf 1,0 Prozent (Vorjahr 0,8 Prozent) und erreichte im Vergleich mit den übrigen Kantonen den zweittiefsten Wert.



Per 31. Dezember 2025 waren beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden Nidwalden (RAV) 381 Stellensuchende (Vorjahr 332) aus dem Kanton gemeldet, davon 243 arbeitslose Personen (Vorjahr 180). Bemerkenswert ist die Feststellung, dass es sich bei rund 20 Prozent der Fälle des RAV um sog. IIZ-Cases (Fälle für interinstitutionelle Zusammenarbeit) handelte, d.h. die betroffenen Personen weisen Mehrfachproblematiken auf (z.B. gesundheitlicher, sozialer, finanzieller Art), die eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erschweren und eine intensive Zusammenarbeit verschiedener Institutionen (RAV, Invalidenversicherung, Sozialhilfe etc.) nötig machen, um durch koordinierte Massnahmen eine Integration zu ermöglichen. Die Fallbehandlung ist aufwändig und erfordert den Einsatz von spezialisiertem Fachwissen aus verschiedenen Bereichen. Aufgrund der stetig steigenden Anzahl von Fällen mit Mehrfachproblematiken gewann die IIZ in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung und erweist sich heute als wichtiges und effektives Instrument für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Die Jugendarbeitslosigkeit, d.h. von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, nahm im Kanton im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr geringfügig zu. Ende Dezember waren 20 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen (Vorjahr 17). Die Jugendarbeitslosenquote Ende Dezember belief sich auf 0,9 Prozent (Vorjahr 0,8 Prozent) und liegt nach wie vor weit unter dem Schweizer Durchschnitt von 3,1 Prozent (Vorjahr 2,7 Prozent).

Massenentlassungen: drei Anzeigen von Massenentlassungen

Im Berichtsjahr gingen beim Amt für Arbeit drei Massenentlassungsanzeigen (Vorjahr eine) von im Kanton Obwalden domizilierten Unternehmen/Geschäftsstellen ein. Gründe für die Entlassungen bildeten in erster Linie Umstrukturierungsmassnahmen, Auftragsmangel oder Konkurs.

Taggelder Arbeitslosenversicherung: mehr Bezüge und längere Bezugsdauer

Im Jahr 2025 nahmen gegenüber dem Vorjahr sowohl die Anzahl Taggeldgesuche (+ 22,2 Prozent) als auch die Anzahl Bezugstage (+ 23,8 Prozent) deutlich zu. Die Summe der ausbezahlten Entschädigungen belief sich auf knapp 7,5 Millionen Franken (+ 18,5 Prozent).

	2024	2025
Anzahl Taggeldgesuche	474	579
Anzahl Bezugstage	33 570	41 543
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	6 287 469.–	7 447 594.–

In der **Funktion als Kantonale Amtsstelle der Arbeitslosenversicherung (KAST)** ging beim Amt für Arbeit wie im Vorjahr ein Erlassgesuch im Zusammenhang mit der Rückforderung von Taggeldbezügen der Arbeitslosenversicherung ein. Da die Rückforderungsverfügung der Arbeitslosenkasse (ALK) noch nicht in Rechtskraft erwachsen war, konnte das Erlassgesuch folglich von der KAST noch nicht beurteilt werden.

Im Jahr 2025 waren das Amt für Arbeit und insbesondere die ALK mit den Vorbereitungshandlungen und Personalschulungen im Zusammenhang mit dem vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) initiierten digitalen Systemwechsel in der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Das neue System (ASAL 2.0) basiert auf SAP (Systems, Applications & Products in Data Processing) und soll Abläufe effizienter gestalten sowie die Compliance erhöhen, indem es eine durchgängige Digitalisierung von der Fallabwicklung bis zur Auszahlung ermöglicht und Stellensuchende sowie Arbeitgebende zur Nutzung der E-Services anregt. Erste Bereiche der ALV wurden bereits im Jahr 2023 (Kurzarbeit/KAE) und im 2024 (Insolvenzentschädigung/IE) eingeführt. Der grösste und letzte Einführungsschritt (Arbeitslosenentschädigung/ALE) erfolgte während des Jahreswechsels 2025/2026. Vom 19. Dezember 2025 bis 6. Januar 2026 wurden deshalb die Systeme der ALV schweizweit abgeschaltet. In dieser Zeit waren keine elektronischen Anmeldungen, Fallbearbeitungen oder Auszahlungen von Leistungen der ALV möglich.

In der **Funktion als LAM-Stelle (Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen)** standen beim Amt für Arbeit neben dem ordentlichen Tagesgeschäft die Gesetzgebungsarbeiten im Zusammenhang mit der Revision der kantonalen Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung (RAV, ALK und LAM) im Vordergrund, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden erfolgten. Ausschlaggebend für diese Revision war ein Audit des SECO, worin bemängelt worden war, dass die seit Jahrzehnten gemeinsam geführte LAM-Stelle Obwalden Nidwalden in den beiden kantonalen Gesetzessammlungen nicht explizit abgebildet und geregelt sei. In Analogie zum RAV und zur ALK, die von den beiden Kantonen ebenfalls gemeinsam geführt werden, wurde eine Interkantonale Vereinbarung zwischen Obwalden und Nidwalden betreffend eine gemeinsame LAM-Stelle entworfen, die im Jahr 2026 vor den Regierungsrat und das Parlament gebracht wird.

Kurzarbeitsentschädigung (KAE): leicht rückläufige Zahlen

Die herausfordernde globale Wirtschaftslage und die verhaltene Wachstumsdynamik in Europa (vor allem in Deutschland) wirkten sich im Berichtsjahr auch auf die Schweizer Wirtschaft aus. Getrieben von globalen Unsicherheiten, insbesondere durch die Handelskonflikte (USA/China), schwächelte vor allem der Aussenhandel. Ab August 2025 sorgten sodann die US-Zusatzzölle in der Höhe von 39 Prozent für Unsicherheiten und bremsten die betroffenen Exportrubriken aus (v.a. Maschinen und Präzisionsinstrumente). Vor diesem Hintergrund erhöhte der Bundesrat am 8. Oktober 2025 die Höchstbezugsdauer für KAE von 18 auf 24 Monate bis zum 31. Juli 2026, um vor allem die exportorientierten Branchen und Unternehmen in der Schweiz zu unterstützen. Gleichzeitig wurde aber eine Wartefrist von sechs Monaten eingeführt, wenn ein Betrieb innerhalb derselben Rahmenfrist bereits während 24 Monaten ohne

Unterbruch KAE bezogen hat. Am 18. Dezember 2025 begrenzten die USA rückwirkend per 14. November 2025 den pauschalen Zusatzzoll auf Importe aus der Schweiz auf maximal 15 Prozent. Damit wurde der Marktzugang in den USA für Schweizer Unternehmen (v.a. Maschinen-, Elektro- und Metall- sowie Uhrenindustrie) wesentlich verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen gestärkt, da im US-Markt nun ein gewichtiger Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen in der EU und anderen Ländern wegfiel.

Die anhaltend schwache Konjunktur im Ausland, vor allem aber in Deutschland, verunsicherte auch die Obwaldner Unternehmen. Im Berichtsjahr waren vom Amt für Arbeit 21 Gesuche (Vorjahr 17) um Kurzarbeitsentschädigung im ordentlichen Verfahren zu beurteilen. Dabei handelte es sich primär um konjunkturell-bedingt erwartete Arbeitsausfälle, Einbrüche in der Auftragslage, Unsicherheiten aufgrund der geopolitischen Lage und um Lieferengpässe. Die allgemeine Befürchtung eines erheblichen Anstiegs der Kurzarbeit zufolge der US-Zölle erwies sich im Kanton Obwalden indessen als unbegründet.

Im Jahr 2025 rechneten schliesslich vier Betriebe (Vorjahr sieben) KAE bei der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden im Betrag von total Fr. 163 691.– (Vorjahr Fr. 338 319.–) ab.

	2024	2025
Anzahl Betriebe	7 ¹	4
Anzahl Ausfallstunden	8 010	6 782
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	338 319.– ²	163 691.–

¹ davon zwei Betriebe wegen Nachzahlung der Ferien-/Feiertage

² davon Nachzahlung der Ferien-/Feiertage in Höhe von Fr. 79 725.–

Schlechtwetterentschädigung: weniger Gesuche und weniger abgerechnet

Die Tiefbaubranche hatte in der ersten Jahreshälfte mit Schnee und Kälteeinbrüchen sowie Regenfällen zu kämpfen. Im Berichtsjahr waren vom Amt für Arbeit vier Gesuche (Vorjahr sieben) um Schlechtwetterentschädigung für wetterbedingte Arbeitsausfälle zu beurteilen, die allesamt vollumfänglich oder teilweise bewilligt wurden. In einem Fall opponierte der Revisionsdienst des SECO anfänglich gegen die erteilte Bewilligung. Nach nochmaliger Überprüfung und Beurteilung des Gesuchs hielt das Amt für Arbeit an seinem ursprünglichen Entscheid fest. Der Revisionsdienst des SECO akzeptierte daraufhin diesen Entscheid und verzichtete auf das Einreichen einer Einsprache.

Bei der Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden rechnete im Jahr 2025 ein Unternehmen (Vorjahr eins) Schlechtwetterentschädigung ab.

	2024	2025
Anzahl Betriebe	1	1
Anzahl Ausfallstunden	1 289	255
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	27 930.–	6 345.–

Insolvenzenschädigungen: hohe Zunahme an Insolvenzverfahren

Im Jahr 2025 mussten fünf Insolvenzenschädigungsverfahren (Vorjahr eines) durchgeführt werden. Die Arbeitslosenkasse Obwalden Nidwalden richtete 47 Bezüglern (Vorjahr zwei) Insolvenzenschädigungen in Höhe von total Fr. 273 426.– (Vorjahr Fr. 8 488.–) aus.

	2024	2025
Anzahl Betriebe	1	5
Anzahl Bezüger	2	47
Ausbezahlte Entschädigungen (in Fr.)	8 488.–	273 426.–

Entsendungen und Schwarzarbeit: mehr Sanktionen im Bereich Schwarzarbeit

Die Vollzugsstelle der Tripartiten Arbeitsmarktkommission (TAK) Uri, Obwalden und Nidwalden in Altdorf führt für die erwähnten Kantonsgebiete die operativen Kontrolltätigkeiten im Bereich flankierende Massnahmen (FlaM) gemäss Entsendegesetz (EntsG; SR 823.20) und im Bereich des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA; SR 822.41) durch. Die Sanktionierung von festgestellten Verfehlungen erfolgt durch die jeweils zuständigen kantonalen Arbeitsämter.

Der grösste Anteil an den im Berichtsjahr durchgeführten 217 FlaM-Kontrollen (Vorjahr 215) entfiel auf das Baunebengewerbe, das verarbeitende Gewerbe sowie die Branchen Dienstleistungen für Unternehmen und Handel (Detailhandel). In 34 Fällen (Vorjahr 44) waren Verdachtsmomente von möglichen Verstössen gegen das Meldeverfahren, Scheinselbstständigkeit oder der Unterbietung von orts- und branchenüblichen Löhnen vorhanden. In sieben Fällen (Vorjahr zehn) wurden Sanktionen ausgesprochen. Systematisches Lohndumping wurde jedoch nicht festgestellt.

Im Bereich Schwarzarbeit wurden im Berichtsjahr 212 Betriebskontrollen (Vorjahr 219) durchgeführt. Die risikobasierten Kontrollen erfolgten aufgrund von Hinweisen oder wurden stichprobenartig durchgeführt. Bei einigen Kontrollen musste die Kantonspolizei vor Ort miteinbezogen werden, da ein Verstoss gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG; SR 142.20) vorlag. In 26 Fällen (Vorjahr 32) lagen bei den Kontrollen Verdachtsmomente vor, davon kam es in 13 Fällen (Vorjahr sieben) zu einer Anzeige oder Busse/Verwarnung durch die Spezialbehörden.

Im Berichtsjahr wurden überdies vermehrt Kontrollen in sogenannten sensiblen Gewerben, namentlich in Coiffeursalons, Barbershops, Kosmetikstudios sowie im Gastgewerbe durchgeführt. Einige dieser Kontrollen erfolgten unter Beizug der Kantonspolizei. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die meisten Betriebe an die gesetzlichen Vorgaben des Sozialversicherungsrechts, des Quellensteuerrechts sowie des Ausländer- und Integrationsgesetzes halten.

Kontrolltätigkeit in der Arbeitsmarktregion UR/OW/NW	FlaM	BGSA
Vorgabe Bund	200	210
Durchgeführte Kontrollen	217	212
Kein Verdacht nach Kontrolle	183	186
Verdachtsfälle nach Kontrolle	34	26
Verwarnung/Anzeige/Busse oder Dienstleistungssperre	7	13
Verständigungsverfahren EntsG erfolgreich	16	–
Verständigungsverfahren EntsG nicht erfolgreich	2	–
Kein Verstoss/Verzicht auf Sanktion	6	12
Laufende Abklärungen/Ausstehende Massnahmen	3	1
Erledigte Verfahren aus dem Vorjahr	0	4

Kontrolle der Stellenmeldepflicht: Mehrheit der Arbeitgeber macht korrekt Meldung

Im Berichtsjahr führte die Vollzugsstelle der TAK in den Kantonen Uri, Obwalden und Nidwalden 86 Kontrollen (Vorjahr 55) durch. In sieben Fällen (Vorjahr 14) wurden Verstösse festgestellt und entsprechende Ermahnungen ausgesprochen. Strafanzeigen erfolgten keine.

Gewerbebewilligungen für Personalverleih und Arbeitsvermittlung: Bewirtschaftung neu über EasyGov

Der Bestand von 18 Betrieben, die Personalverleih und/oder private Arbeitsvermittlung anbieten, änderte gegenüber dem Vorjahr nicht. Ein Unternehmen mit bestehender Arbeitsvermittlungsbewilligung ersuchte zusätzlich um Erteilung der Bewilligung zum Personalverleih. In zwei Fällen waren überdies Änderungsbewilligungsverfahren infolge Wechsels der verantwortlichen Leitung sowie wegen Sitzverlegung innerhalb des Kantons durchzuführen.

Das SECO führt zusammen mit den Kantonen ein elektronisches Verzeichnis über die bewilligten Vermittlungs- und Verleihbetriebe. Das digitale Verzeichnis wurde vom SECO modernisiert und neugestaltet. Dafür wurde beim Bund und den Kantonen ein IT-Systemwechsel eingeführt mit dem Ziel, den gesamten Ablauf vom Einreichen eines Bewilligungsgesuchs bis zur Erteilung der behördlichen Bewilligung zu digitalisieren. Die Umstellung erforderte die Mitwirkung der kantonalen Bewilligungsbehörden bei der Bereinigung und Ergänzung der Unternehmensdaten für den nötigen Datentransfer sowie eine vorgängige Schulung des Personals durch das SECO. Seit dem 3. Dezember 2025 können Bewilligungsgesuche sowie Statistikangaben von Kunden nur noch über den Online-Schalter EasyGov des SECO eingereicht und von den Bewilligungsbehörden bearbeitet werden.

	2024	2025
Personalverleih	11	12
Arbeitsvermittlung	10	10
Total Bewilligungen	21	22
Total Betriebe	18	18

Reisendengewerbe: weiterhin abnehmende Anzahl an Reisendenkarten

Das Amt für Arbeit stellte 2025 wie bereits im Vorjahr keine neuen Bewilligungen aus. Sämtliche Reisendenkarten ergingen durch ein einzelnes, zur Ausstellung berechtigtes Obwaldner Unternehmen für ihre eigenen Reisenden. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 48 Reisendenkarten (Vorjahr 59) ausgestellt. In den vergangenen Jahren liess sich nicht nur im Kanton Obwalden, sondern schweizweit eine kontinuierlich abnehmende Nachfrage nach Reisendenkarten feststellen. Diese Tendenz dürfte primär auf die fortschreitende Digitalisierung und Online-Präsenz im Handel (Online-Shops und Social Media-Plattformen), aber auch auf Schwierigkeiten in der Personalrekrutierung zurückzuführen sein.

	2024	2025
Reisendenkarten neu	46	42
Reisendenkarten Verlängerung	13	6
Total	59	48

Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten: Anzahl Anbieter/innen leicht gestiegen

Je nach Kategorie der Risikoaktivität beträgt die Geltungsdauer der Bewilligung zwei oder vier Jahre. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 17 Bewilligungen für das Anbieten von Risikoaktivitäten erteilt. Dabei handelte es sich um fünf Erstbewilligungen und zwölf Bewilligungserneuerungen. Im Jahr 2025 verfügten damit insgesamt 51 Personen (Vorjahr 49) über eine Risikoaktivitätenbewilligung.

	2024	2025
Bergführer/in	1	13
Bergführer-Aspirant/in	–	–
Schneesportlehrer/in	2	4
Wanderleiter/in	1	–
Kletterlehrer/in	–	–
Zertifizierte Anbieter/in	–	–
Total	4	17

Konsumkredit: Unveränderter Bestand

Im Kanton verfügen wie bereits im Vorjahr drei Unternehmen über eine Bewilligung zur Vermittlung von Konsumkrediten.

PBV-Kontrollkampagne 2025: Preisbekanntgabe in Barbershops, Coiffeurgeschäften und Kosmetikstudios

Der Fokus der Kontrollkampagne im Rahmen der Preisbekanntgabeverordnung (PBV; SR 942.211) richtete sich im Berichtsjahr auf die Preisbekanntgabe von Dienstleistungen und Waren in Barbershops, Coiffeurgeschäften und Kosmetikstudios. Die stichprobenweise Kontrolle im Kanton Obwalden umfasste 16 Geschäfte. Anlässlich der Kontrollen konnte vom Amt für Arbeit festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit der kontrollierten Geschäfte die PBV korrekt umsetzte. In ein paar wenigen Fällen wurden Dienstleistungen oder Waren unvollständig, fehlerhaft oder gar nicht deklariert. Die betroffenen Geschäfte wurden auf die Mängel hingewiesen und zu deren Behebung aufgefordert. Strafanzeigen waren keine erforderlich und werden in der Regel auch erst eingereicht, wenn ein betroffener Anbieter es unterlässt – trotz Mangelfeststellung, Übergabe einer Informationsbroschüre und Fristansetzung zur Behebung der Mängel – die Preise korrekt bekanntzugeben.

Verwendung der Swisslos-Gelder

Über die Verwendung der Swisslos-Gelder des Berichtsjahrs wird jeweils erst im Sommer des Folgejahrs gegenüber dem Regierungsrat Rechenschaft abgelegt, so dass die definitiven Zahlen und Daten erst im darauffolgenden Geschäftsbericht aufgeführt werden können. Im aktuellen Geschäftsbericht wird deshalb das Budget des Berichtsjahrs sowie die getätigten Vergabungen (Rechnungen) der beiden Vorjahre aufgeführt.

Der Swisslos-Fonds wird durch die dem Kanton abgelieferten Reingewinne der Interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) und deren Zinsen gespiesen. In den letzten Jahren beliefen sich die dem Kanton zugesprochenen Swisslos-Gelder auf durchschnittlich rund 2,65 Millionen Franken pro Jahr. Der Regierungsrat teilt den zuständigen Amtsstellen und Kommissionen Fondsmittel zu. Über die Verwendung der Mittel aus dem Swisslos-Fonds in den Förderbereichen Kultur, Sport, Soziales, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland, Natur und Gesundheit entscheiden die zuständigen Amtsstellen bzw. Kommissionen im Rahmen der ihnen vom Regierungsrat zugeteilten Fondsmittel autonom. Die Vergabungen der Swisslos-Gelder erfolgen in Nachachtung der gesetzlich vorgegebenen Grundsätze für die Verwendung der Fondsmittel und werden ausschliesslich für wohltätige, gemeinnützige, kulturelle oder sportliche Zwecke gesprochen sowie für Präventionsmassnahmen zur Suchtbekämpfung eingesetzt. Die aus dem Fonds ausgerichteten Beiträge werden – mit Ausnahme von Hilfsaktionen im Ausland – in der Regel nur für konkrete und kontrollierbare Projekte im Kanton eingesetzt. Es können auch ausserkantonale Projekte mit nationaler und regionaler Bedeutung unterstützt werden, jedoch ist auf eine namhafte Beteiligung des Standortkantons zu achten. Auf Antrag der zuständigen Departemente kann der Regierungsrat auch selbst Fondsmittel sprechen, zum Beispiel für Projekte, deren Finanzbedarf den an die zuständige Fachstelle zugewiesenen Vergabebetrag übersteigt.

Regierungsrat: Verschiedene Beiträge auf Antrag der sachzuständigen Fachbereiche

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Kulturelle Aufwendungen	202 000.–	174 000.–	202 000.–
Verschiedene Beiträge	158 000.–	75 696.–	157 291.–

Unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2024	2023
Verein Volkskulturfest OBWALD	70 000.–	100 000.–
Verein Kulturlandschaft „Orts- und Flurnamen Obwalden“ *	50 000.–	–
Verein Bethanien „Niklaus und Dorothee Alive“	–	100 000.–
Obwaldner Kantonalschützenfest 2023	–	100 000.–

Geplante Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2026	2025
Volkskulturfest OBWALD	70 000.–	70 000.–
Verein Kulturlandschaft „Orts- und Flurnamen Obwalden“ *	30 000.–	90 000.–
Zentralschweizer Sportfest in Obwalden	100 000.–	–
Rechtsquellenstiftung SJV „Rechtsquellen von Obwalden“ **	41 666.–	41 666.–

* Auszahlung in Tranchen 2024-2026, zugesprochener Beitrag total Fr. 170 000.–

** Auszahlung in Tranchen über sechs Jahre, zugesprochener Beitrag total Fr. 250 000.–

BKD/Abteilung Kultur bzw. Kulturkommission: Vergabungen im Förderbereich Kultur

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Denkmalpflege	100 000.–	26 780.–	100 293.–
Kulturförderungen	500 000.–	507 554.–	515 112.–
Kulturpflege	65 000.–	71 789.–	64 875.–
Bildung/Forschung	80 000.–	79 358.–	80 214.–

Davon unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2024	2023
Kantonsbibliothek Obwalden*	79 358.–	80 214.–

* Beitragsunterstützung wird jährlich in Höhe von Fr. 80 000.– budgetiert und als ordentliche Position geführt.

BKD/Sportabteilung bzw. Sportkommission: Vergabungen im Förderbereich Sport

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Vergabungen an Sport	29 000.–	21 795.–	16 663.–
Verbände/Sportvereine	390 000.–	400 593.–	376 917.–
Anlässe/Begabtenförderung	158 000.–	123 100.–	117 920.–
Versch. Institut. Sportanlagen	35 000.–	40 293.–	42 099.–
Förderung Leistungssport	70 000.–	87 500.–	69 000.–

Davon unterstützte Grossprojekte (ab Fr. 50 000.–)	2024	2023
	–	–

BRD/Amt für Wald und Landschaft: Förderbereich Natur

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Bereich Natur	50 000.–	50 000.–	24 815.–

VD/Amt für Arbeit: Förderbereich Entwicklungs-/Katastrophenhilfe (Hilfsaktionen im Ausland)

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Bereich Hilfsaktionen	50 000.–	50 000.–	25 000.–

SSD/Sozialamt: Förderbereich Soziales

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Bereich Soziales	50 000.–	47 772.–	30 248.–

SSD/Gesundheitsamt: Förderbereich Gesundheit

Bezeichnung	Vergabesumme Budget 2025	Vergabungen 2024	Vergabungen 2023
Bereich Gesundheit	50 000.–	29 110.–	27 280.–

Das Amt für Arbeit stellt Swisslos im Rahmen der Rechenschaftsablegung jährlich eine Liste mit den in den verschiedenen Förderbereichen erfolgten Vergabungen zu. Die Vergabeliste wird im Internet von Swisslos und vom Amt für Arbeit veröffentlicht.

Vergabungen in den Förderbereichen:	2024	2023
Kultur	800 524.–	807 135.–
Denkmalpflege	26 780.–	100 293.–
Sozialwesen	41 212.–	30 248.–
Gesundheitswesen	32 170.–	27 280.–
Bildung/Forschung	80 358.–	80 214.–
Umwelt/Entwicklungshilfe	131 000.–	74 815.–
Sport	689 280.–	745 598.–
Total	1 801 324.–	1 865 583.–

4210 Abteilung Migration

Ständige ausländische Wohnbevölkerung: leichte Zunahme

Im Berichtsjahr nahm die ständige ausländische Wohnbevölkerung sowohl bei den Staatsangehörigen aus der EU/EFTA (+ 2,2 Prozent) als auch bei jenen aus Drittstaaten (+ 1,3 Prozent) leicht zu (total + 2,0 Prozent). Zur ständigen Wohnbevölkerung zählen nur Personen, welche sich länger als zwölf Monate ohne Unterbruch in der Schweiz aufhalten.

Ständige ausländische Wohnbevölkerung EU/EFTA und Drittstaaten:

	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
aus EU/EFTA-Staaten	4 679	4 782	+ 2,2
aus Drittstaaten	1 829	1 853	+ 1,3
Total	6 508	6 635	+ 2,0

Quelle: SEM Statistik 2-10, Stand: 30. November 2025: Vergleich Endmonatsbestand November 2024 mit Endmonatsbestand November 2025

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Einwohnergemeinden:

Einwohner- gemeinde	Total	Total	C-Ausweis*		B-Ausweis**		L-Ausweise***	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025
Sarnen	1 882	1 947	1 023	1 052	852	884	7	11
Kerns	751	798	367	393	380	400	4	5
Sachsln	666	666	401	394	262	265	3	7
Alpnach	1 160	1 211	629	658	525	542	6	11
Giswil	493	485	224	225	262	253	7	7
Lungern	239	244	96	99	142	145	1	0
Engelberg	1 330	1 305	427	402	864	876	39	27
Total	6 521	6 656	3 167	3 223	3 287	3 365	67	68

Quelle: SEM Statistik Stand: 31. Dezember 2025, nicht publiziert

* C-Ausweis = Niederlassungsbewilligung ** B-Ausweis = Aufenthaltsbewilligung *** L-Ausweis = Kurzaufenthaltsbewilligung < als 1 Jahr

Ständige ausländische Wohnbevölkerung aus der EU/EFTA nach Ländern

Bei den EU/EFTA-Bürgern betrug die Nettozuwanderung im Berichtsjahr 103 Personen, womit sich der Personenbestand neu auf total 4 782 Personen belief (+ 2,2 Prozent). Wie in den vergangenen Jahren fiel der grösste Anteil an zugewanderten Staatsangehörigen aus der EU/EFTA auf Deutschland, Portugal und Italien.

Herkunftsländer EU/EFTA	2024	2025
Deutschland	1 618	1 671
Portugal	1 075	1 034
Italien	462	475
Spanien	169	189
Österreich	157	149
Kroatien	149	142
Niederlande	133	142
Schweden	135	135
übrige EU/EFTA	781	845
Total	4 679	4 782

Quelle: SEM Statistik 2-20, Stand: 30. November 2025

Ständige ausländische Wohnbevölkerung aus Drittstaaten nach Ländern

Bei den Drittstaatsangehörigen nahm die Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls geringfügig zu und erhöhte sich um 24 Personen auf insgesamt 1 853 Personen (+ 1,3 Prozent). Die vier am häufigsten vertretenen Nationen aus Drittstaaten stammen aus Kosovo, Nordmazedonien, Sri Lanka und Eritrea.

Herkunftsländer Drittstaaten	2024	2025
Kosovo	330	329
Nordmazedonien	223	223
Sri Lanka	153	153
Eritrea	151	153
Türkei	106	117
UK (Vereinigtes Königreich)	79	85
Russland	71	83
Serbien	77	71
Bosnien und Herzegowina	71	65
übrige Drittstaaten	568	574
Total	1 829	1 853

Quelle: SEM Statistik 2-20, Stand: 30. November 2025

Vorübergehende ausländische Wohnbevölkerung: weniger Asylverfahren

Die Anzahl Asylverfahren stieg in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr leicht an. Der Kanton profitiert nach wie vor davon, dass auf dem Glaubenberg ein Bundesasylzentrum betrieben wird und deshalb nur eine stark reduzierte Anzahl an Zuweisungen von asylsuchenden Personen an den Kanton erfolgt. Obwohl im Berichtsjahr schweizweit eine leichte Zunahme an Asylgesuchen zu verzeichnen war, nahmen im Kanton Obwalden die Anzahl Zuweisungen gegenüber dem Jahr 2024 leicht ab (- 8,3 Prozent).

Bestandeszahlen im Asylprozess:	2024	2025
Asylverfahren laufend (N-Ausweis)	13	10
Asylverfahren beendet (F-Ausweis)	119	111

Quelle: SEM Statistik 6-10 (N- und F-Ausweise), Stand 30. November 2025

Schutzstatus S: geringfügige Zunahme beim Personenbestand und bei der Erwerbsquote

Die Anzahl zugewanderter Personen mit Schutzstatus S belief sich in der Schweiz auf insgesamt 71 248 Personen (+ 6,3 Prozent). Im Kanton Obwalden betrug die Zunahme 3,8 Prozent und lag somit unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Bestandeszahlen Schutzstatus S:	2024	2025
Vorübergehender Schutz (S-Ausweis)	209	217

Quelle: SEM-Statistik 6-24 (S-Ausweise), Stand 30. November 2025

Die zahlreichen Mutationen im ausländerrechtlichen Erfassungssystem für Personen mit Schutzstatus S wegen Ein- und Ausreisen, Aufnahme sowie Beendigung der Erwerbstätigkeit, Adressänderungen etc. sowie die aufwändige Fallbearbeitung (z.B. Organisation der Ein- und Ausreisen, Abklärungen mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) zum Aufenthaltsstatus, Überprüfung, ob sich eine Person weiterhin

in Obwalden bzw. in der Schweiz aufhält oder nicht etc.) führten dazu, dass der Stellenetat der Abteilung Migration auch in diesem Jahr erhöht werden musste.

Ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen: leichte Zunahme an Vorfällen

Im Berichtsjahr wurden gegen sieben Personen Zwangsmassnahmen wegen illegaler Erwerbstätigkeit oder wegen Diebstahls angeordnet. Alle Personen wurden aus dem Gebiet der Schweiz, der Europäischen Union sowie des Schengenraums weggewiesen oder teilweise mit Zwang ausgeschafft und mit mehrjährigen Einreiseverboten belegt.

Im Zusammenhang mit Personen, die in der Asylunterkunft Glaubenberg untergebracht waren, musste die Abteilung Migration wiederholt aktiv werden. Fünf Personen wurden aus dem Kantonsgebiet Obwalden ausgegrenzt und zwei Personen auf das Gebiet Glaubenberg eingegrenzt.

Insgesamt wurden gegen 14 ausländische Personen (Vorjahr 11) Zwangsmassnahmen angewendet.

Zentrales Migrationsinformationssystem ZEMIS: weniger Mutationen als im Jahr 2024

Das zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) ist das führende Personenregister für ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz leben oder arbeiten. Das ZEMIS enthält mehr als zehn Millionen Personendatensätze. Werden in einem Datensatz mehrere Positionen geändert, so wird dies dennoch nur als eine Mutation gezählt.

ZEMIS Datenbank Mutationen durch den Kanton	2024	2025
Erfassungen und Mutationen im ZEMIS	8 146	7 369

Quelle: SEM-Betriebsstatistik Stand 31. Dezember 2025, nicht publiziert

Im Berichtsjahr wurden 1 719 Personen zum ersten Mal vom Kanton im ZEMIS erfasst. Es wurden 1 560 Erstbewilligungen erteilt und 1 643 bestehende Bewilligungen verlängert. Die restlichen 2 447 Mutationen betrafen Zu- und Wegzüge sowie verschiedene andere Sachverhalte.

Erfassung biometrischer Daten zur Produktion der Ausländerausweise: gute Auslastung der Station

Seit ein paar Jahren steht der Abteilung Migration eine eigene Station zur Erfassung der biometrischen Daten zur Verfügung. Die erfassten Daten bleiben während fünf Jahren gültig und müssen somit grundsätzlich frühestens nach Ablauf der Gültigkeit neu erfasst werden oder wenn sich die Daten der ausländischen Person verändern wie z.B. im Falle einer Namensänderung nach Heirat etc. Zieht eine Person aus der Schweiz ins Ausland und kehrt sie später wieder in die Schweiz zurück, bleibt der Datensatz während fünf Jahren weiterhin gültig und es müssen in dieser Zeit bei der Wiedereinreise keine neuen Daten erfasst werden. Wie die Anzahl an Mutationen im ZEMIS war im Berichtsjahr auch die Anzahl an Erfassungen von biometrischen Daten leicht rückläufig, obwohl der Bestand der ausländischen Bevölkerung in Obwalden leicht zugenommen hat.

Erfassungszahlen Migration	2024	2025
Erfassungen biometrischer Daten	1 725	1 393

Quelle: SEM-Biometriestatistik Stand 31. Dezember 2025, nicht publiziert

Arbeitsmarkt: Arbeitnehmende aus Drittstaaten

Dem Kanton stehen jährlich fünf B-Kontingente und acht L-Kontingente zur Verfügung. Im Jahr 2025 wurden dem Kanton vom Bund zusätzlich 40 L-Kontingente erteilt. Von den insgesamt 48 L-Kontingen-ten wurden 45 für ausländische Spezialitätenköche ausgeschöpft.

Die Erwerbsquote von Personen mit Schutzstatus S stieg im Berichtsjahr leicht an und erreichte mit 80 erwerbstätigen Personen (Vorjahr 73 Personen) 55,9 Prozent (Vorjahr 54,5 Prozent). Damit übertraf der Kanton Obwalden wie bereits im Vorjahr die vom Bund vorgegebenen Zielwerte für die Arbeitsmarktintegration (45 Prozent allgemein und neu 50 Prozent für Personen, die sich seit mindestens drei Jahren in der Schweiz aufhalten). Die Bundesvorgaben wurden nur noch von den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Nidwalden und Glarus erreicht.

4220 Technische Inspektorate

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz: Leistungsvereinbarung erfüllt

Im Rahmen eines Audits im Jahr 2024 stellte das SECO fest, dass das Arbeitsinspektorat für die ihm obliegenden Tätigkeiten unterbesetzt sei. Das SECO forderte die Technischen Inspektorate deshalb auf, um genügend Personalressourcen für den Vollzug des Arbeitsgesetzes im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz besorgt zu sein. Die heute vorhandenen Ressourcen verlangen eine Priorisierung der Vollzugsaufgaben in den Bereichen präventiver Brandschutz sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Zur Verbesserung der Ressourcensituation beantragte der Regierungsrat mit dem Budget 2025 zusätzlich 0,6 unbefristete Stellen, welche vom Kantonsrat bewilligt wurden.

Im Berichtsjahr konnten die Kontrollvorgaben gemäss Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) für den Vollzug der Vorschriften über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) eingehalten werden. Aufgrund von Meldungen aus der Bevölkerung wurden im Jahr 2025 vorwiegend Kindertagesstätten überprüft.

Das Jahr 2025 war wie das Vorjahr geprägt von einem sehr hohen Aufwand für das Bearbeiten von Planunterlagen und für die Durchführung von Betriebsbesuchen. Aufgrund der grossen Menge an Baugesuchen konnten trotz der zusätzlichen Stellenprozente auch in diesem Jahr nicht alle fertiggestellten Bauprojekte durch eine Abnahmekontrolle termingerecht überprüft werden. Im Weiteren wurden die Technischen Inspektorate in vielen Fällen für Abklärungen im Zusammenhang mit den gesetzlichen Anforderungen an die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden beigezogen.

Betriebsbesuche in	2024	2025
industriellen Betrieben	7	4
nichtindustriellen Betrieben	88	74
Total Betriebsbesuche	95	78

Arbeits- und Ruhezeit: Vermehrt Anfragen

Die Anzahl der Gesuche um Arbeitszeitbewilligungen ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bei den meisten Arbeitszeitbewilligungen handelte es sich um kurzfristige Bewilligungen für spezifische Tätigkeiten an Sonntagen. Die Ausnahmbewilligungen wurden mehrheitlich aus sicherheitstechnischen Gründen oder zur Aufrechterhaltung der Produktion erteilt.

	2024	2025
Sonntagsarbeit	30	34
Nachtarbeit	9	10
3-Schicht	2	2
Total Arbeitszeitbewilligungen	41	46

Planbegutachtungen und -genehmigungen: unverändert hohe Anzahl Bauvorhaben

Die Planbegutachtungen und Plangenehmigungen gemäss Arbeitsgesetz (ArG; SR 822.11) geben den Planenden die Möglichkeit, bereits vor Baubeginn die gesetzlichen Vorgaben der Arbeitssicherheit zu berücksichtigen. Deshalb ziehen die Bauherrschaften in der Planungsphase regelmässig die Technischen Inspektorate bei und lassen sich von diesen fachlich beraten und die geplanten Projekte begutachten. Diese Tätigkeit ist sehr aufwändig und zeitintensiv. Im Berichtsjahr waren 78 Bauprojekte bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu begutachten. Die grosse Anzahl von Baugesuchen führte nicht nur zu unerwünschten Verzögerungen, sondern auch zu einer grossen Mehrbelastung des bereits stark ausgelasteten Teams.

	2024	2025
Planbegutachtung gewerbliche Betriebe	78	75
Plangenehmigung industrielle Betriebe	2	3
Total Planbegutachtungen / Plangenehmigungen nach Arbeitsgesetz	80	78

Betriebliches Gesundheitsmanagement: Pilotprojekt gestartet

Gesundheitsbedingte Absenzen am Arbeitsplatz haben in der Arbeitswelt markant zugenommen und machen den grössten Teil des jährlichen Absenzenvolumens der Arbeitnehmenden in der Schweiz aus. Diese Absenzen verursachen hohe Kosten und belasten die Wirtschaft und den Staat erheblich. Das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) ist darauf ausgerichtet, die Gesundheit am Arbeitsplatz zu fördern und zu stärken, um krankheits- und unfallbedingte Absenzen zu verringern. Das Gesundheitsamt und die Technischen Inspektorate sind in diesem Bereich ebenfalls aktiv und unterstützen im Rahmen eines auf drei Jahre befristeten Pilotprojekts das Forum BGM Zentralschweiz mit einem finanziellen Beitrag. Das Projekt ermöglicht es dem Kanton, auf die Strategien des Forums einzuwirken, dessen Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und Unternehmen für Anfragen und Unterstützung im BGM auf das Forum weiter zu verweisen.

Kantonaler Brandschutz: Erneut starke Zunahme an Baugesuchen und Kontrollen von Brandschutzeinrichtungen

Die Anzahl der zu bearbeitenden Baugesuche nahm im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Einige der Gesuche waren aufgrund ihrer Grösse und Komplexität zudem fachlich sehr anspruchsvoll und zeitintensiv. Die Technischen Inspektorate mussten im Berichtsjahr zum wiederholten Mal feststellen, dass bei vielen Fachplanern das Fachwissen für das selbstständige Festlegen von Brandschutzmassnahmen fehlt. Dies führte dazu, dass die Technischen Inspektorate in vielen Bauprojekten zeitaufwändige Beratungen erbringen und/oder Baugesuche zur Überarbeitung zurückweisen und erneut prüfen mussten. Da mit den vorhandenen Ressourcen eine Priorisierung der Aufgaben zwingend nötig ist, konnten im Berichtsjahr – wie bereits in den Vorjahren – nicht alle fertiggestellten Bauprojekte durch eine Abnahmekontrolle überprüft werden. Zusätzlich musste im Berichtsjahr eine grössere Anzahl von Brandmeldeanlagen auf ihre korrekte Ausführung überprüft werden.

	2024	2025
Baugesuche Baupläne	85	98
Planbesprechungen	100	82
Feuerschau/Brandschutzkontrollen	67	94
Kontrollen Sprinkleranlagen	7	8
Kontrollen Brandmeldeanlagen	29	31

Die kantonale Gesetzgebung schreibt vor, dass der Kanton Bauten, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen, je nach Grad der Gefährdung in der Regel alle fünf bis zehn Jahre zu kontrollieren hat. Im Zuständigkeitsbereich des Kantons liegen rund 1 000 Gebäude mit erhöhtem Brandrisiko, welche periodisch zu kontrollieren wären. Um die Vorgaben zum Kontrollrhythmus vollumfänglich einhalten zu können, müssten die Technischen Inspektorate jährlich rund 100 Gebäude kontrollieren. Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahren einerseits periodische Kontrollen von Gebäuden mit erhöhter Personengefährdung (Hotels, Spitäler, Altersheime, Räume mit grosser Personenbelegung, Verkaufsgeschäfte etc.) priorisiert und andererseits zum Ziel gesetzt, je nach Kapazitäten und Mittel mindestens zehn Gebäude pro Jahr einer periodischen Kontrolle zu unterziehen. Zur Verbesserung der Ressourcensituation beantragte der Regierungsrat mit dem Budget 2025 zusätzlich 0,6 unbefristete Stellen, welche vom Kantonsrat bewilligt wurden.

Messwesen: Zielvorgabe METAS erfüllt

Der Kanton Luzern übernimmt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton Obwalden die Aufgaben, die sich aus dem Bundesgesetz über das Messwesen (MessG; SR 941.20) ergeben. Die Vollzugsvorgaben des Eidgenössischen Instituts für Metrologie (METAS) für das Jahr 2025, namentlich die Einführung der neuen Datenbank und die Umsetzung der neuen Kategorien im Tätigkeitsbericht zu den Kontrollen von Fertigpackungen und Offenverkauf sowie die Kontrollen/Informationen der Messmittelhalter im Zusammenhang mit der Aufhebung der zwei Gramm-Ausnahmeregelung konnten vorschriftsgemäss umgesetzt werden. Insgesamt wurden 222 Waagen geeicht, wobei die Beanstandungsquote 15,5 Prozent betrug und damit dem schweizweiten Durchschnitt entsprach. Weiter wurden Lebensmittelzähler, Mineralölzähler auf Fahrzeugen, 109 Zapfpistolen von Tankstellen und 44 Abgasgeräte geeicht. Insgesamt wurden im Rahmen der Marktüberwachung keine Verstösse festgestellt. Parallel zur Eichfähigkeit wurde in den besuchten Betrieben die Einhaltung der Vorschriften im Offenverkauf und bei Fertigpackungen überprüft. Die Technischen Inspektorate blicken auch dieses Jahr dankend auf einen sehr guten Austausch und eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Eichamt Luzern zurück.

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und informiert Bäuerinnen und Landwirte bei Vollzugsfragen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Agrarpolitik und ist zuständig für den Vollzug der Direktzahlungen. Weiter ist es zuständig für den Vollzug des Boden- und Pachtrechts sowie der landwirtschaftlichen Grundstückschätzungen, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite) sowie der Betriebshilfedarlehen. Es wirkt mit bei der Beurteilung von Baugesuchen sowie von Gesuchen der Landwirtschaft für nicht versicherbare Elementarschäden und Finanzhilfen für Hilfswerke. Die Abteilung Umwelt vollzieht und koordiniert die kantonalen Umwelt- und Gewässerschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Umweltverträglichkeit, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge, Nichtionisierende Strahlung, Abfallbewirtschaftung, belastete Standorte, Bodenschutz sowie invasive gebietsfremde Organismen. Im Gewässerschutz sind es die Überwachung und der Schutz der Fliessgewässer und Seen, die Siedlungsentwässerung und Abwasserbeseitigung, der Grund- und Trinkwasserschutz, die Wärmenutzung aus Wasser und Boden sowie die Kontrolle der Tankanlagen. Im Weiteren ist die Abteilung Umwelt zuständig für die Fischerei, schützt und bewirtschaftet die Fischgewässer und stellt Fischereipatente aus.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte Landwirtschaft	Stand der Bearbeitung
Umsetzung Agrarpolitik	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung landwirtschaftliches Verordnungspaket (Massnahmen 2025) Kommentar: Fortsetzung der Agrarpolitik 2022+, diese wird voraussichtlich bis 2030 jährlich aktualisiert. Ab 2030 soll die Agrarpolitik 2022+ von der grundlegend neu entwickelten Agrarpolitik 2030+ abgelöst werden.
Umsetzung Energie- und Klimakonzept 2035 im Bereich Landwirtschaft	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung der Klimamassnahmen Kommentar: Die methanreduzierende sowie die betriebs- und grünlandbasierte Fütterung und der Anbau von Kulturen für die direkte menschliche Ernährung werden finanziell unterstützt.

Schwerpunkte Umwelt	Stand der Bearbeitung
Aktualisierung der kantonalen Abfallplanung	Ausgeführte Aktivitäten: – Aktualisierung der Abfall- und Deponieplanung 2018, d.h. neuester Stand der Abfallzahlen – Anpassung der Ziele und Massnahmen Kommentar: 2026 folgt die Vernehmlassung bei den Einwohnergemeinden und dem Entsorgungszweckverband und schliesslich der Erlass durch den Regierungsrat.
Aktualisierung und Umsetzung Revitalisierungsplanung Fließgewässer und Seen	Ausgeführte Aktivitäten: – Aktualisierung und Plausibilisierung der Revitalisierungsplanung – Anpassung der Priorisierung der ausgewählten Gewässerstrecken Kommentar: Nach der Prüfung durch das Bundesamt für Umwelt und allfällig notwendigen Anpassungen soll die Planung Ende 2026 definitiv verabschiedet werden.
Erarbeitung und Umsetzung Konzept fischereiliche Bewirtschaftung der Fließgewässer und Seen	Ausgeführte Aktivitäten: – Untersuchung des Fischbestands in zwei weiteren Bächen im Rahmen des Bewirtschaftungskonzepts Fließgewässer Kommentar: Die Ergebnisse der Untersuchungen bilden die Grundlage für den Entscheid, ob ein Fischbesatz im betreffenden Gewässer notwendig ist oder nicht.
Aktualisierung Wärmenutzungskarte und Gewässerschutzkarte	Ausgeführte Aktivitäten: – Ergänzung der Wärmenutzungskarte auf dem WebGIS mit den Standorten der Erdsonden und Grundwasser-Wärmenutzungen – Aktualisierung und Veröffentlichung der Gesuchsformulare und Merkblätter in den Bereichen Wärmenutzung aus dem Untergrund sowie Bauen im Grundwasser Kommentar: Die Veröffentlichung der Wärmenutzungskarte erfolgt in der ersten Januarhälfte 2026.
Ausscheiden der Gewässerräume ausserhalb von Bauzonen	Ausgeführte Aktivitäten: – Anpassung der Ausführungsbestimmungen über die Ausscheidung der Gewässerräume – neue Zuständigkeit des Amts für Landwirtschaft und Umwelt

	Kommentar: Ab 2026 folgt die Konkretisierung der Arbeiten zur Ausscheidung der Gewässerräume (Auswahl der Gewässer, Festlegung des Verfahrens).
Aktualisierung und Ergänzung des Katasters der belasteten Standorte	Ausgeführte Aktivitäten: – Keine Kommentar: Zurückgestellt wegen knappen personellen Ressourcen.
Aktualisierung des Katasters der Industrie- und Gewerbebetriebe	Ausgeführte Aktivitäten: – Evaluation von verschiedenen Möglichkeiten – Entscheid für Erarbeitung eines WebGIS-basierten Katasters der Industrie- und Gewerbebetriebe für den Kanton Obwalden (IKAT) Kommentar: Der Projektstart der WebGIS-Applikation ist für Mitte 2026 geplant. Bis zum Projektstart erfolgt die Datenaufbereitung und die Identifizierung der relevanten Branchen und Betriebe.
Konzept Trinkwasserversorgung in schweren Mangel-lagen	Ausgeführte Aktivitäten: – Festlegung des schrittweisen Vorgehens zur Erarbeitung des Konzepts Kommentar: Als wichtige Grundlage soll 2026 die Aktualisierung des Wasserversorgungsatlasses angegangen werden.

4300 Amtsleitung

Projekt regionale Biodiversität und Landschaftsqualität wird entwickelt

Im Rahmen der Umsetzung der Agrarpolitik werden die beiden bisher getrennten Beitragsarten Vernetzungsbeitrag und Landschaftsqualitätsbeitrag zum neuen Beitrag für regionale Biodiversität und Landschaftsqualität (BrBL) zusammengeführt. 2028 soll der neue Beitrag eingeführt werden, als Voraussetzung müssen die Kantone regionale Projekte ausarbeiten und vom Bundesamt für Landwirtschaft genehmigen lassen. Die Entwicklung des Projekts regionale Biodiversität und Landschaftsqualität Obwalden hat begonnen und soll bereits 2026 zur Vorprüfung eingereicht werden. In Teilbereichen erfolgt eine Zusammenarbeit unter den Zentralschweizer Kantonen, mit der Absicht, die Massnahmen und deren Beitragsansätze einheitlich zu gestalten.

Mindestabstände von Tierhaltungsanlagen sind herausfordernd für Bauprojekte

Die Bestimmungen der Luftreinhalteverordnung (SR 814.318.142.1) hinsichtlich Geruchsimmissionen von Tierhaltungsanlagen sind vage formuliert. Einerseits konkretisieren mittlerweile einige Rechtsprechungen diese Anforderungen. Andererseits berücksichtigen neue Grundlagen die Vielfalt von Einzelquellen, veränderte Haltungssysteme, das Abklingen von Geruch mit der Distanz und die Standortbewertung. Im Kanton Obwalden befinden sich zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe in der Nähe von Bauzonen, was die Einhaltung der Mindestabstände bei Bauprojekten herausfordernd macht. Hingegen ergibt

sich bei einem konsequenten Vollzug für Betriebe und Anwohner eine bessere Planungs- und Investitionssicherheit.

4311 Beratung

Weiterbildung

Im Berichtsjahr nahmen 645 Bäuerinnen, Landwirtinnen und Landwirte aus Obwalden an den 50 Informations- und Weiterbildungsanlässen teil. Vor allem interessierten die Informationsanlässe zum Pachtrecht und zur Verbuschungsproblematik auf Sömmerungsbetrieben. Weiter wurde über Themen wie die Mutterkuhhaltung, den Obstbaumschnitt und die Hofübergabe informiert und diskutiert. Die Veranstaltungen werden von den kantonalen landwirtschaftlichen Beratungsdiensten Obwalden, Nidwalden und Uri in Zusammenarbeit mit den kantonalen landwirtschaftlichen Organisationen angeboten. Nebst dem umfassenden Weiterbildungsprogramm für Bäuerinnen, Landwirtinnen und Landwirte, welches jeweils als Flyer gedruckt an die Interessenten versendet wird und auch digital abgerufen werden kann, wurden die Landwirtschaftsbetriebe mit vier Newslettern über aktuelle landwirtschaftliche Themen informiert.

Gebietsüberwachung

Im Rahmen der Gebietsüberwachung, welche die Kantone aufgrund der Vorgaben der eidgenössischen Pflanzengesundheitsverordnung (SR 916.20) alljährlich auszuführen haben, wurden drei Quarantäneorganismen kontrolliert. Quarantäneorganismen sind besonders gefährliche Schadorganismen von potenziell grosser wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Bedeutung, die in der Schweiz nicht oder nur lokal auftreten. Deshalb gilt für sie in der Schweiz eine allgemeine Melde- und Bekämpfungspflicht.

Im Jahr 2025 waren das Feuerbakterium, der Japankäfer und der Maiswurzelbohrer während der Vegetationszeit mit Pheromonfallen zu kontrollieren. Es kam zu Fängen von Maiswurzelbohrern. Der Japankäfer und das Feuerbakterium wurden nicht nachgewiesen. Der Japankäfer ist in der Schweiz aber weiter auf dem Vormarsch und wird Obwalden in absehbarer Zeit erreichen. Der Maiswurzelbohrer gilt ab 2026 nicht mehr als Quarantäneorganismus, dessen Bekämpfung wird neu in der Verordnung über koordinierte Massnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen der Kulturpflanzen (SR 916.23) geregelt. Der Anbau von Mais auf derselben Fläche ist künftig nur erlaubt, wenn das erste Anbaujahr Mais auf den Wiesenumbbruch erfolgt und die Anzahl Käfer pro Falle im Kanton Obwalden unter 250 bleibt.

Herdenschutzberatung

Die Wolfspopulation in der Schweiz nimmt weiterhin zu und im Kanton Obwalden wurde im Februar 2025 mittels Fotofallen erstmals ein Wolfspaar nachgewiesen. DNA-Proben ergaben, dass es sich um ein weibliches und ein männliches Tier handelt, welche aus unterschiedlichen Regionen stammen. Das Männchen mit der amtlichen Bezeichnung M491 wurde im August 2024 im Urserental (Kanton Uri) nachgewiesen. Das Weibchen, F184, stammt aus einem Wurf von 2023 im Nanz-Rudel (Kanton Wallis). Am 13. Dezember 2025 tappten im östlichen Sarneraatal vier Wölfe gemeinsam in eine Fotofalle. Damit ist erstmals ein Wolfsrudel im Kanton Obwalden nachgewiesen. Das „Klein-Melchtal-Rudel“ hat sich im Gebiet zwischen Sachseln und Giswil auf der östlichen Seite des Sarnersees angesiedelt.

Im Juni in Engelberg und im September im Melchtal und in Engelberg wurden insgesamt 32 Schafe von einem Wolf gerissen. Ein Alpbetrieb in Engelberg hat im Juni wegen Wolfsrissen abgealpt und nach dem Ergreifen von Herdenschutzmassnahmen die Schafe wieder aufgetrieben.

Nachdem der Bund die Verantwortung für den Herdenschutz teilweise an die Kantone übertragen hat, haben umliegende Kantone zur Koordination ihrer Aufgaben gemeinsam einen interkantonalen Herdenschutzkoordinator eingesetzt. Dieser trat seine Stelle am 1. August 2025 an und ist zuständig für die Kantone Uri, Luzern, Schwyz, Nidwalden, Zug und Aargau. Aufgrund der hohen Kosten und den eigens zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen beteiligt sich der Kanton Obwalden zurzeit nicht an dieser überkantonalen Koordinationsstelle und nimmt die Aufgaben im Herdenschutz selbstständig wahr.

Im Berichtsjahr hat die Herdenschutzberatung für 33 Alpbetriebe, die mehr als eine Grossvieheinheit (GVE) Schafe oder Ziegen sömmeren, einzelbetriebliche Herdenschutzkonzepte erstellt. Als Grundlage dazu dient das „Herdenschutzkonzept Obwalden 2025“. Damit werden die Bestimmungen der

Jagdverordnung (JSV; SR 922.01) umgesetzt und viele Fragen zum Schutz von Nutztieren und zur Verhütung von Schäden durch Grossraubtiere geklärt. Im Zusammenhang mit Sparmassnahmen zur Sanierung des Finanzhaushalts des Bundes wurde der Bundesbeitrag an den Herdenschutz im Jahr 2025 auf 50 Prozent gesenkt. Es konnten Fr. 38 556.– an Bundesmitteln für Herdenschutzmassnahmen in Obwalden eingesetzt werden.

Das zur Haltung von Herdenschutzhunden erforderliche Sicherheitsgutachten wurde auf einem Heimbetrieb nach Bissvorfällen durch die Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL) überprüft und ergänzt. Der Einsatz der Herdenschutzhunde auf der Fürenalp in Engelberg verlief im Alpsommer 2025 problemlos.

4312 Strukturverbesserungen, Bodenrecht und landwirtschaftliche Schätzungen

Der Investitionsbedarf ist weiterhin gross

Der Landwirtschaft stehen öffentliche Finanzhilfen in Form von rückzuzahlenden, zinslosen Investitionskrediten (IK) sowie Beiträgen (à-fonds-perdu) für Strukturverbesserungsmassnahmen zur Verfügung. Zur Gewährung dieser Finanzhilfen hat das Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Finanzier- und Tragbarkeit von Bauvorhaben zu prüfen. Ende 2025 waren 88 Projekte für eine Unterstützung mit Strukturverbesserungsbeiträgen von Bund und Kanton angemeldet. Ab 2026 beginnt auf Stufe Bund eine neue Budgetperiode, in welcher der Kanton Obwalden von mehr Mitteln bei den Strukturverbesserungsbeiträgen profitieren kann. Sofern die kantonale Gegenleistung gewährt werden kann und die notwendigen Baubewilligungen vorliegen, wird sich die Warteliste trotz weiterer Projekte von fünf auf voraussichtlich vier Jahre verkürzen.

Gesamthaft wurden im Jahr 2025 weniger Mittel von Bund und Kanton zugesichert als in den vorangehenden Jahren, dies liegt einerseits an der beschränkten Verfügbarkeit der Mittel, andererseits auch an den länger dauernden Planungs- und Baubewilligungsphasen, welche Projekte verzögern.

Ausbezahlte Finanzhilfen 2025 in Franken

Kategorien	Finanzhilfen Investitionskredite ¹⁾	Finanzhilfen Beiträge Bund	Finanzhilfen Beiträge Kanton
Heimställe (Neu- und Umbauten)	640 800.–	148 645.–	148 645.–
Wohnhäuser (Neu- und Umbauten)	163 000.–		
Starthilfen für Junglandwirte (Betriebsübernahmen)	1 425 000.–		
Alpgebäude und IK Maschinenkauf	323 000.–	30 000.–	74 000.–
Wasserversorgungen und Stromversorgung	200 000.–	481 800.–	470 400.–
Erschliessungen		60 120.–	54 108.–
Lebensmittelverarbeitungsbetriebe		278 400.–	228 600.–
Klimamassnahmen	70 600.–		
Total	2 822 400.–	998 965.–	975 753.–

1) 100 Prozent Bundesmittel

Praxishandbuch zum Vollzug von Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft

In den vergangenen Jahren wurden laufend neue Massnahmen in die Verordnung über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft aufgenommen, so dass sich die Frage gestellt hat, ob die kantonalen Ausführungsbestimmungen über die Strukturverbesserungen mit Finanzhilfen (GDB 921.112) angepasst

werden müssen. Nach eingehender Prüfung kam das Amt für Landwirtschaft und Umwelt zum Schluss, dass diese aktuell belassen werden können. Ergänzend wurde ein Praxishandbuch zum Vollzug von Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft erlassen, gestützt auf Art. 5 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bürgerlichen Boden- und Pachtrecht (kantonales Landwirtschaftsgesetz [kLwG; GDB 921.1]).

Ausgeführte Schätzungsaufträge

Schätzungsaufträge	2024		2025	
	Anzahl Aufträge	Anzahl Grundstücke	Anzahl Aufträge	Anzahl Grundstücke
Ertragswert und Belastungsgrenze	52	135	42	108
Verkehrswert (separat oder kombiniert mit Ertragswert)	19	32	14	59
Nur Steuerwert	39	142	56	249
Projektschätzungen	7	7	13	20
Total	117	316	125	436

Erhöhung Stellenprozente für Schätzungen

In den vergangenen Jahren konnten pro Jahr zwischen 100 und 140 Schätzungsaufträge bearbeitet werden. Davon reine Steuerschätzungen jeweils zwischen 30 und 40, wobei auch die Ertragswertschätzungen für die Steuerwerte verwendet werden können (der Ertragswert ist zugleich der Steuerwert).

Pro Jahr wurden bisher für rund 140 Grundstücke die Steuerwerte neu bestimmt, jedoch werden fast ebenso viele Grundstücke für eine neue Steuerschätzung angemeldet. Um insbesondere die Steuerschätzungen fristgerechter bearbeiten zu können, hat der Kantonsrat eine Erhöhung des Stellenetats um 40 Prozent, befristet auf zwei Jahre, ab 2025 bewilligt. Dieses Pensum konnte ab dem 15. April 2025 durch einen zusätzlichen Mitarbeiter besetzt werden und zeigt erfreulicherweise bereits deutlich Wirkung.

Behandelte Bodenrechtsgesuche 2025

	2024	2025
Abparzellierung und Entlassungen aus dem BGGB von Wohnhäusern ausserhalb der Bauzone	7 Fälle	5 Fälle
Durchschnittliche abparzellierte Fläche	814 m ²	739 m ²
Abparzellierung von Baulandfläche	1 Fall	Kein Fall
Abparzellierte Fläche total	1 363 m ²	
Andere Abparzellierungen und Entlassungen aus dem BGGB	2 Fälle	1 Fall
Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Selbstbewirtschafter	15 Fälle	8 Fälle
Verfügung höchstzulässiger Erwerbspreis	5 Fälle	4 Fälle
Feststellungsverfügungen und weitere Fälle	9 Fälle	7 Fälle
Überschreitung der Belastungsgrenze	4 Fälle	4 Fälle
Bodenrechtsentscheide total	43 Fälle	29 Fälle

4321 Direktzahlungen

Zunahme der Beiträge pro Betrieb

Im Jahr 2025 wurden weder Beitragsansätze angepasst noch neue Direktzahlungsprogramme eingeführt. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass sich die Gesamtsumme der einzelnen Beitragsarten nur geringfügig verändert hat. Trotz leicht tieferer Gesamtsumme bei gleichzeitigem Rückgang der direktzahlungsberechtigten Ganzjahresbetriebe (- 14) und Sömmerungsbetriebe (- 2) haben sich die Beiträge pro Betrieb aufgrund der vermehrten Teilnahme an den einzelnen Programmen erhöht. Erstmals wurden durchschnittliche Beiträge von über Fr. 49 000.– pro Landwirtschaftsbetrieb und über Fr. 21 400.– pro Sömmerungsbetrieb erreicht.

Entwicklung Direktzahlungssumme Landwirtschaft Obwalden im Vergleich in Franken

	2022	2023	2024	2025
Direktzahlungen total	32 075 314.–	31 793 188.–	32 189 589.–	32 091 570.–
Anteil Kanton	292 174.–	293 176.–	294 868.–	292 636.–
Direktzahlungen pro Ganzjahresbetrieb	48 058.–	47 830.–	48 580.–	49 653.–
Direktzahlungen pro Sömmerungsbetrieb	21 125.–	21 167.–	21 145.–	21 434.–

Teilnahme der Landwirtschaftsbetriebe an den Klimamassnahmen nimmt zu

Im Mai 2024 verabschiedete der Kantonsrat einen Rahmenkredit zur Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035, welcher auch Massnahmen zur CO₂-Reduktion in der Obwaldner Landwirtschaft umfasst. Ab August 2024 konnten die Massnahmen LF1 (methanreduzierende Fütterungszusätze), LF2 (betriebs- und grünlandbasierte Fütterung) und LF3 (Kulturen für die menschliche Ernährung) umgesetzt werden.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt Beiträge in der Höhe von Fr. 78 000.– ausbezahlt (Auszahlung ab August). Die Anzahl der Teilnehmenden belief sich auf 93 bei LF1, 71 bei LF2 und 11 bei LF3. Im Jahr 2025 stiegen die Klimabeiträge infolge der ganzjährigen Auszahlung sowie aufgrund höherer Teilnehmerzahlen (LF1: 109, LF2: 83, LF3: 13) auf knapp Fr. 145 000.–.

Anpassung Kontrollkonzept ab 2026

Die Dienststelle Direktzahlungen, die zugleich als Kontrollkoordinationsstelle für die landwirtschaftlichen Kontrollen fungiert, hat im Jahr 2025 das Kontrollkonzept Obwalden überarbeitet. Ziel war eine Reduktion der Betriebsbesuche, um die Landwirte administrativ zu entlasten, ohne dabei Einbussen bei der Glaubwürdigkeit und Qualität der Kontrollen in Kauf zu nehmen.

Kern des neuen Kontrollkonzepts ist die Zusammenführung der Sommer- und Winterkontrollen auf Ganzjahresbetrieben, die Eingliederung der Labelkontrollen in die öffentlich-rechtlichen Kontrollen (Direktzahlungs- und Veterinärkontrolle) sowie die Integration des Gewässerschutzes in die Veterinärkontrolle. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone im landwirtschaftlichen Kontrollwesen dient das überarbeitete Kontrollkonzept Obwalden als Pilotprojekt.

Neues interkantonales Agrarinformationssystem

Im Berichtsjahr stand die bisherige Agrarinformationssysteme Agricola letztmals zur Verfügung. Ab 2026 wird Agricola durch das neue interkantonale Agrarinformationssystem (Nika) LAWIS Plus abgelöst. Für die Dienststelle Direktzahlungen bedeutet dies einen Wechsel der gewohnten Arbeitsumgebung, der vertrauten Werkzeuge und der etablierten Arbeitsabläufe.

Im Hinblick auf den Vollzug der Direktzahlungen 2026 mit LAWIS Plus wurde die Anmeldung für die Direktzahlungsprogramme 2026 bereits mit der neuen Software durchgeführt. Im Anschluss an die Sömmerungserhebung (die noch über Agricola lief), konnte die Programmanmeldung im August 2025 gestartet und abgeschlossen werden. Mit einer beeindruckenden Teilnahme von 100 Betrieben und einer

überraschend ruhigen Durchführung erlebten auch die Landwirte, wie intuitiv und verständlich neue Systeme sein können.

Der Softwarewechsel erforderte zahlreiche Stunden für das Testen, die Datenmigration und den Abgleich im LAWIS Plus. Im Weiteren mussten Datensätze und Dokumente der letzten zehn Jahre aus dem bisherigen System gesichert werden.

433 Umwelt

4330 Abteilungsleitung

Tunnelbaustellen im Fokus der Abteilung Umwelt

Nachdem 2024 bekannt wurde, dass einige der im Kanton Tessin festgestellten Umweltbelastungen durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) aus dem Entwässerungssystem des Ceneri-Basistunnels stammten, standen der Hochwasserentlastungsstollen Sarneraatal und der A8-Tunnel Kaiserstuhl im Fokus von Untersuchungen auf allfällig vorhandene Fremdstoffe. Glücklicherweise konnten in beiden Fällen weder im Ausbruchmaterial noch im Tunnelabwasser erhöhte Konzentrationen an PFAS gemessen werden.

Aus dem Erkundungsstollen für den A8-Tunnel Kaiserstuhl war bereits bekannt, dass das Ausbruchmaterial natürlicherweise erhöhte Konzentrationen an Kohlenwasserstoffen aufweist. Dies bestätigte sich bei den entsprechenden Untersuchungen, zudem wurden als Folge des Sprengvortriebs auch erhöhte Konzentrationen an Ammonium und Nitrit gemessen. In enger Zusammenarbeit mit der Projektleitung und der Umweltbaubegleitung wurde sichergestellt, dass das Ausbruchmaterial nur an Orten verwertet wird, wo eine Gefährdung von Gewässern und Böden ausgeschlossen werden kann.

4331 Gewässer- und Umweltschutz

Kontrolle von Mobilfunkanlagen bestätigt den rechtskonformen Betrieb

Der Widerstand gegen Mobilfunkanlagen wird im Kanton weiterhin heftig geführt mit Ausnutzung aller Rechtsmittel. Derweil bietet die sorgfältige umweltrechtliche Überprüfung von Gesuchen für die Neuerstellung, für die Änderung oder für Ausbauten von Anlagen sowie die Kontrolle von bestehenden Anlagen Gewähr dafür, dass deren Betrieb rechtskonform erfolgt.

Nachdem das Amt für Landwirtschaft und Umwelt im Vorjahr Mobilfunkanlagen einer Betreiberfirma baupolizeilich inspiziert hatte, wurden im Jahr 2025 Anlagen einer anderen Mobilfunkbetreiberin kontrolliert. Dabei wurde überprüft, ob die Anlagen gemäss den Bestimmungen der Baubewilligung erstellt wurden. In der Zentrale der Betreiberin wurde zudem kontrolliert, ob der aktuelle Betrieb der Anlagen mit den bewilligten Rahmenbedingungen und mit den von der Betreiberin gemeldeten Betriebsdaten übereinstimmt. Weder die baulichen Kontrollen noch die Überprüfung des Betriebs gaben Anlass zu Beanstandungen.

Aktualisierung Abfall- und Deponieplanung 2018

Gemäss dem Umweltschutzgesetz (SR 814.01) und der Abfallverordnung (SR 814.600) haben die Kantone eine Abfallplanung zu erstellen und periodisch nachzuführen. Die letzte Abfall- und Deponieplanung 2018 wurde im Dezember 2019 vom Regierungsrat erlassen, so dass 2025 eine Aktualisierung notwendig wurde. Bei dieser Aktualisierung wurden im Wesentlichen die Abfallzahlen auf den neusten Stand gebracht sowie die Ziele und Massnahmen der Abfallbewirtschaftung angepasst.

Die aktualisierte Abfall- und Deponieplanung geht Anfang Januar 2026 bei den Einwohnergemeinden und dem Entsorgungszweckverband Obwalden in die Vernehmlassung und wird anschliessend vom Regierungsrat erlassen.

Luftmessungen in Engelberg: Schadstoffbelastung durch Wintertourismus ist weniger hoch als vermutet

Während dem Jahr 2024 wurden an der Engelbergerstrasse in Engelberg, in der Nähe des Parkplatzes der Bergbahnen Engelberg-Trübsee-Titlis AG, Luftschadstoffmessungen durchgeführt. Die Resultate der

Messungen wurden im Herbst 2025 in einer Medienmitteilung von Umwelt Zentralschweiz publiziert (die Mitteilung und der Bericht sind auf der Homepage umwelt-zentralschweiz.ch verfügbar).

Ein wichtiger Grund für die Untersuchungen war die Hypothese, dass Kaltstart-Emissionen von Verbrenner-Fahrzeugen insbesondere in der Wintersaison einen bedeutenden Einfluss auf die Immissionen von Luftschadstoffen haben. Kaltstart-Emissionen entstehen dann, wenn die Abgaskatalysatoren in den ersten Fahrminuten ihre Betriebstemperatur noch nicht erreicht haben und somit ein Vielfaches der sonst üblichen Schadstoffmenge ausgestossen wird. Der Hauptanteil der Kaltstart-Emissionen verbleibt im Wohngebiet von Engelberg und stellt dort möglicherweise eine gesundheitliche Belastung dar. Die Messungen haben gezeigt, dass die Grenzwerte der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) nicht überschritten wurden. Die Stickoxide, die zu einem grossen Teil vom motorisierten Verkehr stammen, sind in Engelberg in den letzten Jahren allerdings deutlich weniger stark gesunken als an anderen Standorten. Das kann auf einen nennenswerten Anteil von Kaltstart-Emissionen zurückzuführen sein, insbesondere weil die Belastung in den Nachmittags- und Abendstunden der Winterwochenenden deutlich erhöht war. Die Feinstaubbelastung (PM10) war in Engelberg vergleichbar mit anderen Standorten und in den letzten Jahren ähnlich stark zurückgegangen wie im schweizweiten Vergleich. Zu den Feinstaubquellen zählen neben dem Verkehr auch Holzheizungen.

Die Asiatische Hornisse nun auch in Obwalden

Die Asiatische Hornisse ist auf dem Vormarsch. Sie wird in der Westschweiz mittlerweile schon häufig angetroffen und breitete sich in den vergangenen Jahren rasant in Richtung Zentral- und Ostschweiz aus. Die gebietsfremde und invasive Art stellt eine Gefahr für die einheimischen Bienen- und weitere Insektenarten dar, kann die Obst- und Rebenernte beeinträchtigen und im Siedlungsgebiet für Menschen sehr unangenehm werden. Im Herbst 2025 wurde nun auch in Obwalden erstmals ein Tier beobachtet, nach einer rund dreiwöchigen Suche durch Freiwillige konnte zudem ein Nest gefunden werden. Da das Nest in einer Höhe von rund 30 Metern in einer noch stark belaubten Baumkrone hing, konnte es nicht geborgen werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Jungbrut zum Zeitpunkt des Nestfunds bereits mehrheitlich ausgeflogen war.

Die kantonale Neobiota-fachstelle ist im Zusammenhang mit der Asiatischen Hornisse in engem Kontakt mit dem Verein Bienen Obwalden sowie mit weiteren kantonalen Fachstellen. Es ist davon auszugehen, dass die Asiatische Hornisse 2026 im Kanton Obwalden vermehrt auftreten wird. Beobachtungen von Tieren sollen auf der offiziellen Meldeplattform gemeldet werden. Wenn immer möglich, werden auch im kommenden Jahr die Nester gesucht und vernichtet.

Ausscheiden der Gewässerräume ausserhalb von Bauzonen

Die Ausscheidung der Gewässerräume ausserhalb der Bauzone war bis anhin Aufgabe des Amts für Wald und Landschaft. Bisher wurden diese Gewässerräume lediglich im Rahmen von Wasserbauprojekten ausgeschieden. Mit der 2025 vorgenommenen Änderung der Ausführungsbestimmungen über die Ausscheidung der Gewässerräume liegt die Zuständigkeit neu beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt. Damit wird berücksichtigt, dass die Ausscheidung der Gewässerräume ausserhalb der Bauzone primär Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung hat und in geringerem Masse den Hochwasserschutz betrifft.

In einem nächsten Schritt sind die übergeordneten Rahmenbedingungen für die Festlegung der Gewässerräume zu definieren, bevor in der Folge die erforderlichen Gewässerraumbreiten fachlich bestimmt werden. Die kantonsweite Ausscheidung der Gewässerräume stellt ein anspruchsvolles und zeitintensives Vorhaben dar, das mit erheblichem personellem und organisatorischem Aufwand verbunden sein wird.

Aktualisierung des Katasters der Industrie- und Gewerbebetriebe

Der Kataster der Industrie- und Gewerbebetriebe bietet eine Übersicht über die abwasserrelevanten Betriebe verschiedener Branchen im Kanton und bildet damit eine wichtige Grundlage für den Vollzug der Gewässerschutzbestimmungen. Im bestehenden, nicht mehr aktuellen Kataster sind rund 350 Betriebe erfasst. Mit der Implementierung eines neuen, WebGIS-basierten Katasters soll eine einfache, moderne und zugleich effiziente Lösung geschaffen werden. Der Schwerpunkt des Katasters liegt auf dem Anfall von besonderem Abwasser in den Betrieben und ermöglicht eine aussagekräftige räumliche Darstellung auf Gemeindeebene.

Die Entwicklung der Applikation ist im Sommer 2026 in Zusammenarbeit mit der GIS Daten AG vorgesehen. Parallel dazu erfolgt die Identifikation der relevanten Branchen und Betriebe und die Aufbereitung der vorhandenen Daten.

Aktualisierung der strategischen Revitalisierungsplanung Fliessgewässer

Gemäss Gewässerschutzgesetz muss die Revitalisierungsplanung der Fliessgewässer alle zwölf Jahre überarbeitet werden. Sie dient der zielgerichteten Förderung der Gewässerrevitalisierung und bildet die Grundlage für die Bemessung der Bundesbeiträge, welche für Revitalisierungsprojekte in Anspruch genommen werden können.

Auf Basis der aktualisierten Ökomorphologie wurde 2025 die GIS-Analyse überarbeitet, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachstellen plausibilisiert und die Priorisierung der ausgewählten Gewässerstrecken überprüft. Die aktualisierte Planung wird dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Prüfung vorgelegt und soll Ende 2026 vom Regierungsrat verabschiedet werden.

Algenwucherungen in der Sarneraa

Im Frühling wurde in der Sarneraa ein aussergewöhnlich starker Algenbewuchs festgestellt. Dieses Phänomen blieb auch in der Bevölkerung nicht unbemerkt und führte zu mehreren Anfragen an die Abteilung Umwelt. Die Situation wurde durch ein externes Fachbüro untersucht und der Verdacht bestätigt, dass der erhöhte Algenbewuchs mit grosser Wahrscheinlichkeit auf den geringen Abfluss sowie das durch die Schönwetterperiode hohe Lichtangebot zurückzuführen ist. Letzteres wirkt sich insbesondere aufgrund der entlang der Sarneraa häufig fehlenden Uferbestockung und der damit verbundenen mangelnden Beschattung direkt auf die für Wasserpflanzen verfügbare Lichtenergie aus.

Im Zuge des Klimawandels ist davon auszugehen, dass sich solche Situationen künftig häufen werden, da längere Trockenperioden und höhere Temperaturen die Algenentwicklung begünstigen. Eine ausreichende Uferbestockung gewinnt daher zunehmend an Bedeutung, da sie durch Beschattung das Algenwachstums bremst und insgesamt zur ökologischen Stabilität der Gewässer beiträgt.

4332 Fischerei

Ergänzung des Bewirtschaftungskonzepts Fliessgewässer

Bei der zeitgemässen fischereilichen Bewirtschaftung der Gewässer erfolgt der künstliche Besatz nur dort, wo sich die Fische nicht natürlich fortpflanzen können. Um die Kenntnisse über die Naturverlaidung in den heimischen Bächen zu erhalten, werden die Fischbestände mittels Elektroabfischungen erhoben. Wegen des erheblichen organisatorischen und personellen Aufwands können jährlich nicht mehr als zwei bis drei Bäche untersucht werden.

2025 erfolgten die Untersuchungen im Sewenbach (Abfluss Sewenseeli) und im Steinibach (Gebiet Alp Grund), beide auf dem Gemeindegebiet von Sarnen. In beiden Bächen konnte eine sich selbst erhaltende Bachforellenpopulation festgestellt werden, insbesondere im Steinibach erwies sich der Bestand als sehr gut. Somit kann in diesen Bächen künftig auf einen Besatz verzichtet werden, ausser nach besonderen Ereignissen wie beispielsweise grossen Winterhochwassern, welche einen grossen Teil des natürlichen Laichs vernichten können.

Erfolgreiche Durchführung des Eidgenössischen Fischereiaufseherkurses

Obwalden war 2025 Gastgeberkanton des jährlich stattfindenden Weiterbildungskurses für Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher. Rund 110 Personen aus der ganzen Schweiz trafen sich im August in Flüeli-Ranft zu Vorträgen und Workshops zum Schwerpunktthema Biodiversität der Fische. Zusammen mit dem Amt für Wald und Landschaft organisierte die Abteilung Umwelt auch eine Exkursion zu den laufenden Wasserbauprojekten an der Sarneraa unterhalb des Wichelsees und den Aufwertungen am Südufer des Alpnachersees.

4.5 Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*			
	2024		2025	
	mit Schul- verwaltung	LP	mit Schul- verwaltung	LP
Departementssekretariat	2.30 ¹		2.30 ¹	
Amt für Volks- und Mittelschulen	18.45 ²	38.16	18.45 ²	39.05
Amt für Berufsbildung	10.87	47.01	10.87	48.86
Amt für Kultur und Sport	7.30		7.30 ³	
Insgesamt	38.92	85.17	38.92	87.91

* Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹Departementssekretariat: zusätzlich 0.4 Vollzeitstellen für Projektarbeit Bildungsgesetz, befristet bis 31. Dezember 2028

²Amt für Volks- und Mittelschulen: zusätzlich 0.5 Vollzeitstellen für Schulische Sozialarbeit, befristet bis 31. Juli 2027

³Amt für Kultur und Sport: zusätzlich 0.4 Vollzeitstellen für Denkmalpflege befristet bis 31. Dezember 2026

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Sicherstellung der sozialen Stabilität

1.4.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Das Programm für die Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen ist erfolgreich gestartet.	erreicht

Chancengerechtigkeit

2.1.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Der politische Prozess zur Revision der Bildungsgesetzgebung wird unterstützt.	erreicht

Wirtschaft, Bildung und Forschung

3.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die langfristige Finanzierung des Instituts für Justizforschung ist geklärt.	erreicht

Transformation

4.1.1.	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die möglichen Formen der Weiterentwicklung der Obwaldner Museen sind definiert.	teilweise erreicht: Die Entwicklungsplanung ist vorläufig zurückgestellt (Priorisierung des dringlichen Sanierungsprojekts im Museum Obwalden). Der strategischer Austausch mit den Museen wird fortgeführt.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch mit den Schulleitungen und der Schulratspräsidienkonferenz statt. Im Berichtsjahr stellte das Departement zusammen mit den Einwohnergemeinden unter anderem eine dauerhafte Lösung für die Beschulung der Kinder mit Schutzstatus S, welche in der Kollektivunterkunft in Giswil untergebracht sind, sicher. Zur Umsetzung des Nachtrags des Bildungsgesetzes überarbeitete das Departement in Zusammenarbeit mit Schulen der Einwohnergemeinden diverse Ausführungsbestimmungen und Vollzugsrichtlinien.

In weiteren Bereichen wie dem Berufswahlprozess oder dem Bibliothekswesen findet auf operativer Ebene eine Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden statt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) arbeiten die Kantone auf politischer, aber auch auf Verwaltungsebene gut zusammen. Dieser fachliche Austausch erlaubt es, in Fach- und Vollzugsfragen von den Konzepten und Erfahrungen der anderen Kantone zu profitieren und so die breiten Aufgabenfelder trotz knapper Personalressourcen zu bearbeiten. Ein wichtiges Thema in der interkantonalen Zusammenarbeit war die Weiterentwicklung der Hochschule Luzern.

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren (EDK) hat anlässlich ihrer Jahresversammlung vom 30. Oktober über den Sprachenunterricht diskutiert und dazu eine Erklärung verabschiedet. Um den Sprachenunterricht zu verbessern, besteht aus Sicht der EDK Anpassungsbedarf bei den Bildungszielen und den Lehrplänen. Mit der Erklärung bekräftigt die EDK ihren Willen, die Koordination des Sprachenunterrichts sicherzustellen.

Überprüfung Bildungsgesetzgebung

Das in einem mehrjährigen Prozess umfassend überarbeitete Bildungsgesetz wurde vom Kantonsrat am 22. Mai 2025 verabschiedet. Die SVP ergriff in der Folge gegen den Gesetzesnachtrag das Referendum. Am 30. November 2025 stimmte das Obwaldner Stimmvolk dem Nachtrag mit 57,3 Prozent zu. Die weiteren Folgearbeiten werden nun angegangen.

Neue Kantonsbibliothek

Der Kantonsrat bewilligte am 23. Mai 2024 die langjährige Miete für die neue Kantonsbibliothek im ehemaligen Gebäude der Obwaldner Kantonalbank. In enger und sehr guter Zusammenarbeit mit der Bauherrschaft sowie den Architekten konnten die Bedürfnisse für eine moderne und kundenfreundliche Bibliothek im Berichtsjahr eingebracht und die laufenden Umbauarbeiten begleitet werden. Die Kantonsbibliothek wird das Gebäude termingerecht im Sommer 2026 beziehen können.

50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Tertiärstufe (Universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen sowie Höhere Berufsbildung), Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher in folgenden Bereichen: Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements; Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen; Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei; Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; Verwaltungssteuerung (Controlling).

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Überarbeitung Bildungsgesetzgebung	Ausgeführte Aktivitäten: – Begleitung des politischen Prozesses im Kantonsrat und der Volksabstimmung – Erarbeitung Folgerlasse Kommentar: Das Ziel wurde erreicht.
Begleitung des Instituts für Justizforschung in der Aufbauphase	Ausgeführte Aktivitäten: – Unterstützung Aufbau und Aktivitäten – Klärung künftige Governance und Finanzierung Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Nachtrag zur Verordnung über Leistungsangebote in den Bereichen der Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (Anpassung Kostenteiler separate Sonderschulung) i.V.m. Sicherheits- und Sozialdepartement	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung Vorlage Kommentar: Der Regierungsrat sistierte die weitere Bearbeitung des Verordnungsnachtrags bis Ergebnisse aus dem Projekt mit den Einwohnergemeinden zur Bereinigung des Finanzdefizits vorliegen.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bildungs- und Kulturdepartement)

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	12	15
Übertrag vom Vorjahr	1	4
Neueingänge	11	11

	2024	2025
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	4	2
– gutgeheissen		
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	1	1
– nicht eingetreten	3	1
Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats:	4	2
– abgeschrieben	4	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	4	11

Beschwerdeentscheide des Bildungs- und Kulturdepartements

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen	6	6
Übertrag vom Vorjahr	2	0
Neueingänge	4	6
Erledigt durch Entscheid des Departements:	5	4
– gutgeheissen		1
– teilweise gutgeheissen		
– abgewiesen	5	1
– nicht eingetreten		2
Erledigt ohne materiellen Entscheid des Departements:	1	2
– abgeschrieben	1	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	0

Vernehmlassungen

Neben den Stellungnahmen, die durch den Regierungsrat erfolgen, ist es dem Departement vorbehalten, Stellungnahmen direkt an die betreffenden Bundesstellen bzw. interkantonalen Konferenzen einzureichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen mit geringer politischer Relevanz und um sogenannte technische Geschäfte. Das Bildungs- und Kulturdepartement reichte im Berichtsjahr keine solche Stellungnahme ein.

Integrationsschule Giswil

Zur Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine stellte der Kanton in Giswil eine Kollektivunterkunft bereit und vermittelte Unterkünfte bei Privaten. Schulpflichtige Kinder in Gastfamilien besuchen die Gemeindeschulen in der Wohnortsgemeinde. Zur Unterstützung der Standortgemeinde der Kollektivunterkunft schuf das Bildungs- und Kulturdepartement mit Unterstützung der Einwohnergemeinden und der Schule Giswil eine Integrationsschule für die Kinder der Kollektivunterkunft. Der Betrieb der Schule wurde aufgrund der geringen Anzahl neu ankommender Schülerinnen und Schüler im Sommer 2025

eingestellt und die Kinder den Volksschulen zugewiesen. Im Weiteren wurde unter den Einwohnergemeinden ein Verteilmechanismus für neu eintreffende Kinder vereinbart.

Überführung des Instituts für Justizforschung

Seit 2022 führt der Kanton zusammen mit der Universität Luzern das Obwaldner Institut für Justizforschung in Sarnen. In der vierjährigen Aufbauphase konnte sich das schweizweit erste universitäre Institut mit diversen Veranstaltungen und einer regen Tätigkeit in Forschung und Lehre erfolgreich etablieren. Nach Abschluss der Aufbauphase wird die Trägerschaft des Instituts angepasst und das Institut in die Strukturen der Universität Luzern integriert. Dank dieser Straffung der Strukturen kann der Trägerverein Justizforschung Obwalden aufgelöst werden. Durch die neue Organisationsform verändert sich die Rolle des Kantons. Während die Universität Luzern neu für den Grundbetrieb zuständig ist, unterstützt der Kanton Obwalden die Forschungs- und Vermittlungsaktivitäten des Instituts direkt mit Mitteln aus dem Swisslos-Fonds. Der Regierungsrat stellt dafür je 100 000 Franken für die nächsten fünf Jahre bereit. Das Institut kann diese Beiträge mit Gesuchen für konkrete Forschungs- und Vermittlungsprojekte beantragen. Dies ermöglicht es dem Kanton, seine Mittel noch zielgerichteter einzusetzen.

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Aufsichts-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Schwerpunkte der Arbeiten liegen auf den Themen Schulaufsicht, Schulqualität, Lehrpersonenweiterbildung, Medien und Informatik, Lehrmittel und Sonderpädagogik. Die Abteilung Schuldienste umfasst den Schulpsychologischen Dienst, die Psychomotorische Therapiestelle und den Logopädischen Dienst. Der Schulpsychologische Dienst ist eine kinder- und jugendpsychologische Beratungsstelle für schulische und/oder erzieherische Fragestellungen im Spannungsfeld Eltern – Kind – Schule. Die Psychomotorische Therapiestelle befasst sich mit der psychomotorischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und führt Abklärungen, Therapien und Beratungen durch. Der Logopädische Dienst befasst sich mit Störungen der Kommunikation, der Sprache, des Sprechens und der Stimme und führt Abklärungen, Therapien und logopädische Beratungen durch. Die Abteilung Kantonsschule stellt die gymnasiale Bildung sicher.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Aufbau und Durchführung der begleiteten Selbstevaluation der Gemeindeschulen	Ausgeführte Aktivitäten: – Themensetzung in einer Schule – Planung der Evaluationsprojekte in weiteren Schulen Kommentar: Aufgrund einer personellen Vakanz wurde ein Grossteil der Arbeiten verschoben.
Überprüfung der kantonalen Vorgaben zur Beurteilung	Ausgeführte Aktivitäten: – Überarbeitung der Ausführungsbestimmungen Kommentar: Die Ziele wurden gemäss Planung erreicht.
Durchführung eines kantonalen Bildungstages	Ausgeführte Aktivitäten: – Planung und Organisation des Weiterbildungstages – Durchführung und Evaluation Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Überprüfung der Möglichkeiten der Stärkung der Qualität und des Angebots der schulergänzenden Tagesstrukturen	Ausgeführte Aktivitäten: – Kostenbeteiligung des Kantons im Rahmen des Nachtrags zum Bildungsgesetz – Erarbeitung Entwurf Ausführungsbestimmungen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Technische, methodische, didaktische und pädagogische Umsetzung von „bring your own device“ in den Unterricht der Kantonsschule	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausweisen digitaler Kompetenzen im neuen Lehrplan – Projektabschluss Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Erarbeitung Schulpersonalverordnung	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorabklärungen zu einzelnen Sachfragen Kommentar: Das Projekt wurde noch nicht gestartet.
Umsetzung EDK-Projekt „Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität“: Studentafel, Lehrpläne, Erlasse	Ausgeführte Aktivitäten: – Erarbeitung der Lehrpläne der Gymnasien – Begutachtung durch externen Fachexperten und AVM – Überarbeitung der Vereinbarungen – Information der Rektoren über weitere nötige Dokumente zur Wiederanerkennung Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Aufbau der Förderung und Überprüfung der basalen fachlichen Studienkompetenzen in Deutsch und Mathematik	Ausgeführte Aktivitäten: – Weisungen zur Förderung der basalen fachlichen Kompetenzen erlassen – Weiterbildung zum Thema für alle Obwaldner Gymnasiallehrpersonen am 29. November 2025 – Arbeiten für ein schuleigenes Konzept und dessen Umsetzung den Rektoren in Auftrag gegeben Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Förderung des fächerübergreifenden Unterrichts an der Kantonsschule	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausweisen von Interdisziplinarität und Bildung für nachhaltige Entwicklung im neuen Lehrplan – Konzept für eine interdisziplinäre Spezialwoche in Erarbeitung Kommentar: Das ursprüngliche Projekt wurde aufgrund des neuen Rahmenlehrplans neu ausgerichtet.
Umsetzung „Gemeinsames Prüfen“ an der Kantonschule	Ausgeführte Aktivitäten: – Überarbeitung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine harmonisierte Maturitätsprüfung

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Prüfungstool Exam.net im Einsatz – Laufende Beobachtung der Weiterentwicklung im Bereich digitaler Prüfungsplattformen – Erstellung Konzept zum gemeinsamen Prüfen Kommentar: Aufgrund der aktuell ungewissen Entwicklung (Toolwahl, Ressourcen, andere Kantone) befindet sich das Thema derzeit in einem Abwart- und Beobachtungsstatus.
Einführung Schulische Sozialarbeit an der Kantonsschule	Ausgeführte Aktivitäten: – Befristete Einstellung/Wiederbesetzung Schulsozialarbeit (50 Prozent) – Einführung und Vernetzung mit Partnern (Schulleitung, Kollegium, Studierende, Eltern, andere Dienste) – Aufnahme von Beratungstätigkeit und Entwicklung von Präventionsprojekten Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Folgearbeiten der überarbeiteten Bildungsgesetzgebung	Ausgeführte Aktivitäten: – Überarbeitung Ausführungsbestimmungen über die Beteiligung der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten an den Kosten des Grundschulunterrichts – Erarbeitung Ausführungsbestimmungen zu Vorgaben und Beiträgen für die schulergänzenden Tagesstrukturen der Gemeinden – Erarbeitung Ausführungsbestimmungen zur Basisstufe – Überarbeitung Vollzugsrichtlinien Flexibilisierung Kindergarteneintritt/Stichtag – Überarbeitung Vollzugsrichtlinien zur Lehrpersonenverordnung – Überarbeitung Vollzugsrichtlinien zur Qualitätssicherung und -entwicklung – Erarbeitung Vollzugsrichtlinien über die Umsetzung der Stundentafel und über die Blockzeiten – Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Ausführungsbestimmung für den Zugang zu einem didaktischen Zentrum Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Wiederbesetzung Rektorat an der Kantonsschule Obwalden	Ausgeführte Aktivitäten: – Anstellung Rektor der Kantonsschule – Anstellung Prorektor Sozialwissenschaften

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Anstellung Prorektorin Musische Fächer und Sport
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

5300 Amtsleitung

Bildungstag 2025

Am 14. Mai 2025 fand in Sarnen der siebte Obwaldner Bildungstag mit rund 700 Lehrpersonen aller Schulstufen statt. Unter dem Motto „Dimensionen des Lernens – fachlich verankert, überfachlich vernetzt“ bot der ganztägige Anlass 21 Fachreferate und Workshops zu aktuellen Bildungsfragen. Im Zentrum stand die Verbindung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen als Grundlage für erfolgreiches Lernen und lebenslange Entwicklung. Für Lehrpersonen mit einem Pensum von mehr als 40 Prozent war der Tag verpflichtend.

Weiterentwicklung gymnasiale Maturität

Die drei Gymnasien erarbeiteten Schullehrpläne auf der Grundlage der Rahmenlehrpläne, die von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren verabschiedet wurden. Die Schullehrpläne wurden von einem externen Experten sowie vom Amt für Volks- und Mittelschulen begutachtet, und mit allen Gymnasien sind Vereinbarungen zur Überarbeitung abgeschlossen.

In der Folge des neuen Maturitätsanerkennungsreglements müssen alle Gymnasien beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation ein Wiederanerkennungsverfahren durchlaufen, damit die kantonalen Maturitätszeugnisse auch weiterhin den prüfungsfreien Übertritt an die Universitäten und Hochschulen ermöglichen. Die Rektoren wurden über die weiteren Arbeiten und zu erstellende Dokumente, welche zur Gesuchseinreichung nötig sind, informiert.

Zur Förderung und Überprüfung der basalen fachlichen Kompetenzen in Deutsch und Mathematik erliess das Amt für Volks- und Mittelschulen Weisungen, die am 1. August 2026 in Kraft treten werden. Am 29. November 2025 fand eine Weiterbildungstagung mit allen Gymnasial-Lehrpersonen zum Thema statt. Jede Schule erstellt ein Konzept zur Förderung der basalen fachlichen Kompetenzen und setzt dieses um.

Kantonales Einführungskonzept Neulehrpersonen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen befragte alle Neulehrpersonen von zwei Schuljahren zu ihrer Zufriedenheit mit dem Berufseinstieg. Die Zufriedenheit mit dem Berufseinstieg in Obwalden fiel insgesamt positiv aus. Wichtig sind ein unterstützendes Kollegium, ein Mentorat, die Schulleitung, sowie klare Strukturen, Feedback und Austausch. Das kantonale Einführungskonzept wird gut umgesetzt; neu wird im Konzept das Mentorat für Neulehrpersonen verpflichtend erklärt. Als nächster Schritt wird der Umfang der Mentorate analysiert.

Pilotprojekt KITApus

Das Pilotprojekt KITApus wird in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, den Einwohnergemeinden und der Stiftung Rütimattli durchgeführt. Die erste Projektphase 2023–2025 wurde vom Amt für Volks- und Mittelschulen überprüft und zeigte, dass der Bedarf an Kitaplätzen für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf vorhanden ist. Insgesamt sieben Kinder konnten dank der zusätzlichen Unterstützung von KITApus eine Kindertagesstätte im Kanton Obwalden besuchen. Die Zwischenbilanz zeigt noch offene Fragen insbesondere hinsichtlich einer adäquaten Einschätzung der Koordinationskosten sowie der Finanzierung individuell bedingter Sonderkosten. Für deren Regelung ist eine gesetzliche Verankerung erforderlich. Deshalb wurde die Verlängerung des Pilotprojektes beantragt. Die Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartements und des Bildungs- und Kulturdepartements bewilligten eine zweite Pilotphase mit der Laufzeit 2026–2030.

5330 Schulpsychologischer Dienst

Fallzahlen und Warteliste

Im Schuljahr 2024/2025 wurden beim Schulpsychologischen Dienst insgesamt 432 Schülerinnen und Schüler angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Im Vorjahr waren es 443 Anmeldungen. Im Vergleich zum Vorjahr gab es erneut eine Zunahme an zeitintensiven Fällen im Bereich herausforderndem Verhalten. Die Fallzahlen stiegen von 107 auf 115. Mit dem zusätzlichen Pensum im Schulpsychologischen Dienst konnte die Wartezeit gesenkt und das Angebot auf Sekundarstufe II ausgebaut werden.

Im Schuljahr 2024/2025 wurden bei der Psychomotorischen Therapiestelle insgesamt 135 Schülerinnen und Schüler angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Im Vorjahr waren es 144 Anmeldungen. Aufgrund der langen Wartezeit konnten erneut 31 Fälle erst im neuen Schuljahr 2025/26 bearbeitet werden. Um den langen Wartezeiten zu begegnen, wurde vermehrt Gruppentherapie und neu das Förderturnen angeboten. Insgesamt konnten elf Schülerinnen und Schüler vom neuen Angebot des Förderturnens profitieren.

Prävention „Mein Körper gehört mir“

Vom 20. Oktober bis 14. November 2025 wurde in Obwalden zum neunten Mal der Präventionsparcours „Mein Körper gehört mir!“ gegen sexuelle Übergriffe durchgeführt. Der Schulpsychologische Dienst veranstaltete eine Lehrpersoneninformation und zwei Elternabende und führte 44 Klassen aus sechs Einwohnergemeinden durch den Parcours. Die siebte Einwohnergemeinde, Engelberg, besucht den Parcours im Frühling 2026 in Stans. Ziel war es, Eltern und Kinder zu stärken und zu ermutigen, Hilfe zu holen, sowie Gefahren frühzeitig zu erkennen.

5340 Logopädischer Dienst

Im Schuljahr 2024/2025 wurden 149 Kinder für eine Logopädietherapie angemeldet (zu bearbeitende Fälle). Im Vorjahr betrugen die Anmeldungen 153 Kinder. 31 Fälle konnten erst im neuen Schuljahr 2025/2026 bearbeitet werden. 30 Kinder besuchten die Logopädietherapie vor dem Kindergarteneintritt, im Vorjahr waren es 25 Kinder.

5350 Kantonsschule

Kennzahlen

Im Schuljahr 2025/2026 besuchten 371 Studierende die Kantonsschule Obwalden in Sarnen, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von sechs Studierenden bedeutet. Die durchschnittliche Klassengrösse im Schuljahr 2025/2026 liegt bei 17,7 Studierenden (Vorjahr: 18,3). Die Übertrittsquote aus der Volksschule betrug im Sommer 2025 21,7 Prozent (Vorjahr: 21,6 Prozent).

Schulische Sozialarbeit

Mit dem Schuljahr 2024/2025 wurde die Schulsozialarbeit an der Kantonsschule eingeführt. Die Schulsozialarbeit setzt das Ziel der Amtsdauerplanung „Ausbau des psychosozialen Beratungsangebots“ um und unterstützt bei persönlichen, schulischen und sozialen Herausforderungen sowie in der Arbeit mit Schulklassen. Zudem leistet sie themenspezifische Präventionsarbeit.

Auf den 1. November 2025 kam es zu einer personellen Neubesetzung der Schulsozialarbeit. Die Vernetzung mit anderen Fachstellen läuft. Von November 2025 bis Ende Jahr wurden 29 Fälle von Schülerinnen, Schülern und Studierenden zu Themen wie Sucht, Regel- und Disziplinarfragen, Ängsten, Absentismus, Mobbing sowie psychischer Gewalt und psychischer Gesundheit beraten. Weitere Schwerpunkte betrafen Konflikte und Beziehungen, Familie und Erziehung, kritische Lebensereignisse, Gesundheit und Entwicklung, Lernen und Prüfungen sowie soziale Kompetenzen. Aufgrund der aktuell sehr hohen Nachfrage im Bereich der Schulsozialarbeit müssen Bedürfnisse priorisiert werden und Arbeiten im Bereich Prävention kommen zu kurz. Die Stelle der Schulsozialarbeit ist bis Sommer 2027 befristet.

Auszeichnungen und Theater

Verschiedene Studierende der Kantonsschule Obwalden haben herausragende Leistungen erbracht. Unter anderem qualifizierte sich Lina Rohrer über zwei Runden als eine von vier Schweizer Jugendlichen für

die internationale Geografie-Olympiade in Dublin, und Linus Ruckstuhl holte Silber an der Schweizerischen Geografie-Olympiade in Bern. Jonathan Nachtrab gewann den Sonderpreis anlässlich des Finals von Schweizer Jugend forscht an der ETH Zürich mit seiner Maturitätsarbeit zu „Datenverarbeitung in autonomen Balanciersystemen“ und durfte am European Space Camp in Norwegen teilnehmen. Aus 1 123 Teilnehmenden qualifizierte sich Anna Lena Janach zusammen mit wenigen anderen Jugendlichen für das Finale der Philosophie-Olympiade. Aurel Riek, mit seiner Maturitätsarbeit zur Biodiversität im Siedlungsraum Sarnen, und Lina Rohrer, mit ihrer Arbeit zum Umgang mit einer invasiven Art am Beispiel des japanischen Staudenknöterichs in Obwalden, teilen sich den ersten Platz des Unterwaldner Umweltpreises 2025.

Hervorzuheben sind auch die Leistungen der verschiedenen Verantwortlichen sowie der Schülerinnen und Schüler der diesjährigen Produktion des Kollegitheaters. Mit dem Stück „DNA“ von Dennis Kelly gelang es, ein spannendes und tiefgründiges Werk auf die Bühne zu bringen, das von der Regie über die schauspielerischen Leistungen und die Musik der Band bis hin zum reduzierten Bühnenbild, zur Dekoration und zum Barbetrieb als stimmige und hausgemachte Gesamtproduktion überzeugte.

54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsfachschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarkts und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrvertrag und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den anderen Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Gute Verankerung der beruflichen Grundbildung und Stärkung der höheren Berufsbildung	Ausgeführte Aktivitäten: – Veröffentlichung 15. Berufsbildnermagazin – Veröffentlichung verschiedener Medienartikel – Woche der offenen Türen am Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Förderung Vereinbarkeit Ausbildung und Leistungssport	Ausgeführte Aktivitäten: – Sportnetz OW erfolgreicher Wechsel in der Geschäftsleitung – Leitung regionales Projekt: „Leistungssport und Berufsbildung“ – Leitung nationales Projekt: „Anrechnung von im Sport erworbenen Handlungskompetenzen in der beruflichen Grundbildung“ Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Umsetzung nationales Projekt „Grundkompetenzen für Erwachsene“	Ausgeführte Aktivitäten: – Aufbau IT-Kursangebot in OW am BWZ – Eröffnung klarO! (Lernlounge) in Sarnen – Sehr gute Nachfrage bei den Bildungsgut-scheinen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Unterstützungsangebote bei Sprachaustauschen bei Lehrbetrieben bekanntmachen	Ausgeführte Aktivitäten: – Sensibilisierung einzelner Branchen/Betriebe – Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Kanton Tessin
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Evaluation der Dienstleistungen der Lehraufsicht	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Evaluation mit sehr gutem Ergebnis – Erstellung Massnahmenkatalog und teilweise Umsetzung
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Weiterführung des nationalen Projektes viamia – Beratungen für Menschen ab 40 Jahre	Ausgeführte Aktivitäten: – Weiterführung des nationalen Projekts mit gutem Erfolg
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Neuausrichtung Berufsinformationstage BIT	Ausgeführte Aktivitäten: – Erfolgreiche Umsetzung der Neuausrichtung – Abschluss zweite Etappe der Weiterentwicklung des Online-Tools www.berufseinblicke.ch
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Quantitative Evaluation und Weiterentwicklung der Beratungsleistungen der Berufs- und Weiterbildungsberatung	Ausgeführte Aktivitäten: – Laufende online Befragungen – Rückmeldungen gesamthaft gut bis sehr gut
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Prüfung Angebote der Berufsberatung für KMU	Ausgeführte Aktivitäten: – Nachfrage des Angebots von wenigen Firmen – Konkrete Umsetzung
	Kommentar: Aufgrund geringer Nachfrage ist das Ziel gemäss Planung teilweise erreicht.

Schulentwicklung am BWZ zu Pädagogik, Didaktik und Methodik	Ausgeführte Aktivitäten: – Verschiedene interne Veranstaltungen zur Schulentwicklung am BWZ – Spezifische interne Weiterbildungen zur Thematik Künstliche Intelligenz (KI) im Unterricht
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Umsetzung IT-Strategie 2024–2028 des BWZ	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung der strategischen Ziele für 2025 – Erfolgreicher Wechsel IT-verantwortliche Person am BWZ
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Entwicklung Weiterbildungsstrategie	Ausgeführte Aktivitäten: – Weiterbildungsstrategie am BWZ in Bearbeitung
	Kommentar: Aufgrund eines Stellenwechsels der Leitung Weiterbildung ist das geplante Ziel teilweise erreicht.

5400 Amtsleitung

Interkantonaler Datenaustausch in der Berufsbildung

Der interkantonale Datenaustausch in der Berufsbildung ist zentral für eine effiziente Steuerung der Berufsbildung. Er ermöglicht Kantonen, Berufsfachschulen, Lehrbetrieben, Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse und Prüfungsorganisationen, Daten zu Lernenden und Lehrverhältnissen zuverlässig und zeitnah zu teilen.

Mit dem 2024 eingeführten Datenstandard eCH-0260 stehen erstmals verbindliche nationale Vorgaben für Struktur und Austauschformate von Berufsbildungsdaten zur Verfügung. Ergänzend definierte das Schweizerische Dienstleistungszentrum für Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB) harmonisierte Soll-Prozesse, die Gültigkeit für alle Interessengruppen haben. Im ersten Halbjahr 2025 haben die Kantone die Soll-Prozesse adaptiert. Aus technischer Sicht steht die Datendrehscheibe der Interkantonalen Geschäftsstelle Informatik Berufsbildung (IGIB) für den systematischen Austausch von Daten zwischen den Interessengruppen zur Verfügung.

Der Kanton Obwalden wie auch die Zentralschweizer Kantone, sind schon weit fortgeschritten und tauschen die Daten der Berufsbildung bereits seit Jahren zwischen den Berufsfachschulen und den Prüfungskantonen aus. Im kommenden Jahr werden im Rahmen des nationalen Datenaustauschprojektes auch die Ausbildungszentren der überbetrieblichen Kurse aufgenommen.

Der interkantonale Datenaustausch gewinnt über die Bildungsregion Zentralschweiz hinaus an Stabilität und trägt zunehmend zur administrativen Entlastung und zur Qualitätssicherung in der Berufsbildung bei.

Lehraufsichtsevaluation

2025 führte die Lehraufsicht des Kantons Obwalden erstmals eine umfassende Befragung zur Zufriedenheit der Lehrbetriebe durch. 76 Betriebe nahmen teil. Mit einer Durchschnittsbewertung von 4,6 von 5 Punkten wurde die Lehraufsicht sehr positiv beurteilt, insbesondere in Bezug auf Reaktionszeit, Fachkompetenz und Kundenorientierung. Themen im Austausch mit den Betrieben waren Lernende, Administration und Recht. Angeregt wurden proaktive Kontakte, Austauschgefässe und Sensibilisierung für psychische Gesundheit. Im Vergleich liegt Obwalden leicht über ähnlichen Erhebungen des Kantons Bern.

Berufsbildner-Veranstaltung zum Thema psychische Belastung in der Lehrzeit

Aus der Lehraufsichtsevaluation 2025 zeigte sich bei Lehrbetrieben ein klarer Bedarf an Austausch und Unterstützung im Bereich psychische Gesundheit. Der Kanton Obwalden organisierte deshalb gemeinsam mit der Jugendberatung und Gesundheitsförderung einen Austausch Anlass. 73 Berufsbildnerinnen und Berufsbildner nahmen teil. Die hohe Beteiligung und der offene Austausch unterstrichen die Bedeutung des Themas. Der Anlass förderte die Vernetzung und informierte über kantonale und nationale Unterstützungsangebote.

Förderung von Grundkompetenzen bei Erwachsenen – Eröffnung klarO!

Der Kanton Obwalden förderte auch im Jahr 2025 die Grundkompetenzen Erwachsener und baute sein Angebot aus. Anfangs Jahr kamen neue Kursangebote vor Ort dazu, die mit dem Bildungsgutschein im Wert von 500 Franken besucht werden können. Dies sind einerseits die Kurse zum Thema „Bewerben“ der Berufs- und Weiterbildungsberatung und andererseits die Kurse „PC Grundkenntnisse“ des BWZ. Ein weiteres Angebot startete Ende Oktober 2025.

Mit dem klarO! bietet der Kanton Obwalden ein niederschwelliges Unterstützungsgefäss für Personen mit mangelnden Grundkompetenzen an. Betroffene Personen erhalten Unterstützung bei alltäglichen Fragen im Zusammenhang mit Grundkompetenzen und erhalten Informationen zu Lernangeboten. Zudem fungiert das klarO! als Triage und verweist bei inhaltlichen Fragen an die zuständigen Fachstellen. Der Start des klarO! war erfolgreich.

5430 Berufs- und Weiterbildungsberatung

Evaluation Berufsinformationstage

Im zweiten Jahr der neu ausgerichteten Berufsinformationstage (bit) lag der Fokus auf der Evaluation und der daraus definierten Massnahmen. Die Jugendlichen tätigten bereits im Frühling 200 Anmeldungen mehr als im Vorjahr, das neue Format findet grossen Anklang. Der neu eingeführte automatische Versand von SMS-Erinnerungen wurde sehr begrüsst und entspannte die Situation. Der Aufwand für die Betreuung vor Ort ist für einzelne Lehrfirmen gross. Deshalb durfte das Kantonsspital als Pilotversuch eine Online-Veranstaltung anbieten.

Schulenderhebung 2025

Von den 408 Jugendlichen, welche die obligatorische Schulzeit abgeschlossen haben, verfügten 99,7 Prozent über eine Anschlusslösung. 68,2 Prozent traten in eine berufliche Grundbildung ein, wobei rund 70 Prozent ihre Ausbildung im Kanton Obwalden absolvieren. 22,3 Prozent der Jugendlichen suchten eine weiterführende Schule.

Die 278 Schülerinnen und Schüler, die eine berufliche Grundbildung aufnahmen, verteilten sich auf insgesamt 65 verschiedene Lehrberufe. Am häufigsten gewählt wurden die Berufe Kauffrau/Kaufmann mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) (36 Lernende), Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ (32 Lernende) sowie Elektroinstallateurin/Elektroinstallateur EFZ (18 Lernende).

5440 Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ

Weiterentwicklung des Weiterbildungsangebotes „Deutsch als Fremdsprache für Erwachsene“

Der Fachbereich Weiterbildung des BWZ führt Deutschkurse für Privatpersonen und auch für zugewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber der Sozialämter Obwalden und Nidwalden durch. Aufgrund

des rasanten Wachstums der Kurse, der heterogenen Klassen von bildungsstarken und weniger starken Teilnehmenden wurden in den letzten vier bis fünf Jahren laufend neue Kurse angeboten. Nun gilt es, diese Kurse zu strukturieren und eine Durchlässigkeit von der Alphabetisierung bis in höhere Niveaus zu erreichen. Zudem werden die Kurse inhaltlich nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) geplant, um klare Inhalte, Dauer und Niveaureichung zu definieren. Das Konzept ist in Erarbeitung, und das Ziel ist es, das neue Konzept ab dem Schuljahr 2026/27 einzuführen.

Umsetzung des Schwerpunktthemas „Nahtstellen“

Die diesjährige neu konzipierte Woche der offenen Türen am BWZ stand im Zeichen der Nahtstellen und war ein grosser Erfolg: Rund 250 Gäste nutzten die Gelegenheit, das BWZ und seine Angebote kennenzulernen. Besonders erfreulich war der Besuch der Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen aus Sarnen, Kerns, Sachseln und Alpnach, ebenso wie zahlreicher Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bildung. Durch die grosszügige Unterstützung des Bauernverbandes Obwalden wurden allen Besuchern während dieser Woche gratis Äpfel zur Verfügung gestellt.

Evaluation Bring your own device (BYOD) für Lehrpersonen

Das BWZ hat bei den Lehrpersonen eine Umfrage zur aktuellen IT-Struktur am BWZ und zum Bedürfnis für BYOD für Lehrpersonen durchgeführt. Das Ergebnis der Evaluation war eindeutig. Zwei Drittel der Lehrpersonen möchten mit der vorhandenen Infrastruktur am BWZ weiterarbeiten und die aktuelle IT-Struktur beibehalten.

Digitalisierung Absenzenwesens

Im Rahmen der Digitalisierung und eines effizienten Absenzenwesens für die Lernenden, Lehrbetriebe und Lehrpersonen wurde dieses Projekt – ebenfalls im Rahmen der ICT-Strategie 2024028 – aufgenommen. Die verschiedenen Varianten von digitalen Prozessen des Absenzenwesens wurden bei anderen Berufsfachschulen recherchiert und analysiert. Aufgrund der Ergebnisse hat sich das BWZ für eine zielführende Variante entschieden und startet im Januar 2026 mit der Erarbeitung des Umsetzungsprozesses. Ziel ist es, das digitale Absenzenwesen im Schuljahr 2027/28 einzuführen.

55 Amt für Kultur und Sport

Das Amt für Kultur und Sport nimmt Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Archäologie, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek, Jugend+Sport, Schulsport und Vereinssport wahr. Es unterstützt und berät Organisationen und Personen, die in den Bereichen Kultur und Sport tätig sind, entrichtet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ordentliche Mittel und Swisslos-Gelder, bildet J+S-Leiterinnen und -Leiter aus und beaufsichtigt den Schulsport.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Anpassung der Strukturen der Kulturgüterschutz-Organisation an aktuelle Rahmenbedingungen	Ausgeführte Aktivitäten: – Etablierung neue Fachstellenleitung – Öffentlicher Informationsanlass – Durchführung grosse Übung zusammen mit der Feuerwehr Sachseln in der Pfarrkirche Sachseln Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Planung und Umsetzung neuer Standort der Kantonsbibliothek am alten OKB-Hauptsitz	Ausgeführte Aktivitäten: – Weitgehender Abschluss der Planung des Innenausbaus und der Innenausstattung – Start Planung des Umzugs und der betrieblichen Neuorganisation Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Weiterentwicklung und verstärkte Zusammenarbeit der Obwaldner Museen	Ausgeführte Aktivitäten: – Fortführung strategischer Austausch mit den Museen Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Intensivierung und Förderung der Vernetzung der Sportvereine und – verbände im Kanton durch ein neues Austauschforum	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung Neues Forum „Sport im Dialog“ mit Vertretern der Obwaldner Vereine und Verbände Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

5500 Kulturförderung

Obwaldner Kulturpreis 2025 an Geri Dillier

Der Regierungsrat sprach im April den mit 10 000 Franken dotierten Obwaldner Kulturpreis Geri Dillier zu. Er ehrte damit das jahrzehntelange Wirken des Sarnen Theater- und Hörspielregisseurs, Dramaturgen, Literaturförderers und Kulturvermittlers. Der Preis wird alle drei Jahre vergeben. Geri Dillier hat sich ein Leben lang auf vielfältige Weise mit sprachlichen Ausdrucksformen beschäftigt, sowohl im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Radioproduzent beim Schweizer Radio DRS von 1978 bis 2014, als auch mit unzähligen ehrenamtlichen Aktivitäten im Bereich des Theaterschaffens und der Kulturvermittlung. Sein persönliches Engagement für die künstlerische Entwicklung talentierter Kulturschaffender haben das Obwaldner Kulturleben während eines halben Jahrhunderts nachhaltig belebt und geprägt. Dank seinen zahlreichen Beziehungen weit über die Heimatregion hinaus gelang es ihm auch immer wieder, Veranstaltungen mit nationalen Grössen in Obwalden zu organisieren. Die Preisfeier fand am 7. November 2025 vor 140 geladenen Gästen im Theater des Alten Gymnasiums in Sarnen statt.

Werkbeiträge OW/NW 2025 für Anita Zumbühl und Olivia Abächerli

Die Kantone Obwalden und Nidwalden schreiben seit 2014 gemeinsam Werkbeiträge für Kulturschaffende aus. Im Rahmen der Vergabe 2025 wählte eine Fachjury zwei Preisträgerinnen aus. Der grosse Werkbeitrag in der Höhe von 20 000 Franken geht an Anita Zumbühl. Die 50-jährige Künstlerin aus Oberdorf setzt sich in ihrem Projekt „New ways of relating“ künstlerisch mit Flechten auseinander. Den mit 10 000 Franken dotierten kleinen Werkbeitrag erhält Olivia Abächerli aus Kerns. Die 33-jährige Künstlerin beschäftigt sich in ihrem Projekt „How bad is a can?“ mit Fragen der individuellen Verantwortung bezüglich der aktuellen ökologischen Krise.

Obwaldner Atelierplatz in New York für Jul Dillier

Seit 2000 betreiben die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug in New York ein Wohnatelier. Kulturschaffenden aus Obwalden steht alle drei Jahre ein Platz für vier Monate zu. Die Kulturkommission hat entschieden, im Jahr 2027 den Jazzpianisten, Klangwerker und Schalldichter Jul Dillier ins Atelier an der Upper West Side zu schicken. Der 35-jährige Sachsler möchte sich in New York insbesondere mit der Rapmusik, ihren Wurzeln und ihren Verbindungen zum Jazz auseinandersetzen. Dabei wird er unter anderem auch Feldaufnahmen in den Strassen der Grossstadt machen, um sie später für Kompositionen und klangkünstlerische Arbeiten nutzen zu können.

Weiterentwicklung der Zentralschweizer Filmförderung

Per 1. Januar 2025 führten die Kulturförderstellen aller sechs Zentralschweizer Kantone gemeinsam erarbeitete, einheitliche Richtlinien für die Filmförderung ein. Damit geht ein Ausbau der Unterstützungsmöglichkeiten einher. Statt wie bisher drei gibt es neu fünf Förderstufen. Auch für die Auswertung der Filme stehen Mittel zur Verfügung, was die Sichtbarkeit des Zentralschweizer Films erhöhen soll. Es wird ausserdem sichergestellt, dass die Vergabe von Fördergeldern zu Investitionen in der Region Zentralschweiz führt. Im Zug dieser Weiterentwicklung sind auch die Strukturen der – bereits seit 1986 bestehenden – Geschäftsstelle in Luzern weiter professionalisiert worden, die neu unter dem Namen „Zentralschweizer Filmförderung“ auftritt.

Unterstützung der neuen Dauerausstellung im Museum Obwalden

Für die neue Dauerausstellung des Museums Obwalden stellt der Regierungsrat aus dem Swisslos-Fonds 190 000 Franken zur Verfügung. Der Ersatz der alten Dauerausstellung, die in den 1980er-Jahren eingerichtet und seither kaum verändert worden ist, bedingt die Anschaffung neuer ausstellungsspezifischer Infrastrukturen wie Vitrinen, Regale, Objektbeleuchtungen oder Sonnenschutzfolien. Um dringend nötige Sanierungsmassnahmen sowie den Ausstellungsumbau vornehmen zu können, schloss das Museum im Dezember 2024 seine Türen. Die Wiedereröffnung mit neuer Dauerausstellung ist für April 2027 vorgesehen.

5501 Denkmalpflege und Archäologie

Jahresheft Kultur- und Denkmalpflege 2018 bis 2022

Die seit den 1990er-Jahren erscheinenden Denkmalpflegehefte sind für die Fachstelle Denkmalpflege und Archäologie ein zentrales Element der Öffentlichkeitsarbeit. Aus Ressourcengründen konnte der übliche Zweijahrestakt nach 2018 nicht mehr eingehalten werden. Kurz vor Jahresende erschien nach siebenjähriger Pause die neuste Ausgabe. Sie berichtet über die Tätigkeiten in den Jahren 2018 bis 2022, so unter anderem über die Restaurierung und Erweiterung des Grand Hotel Winterhaus zum Kempinski Palace in Engelberg, die Nutzungserweiterung des Frauenklosters St. Andreas Sarnen zum Benediktinischen Zentrum und die Restaurierung des Schulhauses Stalden. An der Vernissage vom 9. Dezember 2025 im Kapitelsaal des Frauenklosters St. Andreas nahmen rund 80 Personen teil.

Europäische Tage des Denkmals 2025

Über 100 Personen besuchten die Obwaldner Denkmaltage am 13. September 2025. Am Vormittag fanden drei Führungen im historischen Wohnhaus Huwel in Kerns statt. Sie ermöglichten dem Publikum einen seltenen Einblick in die aufwendigen und repräsentativen Ausstattungen verschiedener Epochen. Der 420-jährige Bau steht für eine mittelständische und Oberschichtliche Wohnkultur, die sich stets dem jeweiligen Zeitgeschmack anpasste. Am 14. September führte Klara Spichtig in ihrem szenischen Rundgang rund 70 Besucherinnen und Besucher durch Sarnen. In der Rolle der Kellnerin Karlini entführte sie das Publikum ins Jahr 1887 und erzählte lebhaft aus dem dörflichen Alltag.

Überarbeitung der Schutzpläne

Infolge der Rückweisung der Nachträge zum kantonalen Schutzplan der Kulturobjekte von regionaler und nationaler Bedeutung der Einwohnergemeinden Alpnach und Giswil durch den Kantonsrat im Vorjahr hob der Regierungsrat mit Beschluss vom 26. Mai 2025 seinen eigenen Beschluss zum Erlass der Nachträge auf und beauftragte das Bildungs- und Kulturdepartement, die Nachträge neu aufzulegen und im Sinne der Beratung im Kantonsrat zu überarbeiten. Das Departement überarbeitete in der Folge die Nachträge im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und legte sie nochmals öffentlich auf. Es gingen insgesamt drei Einsprachen ein, über welche im Dezember entschieden wurde. Der Nachtrag des Schutzplanes betreffend Einwohnergemeinde Alpnach musste in der Folge Ende Jahr nochmals öffentlich aufgelegt werden. Die noch offene Inventarüberarbeitung in der Einwohnergemeinde Engelberg liegt mangels Ressourcen weiterhin auf Eis.

Personalrekrutierung im Kulturgüterschutz (KGS)

Der schweizweit massive Rückgang an dienstleistenden Zivilschützern hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren der Nachwuchs für die KGS-Formation fehlte. Die bei der Denkmalpflege angesiedelte Fachstelle für Kulturgüterschutz intensivierte 2025 in Kooperation mit der Dienststelle Zivilschutz die Rekrutierungsbemühungen. Es gelang, drei Obwaldner Zivilschutzdienstleistende dafür zu gewinnen, im Ausbildungszentrum Sempach den Fachkurs Kulturgüterschutz zu absolvieren. Dadurch ist in der KGS-Formation ein Minimalbestand bis auf Weiteres gesichert.

Koordinierte KGS-Übung in Sachseln

Die Fachstelle Kulturgüterschutz führte am 23. Oktober 2025 in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Sachseln und dem Zivilschutz Obwalden abends eine grossangelegte, koordinierte Übung durch. Es waren insgesamt rund 40 Personen im Einsatz. Die Übungsanlage gab einen Glimmbrand vor, der sich nach einem Blitzeinschlag in den Dachstock des Kirchturms in der Grabkapelle und der Wallfahrtskirche ausbreitete. Die Einsatzkräfte demonstrierten dem Publikum (darunter der Chef Kulturgüterschutz des Bundes) anschaulich, wie ein solcher Grossbrand bekämpft und die in den Gebäuden aufbewahrten Kulturgüter geschützt und evakuiert werden. Vorgängig zur Übung lud die Fachstelle zusammen mit dem Museum Bruder Klaus Sachseln zu einem öffentlichen Podium ein, in dem auf das Hochwasser 2005 zurückgeblickt und die aktuellen Herausforderungen des Kulturgüterschutzes diskutiert wurden.

5520 Kantonsbibliothek

Neue Aufstellung der Sachbücher

In der Bibliothek im Grundacherhaus folgte die Aufstellung der Sachbücher bisher nach den Regeln der sogenannten Dezimalklassifikation. Gemäss dieser wissenschaftlichen Systematik werden die Bücher und Regale mit einem Zahlencode beschriftet, der auf eine international standardisierte Klassifikation von Wissensbereichen verweist (1... steht für Philosophie, 2... für Religion, usw.). Das weit verbreitete Ordnungssystem wird allerdings nicht mehr weiterentwickelt und ist daher unzweckmässig, weil neu entstandene Sachgebiete oft nur noch unzureichend abgebildet werden können. Vor diesem Hintergrund führte die Kantonsbibliothek 2025 die zeitgemässere „Klartextsystematik“ ein. Sie operiert mit Begrifflichkeiten statt Zahlencodes und ermöglicht dadurch eine einfachere Orientierung der Nutzerinnen und Nutzer an den Bibliotheksgestellen. Ab 2026 wird die eingeführte Klartextsystematik auch am neuen Bibliotheksstandort eingesetzt.

5600 Sportabteilung

Verleihung des Sportpreises 2024 an Lena Häcki

Am 2. Mai 2025 fand rückwirkend die Preisverleihung des Obwaldner Sportpreises 2024 im Hotel Bellevue-Terminus in Engelberg statt. Die Engelberger Biathletin Lena Häcki-Gross wurde für ihre sportlichen Leistungen, aber auch für ihren Einsatz im Nachwuchsbereich geehrt. Sie hat in ihrer sportlichen Karriere viele Erfolge gefeiert und die Schweiz auf dem internationalen Parkett erfolgreich vertreten. Im Biathlon-Weltcup erreichte sie nicht nur zahlreiche Podestplätze, sondern konnte sich auch bereits zwei Weltcup-siege sichern: einen in Altholz und einen in Oslo. In Anwesenheit von Familie, Freunden und Supportern überreichte ihr Regierungsrat Christian Schäli die mit 5 000 Franken dotierte Auszeichnung.

Swisslos-Beiträge 2025

Im Jahr 2025 konnten verschiedene Sportbereiche mit Beiträgen aus dem Swisslos-Fonds unterstützt werden: Vereine, Verbände und Gemeinden erhielten rund 400 000 Franken, Sportanlässe rund 95 000 Franken, Sportanlagen rund 23 000 Franken und die Begabten- und Nachwuchsförderung rund 57 000 Franken (für 34 Personen). Zudem wurden 16 Obwaldner Athletinnen und Athleten im Rahmen der Spitzensportförderung mit Swisslosmitteln in der Höhe von 145 000 Franken unterstützt.

J+S-Kaderbildung und -Vereinstätigkeit

Im Rahmen des Förderprogramms Jugend+Sport konnten im Berichtsjahr insgesamt 22 Obwaldner Kaderbildungskurse erfolgreich durchgeführt werden. Die Zahl der ausgebildeten Teilnehmenden aus dem Kanton Obwalden wie auch aus anderen Kantonen bewegte sich auf dem Niveau der Vorjahre. Die eingesetzten Expertenteams gewährleisteten mit ihrem grossen Einsatz eine hohe Qualität der Kurse. Die Anzahl Lagerteilnahmen und Trainingstage der Obwaldner Vereine und Sportorganisationen nahm im Rahmen der J+S Tätigkeiten zu. Dies führte dazu, dass die Vereine und Organisationen im Jahr 2025 erneut von höheren Bundesbeiträgen profitieren konnten.

Förderung von nationalen und regionalen Leistungszentren

Die Obwaldner Sportförderung erarbeitete ein neues Fördermodell zur Unterstützung von nationalen und regionalen Leistungszentren mit Sitz im Kanton. Ab 2026 stellt der Regierungsrat dafür jährlich eine Gesamtsumme von 248 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds zur Verfügung. Die einzelnen Beiträge werden aufgrund verschiedener Indikatoren wie dem effektiven Betriebsaufwand, der Anzahl Traineranstellungen oder der Anzahl Athletinnen und Athleten mit einer Swiss Olympic Card berechnet. Die jährliche Unterstützung setzt sich aus einem Basisbeitrag und einem variablen Beitrag zusammen und wird bei einem nationalen Leistungszentrum auf maximal 28 000 Franken, bei einem regionalen Leistungszentrum auf maximal 23 000 Franken festgelegt.

4.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement (BRD) umfasst:

	Bewilligte Vollzeitstellen*	
	2024	2025
Departementssekretariat	3.15	3.15
Tiefbauamt	16.10	16.35
Amt für Wald und Landschaft	14.00 ¹	14.00 ¹
Amt für Raumentwicklung und Energie	6.15 ²	6.15 ²
Hochbauamt	21.05 ³	20.80 ³
Insgesamt	60.45	60.45

*Angaben beziehen sich jeweils auf bewilligte unbefristete Vollzeitstellen per 1. Januar des Berichtsjahrs. Effektiv besetzte Vollzeitstellen können von diesen Werten abweichen.

¹ Amt für Wald und Landschaft: zusätzlich 1.0 Vollzeitstellen für Oberbauleiter HWS bis 30. April 2027 befristet und zusätzlich 0.6 Vollzeitstellen für Projektleitung Hochwassersicherheitsstollen Sarneraatal bis 30. April 2025 befristet.

² Amt für Raumentwicklung und Energie: zusätzlich 0.8 Vollzeitstellen Projektleitung Mountainbike bis 31. Dezember 2025 befristet.

³ Hochbauamt: zusätzlich 0.5 Vollzeitstellen Sachbearbeitung Baukoordination bis 31. Dezember 2025 befristet.

Die Umsetzung der Departementsziele im Überblick

Von Schwerpunkten abgeleitete Ziele

Abwehr Naturgefahren

1.1.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Hochwassersicherheit Sarneraatal:</i> – Der Innenausbau Hochwasserentlastungsstollen ist abgeschlossen – Die Bauarbeiten am Einlaufbauwerk inklusive Stahlwasserbau sind abgeschlossen – Die Bauarbeiten am Auslaufbauwerk sind gestartet – Die Bauarbeiten entlang der Sarneraa sind gestartet – Die wasserbaulichen Massnahmen des Hauptloses Sarneraa Alpnach WBP I sind gestartet und die lokalen Objektschutzmassnahmen sind realisiert – Die Bauarbeiten Aufwertung Südufer Alpachersee, Teilprojekt Mittlere Bucht (ASA+) sind gestartet	erreicht
	<i>Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich</i> – Erste Massnahmen des Gesamtkonzepts Naturförderung sind gestartet – Programmvereinbarungen 2025 bis 2028 mit dem Bund im Umweltbereich sind in Umsetzung	erreicht

Öffentliche Infrastruktur

2.3.2.	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Kantonsbibliothek</i> – Die Ausbauarbeiten für die Kantonsbibliothek sind abgeschlossen	teilweise erreicht: Die Ausbauarbeiten sind in Arbeit und werden im April 2026 abgeschlossen sein. Die Umsetzung des Nutzerausbaus erfolgt zwischen April – Juni 2026 und entspricht dem Bauprogramm.
	<i>Psychiatriegebäude Sarnen: Sanierung und Erweiterung</i> – Die Psychiatrie ist nach dem Sommer bezugsbereit	erreicht
	<i>Entwicklung Areal Foribach (Polizeigebäude) Sarnen</i> – Die Kreditvorlage für die Durchführung des Projektwettbewerbs ist dem Regierungsrat zur Verabschiedung zuhanden des Kantonsrats vorgelegt – Der Projektwettbewerb ist durchgeführt	teilweise erreicht Die Durchführung des Projektwettbewerbs verschiebt sich aufgrund des verzögerten Entscheids betreffend gemeinsamen Standort für das VSZ in Sarnen sowie personellen Veränderungen auf das nächste Berichtsjahr.
	<i>Zentrumsüberbauung Sarnen</i> – Die Strategie zur Bebauung der Zentrumsüberbauung liegt vor und ist beschlossen	teilweise erreicht: Die Ausschreibung für einen Investorenwettbewerb wurde gemäss erstellter Investorenliste versendet. Offene nachbarrechtliche Fragen sind in Klärung.

Langsamverkehr

3.1.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Sarnen, K-01 Sanierung Brünigstrasse, Abschnitt Rütistrasse – Kreisel Nordstrasse (Etappe 1, vormals Klosterallee)</i> – Das Vorprojekt für die Sanierung und Aufwertung der Klosterallee mit Veloverkehrsanlage inkl. Kreisel Rütistrasse und Sofortmassnahmen Abschnitt Sarnen Süd liegt vor	teilweise erreicht: Die Arbeiten für das Vorprojekt starteten planmässig. Weil Opposition gegen das neue Verkehrsregime (Tempo 30, Einbahn, Velo im Gegenverkehr) entstand, änderte die Projektsteuerung die Etappierung: Neu soll in einer ersten Etappe die Brünigstrasse inkl. Werkleitungen von der Rütistrasse bis zum Kreisel Nordstrasse saniert werden.
	<i>Sarnen, K-01 Aufwertung Zentrum mit Bahnhof- und Lindenstrasse (Etappe 2, vormals Zentrum)</i> – Das Vorprojekt für die Sanierung und Aufwertung mit Veloverkehrsanlage für Sarnen Zentrum inkl. Bahnhof- und Lindenstrasse liegt vor	nicht erreicht: Die Projektsteuerung stellte die Projektierung zurück, weil Opposition gegen das neue Verkehrsregime (Tempo 30, Einbahn, Velo im Gegenverkehr) entstand. Zuerst soll mit einem Pilotbetrieb das neue Verkehrsregime getestet werden.
	<i>Lungern, K-01 Brünigstrasse, Abschnitt Alter Kirchturm – Kirchenplatz</i> – Das Vorprojekt inkl. Landerwerb für die Sanierung und Aufwertung der	erreicht

	Ortsdurchfahrt Lungern inkl. Veloverkehrs- anlage liegt vor	
	<i>Kerns, K-03 Sarnerstrasse, Abschnitt Foribach – Wijermattkreisel</i> – Das Vorprojekt für den Neubau der Velo- verkehrsanlage liegt vor	erreicht
	<i>Kerns, K-03 Sarnerstrasse, Abschnitt Wijer- mattkreisel – Knoten Kägswilerstrasse</i> – Das Vorprojekt für die Aufwertung und Sa- nierung des Dorfkern Kerns inkl. Velover- kehrsanlage ist in Arbeit	erreicht
	<i>Kerns, K-03 Stanserstrasse, Abschnitt Indust- riestrasse – Kantonsgrenze NW</i> – Das Vorprojekt inkl. Landerwerb für die Er- neuerung und den Ausbau Sand – Cha- bisstein inkl. Neubau Veloverkehrsanlage Sand – St. Jakob liegt vor	teilweise erreicht: Das Vorprojekt liegt vor und ist mit den rele- vanten Anspruchsgruppen abgestimmt. Die Landerwerbsverhandlungen sind gestartet. Sie sind allerdings aufwändiger als angenom- men.
	<i>Sarnen, K-04 Rüti-Wilerstrasse, Abschnitt Brücke Sarneraa – Hotel Kurhaus</i> – Die siedlungsverträgliche Gestaltung inkl. Veloverkehrsanlage und hindernisfreie Bus- haltestellen ist realisiert	teilweise erreicht: Der Deckbelagseinbau verzögerte sich, weil die Bewilligungen für den Umbau der Bushal- testellen verspätet vorlagen.
	<i>Mountainbikerouten Sarneraatal</i> Die Mitwirkung zum Richtplan Mountainbike ist abgeschlossen und zuhanden des Kan- tonsrats verabschiedet (koordiniert mit Schaf- fung kantonale Vollzugsgesetzgebung zum Bundesgesetz über Velowege: Neues Fuss-, Wander- und Veloweggesetz, vgl. Gesetzge- bungsplanung)	teilweise erreicht: Aufgrund kantonsinterner Abstimmungen zu den Themen Landschafts-, Natur- und Wild- schutz verzögert sich die Mitwirkung.

ÖV/MIV

3.1.2	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Alpnach, Nationalstrasse N8, Vollanschluss Alpnach Süd:</i> <i>Teilprojekte K-01 Brünigstrasse Unterhalts- und flankierende Massnahmen sowie K-10 Hofmättelistrasse Verkehrssicherheitsmass- nahmen und Kreisel Industrie</i> – Das Auflageverfahren Verkehrssicherheits- massnahmen Hofmättelistrasse ist abge- schlossen und der Baustart ist erfolgt – Das Strassenplanverfahren flankierende Massnahmen und Kreisel Industrie ist abge- schlossen – Der Baustart Kreisel Industrie ist erfolgt	teilweise erreicht: Weitere Einsprachen verzögerten die Projekt- bewilligung, die erst Ende Jahr nach aufwän- digen Einspracheverhandlungen erfolgte.

Nachhaltiges Ressourcenmanagement

4.2.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	<i>Umsetzung Energie- und Klimakonzept</i> – Fünf PV-Anlagen auf eigenen Gebäuden sind realisiert – Dekarbonisierung kantonaler Fahrzeugpark: Fünf E-Fahrzeuge für die kantonale Flotte sind angeschafft – Die Förderbedingungen für Biomasse-Anlagen und winteroptimierte PV-Anlagen sind erarbeitet und kommuniziert – Eine elektronische Plattform für die Formulare zum Energienachweis ist eingeführt (gesamtschweizerisches Projekt)	teilweise erreicht: Eine PV-Anlage (Juko-Pavillon) wurde realisiert. Die Finalisierung des Contracting-Mandats hat sich mangels personeller Ressourcen verzögert, weshalb vier PV-Anlagen noch nicht erstellt werden konnten. Ferner wurden zwei E-Fahrzeuge beschafft. Durch die personellen Vakanzen wurde die Umsetzung der Massnahme zugunsten der Finalisierung der Potenzialstudie und Vorbereitung der Richtplananpassung zurückgestellt. Die Förderung für winteroptimierte PV-Anlagen wurde eingeführt. Die Förderung von Biomasse-Anlagen wird noch geprüft. Die elektronische Plattform zum Energienachweis ist eingeführt und ab 1. Januar 2026 bereit für die Eingaben der Energienachweise.

Digitalisierung

4.3.1	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Die Realisierung der elektronischen Bauseuchsplattform schreitet gemäss Projektfahrplan voran.	erreicht
	Jahresziel	Stand der Zielerreichung
	Neues Planungs- und Baugesetz (PBG): Die Vorlage ist zuhänden des Kantonsrats verabschiedet.	erreicht

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2025	Stand der Umsetzung
Neues Planungs- und Baugesetz (Revision kantonale Planungs- und Baugesetzgebung), Umsetzen kantonaler Richtplan 2019, Gesamtverkehrskonzept, Energie- und Klimakonzept 2035, Planungsverfahren vereinfachen, punktuelle Anpassungen im Kapitel Bauvorschriften, Struktur und Sprache	in Arbeit gemäss Zeitplan (vgl. die Ausführungen zu Querschnittfragen unten).
Neues Fuss-, Wander- und Veloweggesetz Schaffung Vollzugsgesetzgebung zum Bundesgesetz über Velowege und Zusammenführung mit Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege	in Arbeit
Revision Strassengesetzgebung (Strassengesetz, Strassenverordnung)	zurückgestellt: Der Terminplan wurde auf die Jahre 2026/2027 verschoben.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Revision Baugesetzgebung

Das Projekt war in drei Teilprojekte gegliedert (Allgemeine Bestimmungen/Formelles, Planung, Bauvorschriften). Den Projektteams gehörten Vertretungen der Einwohnergemeinden, der Planungsbüros, der betroffenen kantonalen Amtsstellen sowie Juristinnen und Juristen an. Die Projektleitung lag beim Bau- und Raumentwicklungsdepartement, Departementssekretariat.

Im Winter 2025 wurde die Analyse und Auswertung der Rückmeldungen aus der öffentlichen Vernehmlassung abgeschlossen. Die Ergebnisse flossen in die Vorlage ein. Das Planungs- und Baugesetz (PBG) wurde zudem auf die vom Bundesparlament beschlossene jüngste Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2; beschlossen am 29. September 2023, BBl 2023 2488, noch nicht in Kraft) abgestimmt. Im Mai 2025 verabschiedete der Regierungsrat das neue Planungs- und Baugesetz zuhanden des Kantonsrats. Anschliessend behandelte die zuständige kantonsrätliche Kommission die Vorlage in fünf Sitzungen. Der Kantonsrat beschloss das Gesetz am 4. Dezember 2025 mit 52 zu 2 Stimmen. Im Rahmen der quartalsweise stattfindenden Bauämtersitzungen informierte die Projektleitung jeweils über den Stand der Gesetzgebungsarbeiten.

60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation sowie Leitung der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen. Ihm obliegen die Koordination innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei sowie die Verwaltungssteuerung (Controlling). Zu seinen Aufgaben zählen ferner Rechtsberatung, Beschwerdebearbeitung, Gesetzgebungsprojekte und Führen von Gerichtsprozessen (insbesondere im Bereich Submission) sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Gesetzgebung: Neues Planungs- und Baugesetz (Totalrevision kantonale Planungs- und Baugesetzgebung) Erarbeitung und Erstellung Kommentar zum PBG (bis 2027) Umsetzung kantonaler Richtplan 2019, Gesamtverkehrskonzept, Energie- und Klimakonzept 2035, Planungsverfahren vereinfachen, punktuelle Anpassungen im Kapitel Bauvorschriften, Struktur und Sprache (2026)	Ausgeführte Aktivitäten: – Departementsaussagen zu Querschnittfragen oben Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Revision Strassengesetzgebung (Strassengesetz, Strassenverordnung)	Ausgeführte Aktivitäten: – keine Aktivitäten Kommentar: Die Arbeiten wurden auf die Jahre 2026/2027 verschoben.
Neues Fuss-, Wander- und Veloweggesetz: (Umsetzung Bundesrecht, Ablösung Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege)	Ausgeführte Aktivitäten: – Abstimmung auf neues Planungs- und Baugesetz (Terminologie und Verfahren) Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Nachtrag Strassenbeitragsverordnung (Mineralölsteuerabgabe)	Ausgeführte Aktivitäten: – keine Aktivitäten Kommentar: Projekt wird aufgrund einer parlamentarischen Anmerkung zur IAFP 2025 bis 2029 anlässlich der Kantonsratssitzung vom Dezember 2024 nicht mehr weiterverfolgt.
Unterstützung Grossprojekte: Behandlung Einsprachen, Rechtsberatung, Projektgenehmigungen, Submissionswesen, Grundstücksgeschäfte, Kreditgeschäfte	Ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss Einspracheverhandlung A8 Vollanschluss Alpnach Süd – Unterstützung Tag der offenen Baustelle Hochwasserentlastungstollen Sarneraatal

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Unterstützung Durchführung Tag der offenen Tür der Psychiatrie Sarnen
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.
Grundlagen und Schulungen: Prozesse, Abläufe, Ablagen (z.B. Merkblätter, Vorlagen, neues CD/CI), digitale Transformation, Rechtliche Schulung Baukoordination, Submissionswesen	Ausgeführte Aktivitäten: – Schulung Rechtsgrundlagen Bauen ausserhalb der Bauzone (intern) – Schulung und Begleitung Ämter Medienarbeit – Schulung und Begleitung der Mitarbeitenden bei der Benützung der E-Mitwirkungs-Plattform
	Kommentar: Das Ziel wurde gemäss Planung erreicht.

Beschwerdestatistik

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bau- und Raumentwicklungsdepartement)

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	32	55
Übertrag vom Vorjahr	19	24
Neueingänge Geschäftsjahr	13	31
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	7	14
– gutgeheissen	3	2
– teilweise gutgeheissen	2	0
– abgewiesen	2	12
– nicht eingetreten		0
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	1	6
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	24	35

Das Departement instruierte im Geschäftsjahr 18 neue Beschwerden und 13 Einsprachen in Bau- und Raumplanungsangelegenheiten zuhanden des Regierungsrats. 13 Beschwerden und 1 Einsprache wurden durch Entscheid des Regierungsrats und 3 Beschwerden und 3 Einsprachen durch Abschreibungsbeschluss oder Nichteintretensentscheid des Departements erledigt. Aufgrund der prioritären Arbeiten für die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes musste das Beschwerdewesen weiterhin zurückgestellt werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer vom Eingang der Beschwerde bis zum Entscheid durch den Regierungsrat lag bei 20,3 Monaten. Im Geschäftsjahr konnten alle Einsprachen gegen die Verkehrssicherheitsmassnahmen an der Hofmättelstrasse, welche Voraussetzung für den Baubeginn des

Vollanschlusses Alpnach Süd sind, einvernehmlich erledigt werden. Gegen die für weitere fünf Jahre erlassene kantonale Planungszone zur Sicherung der noch nicht ausgeschiedenen Gewässerräume von Entlastungskorridoren und Freihaltezonen für zukünftige Wasserbauprojekte gingen 11 Einsprachen ein. Gegen die Verlängerung der kommunalen Planungszone Stadel, Lungern, ging ebenfalls eine Einsprache ein.

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

	2024	2025
Anzahl Beschwerden / Einsprachen (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	8	1
Übertrag vom Vorjahr	7	0
Neueingänge Geschäftsjahr	1	1
Erledigt durch Entscheid des Departements:	5	0
– gutgeheissen	4	0
– teilweise gutgeheissen	1	0
– abgewiesen	3	0
Ohne materiellen Entscheid des Departements: (Abschreibungsbeschluss / Nichteintretensentscheid des Departements; Vergleich, Rückzug und dgl.)	3	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	1

Im Geschäftsjahr ging eine Einsprache gegen eine Wiederherstellungsverfügung ein.

Vernehmlassungen auf Stufe Departement

Neben Vernehmlassungen, die durch den Regierungsrat verabschiedet werden, reicht auch das Departement Stellungnahmen direkt an die zuständigen Bundesstellen ein. Diese betreffen Vorlagen mit departementsspezifischer politischer Relevanz und fachtechnische Vernehmlassungsgeschäfte. Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement reichte im Berichtsjahr 15 solcher Stellungnahmen an den Bund ein.

Grundstücksgeschäfte

Im Berichtsjahr tätigte der Kanton rund 28 Grundstücksgeschäfte. Diese betrafen insbesondere Dienstbarkeiten, Kauf- und Verkaufsgeschäfte, Grundbuchbereinigungen oder Bautätigkeiten auf Grundstücken des Kantons.

61 Tiefbauamt

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Strasseninfrastruktur (Wiederbeschaffungswert 233 Millionen Franken). Die Abteilung Strassenbau ist zuständig für die Planung und den Bau der Kantonsstrassen inkl. Veloalltagswege sowie den Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Bei der Nationalstrasse ist sie verantwortlich für die Netzvollendung, aktuell für die Realisierung des A8 Grossprojekts Lungern Nord – Giswil Süd (Tunnel Kaiserstuhl). Das Strasseninspektorat sorgt mit dem betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen und Kunstbauten für eine möglichst hohe Verfügbarkeit des Kantonsstrassennetzes.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte Strassenbau	Stand der Bearbeitung
<i>Giswil/Lungern, A8 Tunnel Kaiserstuhl</i> Netzfertigstellung Nationalstrasse Abschnitt Lungern Nord – Giswil Süd	Ausgeführte Aktivitäten: <i>Detailprojektierung (DP):</i> – 04 Wasserversorgung – 10d Anschlussbereiche Veloverkehrsanlage Trasse Süd – 11 Wasserbauliche Massnahmen – 14 Massnahmen Aawasserkanal – 15 Ökologische Aufwertungen <i>Bauausführung Baulose:</i> – 19 Tunnel Kaiserstuhl – 19a Verwertung Ausbruch Tunnel Nord – 20 Griffeldossen Buochholz – 21 Trasse und Kunstbauten Nord – 24 Trasse und Kunstbauten Süd – 34 Betriebs- und Sicherheitsanlagen (BSA) Kommentar: Das Grossprojekt verläuft planmässig.
<i>Alpnach, A8 Vollanschluss Alpnach Süd, Teilprojekte:</i> K-01 Brünigstrasse Unterhalts- und flankierende Massnahmen K-10 Hofmättelstrasse Kreisel Industrie und Verkehrssicherheitsmassnahmen A8 Ausbau Vollanschluss Alpnach Süd (VAS), ASTRA	Ausgeführte Aktivitäten: – Einspracheverhandlungen zu den projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen Hofmättelstrasse – Projektbewilligung und Krediterteilung für die projektergänzenden Verkehrssicherheitsmassnahmen nach Einsprachenrückzug – Submission Strassenbauarbeiten Verkehrssicherheitsmassnahmen und Kreisel Industrie Hofmättelstrasse – Vorgezogene Umsetzung von Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt Alpnach angesichts der grossen Verzögerungen

	Kommentar: Vgl. Departementsziele ÖV/MIV 3.1.2
<i>Sarnen, K-01 Sanierung Brünigstrasse, Abschnitt Rütistrasse – Kreisel Nordstrasse (Etappe 1)</i> Projektierung und Realisierung Sanierung und Aufwertung Brünigstrasse mit Veloverkehrsanlage inkl. Sofortmassnahmen Sarnen Süd	Ausgeführte Aktivitäten: – Beschaffung Planerteam für Projektierung und Realisierung – Entscheid Änderung Etappierung infolge Widerstands gegen neues Verkehrsregime – Start Vorprojektierung mit Schwerpunkt Werkleitungssanierung – Baustellenbedingte temporäre Signalisation Tempo 30 Klosterallee für sichere Schulwege Kommentar: Vgl. Departementsziele Langsamverkehr 3.1.1
<i>Sarnen, K-01 Aufwertung Zentrum mit Bahnhof- und Lindenstrasse (Etappe 2)</i> Projektierung und Realisierung Aufwertung Zentrum Sarnen mit Bahnhof- und Lindenstrasse sowie Kreisel für Knoten Rütli-/Brünigstrasse	Ausgeführte Aktivitäten: – Beschaffung Planerteam für Projektierung und Realisierung – Entscheid Änderung Etappierung infolge Widerstands gegen das neue Verkehrsregime – Projektierung Aufwertung Zentrum zurückgestellt zugunsten eines Testbetriebs Kommentar: Vgl. Departementsziele Langsamverkehr 3.1.1
<i>Lungern, K-01 Brünigstrasse, Abschnitt Alter Kirchturm – Kirchenplatz</i> Projektierung und Realisierung Sanierung und Aufwertung Ortsdurchfahrt Lungern inkl. Veloverkehrsanlage	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorprojekt als Grundlage für Landerwerb – Beschaffung Planerteam für Projektierung und Realisierung – Öffentliche Informationsveranstaltung Kommentar: In einer Konsultativabstimmung anlässlich der öffentlichen Informationsveranstaltung sprach sich die Lungerner Bevölkerung grossmehrheitlich für die Realisierung einer sicheren Veloverkehrsinfrastruktur aus.
<i>Kerns, K-03 Sarnerstrasse, Abschnitt Foribach – Wijermattkreisel</i> Projektierung und Realisierung Neubau Veloverkehrsanlage Sarnen - Kerns	Ausgeführte Aktivitäten: – Erweiterung Projektperimeter bis Kreisel Wijermatt – Vorprojekt als Grundlage für Landerwerb – Start Landerwerbsverhandlungen Kommentar: Die Suche nach Erschliessungslösungen für angrenzende Liegenschaften ist aufwändig.
<i>Kerns, K-03 Sarnerstrasse, Abschnitt Wijermattkreisel – Knoten Kägswilerstrasse</i>	Ausgeführte Aktivitäten: – definitive Umsetzung Fahrbahnhaltestelle Postplatz nach erfolgreichem Testbetrieb – Vorprojekt als Grundlage für Landerwerb – Start Landerwerbsverhandlungen

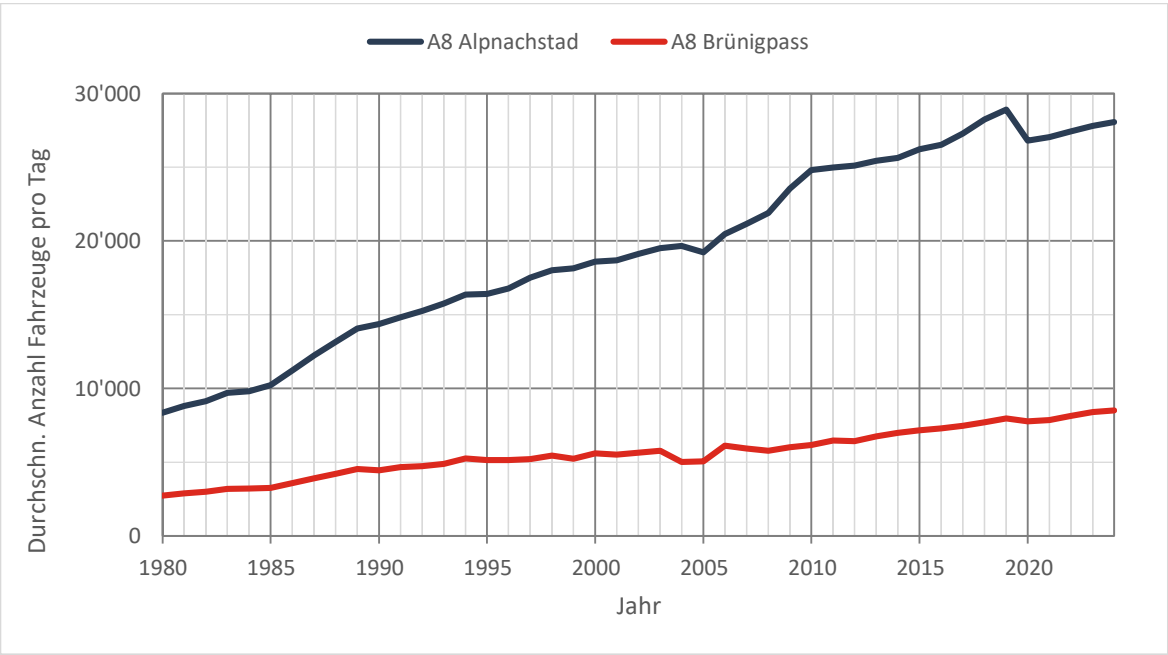
Projektierung und Realisierung Sanierung und Aufwertung Dorfkern Kerns inkl. Veloverkehrsanlage Sarnen - Kerns	Kommentar: Auf Wunsch des Einwohnergemeinderats wird die Sanierung und Aufwertung der Ortsdurchfahrt vor der Veloverkehrsanlage Foribach bis Wijermattkreisel umgesetzt (rasche Verbesserung Schulwegsicherheit).
<i>Kerns, K-03 Stanserstrasse, Abschnitt Industriestrasse – Kantonsgrenze NW</i> Projektierung und Realisierung Erneuerung und Ausbau Sand – Chabisstein inkl. Neubau Veloverkehrsanlage Sand - St. Jakob	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorprojekt als Grundlage für Landerwerb – Vorprüfung Vorprojekt mit wichtigen Anspruchsgruppen – Start Landerwerbsverhandlungen Kommentar: Die Landerwerbsverhandlungen sind aufwändig.
<i>Sarnen, K-04 Wilerstrasse, Abschnitt Sarneraa – Hotel Kurhaus</i> Realisierung des Strassenbauprojekts K-04 siedlungsverträgliche Gestaltung Rüti-/Wilerstrasse; inkl. Veloverkehrsanlage und zweites Trottoir und Belagssanierung bis Hotel Kurhaus inkl. hindernisfreie Bushaltestelle in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde Sarnen	Ausgeführte Aktivitäten: Im Abschnitt Blattibach-Kurhaus ergänzend: – Ersetzung Trag- und Binderschichten des Strassenbelags – Erneuerung Randabschlüsse Trottoir-Strasse – Ersetzung Trag- und Deckschicht Trottoir – Hindernisfreie Bushaltestelle Kurhaus Kommentar: Der Deckbelagseinbau verzögerte sich (Bewilligungsverfahren Bushaltestelle).
<i>Kerns, K-07 Melchtalerstrasse; Abschnitt St. Niklausen – Melchtal:</i> Realisierung des Strassenbauprojekts K-07 Erneuerung und Ausbau Melchtal, 3. Etappe (Abschnitte 5, 6, 2, 3)	Ausgeführte Aktivitäten: – Strassenverbreiterung im Abschnitt 3 mit neuen Stützbauwerken talseitig – Ersetzung Trag- und Binderschichten – Im Abschnitt 2 Neuerstellung Steinschlag-Schutzzaun bergseitig Kommentar: Die Arbeiten verliefen planmässig.
Schwerpunkt Strasseninspektorat	Stand der Bearbeitung
Unterhalt Kantonsstrassennetz inkl. Lärmschutz: Belags- und Kunstbautensanierungen zur Werterhaltung der Kantonsstrassen gemäss Unterhaltsplanung	Ausgeführte Aktivitäten: – Belagssanierung Kreisel Hofmätteli Alpnach – Belagssanierung Grafenort Herrenhaus bis Mettlen – Belagssanierung Panoramastrasse Chratzeren bis Glaubenbielenpass und Mörliegg – Instandsetzung Brücken Emmenwald und Mülibach auf der Panoramastrasse – Felsreinigung Delli in Alpnachstad Kommentar: Die Arbeiten verliefen planmässig.

610 Kantonsstrassennetz

6100 Strassenverwaltung

Verkehrsentwicklung

Die nachfolgende Grafik stellt die Verkehrsentwicklung an den Messstellen der A8 in Alpnachstad und auf dem Brünigpass dar. Der Verkehr nahm im Jahr 2024* um 1,0 Prozent (Alpnachstad) und 1,4 Prozent (Brünigpass) zu. Die Verkehrsentwicklung liegt auf dem gesamten Kantonsstrassennetz etwa in dieser Bandbreite.



Grafik: Verkehrsentwicklung auf der Nationalstrasse A8*
*Hinweis: Da die Verkehrszahlen zum vorliegenden Berichtsjahr jeweils erst im Folgejahr ausgewertet und verfügbar sind, beziehen sich die Aussagen zur Verkehrsentwicklung jeweils auf das Vorjahr (2024).

Finanzierung Strassenwesen

Einnahmequellen	Rechnung 2025 (Mio. Franken)
Beitrag aus Strassenverkehrssteuern	11 523 700
Beitrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	2 780 851
Nicht werkgebundene Beiträge (Anteile aus dem Mineralölsteuerertrag, inkl. Kantonsanteil am Reinerlös der Autobahnvignette)	1 569 765
Globalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (aus Infrastrukturfonds des Bundes)	967 855
Bundesbeiträge Lärmschutz (gemäss Programmvereinbarung im Bereich Lärm- und Schallschutz an Strassen)	389 480
Rückerstattung von Projektkostenanteilen durch Gemeinden und Dritte	238 695
Total Einnahmen (gerundet)	17 470 346

Tabelle: Übersicht über die Einnahmen aus Strassenverkehrsabgaben, -steuern und Kostenbeteiligungen Dritter

Verwendung	Rechnung 2025 (Mio. Franken)
Kantonsbeiträge für Neubau, Ausbau und Unterhalt öffentlicher Strassen der Einwohnergemeinden und übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften	4 056 048
Aufgaben der Kantonspolizei	7 112 969
Förderung des öffentlichen Verkehrs	556 170
Bau, Betrieb, Unterhalt, Abschreibung und Verwaltung des Kantonsstrassen-netzes inklusive kantonale Velorouten und Beiträge an den Nationalstrassen-bau	5 188 988
Allgemeiner Staatshaushalt	556 170
Total Ausgaben (gerundet)	17 470 346

Tabelle: Übersicht über die Verwendung der Einnahmen des Kantons für das Strassenwesen

Lärmschutz

Die Bekämpfung des Strassenlärms wurde mit der Revision der Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom Mai 2021 zur Daueraufgabe erklärt, wodurch die finanzielle Unterstützung durch den Bund zeitlich uneingeschränkt weitergeführt werden kann.

Im Jahr 2025 wurden folgende lärmreduzierenden Massnahmen an Kantonsstrassen umgesetzt:

- Tempo 30-Zone Brünigstrasse, Alpnach Dorf: Auf der Brünigstrasse wurde zwischen dem Kreisel Hofmätteli und dem nördlichen Ortsende (ca. 670m) die Tempo 30-Zone als eine der flankierenden Massnahmen des Gesamtprojekts N8 Vollanschluss Alpnach Süd vorgezogen umgesetzt.
- Tempo 30-Zone Dorfkern Kerns: Auf der Sarnerstrasse in Kerns wurde vom Kreisel Wijermatt über den Kreisel Rössliplatz bis zur Kägiswilerstrasse (ca. 350m) die Tempo 30-Zone definitiv umgesetzt.

Bei mehreren Projekten wurden im Jahr 2025 zudem basierend auf der Strategie Nachsanierung Strassenlärm 2020–2040 vom 7. September 2020 Lärmuntersuchungen als projektvorbereitende Massnahmen durchgeführt.

An der Schwander- und Glaubenbergstrasse wurden im Jahr 2024 in mehreren Abschnitten Temporeduktionen von 80 km/h auf 60 km/h umgesetzt. Aufgrund der Bestimmungen des neuen Handbuchs zu den Programmvereinbarungen im Umweltbereich 2025–2028 im Fachbereich Lärm und Schallschutz muss künftig für eine Auszahlung der Bundesbeiträge die Wirksamkeit der Massnahmen an der Quelle nachgewiesen sein. Um diesen Nachweis zu erbringen, wurden im Jahr 2025 im Rahmen einer Erfolgskontrolle nach Umsetzung der Temporeduktionen umfangreiche Lärmmessungen an der Schwander- und Glaubenbergstrasse durchgeführt, dessen Auswertung noch im Gang ist.

Nachsanierungsbedarf Überschrittene Immissionsgrenzwerte entlang von Kantonsstrassen	Stand per Ende 2018 (Abschluss Erstsanierung)	Stand per Ende 2025	Reduktion durch Massnahmen 2025
Anzahl betroffener Liegenschaften	411	384	13
Anzahl betroffener Personen	3201	3024	108
Länge betroffener Kantonsstrassen-abschnitte	24,4 km	18,4 km	0 km

Tabelle: Nachsanierungsbedarf Strassenlärm

6103 Strassenbetrieb und Unterhalt (Strasseninspektorat)

Betrieblicher Strassenunterhalt

Der betriebliche Strassenunterhalt beinhaltet Reinigung, Grünpflege, Winterdienst, technischer Dienst, bauliche Reparaturen, Unfalldienst und Einsätze bei ausserordentlichen Ereignissen. Er hat zum Ziel, eine möglichst hohe Verfügbarkeit des Kantonsstrassennetzes sicher zu stellen.

- Die Verfügbarkeit aller Kantonsstrassen war ganzjährig uneingeschränkt gewährleistet.
- Wintersperre Glaubenbielenpass 18. November 2024 bis 9. Mai 2025
- Der Winter 2024/25 verursachte einen unterdurchschnittlichen Winterdienstaufwand.

Baulicher Strassenunterhalt: Belags- und Kunstbautensanierungen

Die Verkehrs- und Bauwerksicherheit konnte im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet werden. An insgesamt zehn Kunstbauten wurden Bauwerksinspektionen durchgeführt. Ab dem Jahr 2025 werden Belags- und Kunstbautensanierungen mit Kosten grösser als 100 000 Franken über die Investitionsrechnung finanziert. Folgende Unterhaltsmassnahmen wurden nebst einer Vielzahl von kleineren Belagsreparaturen und Sicherungsmassnahmen ausgeführt:

- K-01 Brünigstrasse, Alpnach: Belagssanierung Kreisel Hofmätteli
- K-01 Brünigstrasse, Alpnachstad: Felsreinigung Delli
- K-02 Engelbergerstrasse, Engelberg: Belagssanierung Grafenort Herrenhaus bis Mettlen.
- K-09 Panoramastrasse, Giswil: Belagssanierung Panoramastrasse Chratzeren bis Glaubenbielenpass und Mörliegg.
- K-09 Panoramastrasse, Giswil: Instandsetzung Brücken Emmenwald und Mülibach

Der bauliche Zustand der Kantonsstrassen hat sich im Vergleich mit anderen Kantonen verbessert und ist nur noch leicht unterdurchschnittlich.

6105 Kantonsstrassen inkl. kantonale Velorouten

Bauprogramm Kantonsstrassen 2022 bis 2027

Grundlage für die Berichterstattung bildet das vom Kantonsrat am 2. Dezember 2021 verabschiedete Bauprogramm Kantonsstrassen 2022 bis 2027. Es enthält 18 Strassenbauprojekte, die in den Jahren 2022 bis 2027 bewilligt und kreditiert werden sollen. Viele Projekte verlaufen mit teilweise erheblichen Verzögerungen:

Bauprogramm 2022-2027	Objektkredit/ Bewilligung		Bau (Prognose)	Kommentar
	geplant 2021	aktuell 2025		
K-01 Brünigstrasse				
Alpnach:				
- Unterhalts- und flankierende Massnahmen Brünigstrasse	2022	2025	2029/30	Einsprachen verzögerten das Projekt und forderten aufwändige Verkehrssicherheitsmassnahmen auf der Hofmättelistrasse, die zusätzlich aufzulegen waren.
- Kreisel Industrie ergänzt (mit Verkehrssicherheitsmassnahmen Hofmättelistrasse)	2022	2025	2026	
- (Ausbau A8 Vollanschluss Alpnach Süd durch das ASTRA)			2027/28	

Bauprogramm 2022-2027	Objektkredit/ Bewilligung		Bau (Prognose)	Kommentar
	geplant 2021	aktuell 2025		
– Neubau Veloverkehrsanlage kl. Schliere bis Kleinmattweg	2022	2027	2030	Das Vorhaben wird mit den flankierenden Massnahmen Brünigstrasse umgesetzt.
<i>Sarnen:</i> – Ersatz Sarneraabrücke Bitzighofen – Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt Etappe 1: Sanierung Brünigstrasse Etappe 2: Aufwertung Zentrum Etappe 3: Ersatz Sarneraabrücke, inkl. Aufwertung Bitzighofen	2025 2023	2027 2028 2029	2028/29 2030 2030	Die zwei Projekte wurden zusammengeführt. Ihre Umsetzung ist in drei Etappen vorgesehen. Widerstand gegen das neue Verkehrsregime mit Einbahn, Tempo 30 und Veloführung im Gegenverkehr verzögern die Aufwertung im Zentrum und erzwingen, dass in einer ersten Etappe die Brünigstrasse mit Werkleitungen saniert wird.
– Neubau Veloverkehrsanlage Bitzighofen bis Kägiswil	2027	2031	2032/33	Linienführung und Dimensionierung sind definiert. Die Projektierung geht weiter, wenn die Umnutzung des Flugplatzes Kägiswil geklärt ist.
<i>Sachseln:</i> – Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt	2026	2033	2034/35	2022 wurde eine Kernfahrbahn als Sofortmassnahme realisiert. Das Projekt wurde aus Ressourcengründen verschoben.
<i>Lungern:</i> – Siedlungsverträgliche Gestaltung Ortsdurchfahrt	2023	2027	2029/30	Die Integration von Werkleitungssanierung und Veloverkehrsanlage sowie die Abstimmung mit dem A8 Nationalstrassenprojekt Tunnel Kaiserstuhl benötigt mehr Zeit.

K-03 Stanserstrasse				
<i>Kerns:</i>				
– Siedlungsverträgliche Gestaltung Dorfkern Kerns	2024	2027	2027/28	In den Vorstudien wurden beide Projekte zusammengeführt. Die Umsetzung erfolgt in zwei Etappen. Knappe Ressourcen und aufwändiger Landerwerb verzögern das Projekt.
– Neubau Veloverkehrsanlage Foribach-Kerns	2024	2028	2028/29	
– Neubau Veloverkehrsanlage Sand-NW	2024	2027	2027/28	In den Vorstudien wurden alle drei Projekte zusammengeführt. Die Umsetzung erfolgt in einem Strassenbauprojekt. Der aufwändige Landerwerb sowie die Abstimmung mit dem Teilprojekt des Kantons Nidwalden führen zu Verzögerungen.
– Anpassung Strassengeometrie Hölenried-Chabisstein	2022			
– Verkehrssicherheitsmassnahmen und Sanierung Chabisstein-NW	2024			
– Erneuerung und Ausbau, Sand – Chabisstein, inkl. Neubau Veloverkehrsanlage				
K-04 Wilerstrasse				
– Siedlungsverträgliche Gestaltung Rüti-, Wilerstrasse inkl. Veloverkehrsanlage	2022	2023	2023-26	Das Projekt ist abgeschlossen bis auf den Deckbelag im Sanierungsabschnitt Blattibach bis Kurhaus.
K-05 Kägiswilerstrasse				
– Umgestaltung Knoten Kernmatt	2022	2023	2024/25	Das Projekt ist abgeschlossen.
K-07 Melchtalerstrasse				
– Erneuerung und Ausbau 3. Etappe	2022	2022	2022-26	Die Realisierung verlief planmässig im Kosten- und Zeitrahmen inkl. Steinschlagschutz.
– Instandsetzung Blattibachbrücke	2026	2026	2027	Die Projektierung verläuft planmässig im Zeitrahmen.
K-08 Flüelistrasse				
– Erneuerung und Ausbau Salzbrunnenbrücke – Sattel inkl. Veloverkehrsanlage	2022	2022	2022-25	Das Projekt ist abgeschlossen. Die Realisierung verlief planmässig gemäss Kosten- und Zeitrahmen.

611 Nationalstrassen

Für die Fertigstellung der Nationalstrasse A8 ist der Kanton zuständig (Netzvollendung). Neben dem Grossprojekt A8 Lungern Nord – Giswil Süd, welches der Kanton als Bauherr realisiert, und dem A8 Vollanschluss Alpnach Süd befasste sich der Kanton mit weiteren A8 Projekten in Absprache mit dem ASTRA:

Alpnach/Sarnen: Ausbau A8, Abschnitt Hergiswil – Sarnen Süd (Bauherr: ASTRA)

- Das ASTRA bereitete die Projektierung des Erhaltungsprojekts vor, in dem unter anderem ein normkonformer Mittelstreifen vorgesehen ist. Das Tiefbauamt prüfte zusammen mit der Einwohnergemeinde Sarnen und der Zentralbahn, ob die Fachwerkeisenbahnbrücke Wichel, die durch den Doppelspurausbau ersetzt werden muss, künftig als Ersatz für die heute sehr schmale Fuss- und Velowegequerung der Sarneraa auf der Autobahnbrücke genutzt werden kann.

Sarnen: Umgestaltung A8-Anschluss Sarnen Nord (Bauherr: ASTRA)

- Das ASTRA hat die Umgestaltung des A8 Anschlusses Sarnen Nord für eine sicherere Veloführung und einfachere Benutzbarkeit für den motorisierten Individualverkehr in das A8 Erhaltungsprojekt Hergiswil – Sarnen Süd aufgenommen.

Sarnen: Erschliessung und Neubau VSZ auf dem Werkhofareal beim A8 Anschluss Sarnen Nord

- Der Kantonsrat erteilte im Oktober den Objektkredit von 5,7 Millionen Franken für den Umbau des A8-Anschlusses Sarnen Nord für eine nationalstrassenunabhängige Erschliessung des Werkhofareals Foribach West, auf dem künftig das VSZ angesiedelt wird. Das Tiefbauamt beschaffte die erforderlichen Planerleistungen. Aufgrund fehlender Angebote musste die Ausschreibung wiederholt werden, was zu Verzögerungen führte.

Sarnen: Planungsstudie und Zweckmässigkeitsbeurteilung A8 Halbanschluss Kägiswil

- Der Kantonsrat erteilte im März einen Planungskredit für eine Planungsstudie mit Zweckmässigkeitsbeurteilung für einen künftigen A8-Halbanschluss Kägiswil. Dieser umfasst eine Ausfahrt von Luzern sowie eine Einfahrt Richtung Luzern. Damit wird der Entwicklungsschwerpunkt Sarnen Nord direkt an die Nationalstrasse angebunden und das Kantonsstrassennetz entlastet.

62 Amt für Wald und Landschaft

Das Amt für Wald und Landschaft ist die kantonale Fachstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Wildtiere und Jagd sowie Abwehr von Naturgefahren.

Die Abteilung Wald und Natur ist zuständig für die Bereiche nachhaltige Waldentwicklung und forstliche Förderungsmassnahmen, den Forstschutz, die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, den Schutz der Wildtiere und die Erhaltung ihrer Lebensräume sowie für die Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren und Wasserbau befasst sich mit der Erkennung und Reduktion von Risiken bei Naturgefahren, übt die Oberaufsicht über die Gewässer sowie die Aufsicht über Stauanlagen aus. Sie leitet die kantonalen Grossprojekte Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost, Regulierung Sarnersee), Sarneraa Alpnach und Aufwertung Südufer Alpnachersee.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte (abteilungsübergreifend)	Stand der Bearbeitung
Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich, 5. NFA Periode 2025 bis 2028: Umsetzung und Jahresberichterstattung an den Bund	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung Programmvereinbarung gemäss Budgetvorgabe Kommentar: Die mit dem Bund vereinbarten Leistungen konnten erbracht werden.
Schwerpunkte Wald und Natur	Stand der Bearbeitung
Schutzwald: Umsetzung nachhaltiger Schutzwaldpflege im Umfang von mindestens 350 Hektaren pro Jahr sowie zeit- und fachgerechte Behebung der Waldschäden	Ausgeführte Aktivitäten: – Pflege von 321,5 ha Schutzwald – Zeitgerechte und fachgerechte Behebung von 8 196 m ³ Schadholz Kommentar: Aufgrund fehlender Bundesgelder konnte die Zielsetzung der Schutzwaldpflege nicht vollständig erreicht werden.
Waldrecht: Nachführung Amtliche Vermessung Bodenbedeckung Wald	Ausgeführte Aktivitäten: – Bearbeitung der Einwohnergemeinde Engelberg – Bearbeitung von Rückmeldungen der Grundeigentümer der Einwohnergemeinde Kerns Kommentar: Die korrekte Nachführung der Bodenbedeckung ist zeitintensiv, ergibt jedoch klare Abgrenzungen zwischen Wald und übrigen Flächen.
Rotwildmanagement: Intensivierung jagdliche Massnahmen und kantonsübergreifende Zusammenarbeit zur Senkung des Rotwildbestands sowie zur Verminderung von	Ausgeführte Aktivitäten: – enge Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen im Bereich Bestandserfassung und -management

Schwerpunkte (abteilungsübergreifend)	Stand der Bearbeitung
Wildschäden im Landwirtschaftsland und im Wald gemäss Wald-Wild-Lebensraum-Konzept	– erfolgreicher jagdlicher Eingriff im gesamten Kantonsgebiet im Rahmen der Hoch- und Regulationsjagd
	Kommentar: Die durch Rothirsche verursachten Schäden in der Landwirtschaft konnten weiter verringert und der Bestand gesenkt werden.
Naturschutz: Umsetzung Massnahmen Gesamtkonzept Naturförderung	Ausgeführte Aktivitäten: – Vergrösserung und Instandsetzung der Teiche im Naturschutzgebiet Wichelsee – Aufwertung Moorflächen – Anpassung der Ausführungsbestimmungen über ökologische Ausgleichszahlungen – Vorbereitung eines Aufwertungsprojekts von Teichen im Gebiet Ingäu, Kerns Kommentar: Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt gemäss dem Gesamtkonzept Naturförderung und in Abstimmung mit den finanziellen Mitteln aus den Programmvereinbarungen (PV) im Umweltbereich sowie dem kantonalen Rahmenkredit. Es handelt sich dabei weitgehend um die Umsetzung der PV im Teilbereich Natur und Landschaft.
Naturschutzzonen Städerried und Schlierenrüti, Alpnach: Überarbeitung Schutz- und Nutzungsplanung	Ausgeführte Aktivitäten: – Erneuerung und punktuelle Verbesserung der Beschilderung in der Naturschutzzone Städerried – Entfernung von Neophyten Kommentar: Die Überarbeitung der Schutz- und Nutzungsplanung verzögert sich, da eine Abhängigkeit zu den sich in Planung befindlichen Wasserbauprojekten besteht. Punktuelle Massnahmen zur Aufwertung der Schutzgebiete werden - wo nötig und sinnvoll - umgesetzt.
Naturschutzzone Siechenried, Kerns: Antrag an den Regierungsrat zum Erlass und zur Unterbreitung an den Kantonsrat zur Genehmigung	Ausgeführte Aktivitäten: – Definition der Vorgaben für die angepasste Pflege je Bewirtschaftungseinheit auf der Grundlage einer Vegetationskartierung und eines Pflegekonzepts Kommentar: Die Erarbeitung und der Abschluss von Pflegeverträgen benötigt mehr Zeit als erwartet, bildet jedoch eine wichtige Grundlage für die Unterschutzstellung.

Schwerpunkte Naturgefahren und Wasserbau	Stand der Bearbeitung
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Hochwasserentlastungsstollen Ost: Fertigstellung Stollen, Ein- und Auslaufbauwerk inkl. Stahlwasserbau	Ausgeführte Aktivitäten: – Betonarbeiten am Auslaufbauwerk Arbeiten in Sarneraa mit Fischauf- und abstieg Kommentar: Seit dem Durchschlag im März 2023 verlaufen die Arbeiten im Zeitplan.
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Regulierung Sarnersee: Umsetzung Wehreglement, Betrieb und Unterhalt	Ausgeführte Aktivitäten: – Erstellung Realisierungspflichtenhefte für Elektroinstallationen und Leittechnik – Installation Provisorium für Notbetrieb Stollen – Vergabe Kommunikationsnetzwerk – Vergabe Betrieb und Unterhalt Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Hochwassersicherheit Sarneraatal (Sarneraa mit Stollen Ost) Teilprojekt Sarneraa: Sarnersee bis Brünigstrasse (km 0–1,6), Brünigstrasse bis Wichelsee (km 1,6–3,6), Hilfswehr	Ausgeführte Aktivitäten: – Baumeistervergabe für Abschnitt km 1,6–3,6, Start Bauarbeiten – Vergabe Schlauchlieferant am Hilfswehr – Submissionsvorbereitung Baumeister Hilfswehr und Sarneraa km 0–1,6 – Landerwerb über ganzen Projektabschnitt Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I: Gerinneaufweitungen, wasserbauliche Massnahmen	Ausgeführte Aktivitäten: – Umsetzung wasserbauliche Massnahmen – Abbruch Sammler Grosse Schliere und Anbindung an Sarneraa Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Aufwertung Südufer Alpnachersee, Teilprojekt Mittlere Bucht (ASA+): Vorbereitung und Umsetzung der Materialschüttungen	Ausgeführte Aktivitäten: – Baumeistervergabe erfolgt, Seeschüttungen gestartet Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Schutzbautenprojekte der Gemeinden: Begleitung der Gemeinden bei der Planung und Realisierung gemäss Masterplan Abwehr Naturgefahren	Ausgeführte Aktivitäten: – Projektierung und Umsetzung gemäss Masterplan – Behebung von Schutzdefiziten durch Hochwasserschutzprojekte: u.a. Kleine Schliere,

	Alpnach; Überlastsicherung Laui Lungern und Schmittenbächli, Giswil – Instandsetzung und Ersatz von alten Schutzbauten, u.a. Entwässerungen Rotmoosgraben/Mettenlaui und Riedtlisperre Laui, Giswil; Vorder Schwandgraben, Alpnach; Dündelbach und Gadenmattbach, Lungern und Dürrbach, Engelberg
	Kommentar: Verzögerung bei einzelnen Projekten, grundsätzlich Ziele gemäss Planung erreicht.
Risikoübersichten/Risikoanalyse: Aktualisierung Risikoanalyse mit aktuellen Gefahrenkarten und gemäss minimalem Geodatenmodell des Bundes	Ausgeführte Aktivitäten: – Migration Geodaten der Gefahrenkarten in neues Datenmodell – Überarbeitung Nachführungsworkflow
	Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig.
Gefahrengrundlagen (Ereigniskataster, Gefahrenkarten und Alarmierungs- und Notfallkonzepte, Schutzbautenmanagement, Gesamtplanung): Aufbau Schutzbautenkataster und –management in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Nachführung Gefahrengrundlagen, Aus- und Weiterbildung lokaler Naturgefahrenberater sicherstellen	Ausgeführte Aktivitäten: – laufende Nachführung des Ereigniskatasters – laufende Erfassung aller Schutzbauten im Kanton
	Kommentar: Die Ziele wurden planmässig erreicht.

621 Wald und Natur

6214 Wald

Waldpflege

Im Rahmen des Teilprogramms Schutzwald wurden im Berichtsjahr 321,5 ha Schutzwald gepflegt. Die Zielsetzung im durch den Regierungsrat am 20. Juni 2017 erlassenen Waldentwicklungsplan von 380 ha pro Jahr wurde nicht erreicht, weil die aktuell zur Verfügung stehenden Bundesgelder gestützt auf die Leistungsvereinbarung zwischen Bund und Kanton jährlich nur rund 320 Hektaren Pflege ermöglichen. Die Behebung der Käferschäden band bei den Forstbetrieben weiterhin viele Ressourcen, der Anteil Käferholz ging aber leicht zurück.

Über das Teilprogramm Waldbewirtschaftung wurden 27,6 ha Jungwald ausserhalb des Schutzwaldes gepflegt. Aufgrund des Klimawandels kommt der Jungwaldpflege eine grosse Bedeutung zu, weil damit Stabilität, Zusammensetzung, Vielfalt und Funktionserfüllung der zukünftigen Wälder massgeblich beeinflusst werden können. Die Einbringung klimaangepasster Baumarten wurde auf 0,9 ha umgesetzt, zusätzlich wurden 56,8 ha nicht kostendeckende Waldflächen ausserhalb des Schutzwalds mittels Mobilseilkran bewirtschaftet.

Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zur Aufwertung der Lebensräume von Auerwild sowie Reptilien wurden über das Teilprogramm Waldbiodiversität 21,4 ha gepflegt. Weiter wurden knapp 5,5 km Waldränder aufgewertet.

Deutlicher Rückgang bei Windwurf- und Käferholz

Die im Berichtsjahr abgerechnete Schadholzmenge belief sich über den gesamten Kanton auf 8 196 m³. Sie lag damit gut ein Drittel tiefer als im Vorjahr (12 169 m³) und erstmals seit 2017 unter 10 000 m³. Im Winterhalbjahr traten keine grösseren Sturm- und Lawinenschäden auf. Der Hauptanteil des angefallenen Schadholzes war bedingt durch Käferbefall. Zusätzlich entstand durch diverse Sommergewitter Fallholz. Die Schadholzmenge lag bei rund 12 Prozent der regulären jährlichen Holznutzungsmenge und damit immer noch deutlich über den langjährigen Erfahrungszahlen.

Waldverjüngungskontrolle

Seit 2016 werden auf Stichprobenpunkten, die systematisch über den Kanton in den Verjüngungsflächen verteilt sind, Aufnahmen zur Situation der Waldverjüngung erhoben. Im Jahr 2025 wurde die vierte Aufnahme im Sarneraatal Ost durchgeführt.

In den unteren Lagen (bis 900 m ü. M.) dominiert in der Verjüngung anteilmässig die Buche. Die Verbissintensität ist bei den meisten Baumarten mit fünf Prozent unter dem Grenzwert. Fünf Prozent bedeutet, dass bei fünf von 100 Bäumen jährlich der Terminaltrieb durch Wildtiere abgebissen wird. Einzig bei Tanne und Ahorn ist er an der oberen Grenze und diese Baumarten können nicht wie gewünscht aufwachsen. Insgesamt hat der Verbiss in den unteren Lagen tendenziell etwas abgenommen.

In den oberen Lagen (über 900 m ü. M.) dominiert in der Verjüngung anteilmässig die Fichte. Ahorn, übrige Laubbäume und Buche legen zu. Die Vogelbeere und Tanne werden spärlicher. Bei Tanne fällt auf, dass ihre Verbreitung im Anwuchs (bis 40 cm Höhe) gross ist, im Aufwuchs (grösser als 40 cm) hingegen stark abnimmt. Die Verbissintensität ist bei Buche, Esche und Fichte unter dem Grenzwert bei neun Prozent. Bei Ahorn und Vogelbeere ist sie im Bereich des Grenzwerts, bei Tanne ist der Verbiss darüber. Insgesamt hat der Verbiss in den oberen Lagen in den letzten Jahren nicht abgenommen.

Waldrecht und Walderhaltung

Die Richtlinien „Bauten und Anlagen im Wald“ liegen vor und können, nach der Schlussprüfung durch das Departementssekretariat, zeitnah in Kraft gesetzt werden. Für die geplanten Richtlinien „Waldabstand“ sowie „Rodung und Rodungsersatz“ sind die Themen abgesteckt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt acht Rodungsgesuche bewilligt oder, im Fall der Bundeszuständigkeit, hat das Amt für Wald und Landschaft dazu Stellung genommen. Die gesamte Rodungsfläche betrug 14 237 m² Wald, davon 12 746 m² temporär und 1 491 m² definitiv. Die hauptsächlichen Rodungszwecke waren: Wasser- und Stromversorgung, Schutz vor Naturgefahren und militärische Anlagen. Alle bewilligten Rodungen wurden in Form von Realersatz kompensiert. Elf Rodungsgeschäfte konnten abgeschlossen und die Plangrundlagen dazu nachgeführt werden. Der Fachstelle Wald wurden 12 neue Widerhandlungen gegen das Waldgesetz gemeldet, 21 Fälle konnten erledigt werden. Bezüglich der separat erfassten Widerhandlungen entlang der statischen Waldgrenzen wurden in verschiedenen Einwohnergemeinden weitere Fälle bearbeitet. Verschiedene Projekte im Bereich des Hochwasserschutzes, der Zentralbahn, von Abbau- und Deponievorhaben und Weitere wurden im Berichtsjahr waldrechtlich begleitet und es gab mehrere Waldfeststellungen durchzuführen.

Im Berichtsjahr fand der jährliche interkantonale Austausch „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Wald“ in Obwalden, organisiert durch das Amt für Wald und Landschaft, statt. Die „Perlenkette“ am Wichelsee und das Waldmobil wurden präsentiert und es wurden aktuelle Projekte aus den Kantonen vorgestellt und diskutiert.

Revision amtliche Vermessung/Bodenbedeckung

Im Berichtsjahr konnte die Überarbeitung der Bodenbedeckung in der Einwohnergemeinde Engelberg bezüglich des Waldes abgeschlossen werden. Engelberg ist somit die letzte Einwohnergemeinde, bei der die Waldausscheidung flächendeckend überprüft wurde. Im Berichtsjahr wurden zudem die Anträge der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer beziehungsweise der Bewirtschafter der Einwohnergemeinde Kerns geprüft und bearbeitet.

Die Überprüfung der Waldflächen im Rahmen der periodischen Nachführung der Bodenbedeckung ist zeitintensiv und erstreckt sich daher über mehrere Jahre. Durch die korrekte Nachführung ergeben sich jedoch klare Abgrenzungen zwischen Wald und übriger Fläche, was allen Beteiligten eine erhöhte Planungssicherheit bietet.

6218 Natur und Landschaft

Gesamtkonzept Naturförderung

Der Kanton Obwalden erarbeitete bis Ende 2024 eine Fachplanung und leitete daraus ein Umsetzungskonzept ab, das sogenannte Gesamtkonzept Naturförderung Obwalden. Das Gesamtkonzept bildet damit die strategische Grundlage für das Handeln im Naturschutz bis ins Jahr 2040. Die für die Umsetzung der Massnahmen notwendigen Finanzmittel werden im Vierjahresrhythmus über die Programmvereinbarung mit dem Bund im Umweltbereich sowie den entsprechenden kantonalen Rahmenkredit bereitgestellt.

Bei der Umsetzung der Massnahmen liegt der Fokus auf der zielgerichteten Fortführung bereits laufender Massnahmen, wie den Pflegevereinbarungen mit den Landwirten. Zudem sollen die bestehenden Naturschutzgebiete in ihrer Qualität gestärkt werden. So wurden im Naturschutzgebiet Usser Allmend und Schwerzbachried, Gemeinde Giswil, auf Basis eines Pflegekonzepts gezielte Aufwertungsmassnahmen, wie die Pflege der Hecken, durchgeführt. Diese Massnahmen erfolgten auf freiwilliger Basis in Zusammenarbeit mit dem Forstbetrieb und den Landwirten. Daneben wurden im Berichtsjahr Aufwertungsmassnahmen im Naturschutzgebiet Wichelsee realisiert, bei denen die bestehenden Teiche gepflegt und aufgewertet wurden. Ein weiteres Teich-Projekt im Gebiet Ingäu, Gemeinde Kerns, wurde geplant und wird in diesem Winter realisiert.

Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen Naturschutzzonen: Städerried, Alpnach

Die Totalrevision der Naturschutzzone Städerried ist stark vom Fortschritt der anstehenden Hochwasserschutzprojekte Kleine Schliere, Sarneraa Alpnach sowie dem Aufwertungsprojekt Südufer Alpnachersee abhängig. Aufgrund der kontroversen Rückmeldungen der Betroffenen zum ersten Entwurf wurden weitere Abklärungen getroffen und als Grundlage eine Vegetationskartierung durchgeführt. Ein revidierter Vorschlag ist aufgrund der genannten Abhängigkeiten noch ausstehend.

Schlierenrüti, Alpnach

Ein erster interner Entwurf zur Revision der Schutz- und Nutzungsplanung wurde erarbeitet. Es besteht eine enge Verknüpfung mit dem Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I und der darin enthaltenen Sanierung des Geschiebesammlers Schlierenrüti. Die Revision wird pendent gehalten, bis die baulichen Massnahmen am Geschiebesammler abgeschlossen sind.

Siechenried, Kerns

Der Auftrag zur Festsetzung der Schutz- und Nutzungsplanung besteht aufgrund des kantonalen Richtplans und der Flachmoorverordnung des Bundes. Nach Rückweisung der ersten Fassung der Schutz- und Nutzungsplanung durch den Kantonsrat im Jahr 2016 wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Landwirtschaft und Umwelt die Planung einer zweiten Fassung in Angriff genommen. Aufgrund kontroverser Rückmeldungen zum Entwurf wurde im Sommer 2023 eine umfassende Vegetationskartierung durchgeführt und im Berichtsjahr ein auf das Gebiet abgestimmtes Pflegekonzept erarbeitet. Diese Grundlage dient als Basis für die Überarbeitung des Entwurfs der Schutz- und Nutzungsplanung und soll sowohl die Schutz- wie auch die Nutzungsansprüche besser berücksichtigen.

Rangerdienst Moorlandschaft Glauenberg

Im Jahr 2020 startete der Kanton Obwalden gemeinsam mit Obwalden Tourismus und Pro Natura Unterwalden das Projekt Rangerdienst in der Moorlandschaft Glauenberg. Die Hauptaufgaben des Rangerdienstes bestehen in der Information und Lenkung der Besucherinnen und Besucher, der Durchführung von Exkursionen sowie der Kontrolle der geltenden Bestimmungen aus den Schutz- und Nutzungsplanungen für die Moore im Sömmerungsgebiet, der Naturschutzzone Hinteregg-Andresen und der Moorlandschaft insgesamt. Der Rangerdienst trägt wesentlich zur Sensibilisierung für die Moorlandschaft

Glaubenberg bei und wird von Erholungssuchenden sowohl als Auskunftsstelle und Exkursionsleitung als auch als Anlaufstelle bei Konflikten (z. B. Langlauf und Besucherlenkung) geschätzt.

Im Berichtsjahr wurde insbesondere die Zusammenarbeit mit der Armee weiter gestärkt. Der Schiessplatz Glaubenberg wird regelmässig für Schiessübungen genutzt, liegt jedoch mitten in der Moorlandschaft und umfasst zahlreiche Flach- und Hochmoore, Amphibienlaichgebiete sowie wertvolle Trockenstandorte. Der Rangerdienst sorgt durch den Austausch und die Koordination zwischen Armee, Alpwirtschaft und Erholungssuchenden für ein möglichst konfliktfreies Miteinander.

Bewirtschaftungsvereinbarungen Natur- und Heimatschutzgesetz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 51 Bewirtschaftungsvereinbarungen überarbeitet oder neu abgeschlossen.

Artenschutz / Amphibienschutz

Im Berichtsjahr wurden Aussaatversuche von Alpen-Mannstreu (*Eryngium alpinum*) in der Naturschutzzone Wichelsee durchgeführt. Die Frauenschuh-Bestände (*Cypripedium calceolus*) wurden überprüft und deren Standorte punktuell aufgewertet. Im Gebiet Stöckalp wurde die seltene und geschützte Moosart Rudolphis Trompetenmoos (*Tayloria rudolphiana*) gefördert.

Amphibien- und Reptilienschutz

Im Rahmen des Amphibienschutzes wurden Gewässer für Gelbbauchunke und weitere Amphibienarten aufgewertet, wie zum Beispiel der Tellenbachsammler in Kägiswil und ein Teich in Giswil im Gebiet Mühlemattli. Auch wurden Teichunterhaltsarbeiten in der Naturschutzzone Wichelsee und Hanenried umgesetzt sowie bedeutende Amphibienzugstellen kontrolliert und punktuell aufgewertet. Für Reptilien werden bei der Umsetzung von Massnahmen und in Zusammenarbeit mit dem Forst Asthaußen und geeignete Strukturen geschaffen.

Fledermausschutz

Für die Fledermausart „Kleine Hufeisennase“ wurden ein Ersatzquartier eingerichtet und die Suche nach geeigneten Ersatzquartieren fortgeführt. Zudem wurden im Zusammenhang mit geplanten Bauvorhaben verschiedene Eigentümer fachlich beraten sowie die Öffentlichkeit im Rahmen von Exkursionen informiert.

6219 Wildtiere und Jagd

Wildbestandeszahlen

Im Vergleich zum Vorjahr war eine kleine Abnahme des Rehbestands und des Gämsbestands sowie eine Abnahme beim Rotwildbestand zu verzeichnen. Der Regierungsrat berücksichtigte die veränderten Bestandeszahlen mit Anpassungen in den Ausführungsbestimmungen über die Jagdausübung 2025.

Rothirschmanagement

Die kantonsübergreifende Zusammenarbeit mit Bern, Luzern und Nidwalden in der Bewirtschaftung des Rothirschbestands findet weiterhin statt und ein gemeinsames Abschusskontingent wurde definiert. Massnahmen zur Verminderung von Wildschäden in der Landwirtschaft und im Wald wurden gemäss Wald-Wild-Lebensraum-Konzept eingeleitet oder bereits erfolgreich umgesetzt. Die Zeitpunkte der Bestandserfassung und der Jagd, die Anpassung der Dunkelziffer bei der Bestandserfassung oder die Abschussplanung wurden kantonsübergreifend koordiniert. Zusammen mit den Nachbarkantonen wird nach wie vor das Ziel einer Reduktion des heutigen Rothirschbestands verfolgt.

Wildschäden Rothirsch

Die durch Rothirsche verursachten Verbissschäden an der aufkommenden Verjüngung im Wald liegen im Bereich der vergangenen Jahre. Die durch Rothirsche verursachten Schäden in der Landwirtschaft bedingt durch Tritt und Frass lagen deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Grossraubtiere: Präsenz und Wildschäden

Im Berichtsjahr wurde vereinzelte Wolfspräsenz in allen Kantonsteilen festgestellt. Bereits Anfang 2025 zeichnete sich die Anwesenheit eines Wolfspaares im östlichen Sarneraatal ab. Anfang Dezember wurde im gleichen Gebiet mittels Fotofallen der Nachweis eines ersten Wolfsrudels erbracht. Dieses erhielt die Bezeichnung Klein Melchtal-Rudel. Luchspräsenz wurde analog den Vorjahren im ganzen Kanton festgestellt. Übrige Grossraubtiere wie Bär oder Goldschakal wurden nicht festgestellt. Insgesamt waren 28 Nutztierrisse zu verzeichnen, sechs Schafe gelten als vermisst. Feststellungen von Grossraubtieren können auf der kantonalen Homepage (www.ow.ch, Stichwort Grossraubtiere) verfolgt werden. Somit kann sich die Bevölkerung jederzeit aus erster Hand über die Präsenz von Grossraubtieren informieren.

622 Naturgefahren

Hochwasserereignis

Eine Staulage am Alpennordrand hat vom 27. bis 29. Juli 2025 zu anhaltenden und ergiebigen Niederschlägen im Sarneraatal geführt. In Kombination mit Vorereignissen stieg der Sarnersee bis zu einem Pegelhöchststand von 470,72 m ü.M am 29. Juli. Das Hochwasser verursachte ausgedehnte Überflutungen am Sachsler Ried. Weiter waren auch Uferwege und einzelne Liegenschaften rund um den See betroffen. Bei der Zentralbahn kam es zu einem zeitweisen Unterbruch. Das Seehochwasser und dessen Schäden lagen deutlich unterhalb der Schwelle zur Auslösung des Notbetriebs des Entlastungsstollens.

Schwemmholtzräumungen auf den Seen

Die Schwemmholtzsituation auf dem Sarner- und Alpnachersee wird durch das Amt für Wald und Landschaft laufend überwacht. Auf beiden Seen wurden im Sommer je eine grössere Schwemmholtzansammlung festgestellt und eine Räumung in Auftrag gegeben.

Permanente Rutschungen

Im Berichtsjahr waren keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen.

Spontanrutschungen und Hangmuren

Während den Starkniederschlägen Ende Juli wie auch während dem ganzen Jahr waren nur vereinzelte, unbedeutende Spontanrutschungen aufgetreten. Anfang Dezember hingegen löste sich wenig unterhalb der Rigelersperre, Gemeinde Giswil, eine Rutschung mit einem Volumen von rund 8 000 m³. Die Front der Rutschmasse erreichte die Laui. Die Lautilstrasse wurde im Bereich der Rutschung zerstört. Abklärungen zu Gefahren und Risiken an der Laui sowie zur Wiederherstellung der Strasse wurden unverzüglich aufgenommen.

Sturzereignisse

Neben den üblichen kleineren Ereignissen kam es zu zwei grösseren Felsabbrüchen mit Auswirkungen auf Liegenschaften und die Brünigpassstrasse. Sofortmassnahmen zur Verhinderung von Nachbrüchen und weiteren Gefahren wurden in beiden Fällen ergriffen. Mitte März lösten sich circa 375 m³ Felsmaterial oberhalb der Alprüti, Gemeinde Alpnach. Einige der Sturzblöcke erreichten fast ein Wohnhaus. Innerhalb Kürze wurden die Abbruchstelle und absturzgefährdete Blöcke gesichert. Im Juli stürzte ein Felsblock in der Ochsenwaldkurve, Gemeinde Lungern auf die Brünigstrasse. Die nachfolgenden Untersuchungen zeigten, dass eine grössere Felsmasse in Bewegung ist. Das Bundesamt für Strassen ASTRA leitete umfangreiche Sofortmassnahmen ein. Bis zum November wurden rund 10 000 m³ instabiler Fels abgetragen. Das Amt für Wald und Landschaft unterstützte das ASTRA bei der Planung und Umsetzung der Sicherungsarbeiten.

Lawinen und Gleitschnee Winter 2024/2025

Der Winter 2024/2025 war geprägt von milden Temperaturen und wenig Schnee in tiefen Lagen. Die zwei lawinenaktivsten Perioden des Winters 2024/25 waren in der Altjahreswoche 2024 sowie Ende Januar 2025. Entlang der Hauptverkehrsachsen und im Siedlungsgebiet traten keine Situationen auf, welche Massnahmen erfordert hätten.

Ausgewählte Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft der Gemeinden oder Dritter, begleitet durch den Kanton:

Hochwasserschutzprojekt Kleine Schliere, Alpnach

Das Projekt beabsichtigt die Behebung von erheblichen Schutzdefiziten – rote und blaue Gefahrenzonen im Dorfkern von Alpnach – und die Instandsetzung des bestehenden Geschiebetriebkanals. Mit Subventionsverfügung vom Februar des Berichtsjahres konnte das Projekt auch seitens BAFU genehmigt werden, der Spatenstich und die Ausführung eines ersten Bauloses erfolgte ab Ende September. Aktuell sind mehrere Baulose am Laufen.

Kernmattbach, Kerns/Sarnen

Die Bauarbeiten am Kernmattbach schreiten planmässig voran. Der Durchschlag des Vertikalschachts in den Hochwasserentlastungstollen der Sarneraa ist im Sommer 2025 erfolgreich gelungen. Ebenso konnten die wasserbaulichen Massnahmen am Unterlauf des Kernmattbachs ausgeführt und abgeschlossen werden. Die Baumeisterarbeiten am Ausleitbauwerk, am Sammler und dem Oberlauf des Kernmattbachs wurden gestartet.

Teilprojekt Wehrsanierung Eugenisee, Engelberg

Das Teilprojekt Wehrsanierung Eugenisee unter der Bauherrschaft der Obermatt Kraftwerke AG schliesst das Hochwasserschutzprojekt Engelberger Aa ab und beseitigt final die Schutzdefizite im Talboden der Gemeinde Engelberg. Die Bauarbeiten am Wehr Eugenisee sind abgeschlossen. Als letzte Massnahme wurde oberhalb des Wehrs die Verbauung der Gerinnesohle in Angriff genommen.

623 Hochwassersicherheit Sarneraatal

Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft des Kantons:

Hochwassersicherheit Sarneraatal

Bau Hochwasserentlastungstollen

Der Tunnelbauunternehmer hat im Februar 2025 die Baugrube Auslaufbauwerk an die ARGE Etschi (Bürgi/Ghelma) übergeben. Seither laufen die Betonarbeiten des Auslaufbauwerks planmässig. Durch das Hochwasser Ende Juli 2025 wurden die Arbeiten in der Sarneraa (Etschischwelle, Rollierung Sohle, Ausbau Sarneraa und Ufersicherung) um gut einen Monat verzögert. Die Inbetriebnahme des Stollens ist von dieser Verzögerung nicht betroffen. Die Schlosserei/Stahlbauarbeiten des Auslaufbauwerks wurden an die Brünig Metall AG vergeben. In der Baugrube des Einlaufbauwerks konnten die Arbeiten des Betonbaus und des Stahlwasserbaus plangemäss abgeschlossen werden. Die Endgestaltungsarbeiten (Schlosserei, Umgebungsarbeiten) schreiten im Zeitplan voran.

Am 21. Juni 2025 fand der Tag der offenen Baustelle zum Projekt Hochwasserschutz Sarneraatal statt. Rund 4 000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich vor Ort über das grösste Wasserbauprojekt in der Geschichte Obwaldens zu informieren. Der Anlass wurde vom Amt für Wald und Landschaft in Zusammenarbeit mit den beteiligten Bauunternehmen und Ingenieurbüros organisiert. Entlang eines Rundgangs vermittelten Fachpersonen an verschiedenen Informationsposten Einblicke in die Projektgeschichte, die technischen Anlagen sowie die Seeregulierung. Auch Vertreter der Projektleitung und der Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements standen der Bevölkerung für Auskünfte zur Verfügung. Eine gemütliche Festwirtschaft mit reichhaltigem Angebot lud zum Verweilen und weiteren Austausch untereinander ein. Ein extra im Hinblick auf den Tag der offenen Baustelle produzierter rund zehnminütiger Film zeigt auf anschauliche Art und Weise, wie das Jahrhundertprojekt funktioniert und wie das Sarneraatal zukünftig weitgehend vor grossen Hochwassern des Sarnersees und der Sarneraa schützt. Der Film ist auf der Website www.hochwasserschutz-ow.ch in Mundart und Hochdeutsch abrufbar.

Sarneraa

Die Baumeistervergabe für den Abschnitt Brünigstrasse bis Wichelsee (km 1,6–3,6) ist erfolgt und die Bauarbeiten schreiten planmässig voran. Für das Hilfswehr konnte die Vergabe der Schlauchmembran (Lieferung und Montage) erfolgen. Für die Baumeisterarbeiten im Abschnitt Sarneraa vom Sarnersee bis Brünigstrasse (km 0–1,6) und am Hilfswehr wurden die Submissionsvorbereitungen abgeschlossen. Parallel zur Realisierung und den planerischen Arbeiten sind die Landverhandlungen gut vorangeschritten.

Regulierung Sarnersee

Für die Elektroinstallationen und die Leittechnik der Anlagen wurden die Realisierungspflichtenhefte planmässig erstellt. Dabei wurden die Ausrüstungen der Anlagen und das Vorgehen für die Messungen und Steuerungen festgelegt. Im Einlaufbauwerk wurde eine provisorische Steuerung für einen möglichen Notbetrieb des Stollens während der Bauphase installiert. Die Erstellung der Netzwerkverbindung zur Kommunikation zwischen den Anlagen sowie der künftige Betrieb und Unterhalt der Anlagen wurden an das EWO vergeben. Erste Feldaufnahmen von Moorvegetation, Libellen, Amphibien und weiteren Umweltindikatoren im Rahmen des Umweltmonitorings zur Seeregulierung sind erfolgt.

Wasserbauprojekte Sarneraa Alpnach

Das Gesamtprojekt Sarneraa Alpnach ist in zwei Projektabschnitte unterteilt. Das Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I wird prioritär behandelt, um die bereits bestehenden Hochwasserschutzdefizite zu beheben und die zusätzlichen Wasserabflüsse nach Fertigstellung des Hochwasserentlastungsstollens schadlos abzuleiten. Im Jahr 2025 konnte die Realisierung des Hauptloses, welche im Herbst 2024 startete, zügig voranschreiten.

Das Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach II (Flussabschnitt ab Wasserrückgabe Kraftwerk Sarneraa bis zum Alpnachersee) ist sistiert. Im Herbst 2025 wurde mit der Ausarbeitung des Antrags für den Planungskredit zuhanden des Kantonsrats begonnen.

Aufwertung Südufer Alpnachersee, Teilprojekt Mittlere Bucht (ASA+)

Die Baumeistervergabe für die Seeschüttungen in der mittleren Bucht sind erfolgt und die Realisierung konnte im Herbst 2025 gestartet werden. Der Fortschritt der Arbeiten ist stark abhängig vom Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach I und dem Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal, da überschüssiges Aushubmaterial hauptsächlich aus diesen Projekten in den See geschüttet wird. Die Arbeiten schreiten planmässig voran.

63 Amt für Raumentwicklung und Energie

Das Amt für Raumentwicklung und Energie leitet die kantonale Richtplanung. Es ist zuständig für die raumplanerischen Grundlagen, prüft kommunale Nutzungsplanungen sowie jene Quartierplanungen, die vom Regierungsrat zu genehmigen sind. Weiter bearbeitet das Amt die Gesamtverkehrsplanung, den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr, die Luftfahrt, die Schifffahrt und die kantonalen Bewilligungen der Kleinluftseilbahnen und Skilifte. Im Amt sind zudem die Bereiche Energie und Klima mit der Energiefachstelle, und die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2035 angesiedelt.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Einführung und Umsetzung Gebietsmanagement für Arbeitsgebiete von kantonalen Bedeutung	Ausgeführte Aktivitäten: – Gebietsmanagement: Regierungsratsbeschluss (29. April 2025) zur Einsetzung und Mitfinanzierung eines Gebietsmanagers – Aufnahme der Tätigkeit des Gebietsmanagers per 1. Juni 2025 – Durchführung eines Austauschansatz mit den Einwohnergemeinden, der Standortpromotion in Obwalden (iOW) und den beiden Departementen VD und BRD im Dezember 2025 Kommentar: Das Projekt verläuft planmässig und stösst bei den Beteiligten auf positives Echo.
Bezeichnung Eignungsgebiete Windenergie und Bezeichnung Gewässerstrecken für energetische Nutzung	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der informellen Vernehmlassung der Potenzialstudie Erneuerbare Energien bei den Interessengruppen – Erarbeitung der Richtplananpassung des Kapitels G erneuerbare Energien sowie Abschluss der Vernehmlassung bei den kantonalen Fachstellen – Vorbereitung der öffentlichen Mitwirkung Kommentar: Das Projekt verläuft planmässig.
Planung und Erstellung Mountainbike-Strategie Obwalden	Ausgeführte Aktivitäten: – Fertigstellung des Entwurfs des Richtplans Mountainbikewegnetz inklusive erläuterndem Bericht – Freigabe des Richtplans Mountainbikewegnetz zur Mitwirkung interessierter Kreise durch die Projektsteuerung – Durchführung der kantonsinternen Vernehmlassung zum Fuss-, Wander- und

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	Veloweggesetz (FWVG) im November/Dezember 2025 Kommentar: Das Projekt verzögert sich aufgrund zusätzlichem Abstimmungsbedarf unter den Interessengruppen.
Netzplanung für den Veloverkehr und Vollziehungsverordnung Fuss- und Veloverkehr	Ausgeführte Aktivitäten: – Fertigstellung des Entwurfs des Richtplans Velowegnetz inklusive erläuterndem Bericht – Freigabe des Richtplans Velowegnetz zur Mitwirkung interessierter Kreise durch den Departementsvorsteher – Durchführung der kantonsinternen Vernehmlassung zum Fuss-, Wander- und Veloweggesetz (FWVG) im November/Dezember 2025 Kommentar: Das Projekt wird auf den Terminplan Richtplan Mountainbike abgestimmt.
Mountainbikerouten Sarneraatal: Planung und Erstellung in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsamt	Ausgeführte Aktivitäten: – Durchführung der Netzplanung für Mountainbikewege – Festlegung der Netzplanung im Richtplan Mountainbikewegnetz – Entwurf Richtplan Mountainbikewegnetz und Entwurf Gesetz über Fuss-, Wander-, und Velowege Kommentar: Das Projekt verzögert sich aufgrund zusätzlichem Abstimmungsbedarf unter den Interessengruppen.
Vorprüfung und Vorbereitung zur Genehmigung der Gesamtrevisionen der kommunalen Bau- und Zonenordnungen	Ausgeführte Aktivitäten: – Abschluss der Masterplanungen durch alle Einwohnergemeinden – Durchführung der Startsitzen mit den Einwohnergemeinden Alpnach, Sachseln und Sarnen zur Umsetzung in die Nutzungsplanung Kommentar: 2025 reichten die Einwohnergemeinden keine Gesamtrevisionen ihrer Bau- und Zonenordnungen zur Vorprüfung ein.
Energie- und Klimakonzept 2035: Umsetzung gemäss Umsetzungsplanung	Ausgeführte Aktivitäten: – Einführung Förderung von winteroptimierten PV-Anlagen (Massnahmen E1 und E2)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Einführung Förderung von Ladeinfrastruktur bei Wohnbauten (Massnahme M2) – Erarbeitung Konzessionsstrategie (Massnahme E8) – Erarbeitung Beschaffungsplan für kantonale Fahrzeuge (Massnahme V2) – Start Arbeiten an Studie betreffend saisonale Speicherung (Massnahme E3) – Vorbereitungen für Veranstaltung zu Photovoltaik in Zusammenarbeit mit Energieregion (Massnahmen G3 und E6)
	Kommentar: Aufgrund knapper personeller Ressourcen wurden die Förderung für die Industrie (Massnahmen I1 und I2), für Energieproduktion aus Biomasse (Massnahme E7) und für Trinkwasserkraftwerke (Massnahme E5) noch nicht in Angriff genommen. Auch die Massnahmen „Ergänzung von Regierungsratsbeschlüssen mit Abschnitt zu Energie- und Klimaauswirkungen“ (Massnahme V4) sowie „Angebot der Menschen betreffend Klimaverträglichkeit überprüfen und gegebenenfalls anpassen“ (Massnahme B2) mussten zurückgestellt werden.

631 Raumentwicklung und Energie

6311 Raumentwicklung

Umsetzung kantonalen Richtplan 2019

Am 7. Dezember 2021 beschloss der Regierungsrat eine Umsetzungsplanung mit prioritären Massnahmen. Dazu gehören neben diversen Auflagen des Bundes auch die wichtigsten Handlungsanweisungen an die kantonale Verwaltung. Untenstehend findet sich ein Überblick über den Umsetzungsstand der gestarteten Massnahmen.

Massnahme	
Tourismus/Freizeit (Freizeitfischerei Lungern)	Im Berichtsjahr wurde die Sachlage aufgrund des Vorprüfungsbericht des Bundes analysiert. Das Vorhaben steht in engem Bezug zur vom Amt für Wald und Landschaft beauftragten Studie zum Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung. Der Entscheid des Bundesamtes für Umwelt zur Besatzbewilligung ab 2028 ist abzuwarten. Mit der Einwohnergemeinde wurden mehrere Gespräche geführt. Sie wurde über die Sachlage informiert.
Tourismus/Freizeit (Hotel Bänklialp)	Im Berichtsjahr wurde aufgrund der im Vorprüfungsbericht des Bundes vom 12. Dezember 2024 enthaltenen Vorbehalte zum Vorhaben - insbesondere was das Bauen ausserhalb Bauzone betrifft - mit der Einwohnergemeinde und den Grundeigentümern Gespräche geführt. Ihnen wurde die Sachlage dargelegt. Das Vorhaben soll aus dem kantonalen Richtplan gestrichen werden, da die Standortgebundenheit nicht nachgewiesen werden kann.

Massnahme	
Windenergie und Wasserkraft (Festlegung von Eignungs- / Ausschlussgebieten)	Die Potenzialstudie erneuerbare Energien Kanton Obwalden (Wind, Wasser und Solar) wurde im Sommer 2025 abgeschlossen. Die Studie dient als Grundlage für die Festlegung von Eignungs- und Ausschlussgebieten im Richtplan. Die Inhalte der Richtplananpassung wurden erarbeitet und die Vernehmlassung bei den kantonalen Fachstellen ist abgeschlossen.
Innenentwicklung	Im Berichtsjahr wurden eine Präzisierung zum Kapitel C Siedlung (Vorprüfungsbericht Bund 2024) sowie weitere Richtplananpassungen betreffend Vorgaben zur Einzonung von Wohn-, Misch- und Zentrumszonen (Auftrag Bund im Rahmen der Genehmigung des Richtplanes 2020) und zur Anpassung der Vorgaben betreffend dem Siedlungstyp landschaftlich angepasstes Bauen dem Bund zur informellen Vorabklärung eingereicht.
Mountainbike-Strategie Obwalden	Der Richtplan Mountainbikewegnetz und Fuss-, Wander- und Veloweggesetz (FWVG) wurden erarbeitet. Im Jahr 2026 folgen die Mitwirkung und öffentliche Auflage für den Richtplan sowie die externe Vernehmlassung für das FWVG.
Abbau- und Deponieplanung	Der Vorprüfungsbericht forderte zum Kiesabbau Oberwald den Bedarfsnachweis und den Nachweis der Standortgebundenheit. Das Abbaukonzept wurde entsprechend überarbeitet und ergänzt. Damit sind die Grundlagen zur Richtplananpassung bereit.

Tabelle: Umsetzungsstand der gestarteten Massnahmen aus dem kantonalen Richtplan 2019

Anpassungen kommunaler Nutzungsplanungen (Ortsplanungsrevisionen)

Im Berichtsjahr wurden vier Vorprüfungen, drei Genehmigungen, eine informelle Vorabklärung, eine zweite Anhörung sowie ein kantonaler Gesamtentscheid zum Gesuch um Aufschub der Rekultivierung und des Rückbaus der Bauten und Anlagen abgeschlossen:

- Zonenplanänderung Burgmatt, Giswil (Vorprüfung)
- Zonenplanänderung Reinhard Kopfbau, Sachseln (Vorprüfung)
- Zonenplanänderung Wintersportzone Engelberg (Genehmigung)
- Zonenplanänderung Erweiterung Pilatus Getränkemarkt (Vorprüfung)
- Teilrevision Bau- und Zonenreglement Wuhrsteinabbau Risch, Sarnen (Genehmigung)
- Verlängerung kommunale Planungszone Stadel, Lungern (Genehmigung)
- Neugestaltung und Neunutzung Seewiese/Seeufer Camping Niederstad (informelle Vorabklärung)
- Zonenplanänderung kantonale Nutzungsplanung Deponie Hinterflue, Kerns (zweite Anhörung)
- Deponie Stuechferich (Kantonaler Gesamtentscheid zum Gesuch um Aufschub der Rekultivierung und des Rückbaus der Bauten und Anlagen)

Die Gesamtrevisionen der Ortsplanungen wurden in allen Einwohnergemeinden begonnen. Der Kanton begleitet die Einwohnergemeinden mit Start- und Zwischenbesprechungen. Damit wird die Effizienz im Prozess erhöht und die Qualität der Gesamtplanung frühzeitig sichergestellt.

Quartierpläne

Im Berichtsjahr wurde ein Quartierplan durch den Regierungsrat behandelt. Für vier Quartierpläne fanden Vorprüfungen statt:

Quartierplanverfahren	2024	2025
Quartierpläne vorgeprüft / in Vorprüfung	5	4
Quartierpläne mit Genehmigung	1	1

Gebietsmanagement

Mit Beschluss vom 29. April 2025 hat der Regierungsrat die Einsetzung eines Gebietsmanagers für die Pilotphase von drei Jahren befürwortet. Der Gebietsmanager ist seit 1. Juni 2025 im Einsatz mit einem Pensum von 40 Prozent. Er ist dem Verein Standortpromotion Obwalden (iOW) angegliedert mit einem eigenständigen Leistungsauftrag. Die Rückmeldungen seitens Gewerbetreibenden, Einwohnergemeinden und Korporationen sind positiv.

Höchstspannungs-Leitung Innertkirchen-Mettlen

Die Leitung zwischen Innertkirchen und Mettlen wird aufgrund ihres Alters ersetzt und von 220 auf 380 Kilovolt verstärkt. Der Kanton wirkte im Berichtsjahr bei der Erarbeitung des Planungskorridors, dem Objektblatt SÜL 202 sowie des erläuternden Berichts durch die nationale Netzgesellschaft Swissgrid mit. Die öffentliche Auflage mit der Möglichkeit zur Mitwirkung ist Ende 2025 erfolgt.

6313 Verkehrsplanung

Gesamtverkehrskonzept Obwalden

Das Gesamtverkehrskonzept Obwalden dient als Planungs- und Koordinationsinstrument innerhalb der kantonalen Stellen, mit den Einwohnergemeinden, den Nachbarkantonen, dem Bund und weiteren Organisationen. Im Berichtsjahr wurde der Richtplan Velowegnetz erarbeitet. Ausserdem wurde die Pilotphase der Bus alpin-Linie von Alpnach Dorf nach Lütholdsmatt weitergeführt (2024 bis 2026).

Verkehrsentslastung Engelbergertal

Die Rabattierung bei Bergbahnen und im öV waren geringer. Es wurde ein neues Sommer-Testangebot mit Anschluss S4 ab Wolfenschiessen umgesetzt. Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung von mehreren Massnahmen beschlossen: Buskurse von Wolfenschiessen nach Engelberg sollen auch im Winter 25/26 angeboten werden. Das Parkplatzreglement soll schrittweise umgesetzt werden. Die Rabattierung von öV-Ticketprodukten soll wieder erhöht werden.

Flugplatz Kägiswil

Die Schweizerische Rettungsflugwacht Rega ist interessiert, ihren Unterhaltsstützpunkt samt dem Hauptsitz von Kloten nach Obwalden, Flugplatz Kägiswil, zu verlagern. Die hierzu notwendigen Verfahrensschritte (Anpassung Sachplan Infrastruktur Luftfahrt; Plangenehmigungsverfahren) und Zuständigkeiten (Bundesamt für Zivilluftfahrt federführend) wurden geklärt. Die Rega hatte im Juli 2025 eine informelle Voranfrage an den Kanton gestellt. Der Kanton hat diese mit der gesamtkantonalen Stellungnahme vom 14. Oktober 2025 beantwortet.

Plangenehmigungsverfahren (Bereich Mobilität)

Bauten und Anlagen für Nationalstrassen, Eisenbahn-, Seilbahn-, Starkstrom- und Flugplatzanlagen, militärische Bauten und Anlagen bedürfen einer Plangenehmigung. Auf kantonomer Ebene sind dafür die Planungsunterlagen öffentlich aufzulegen sowie auf kantonomer und kommunaler Ebene zu beurteilen bzw. zu koordinieren. Viele Plangenehmigungsverfahren laufen über mehrere Jahre, weshalb nachfolgend alle in Bearbeitung befindlichen Verfahren aufgeführt werden.

Laufende Plangenehmigungsverfahren	2024	2025
Eisenbahnanlagen	0	2
Seilbahnanlagen mit Bundeskonzession (Klein-Titlis)	1	0
Total	1	2

Tabelle: Laufende Plangenehmigungsverfahren im Bereich Mobilität

Kleinseilbahnen und Skilifte

Je nach Periodizität werden die Anlagen alle ein bis vier Jahre vom Fachpersonal des Interkantonalen Konkordates für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) technisch geprüft. Im Jahr 2025 wurden von den 40

Anlagen im Kanton mit kantonaler Bewilligung sechs Anlagen geprüft. Alle Inspektionsberichte bestätigten die gute Wartung der Anlagen und den sicheren Betrieb. Ende 2025 liefen die Betriebsbewilligungen aller Anlagen im Kanton Obwalden aus und wurden per 1. Januar 2026 erneuert.

Fachstelle Langsamverkehr

Im Rahmen der Mountainbike-Strategie wurden der Richtplan Mountainbikewegnetz sowie das Fuss-, Wander- und Veloweggesetz (FWVG) unter Beteiligung der relevanten Anspruchsgruppen erarbeitet. Zudem wurde der Richtplan Velowegnetz erarbeitet. Die Fachstelle leistete daneben diverse Arbeiten wie die Beurteilung von Baugesuchen, die Koordination mit Fachorganisationen oder die Begleitung von Kantonsstrassenprojekten.

6314 Öffentlicher Verkehr

Finanzierung der Bahninfrastruktur

Aus dem 2016 eingeführten Bahninfrastrukturfond (BIF) werden der Unterhalt sowie die Aus- und Neubauten der Bahninfrastruktur finanziert. Die Höhe des Kantonsbeitrags wird jeweils vom Bund vorgegeben und betrug für den Kanton im Jahr 2025 4,566 Millionen Franken. Der Beteiligungsschlüssel richtet sich nach den bestellten Personen- und Zugskilometern im regionalen Personenverkehr. Gegenüber 2024 fielen im Berichtsjahr für den Kanton 108 000 Franken höhere Beiträge an.

Die Fahrgastzahlen im ÖV steigen weiter

Die Anzahl der beförderten Personen im Berichtsjahr 2025 konnten weiter gesteigert werden. Bei der S55 erhöhten sich die Werte um 6,9 Prozent. Auf der Strecke Luzern–Meiringen–Interlaken Ost konnte der Panoramaexpress (PE) die beförderten Personen um 8,5 Prozent steigern. Die Fahrgastzahlen des Interregio (IR) Engelberg stiegen um 8,7 Prozent und auf der S5 um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtzunahme der beförderten Personen der Zentralbahn beträgt 7,5 Prozent. Somit wurden die Werte des Rekordjahrs 2019 nochmals übertroffen.

		2023	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr in %
IR	Luzern-Interlaken Ost	99 078 373	111 045 823	125 130 000	12,7 %
IR	Luzern-Engelberg	37 269 005	37 640 957	40 420 000	7,4 %
S5	Luzern-Giswil	36 622 197	38 391 531	40 570 000	5,7 %
S55	Luzern-Sachseln	1281 778	1 374 397	1 520 000	10,6 %

Tabelle: Personenkilometer im ÖV

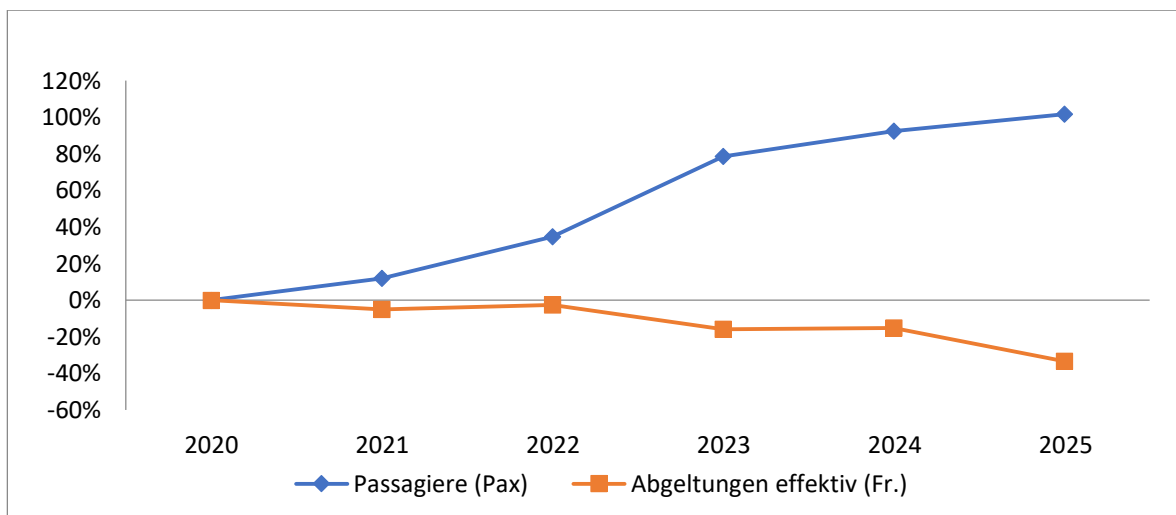
Die Postauto AG als Betreiberin der Buslinien im Kanton spürte den Verkehrszuwachs ebenfalls. Auf den Buslinien mit dem neu eingeführten Stundentakt steigen die Fahrgastzahlen kontinuierlich an.

Angebotsfinanzierung im öffentlichen Verkehr

Die Anzahl der transportierten Passagiere und die Personenkilometer stiegen im Berichtsjahr weiter an. Dank der grossen Verkehrszunahme auf der Strecke Luzern – Interlaken stieg der Kostendeckungsgrad auf 103,1 Prozent. Somit konnte die Zentralbahn auf dieser Linie erstmals einen Gewinn ausschütten.

Entwicklung von Angebot und Nachfrage

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass das Passagieraufkommen weiter steigt. Die Abgeltungen sanken deshalb um 21,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht einer Minderabgeltung von 877 693 Franken. Die Gesamtkosten des bestellten Verkehrs für das Berichtsjahr betrugen für den Kanton 3 231 414 Franken.



Grafik: Entwicklung der Nachfrage und der Abgeltungen im öffentlichen Verkehr seit 2020

Die Einführung des systematisierten Stundentakts auf den Buslinien um Sarnen, die neue Linienführung der Buslinie nach Kägiswil-Alpnach via Sarnen Industrie sowie das verbesserte Abendangebot steigern die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Mittel- bis langfristig sind steigende Frequenzen, ein höherer Kostendeckungsgrad und somit tiefere Abgeltungen zu erwarten.

6315 Energie- und Klimafachstelle

Energieförderprogramm 2025

Für das Berichtsjahr standen 2,3 Millionen Franken zur Förderung von energiesparenden Massnahmen an Gebäuden zur Verfügung. Die Energiefachstelle bearbeitete über 150 Gesuche. Die eingesetzten Fördergelder für energetische Baumassnahmen lösten ein Gesamtbauvolumen von rund 16 Millionen Franken aus, welches vorwiegend durch das lokale Gewerbe umgesetzt wurde.

Elektronischer Vollzug Energetischer Nachweise (EVEN)

Wer in der Schweiz ein Gebäude baut oder saniert, hat die Einhaltung der Energievorschriften mit einem Energienachweis zu belegen. Bis anhin wurden die Nachweise mittels PDF-Formularen mehrheitlich via Post eingereicht, mit analoger Kommunikation zwischen Bauherrschaft, Nachweisverfassenden und Behörde. EVEN ist eine gemeinsame Webplattform von 25 Schweizer Energiefachstellen, über welche Energienachweise und Meldungen digital eingereicht, verarbeitet und geprüft werden können. Ziel dieser Plattform ist es, den energetischen Vollzug bei Bauprojekten konsequent zu digitalisieren und dadurch einfacher, effizienter und transparenter zu gestalten. Im Berichtsjahr hat der Kanton Obwalden die Einführung der neuen digitalen Plattform ab dem 1. Januar 2026 vorbereitet.

6316 Umsetzung Energie- und Klimakonzept

Energie- und Klimakonzept 2035

Im Berichtsjahr wurde die Förderung von winteroptimierten PV-Anlagen (Massnahme E1) und Ladestationen (Massnahme M2) eingeführt. Zudem wurde die Potenzialstudie erneuerbare Energien, welche die energetischen Potenziale für Wasser-, Wind- und Solarenergie aufzeigt und räumlich darstellt, abgeschlossen und die Arbeiten zur Richtplananpassung gestartet (Massnahme E4, siehe auch Kapitel 6311 oben). Eine PV-Anlage (Juko-Pavillon) wurde realisiert (Massnahme V1). Der Beschaffungsplan für die Dekarbonisierung des kantonalen Fahrzeugparks wurde abgeschlossen (Massnahme V2). Eine Studie zur saisonalen Speicherung wurde gestartet (Massnahme E3).

Massnahme		Zeitraum		Kommentar
		geplant	aktuell	
E4	Zielkonflikte zwischen erneuerbarer Energieproduktion und Natur- und Landschaftsschutz entschärfen	2023-2025	2023-2027	Potenzialstudie erneuerbare Energien ist abgeschlossen. Richtplananpassung ist in Erarbeitung. Verzögerung der Richtplananpassung aufgrund personeller Vakanzen.
E5	Potenzial zur Energieproduktion bei Trinkwasserkraftwerken soll vollständig ausgenutzt werden	2023-2029	2023-2029	Potenzialanalyse liegt vor. Planung nächster Schritte ausstehend.
E7	Energieproduktion aus Biomasse fördern (insb. Landw. Biogasanlagen)	2023-2029	2023-2029	Biomassekonzept liegt vor. Abklärungen bezüglich Machbarkeitsstudie ausstehend.
V1	Stromproduktion in, an und auf eigenen Gebäuden maximieren	2023-2029	2023-2029	PV-Anlagen auf BWZ Sarnen und Juko Pavillon wurden erstellt. Contracting-Lösung für weitere Objekte befindet sich in Erarbeitung.
V3	Beschaffungsrichtlinien revidieren und am Ziel Netto-Null für die Verwaltung ausrichten	2023-2029	2026-2029	Beitritt IVöB verzögerte sich, ist für 2026 geplant.
V5	Nicht kantonale Akteure bei Energie- und Klimafragen im Sinne einer Anlaufstelle unterstützen	2023-2029	2023-2029	Durch Energie- und Klimafachstelle sowie Geschäftsstelle der Energieregion Obwalden sichergestellt.
M3	Veloroutennetz für den Alltags- und Freizeitverkehr ausbauen	2023-2029	2023-2029	Wird durch Tiefbauamt im Rahmen der Strassenprojekte umgesetzt.
MC1	Monitoring und Controlling ein- und durchführen	2023-2035	2023-2035	Jährliches Monitoring ist eingeführt (vgl. strategische Kennzahlen).
KK1	Fachliche Vernetzung stärken und Verantwortlichkeiten und Rollen kantonalen Dienststellen mit Bezug zum Klima klären	2023	2023	Seit 2023 durch Schaffung der Energie- und Klimafachstelle abgeschlossen.
G2	Förderprogramm ausbauen und mit Mehrjahreskredit zur Planungssicherheit versehen. Zudem ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung stellen.	2024-2029	2024-2029	Seit 2024 wird Energieförderprogramm durch einen Beitrag des Rahmenkredits Umsetzung Energie- und Klimakonzept 2035 mitfinanziert.
G3	Solardach-Initiative: 2 000 zusätzliche Photovoltaikanlagen auf Obwaldner Dächer erstellen bis 2028	2024-2029	2025-2029	Durch nationale Gesetzgebung bereits bessere Voraussetzungen. Informationsanlass Energieforum durchgeführt.
E6	Grosse Dachflächen für die Energieproduktion nutzbar machen	2024-2029	2025-2029	Durch nationale Gesetzgebung bereits bessere Voraussetzungen. Informationsanlass Energieforum durchgeführt.

Massnahme		Zeitraum		Kommentar
		geplant	aktuell	
E8	Neukonzessionierungen und Konzessionserneuerung sind prioritär zu behandeln	2024-2029	2025-2029	Grundlagenbericht für Konzessionsstrategie wurde erarbeitet.
V2	Kantonaler Fahrzeugpark Dekarbonisierung	2024-2029	2024-2029	Beschaffungsplan wurde erarbeitet.
LF1	Tierfütterung optimieren – stickstoffoptimierte Fütterung und Fütterungszusätze	2024-2029	2024-2029	Förderung wurde 2024 eingeführt.
LF2	Wiederkäuerfütterung auf betriebseigenen Futterbasis fördern	2024-2029	2024-2029	Förderung 2024 eingeführt.
LF3	Anbau von Kulturen für die direkte menschliche Ernährung fördern	2024-2029	2024-2029	Förderung 2024 eingeführt.
E1	Finanzielle Anreize für winteroptimierte PV-Produktionsanlagen schaffen	2025-2029	2025-2029	Förderung 2025 eingeführt.
E2	Fassadenanlagen ins Förderprogramm aufnehmen	2025-2029	2025-2029	Förderung 2025 eingeführt.
M2	Möglichkeit zur Ladung von E-Fahrzeugen am Wohnort schaffen	2025-2029	2025-2029	Förderung 2025 eingeführt.
I1	Technologieneutrale alternative Energie für die Industrie fördern	2025-2029	2026-2029	Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
I2	Innovation zur Entwicklung klimapositiver Produkte und Prozesse fördern	2025-2029	2026-2029	Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
V4	Regierungsratsbeschlüsse mit Abschnitt zu Energie- und Klimaauswirkungen ergänzen	2025-2029		Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
B2	Angebot der Mensen betreffend Klimaverträglichkeit überprüfen und gegebenenfalls anpassen	2025	2027	Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
E3	Ausbau von Speicherkapazitäten prüfen und finanziell fördern	2026-2029	2025-2029	Umsetzung vorgezogen, da Beteiligung an Studie zur saisonalen Speicherung in Obwalden möglich.
LF4	Für klimaschonende und ausgewogene Ernährung und Reduktion Food Waste sensibilisieren	2026 und 2029	2027	Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
B1	Energie- und Klimavorgaben mit Schüler/innen diskutieren und beschliessen	2026-2028	2027-2029	Umsetzung verschoben aufgrund Priorisierung anderer Massnahmen.
G1	Kommende MuKE-Revision in Kraft setzen	2027	2029	Verabschiedung der MuKE durch die Kantone verzögerte sich. Abwarten Einführung.
LF5	Holz als Baustoff fördern	2027-2029	2027-2029	

Massnahme		Zeitraum		Kommentar
		geplant	aktuell	
M1	Energieeffiziente emissionsarme/emissionsfreie Motorfahrzeuge fördern			Umsetzung durch Kantonsrat abgelehnt
B3	Klimabeirat bestehend aus Schüler/innen (evtl. als Teil von Schülerparlamenten) ab Sekundarstufe 1 einführen			Umsetzung durch Kantonsrat abgelehnt

6317 Wasserzinsen und Konzessionen

Wasserzinsen, Konzessionen, Beteiligungen und Herkunftsnachweise

Die Erträge aus Wasserzinsen betrugen im Jahr 2025 insgesamt rund vier Millionen Franken. Die Hälfte der Erträge des Kantons wurde den Einwohnergemeinden weitergeleitet (ca. zwei Millionen Franken). Darüber hinaus resultierten Erträge aus dem Verkauf von Herkunftsnachweisen der Kraftwerke Obermatt AG sowie weiteren, spezifischen Vergütungen für verschiedene Kraftwerke.

Ertragsart	Rechnung 2025 (Franken)
Wasserzinsen (KW Obermatt, KW Sarneraa, Lungererseewerk und KW Dallenwil und Trübsee)	2 046 160
Vergütungen gemäss Wasserrechtsverleihungen/Konzessionen	77 547
Ertrag aus Verkauf Herkunftsnachweise	13 414
Total	2 137 121

Tabelle: Wasserzinsen und weitere Erträge an den Kanton im Bereich Wasserkraft

Die Erträge aus den Beteiligungen des Kantons an Wasserkraftwerken werden im Geschäftsbericht des Finanzdepartements ausgewiesen.

64 Hochbauamt

Das Hochbauamt kümmert sich um das kantonale Liegenschafts- und Immobilienportfolio mit einem Gebäudeversicherungswert von 300 Millionen Franken.

Es ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte, die Gebäudebewirtschaftung, die Werterhaltung sowie die Bewirtschaftung und Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Im Amt angesiedelt ist die kantonale Baukoordination. Sie ist zuständig für die Koordination und die Gesamtbeurteilung von Bauvorhaben, die kantonale Bewilligungen bedürfen.

Stand der Bearbeitung der für das Berichtsjahr 2025 relevanten Schwerpunkte (gemäss Schwerpunktplanung 2025 bis 2030)

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
Kantonsbibliothek: Neuer Standort am alten OKB-Hauptsitz: Fertigstellung der Ausbauarbeiten bis Ende 2025, Bezug Juli 2026	Ausgeführte Aktivitäten: – Ausbauarbeiten durch die Bauherrschaft – Ausschreibungen für den Nutzerausbau – Eingang Offerten Schreinerarbeiten Kommentar: Die Arbeiten verlaufen planmässig im Kosten- und Zeitrahmen.
Psychiatriegebäude Sarnen: Sanierung und Erweiterung, Bezug nach dem Sommer 2025	Ausgeführte Aktivitäten: – Bauarbeiten, Innenausbau, Fertigstellung – Durchführung Tag der offenen Tür – Abnahme und Übergabe an Nutzer Kommentar: Die Arbeiten verliefen im Kosten- und Zeitrahmen. Der Eröffnungstermin konnte planmässig eingehalten werden.
Entwicklung Areal Foribach (Polizeigebäude) Sarnen: Kreditvorlage für die Durchführung des Projektwettbewerbs und Planungskredit bis 2025, Objektkredit bis Ende 2028, Bau und Bezug bis 2033	Ausgeführte Aktivitäten: – Erstellen und Abschluss Vorprojekt Erschliessung Areal Werkhof für Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) inkl. Kostenvoranschlag und Verhandlungen mit dem ASTRA – Erarbeitung Kreditvorlage für Erschliessung Areal Werkhof – Planer-Ausschreibung Erschliessung Areal Werkhof für VSZ – Abklärungen gemeinsame Infrastruktur VSZ mit Kanton Nidwalden – Erarbeitung Kreditvorlage für Wettbewerb Areal Foribach Kommentar: Der Objektkredit „Erschliessung Areal Werkhof“ wurde vom Kantonsrat genehmigt. Die Planungsarbeiten verlaufen planmässig. Im Dezember 2025 lehnte der Kanton Nidwalden

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	einen gemeinsamen Standort für das VSZ in Sarnen ab.
Zentrumsüberbauung Sarnen: Umsetzung der Strategie zur Bebauung der Zentrumsüberbauung	Ausgeführte Aktivitäten: – Vorbereitung Unterzeichnung Mutationsvertrag Parzelle Nr. 104, GB Sarnen – Aufsetzung Mustervertrag über Grunddienstbarkeiten mit den Nachbarschaften – Klärung des Umgangs mit den Nachbarschaftlichen Verkaufszusagen von Parkplätzen – Klärung der Baurechts-Vertragsgrundlage – Finalisierung der Ausschreibungsgrundlagen Stufe 1 mit den Angebotsvarianten und deren Versand gemäss Investorenliste – Fortsetzung der Verhandlungen zur Bereinigung nachbarrechtlicher Fragen Kommentar: Die Verhandlungen zur Bereinigung nachbarrechtlicher Fragen ist aufgrund komplexer und gegenseitiger Abhängigkeiten der künftigen Bauvorhaben noch nicht abgeschlossen.
Erarbeitung und Weiterentwicklung der Prozesse und Abläufe im Baubewilligungsverfahren Zusammenarbeit mit den Fachstellen und den Gemeinden	Ausgeführte Aktivitäten: – Intensiver Austausch mit Bauämtern und Fachstellen Kommentar: Die Baukoordination ist laufend im Austausch mit den Bauämtern und Fachstellen.
Einführung elektronische Baugesuchsplattform (gemeinsames Projekt der Kantone Obwalden und Nidwalden und der Gemeinden der beiden Kantone)	Ausgeführte Aktivitäten: <i>Generell:</i> – Abschluss Vertrag „cymo ebau“ (Gemdat AG) <i>Teilprojekt Technik:</i> – Prüfung der technischen Anbindung an verschiedene Schnittstellen, wie GIS und Gemdat Bau – enge Zusammenarbeit mit dem Projekt eGov für die technische Anbindung an das eGov-Portal und die Umsetzung der E-ID <i>Teilprojekt Prozesse:</i> – Erarbeitung tabellarischer Entwurf der für die Einreichung eines elektronischen Baugesuch erforderlichen Elemente – Durchführung interne Vernehmlassung über tabellarischen Entwurf bei kantonalen Fachstellen und den Gemeindebauämtern <i>Teilprojekt Recht OW:</i>

Schwerpunkte	Stand der Bearbeitung
	– Beschluss der nötigen gesetzliche Grundlagen im neuen Planungs- und Baugesetz durch Kantonsrat im Dezember 2025 – Start der Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen des Regierungsrats im Dezember
	Kommentar: Das Projekt verläuft, abgestimmt auf die Einführung der eGov-Plattform, planmässig im Zeitrahmen.

640 Hochbau und Liegenschaften

6400 Verwaltung HBA

Immobilienstrategie Kanton Obwalden

Gestützt auf die Immobilienstrategie wurden folgende Vorarbeiten zur Umsetzung gestartet:

- Vorprojekt und Erarbeitung Kreditgrundlage für Umnutzung Grundacher-Haus;
- Vor- und Bauprojekt sowie Erarbeitung Kreditgrundlage für die dringenden Sanierungsmassnahmen vom Historischen Museum Obwalden;
- Erarbeitung Kreditgrundlagen für Phase Wettbewerb Entwicklung Areal Foribach;
- Vorprojekt und Erarbeitung Kreditgrundlagen für Planung Grundstückerschliessung Areal Werkhof (neues VSZ);
- Start Ausbau der Kantonsbibliothek im alten Hauptgebäude der Obwaldner Kantonalbank in Sarnen.

Gebäudeunterhaltsprogramm Stratus

Die Liegenschaftsverwaltung aktualisierte den hinterlegten Baupreisindex und führte die getätigten Instandsetzungs- und Instandhaltungsmassnahmen 2025 an den jeweiligen kantonalen Immobilien in der Fachapplikation nach.

6401 Baukoordination

Eingang Geschäfte 2025 (geordnet nach Art)

	2024	2025
Informelle Voranfragen	142	126
Formelle Vorabklärungen	3	8
Baugesuche	499	459
Abparzellierungen	9	7
Bauanzeigen	60	42
Strassenplanverfahren		1
PGV * Militärische Bauten und Anlagen	2	1
PGV* elektrische Anlagen (ESTI-Verfahren)	11	18
Total	726	662

Tabelle: Im Berichtsjahr bei der kantonalen Baukoordination eingegangene Geschäfte nach Verfahrensart (*Plangenehmigungsverfahren)

Bei der kantonalen Baukoordination gingen im Jahr 2025 insgesamt 662 Geschäfte ein (Vorjahr: 726). Die informellen Voranfragen und Baugesuche liegen anzahlmässig ca. zehn Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Markant rückläufig war die Zahl der Bauanzeigen. Dagegen ist ein sehr grosser Anstieg bei den Plangenehmigungsverfahren des Starkstrominspektorates zu verzeichnen.

Koordination und Behandlung Geschäfte 2025

(Informelle Voranfragen, formelle Vorabklärungen, Baugesuche, Abparzellierungen und Bauanzeigen und Plangenehmigungsverfahren)

Einwohnergemeinden	Übertrag Vorjahre	Eingänge 2025	Eingänge 2025, davon Geschäfte innerhalb der Bauzonen	Eingänge 2025, davon Geschäfte ausserhalb der Bauzonen	Eingänge 2025, davon informelle Voranfragen ausserhalb der Bauzone	Ausgänge 2025	In Bearbeitung per 31. Dez 2025
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Alpnach	17	93	39	37	17	82	28
Engelberg	31	103	41	42	20	83	51
Giswil	20	83	18	47	18	70	33
Kerns	26	94	30	50	14	65	55
Lungern	6	75	27	32	16	60	21
Sachsln	11	83	41	29	13	60	34
Sarnen	37	131	56	47	28	115	53
Total	148	662	252	284	126	535	275

Tabelle: Im Berichtsjahr bei der kantonalen Baukoordination eingegangene Geschäfte

Per Ende des Berichtsjahrs waren 275 Geschäfte hängig, was nahezu einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Dies als Folge markant reduzierter verfügbarer Personalressourcen (Austritt von Mitarbeitenden, Einarbeitung neuer Mitarbeitenden, krankheitsbedingte Ausfälle). Dank personellem Vollbestand gegen Ende des Berichtsjahres und mit Beizug externer Unterstützung konnte ein weiterer Anstieg der pendenten Geschäfte gegen Jahresende vermieden werden.

Die ausserhalb der Bauzone zu bearbeitenden Geschäften betreffen zu etwa 60 Prozent zonenfremde Bauten und Anlagen, sind also nicht landwirtschaftlich begründet.

Knapp 20 Prozente der Geschäfte sind bei der Baukoordination in der Eingangskontrolle und in Bearbeitung bei den beigezogenen Fachstellen. Etwa 40 Prozent der Gesuche sind in der raumplanerischen Prüfung bzw. der Kantonale Gesamtentscheid kann verfasst werden. Bei weiteren etwa 40 Prozent der Gesuche besteht Klärungsbedarf (unvollständige Planunterlagen, divergierende Stellungnahmen beigezogener Fachstellen, Hinweis an Gesuchsteller wegen fehlender Bewilligungsfähigkeit und allfälliger Projektanpassung usw.).

6402 Hochbauprojekte

Sanierung und Erweiterung der Psychiatrie Sarnen

Die Bauarbeiten erfolgten etappenweise und nach Terminplan. Am 8. November 2025 fand der Tag der offenen Tür statt und am 13. November 2025 konnte das sanierte Gebäude termingerecht der Bauherrschaft übergeben werden.

Altes Gymnasium, Zustandsanalyse

An den ersten Sitzungen der Steuerungsgruppe (Schulleitung, Vorsteher Bildungs- und Kulturdepartement, Leiter Gebäudebewirtschaftung) wurden Mängel festgestellt, die teilweise gar die Nutzung

einschränken. Dies vorwiegend im Bereich der Dachhaut, Theatertechnik und Brandschutz. Es wurde entschieden, eine Zustandsanalyse des Gebäudes zu erstellen. Die Ausarbeitung dieser Analyse ist noch in Bearbeitung.

Entwicklung Areal Foribach

Im ersten Halbjahr wurde aufgrund der komplexen Aufgabenstellung von der Steuerungsgruppe beschlossen, die Kreditvorlagen in einen Wettbewerbskredit und in einen Planungskredit aufzuteilen. Der Finanzbedarf für den Wettbewerb wurde ermittelt. Der Kreditantrag für den Wettbewerb mit dem zugehörigen Bericht wurde vom Regierungsrat im November zuhänden des Kantonsrats verabschiedet.

Werkhof Foribach, Neubau VSZ mit Erschliessung

Das Vorprojekt für die Erschliessung VSZ und bessere Nutzung des kantonalen Werkhofs, wurde inklusive Kostenvoranschlag erstellt. Der Kantonsrat bewilligte den Objektkredit im Oktober 2025. Die Planer-Ausschreibung für die Erschliessung wurde erstellt und publiziert.

Die Abklärungen über das Zusammenführen der technischen Infrastruktur des VSZ an einen einzigen Standort für die Kantone Obwalden und Nidwalden wie auch die rechtlichen Grundlagen sind erfolgt. Aufgrund eines entsprechenden Entscheides der Nidwaldner Regierung wird die Lösung eines gemeinsamen Standortes für das VSZ nicht weiterverfolgt. Die Möglichkeiten zur Finanzierung und Trägerschaft eines Neubaus VSZ sind in Prüfung.

Kantonsschule Obwalden, Sanierung der Beschattung / Ersatz Gebäudeleitsystem

Das Lüftungssystem wurde mit der adiabatischen Kühlung aufgerüstet.

Kantonsspital, Ersatz der Netzersatzanlage

Im April 2024 meldete das Kantonsspital den Ausfall der Netzersatzanlage (Notstrom). Nach der Bestellung der neuen Anlage im Dezember 2024 konnte die neue Netzersatzanlage fristgerecht im Juni 2025 in Betrieb genommen werden und die temporäre Netzersatzanlage auf dem Parkplatz wieder zurückgebaut werden.

Historisches Museum Obwalden, dringende Sanierungsmassnahmen

Im April 2025 wurde ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung für die dringenden Sanierungsmassnahmen am Historischen Museum erstellt. Anschliessend wurde ein Vor- und Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet. Der Antrag für den Objektkredit und Vergabe der Planerleistungen wurde von der Regierung Mitte Dezember 2025 genehmigt.

Landenberg Schützenhaus, Ersatz Heizung

Ein Sanierungs-Konzept wurde erarbeitet und durch die Regierung genehmigt.

6403 Gebäudebewirtschaftung

Instandhaltung der kantonalen Gebäude

Für Instandhaltungsmassnahmen, Reparaturen und kleinere Nutzeranpassungen an kantonalen Gebäuden realisierte das Hochbauamt im Berichtsjahr rund 700 bis 800 Massnahmen für rund 2,1 Millionen Franken wie im Budget vorgesehen. Grössere Massnahmen waren:

- Von Wyl Haus, Dorfplatz 9, Sanierung der gesamten Fassade
- Altes Kollegium, Brünigstrasse 178, (BKD), Sanierung Aufenthaltsraum mit Teeküche
- Kantonsspital, Brünigstrasse 181, Gebäude A, Umrüstung auf LED-Beleuchtung
- Kantonsspital, Brünigstrasse 181, Gebäude C, Modernisierung Liftanlagen
- Werkhof Foribach, Modernisierung Liftanlage im Werkstattgebäude
- Juko-Pavillon, Bänzenmätteli, Ausführung der Instandhaltungsmassnahmen (Ersatz Elektroheizung, Ausführung und Abschluss Brandschutzmassnahmen, etc.)

Kontrollen/Kontrollarbeiten allgemein

Es wurden Dachkontrollen sowie Service- und Kontrollarbeiten an den Haustechnikanlagen bei 50 kantonalen Gebäuden ausgeführt. Die periodischen Elektrokontrollen zum Sicherheitsnachweis wurden durchgeführt. Periodische Kontrolle des baulichen, technischen und betrieblichen Brandschutzes in den kantonalen Gebäuden wurde durchgeführt. Rund 50 Bäume wurden kontrolliert und wo nötig Baumpflege-Massnahmen ausgeführt, um die Sicherheit zu gewährleisten (Eigentümerhaftung). Eine besondere Massnahme war das Entfernen des vom Pilz befallenen grossen Mammutbaums im Garten der Psychiatrie.

Kantonsbibliothek in alter OKB

Der Ausbau durch den Bauherrn läuft derzeit. Parallel dazu wurde der Mieterausbau geplant, ausgeschrieben und Angebote eingeholt. Die ersten Vergaben wurden dabei getätigt und mit dem Mieterausbau gestartet.

Liegenschaftsgeschäfte allgemein

Neuabschlüsse von Vereinbarungen und Verträgen sowie diverse Anpassungen wurden erstellt. Die Abrechnungen für Gebühren, Miet- und Pachtzinsen wurden fristgerecht zugestellt.

5. Kantonsratsbeschluss



Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2025

vom 21. Mai 2026

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹ und Artikel 21 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2010², nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 10. März 2026 sowie des Obergerichts vom 3. März 2026,

beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2025 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2025 wird wie folgt genehmigt:
 - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens von Fr. 4 876 333.20 und der Abschreibungen der Investitionsbeiträge von Fr. 3 521 000.–;
 - b. Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen auf das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal in der Höhe von Fr. 2 784 121.85 (Anlage 1402.0002);
 - c. Auflösung der finanzpolitischen Reserve um Fr. 13 500 000.–;
 - d. Abbuchung des Saldos der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 466 639.79;
 - e. Aktivierung der Nettoinvestitionen von Fr. 36 941 723.75;
 - f. Genehmigung der Nachtragskredite gemäss Art. 46 FHG in der Höhe von Fr. 70 000.–.

Sarnen, 21. Mai 2026

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident: Hubert Schumacher
Der Ratssekretär: Beat Hug

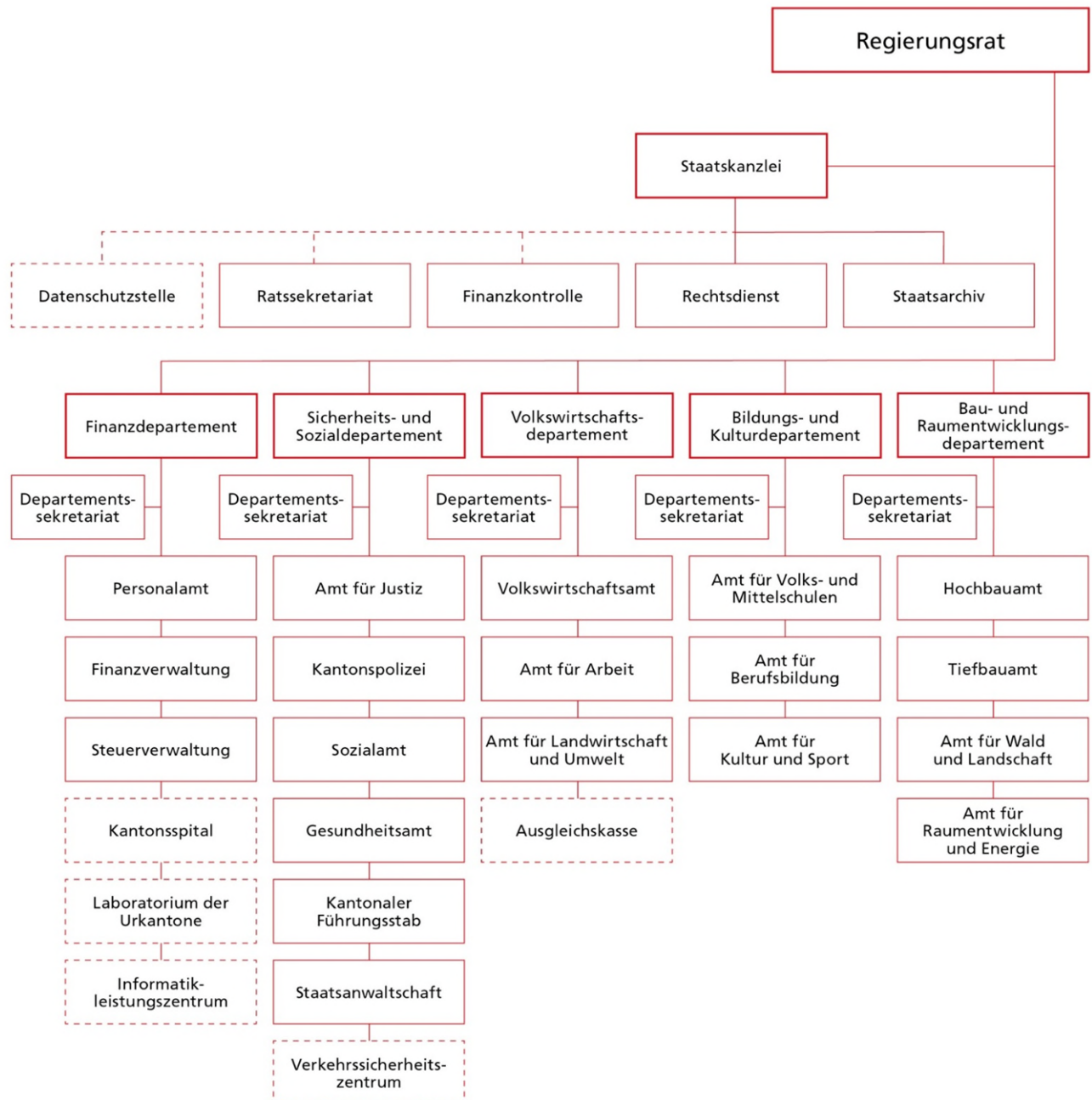
¹ GDB 101.0

² GDB 610.1

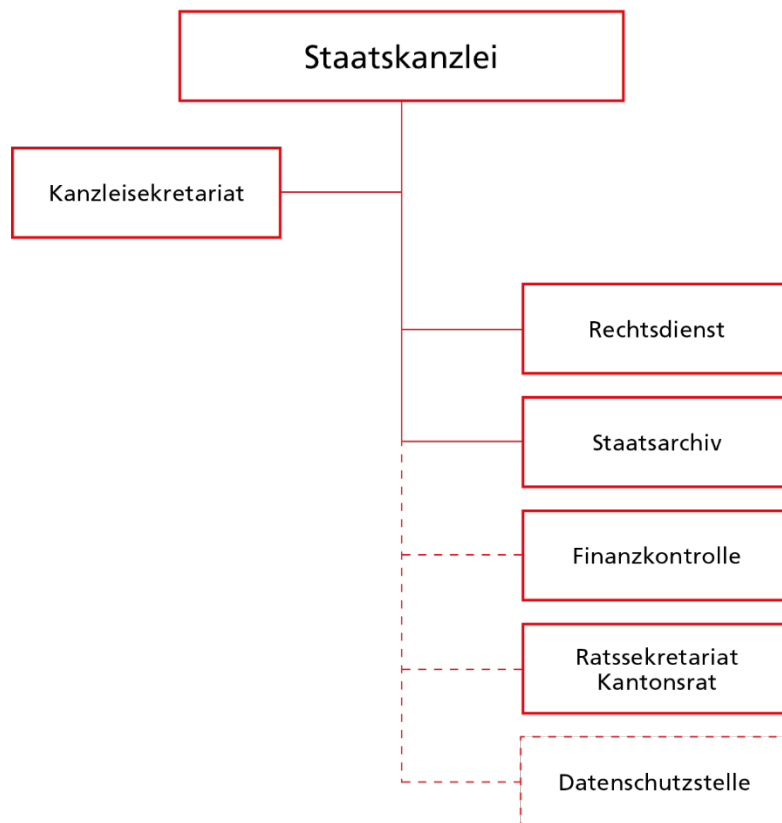
6. Anhang

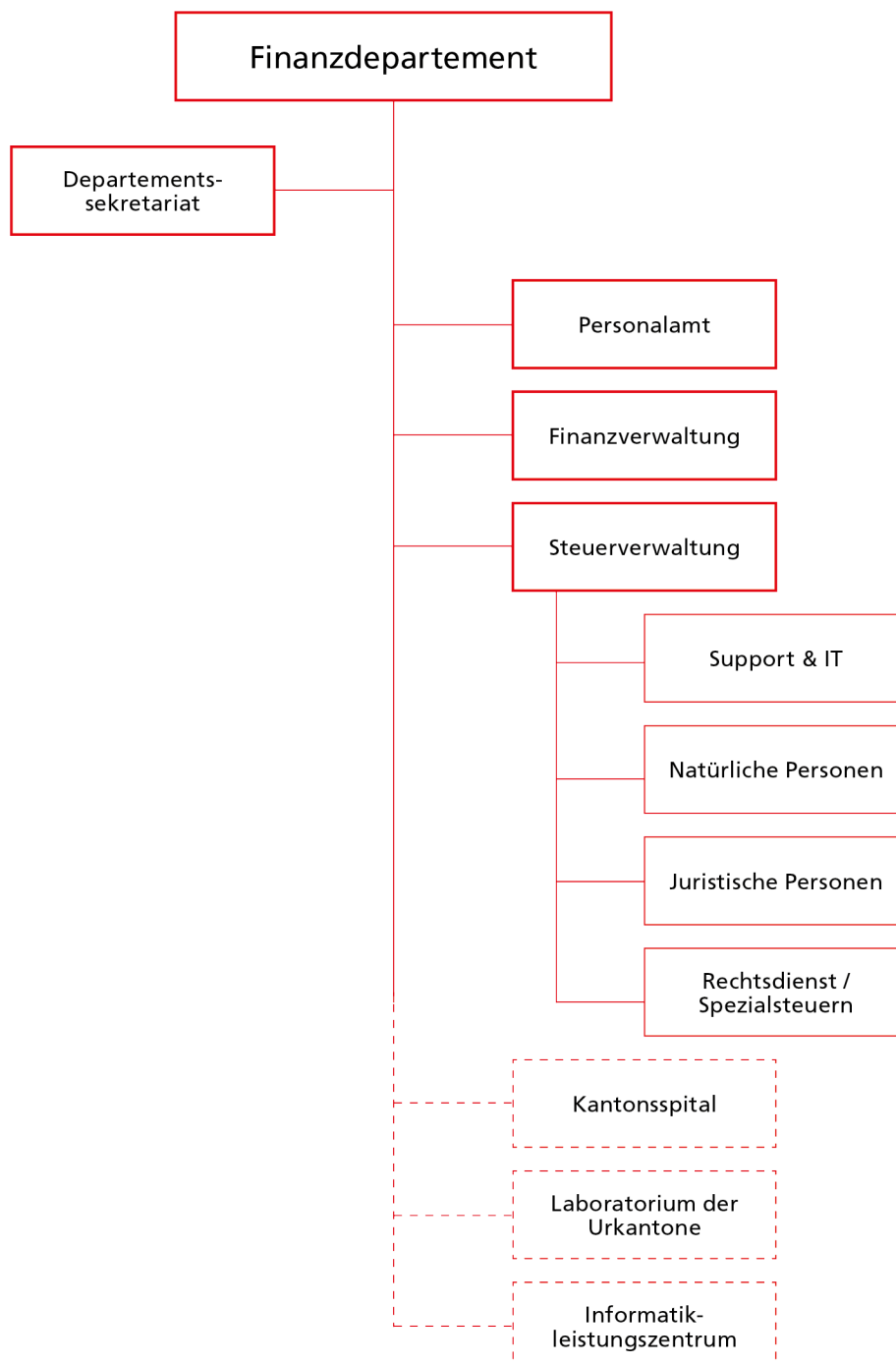


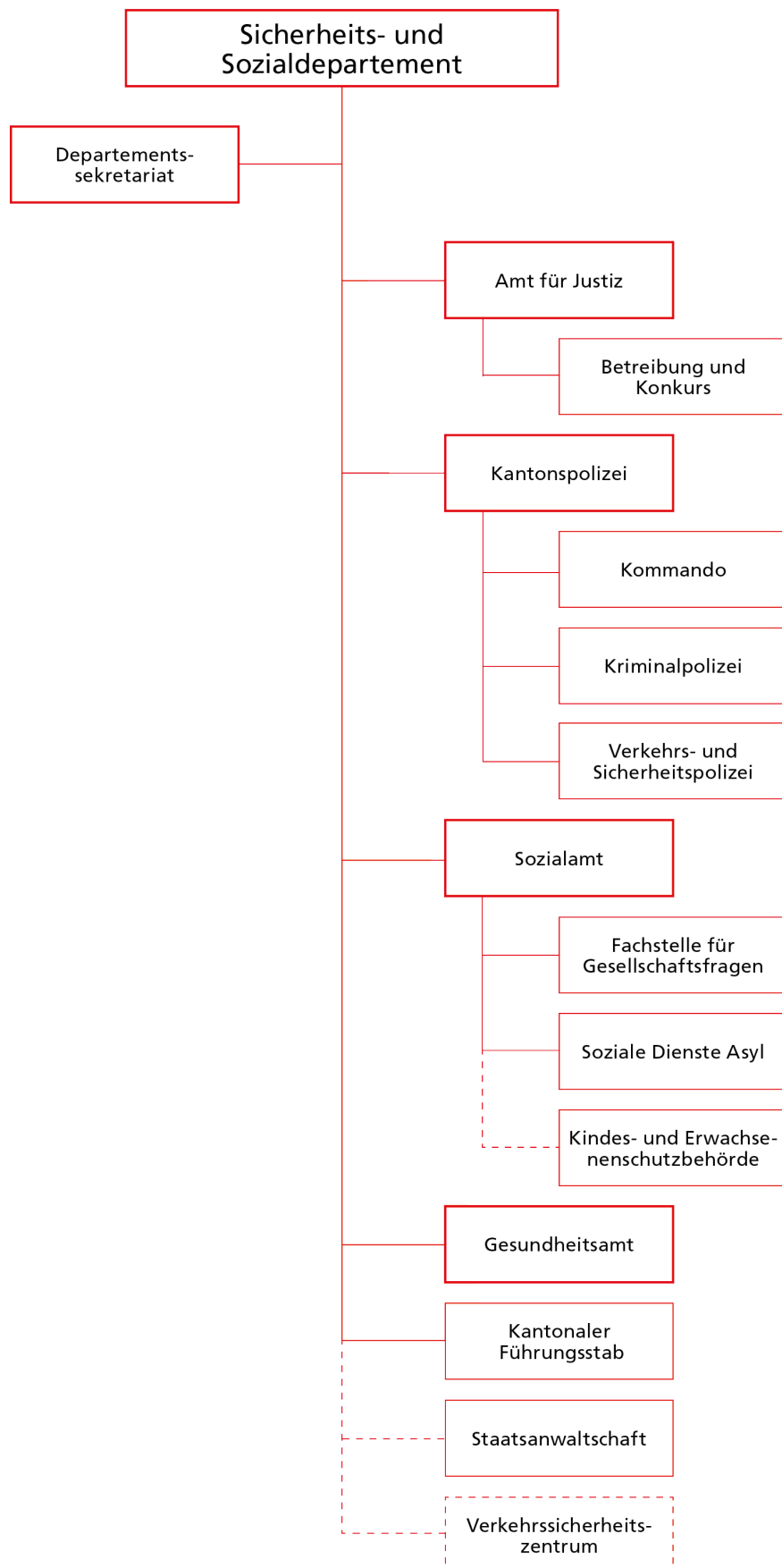
6.1 Organigramm Gesamtverwaltung

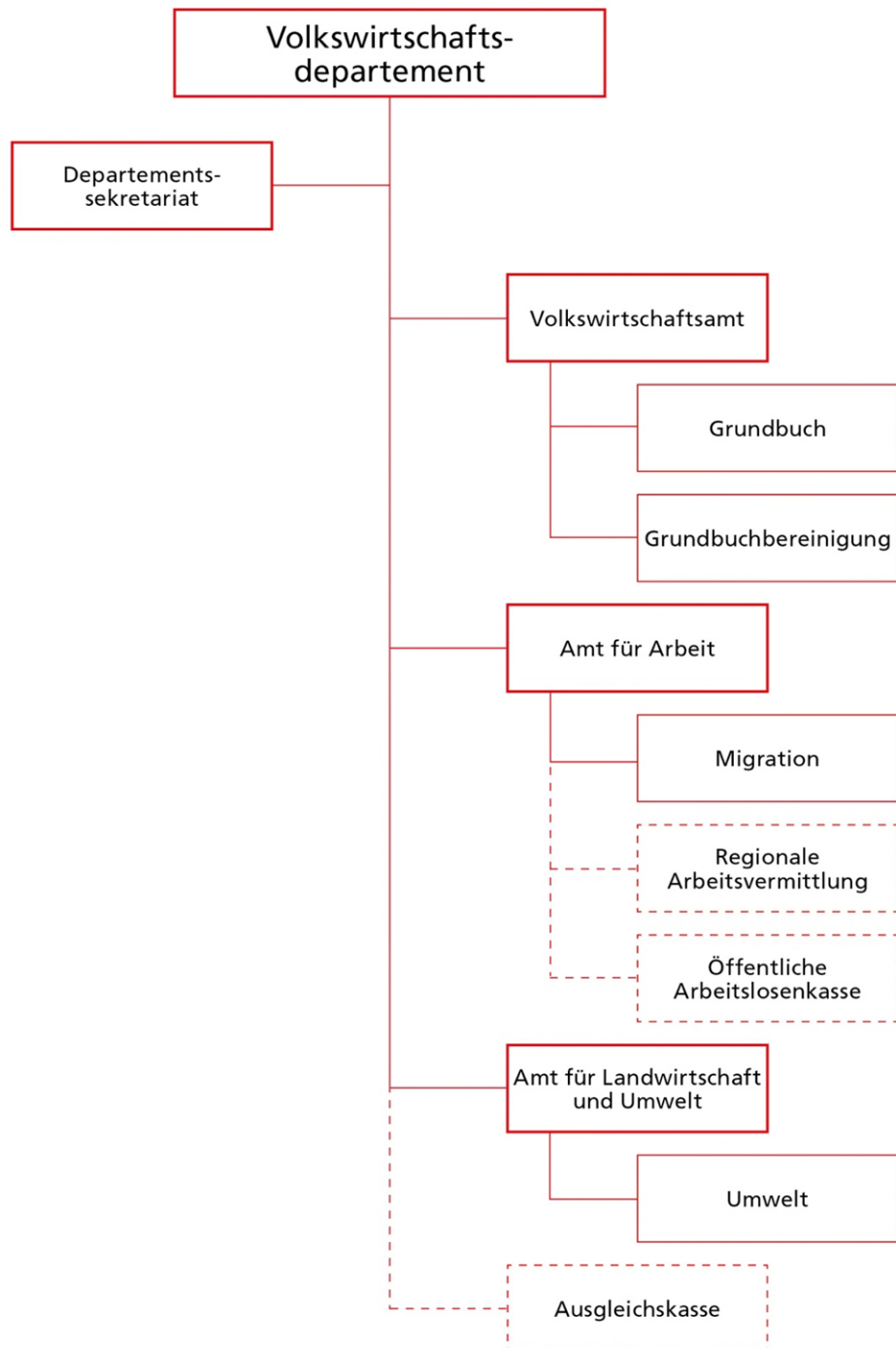


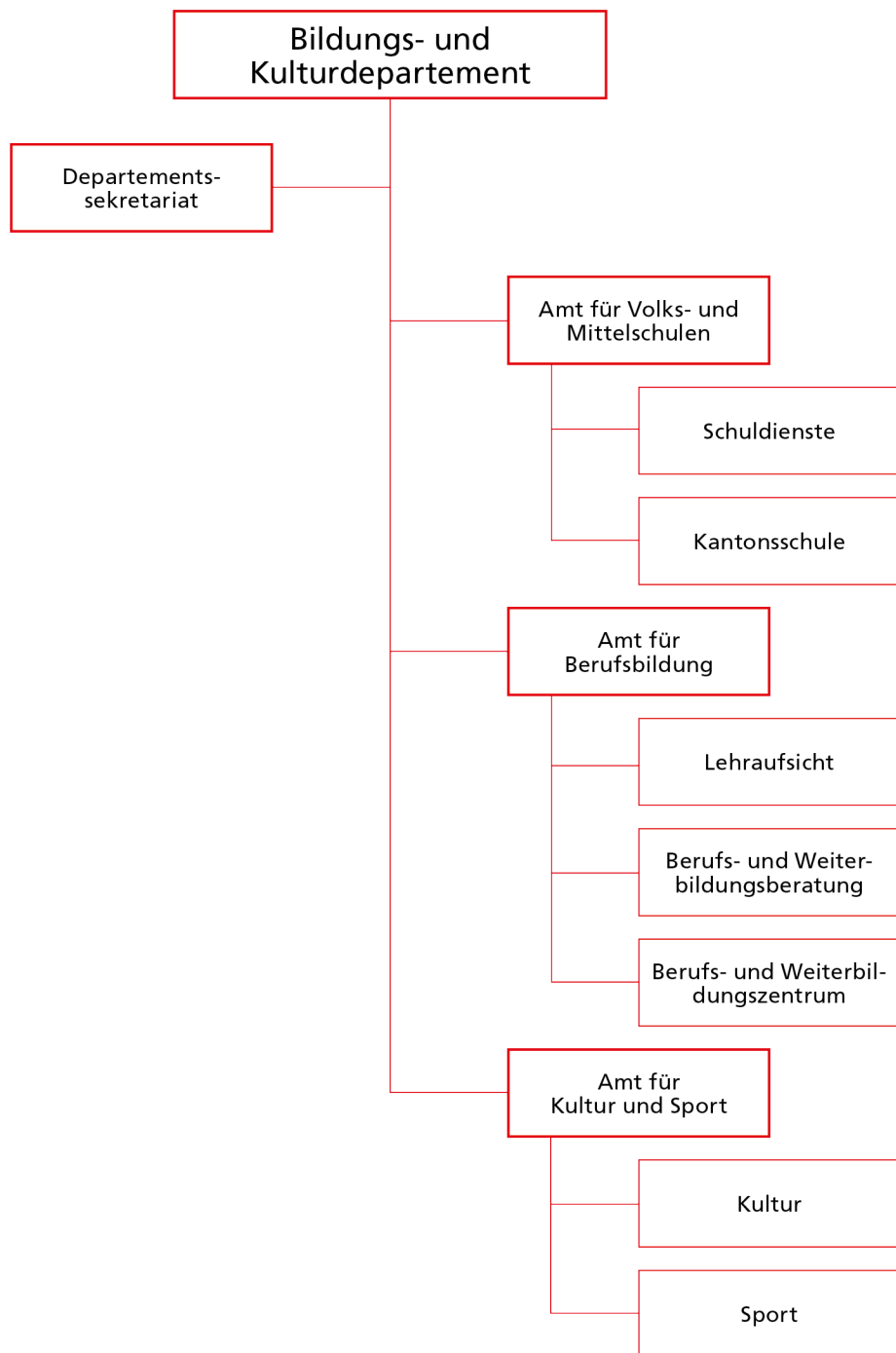
6.2 Organigramme Departemente und Ämter

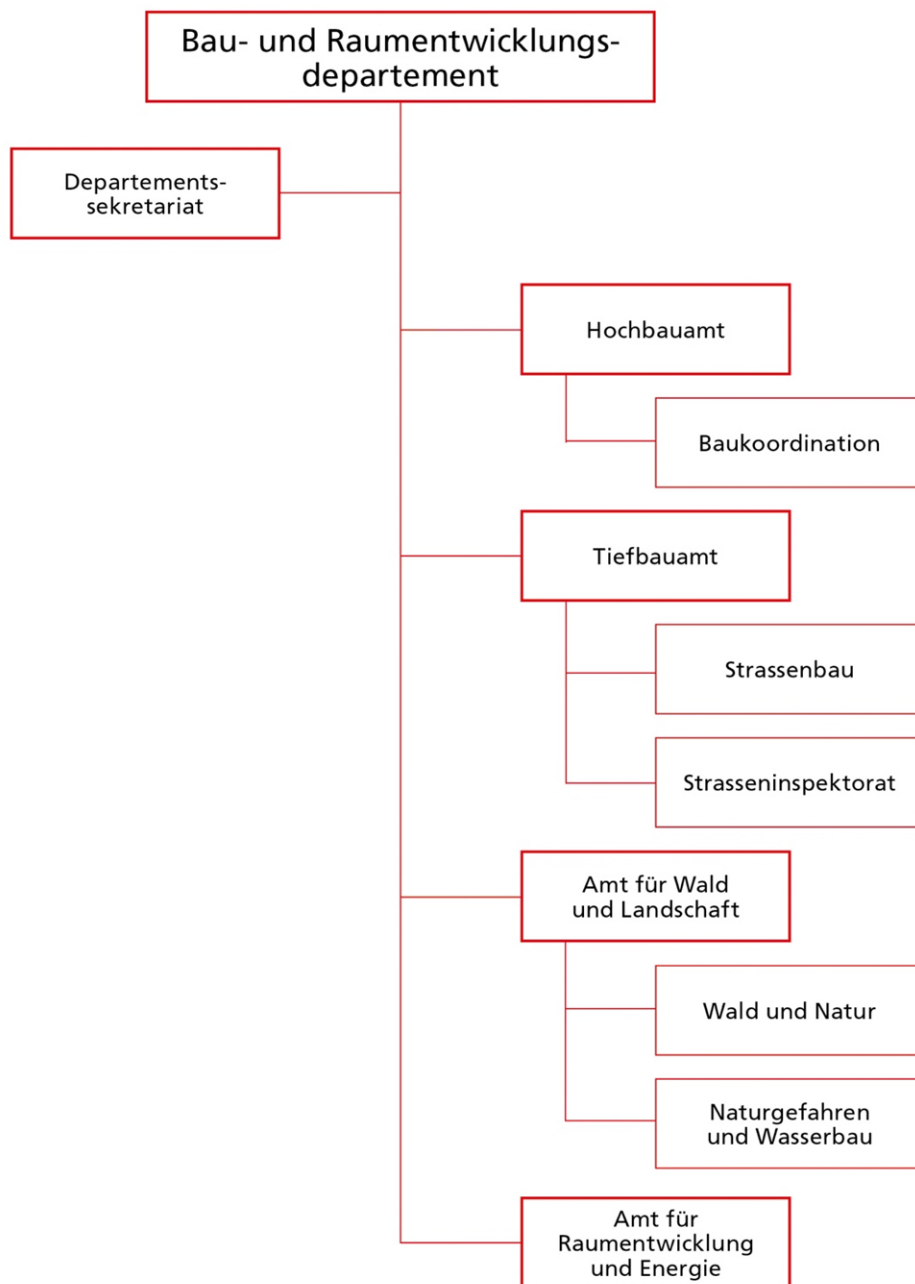


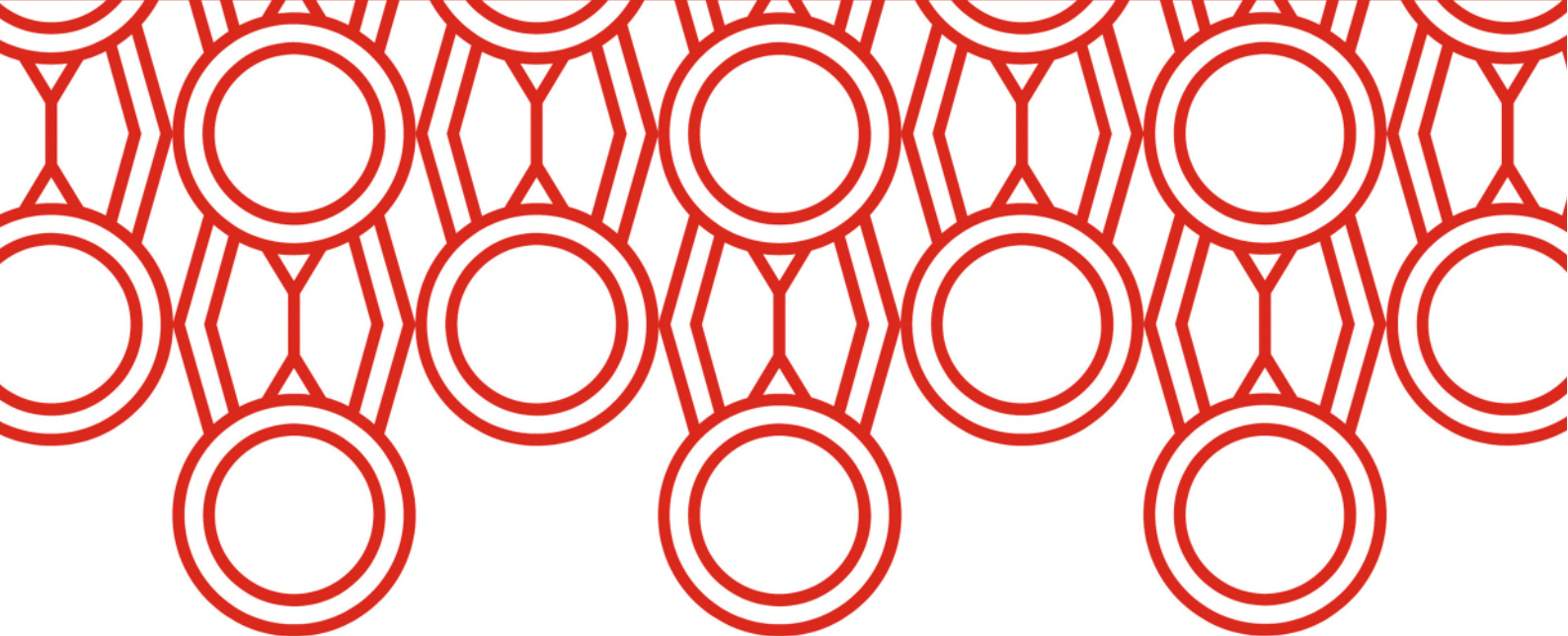












Geschäftsbericht des Regierungsrats 2025

Obwalden – wo wir mittendrin sind.

Kanton Obwalden

Rathaus
Dorfplatz 8
6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 03
staatskanzlei@ow.ch

ow.ch